This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

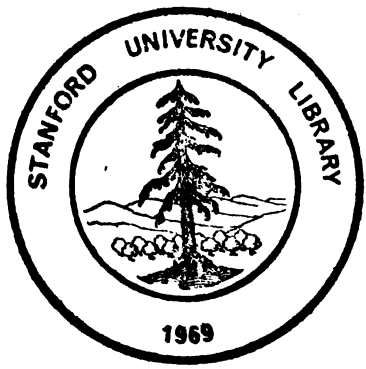
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

DS
135
G34P7


STANFORD UNIVERSITY LIBRARY
1969

[redacted]

N. 2390.

Prussia Abgeordnetenhaus

Die Judenfrage.

Verhandlungen

des Preußischen Abgeordnetenhauses

über die

Interpellation des Abgeordneten Dr. Bänel

am 20. und 22. November 1880.

Separatabdruck

der

Amtlichen Stenographischen Berichte des Hauses der Abgeordneten.

Berlin 1880.

W. Moeser Hofbuchhandlung.

Stallschreiberstraße 34. 35.

HO

DS135
C-34 P7

Zwölfte Sitzung

am Sonnabend den 20. November 1880.

Präsident: Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung:

Verlesung der Interpellation des Abgeordneten Dr. Hänel, betreffend die Agitation gegen die jüdischen Staatsbürger.

— Nr. 41 der Drucksachen. —

Ich ersuche den Herrn Schriftführer, die Interpellation zu verlesen.

Schriftführer Abgeordneter Graf **v. Schmising-Kerssenbrock:**

Interpellation.

Seit geraumer Zeit macht sich gegen die jüdischen Staatsbürger Preußens eine Agitation geltend, welche zu bedauerlichen Ausschreitungen und zu einer weiter greifenden Beunruhigung Anlaß gegeben hat.

In Verfolg dieser Agitation wird eine an den Herrn Reichskanzler und Ministerpräsidenten gerichtete Petition verbreitet, welche die Anforderungen erhebt:

1. daß die Einwanderung ausländischer Juden, wenn nicht gänzlich verhindert, so doch wenigstens eingeschränkt werde;
2. daß die Juden von allen obrigkeitlichen (autoritativen) Stellungen ausgeschlossen werden, und daß ihre Verwendung im Justizdienste — namentlich als Einzelrichter — eine angemessene Beschränkung finde;
3. daß der christliche Charakter der Volksschule, auch wenn dieselbe von jüdischen Schülern besucht wird, streng gewahrt bleibe und in derselben nur christliche Lehrer zugelassen werden, daß in allen

übrigen Schulen aber jüdische Lehrer nur in be-
sonders motivirten Ausnahmefällen zur Anstellung
gelangen;

4. daß die Wiederaufnahme der amtlichen Statisti-
über die jüdische Bevölkerung angeordnet werde.

In Veranlassung dessen erlaubt sich der Unter-
zeichnete, an die Königliche Staatsregierung die An-
frage zu richten:

welche Stellung nimmt dieselbe Anforderungen
gegenüber ein, die auf Beseitigung der vollen ver-
fassungsmäßigen Gleichberechtigung der jüdischen
Staatsbürger zielen?

Berlin, den 13. November 1880.

Dr. Hänel.

Unterstützt u. s. w.

Präsident: Ich richte an die Königliche Staatsre-
gierung die Frage, ob und wann sie die Interpellation z
beantworten gedenkt?

Vizepräsident des Staatsministeriums Graf **zu Stol-
berg-Wernigerode:** Die Staatsregierung ist bereit, di
Interpellation sofort zu beantworten.

Präsident: Dann ertheile ich das Wort zur Be-
gründung seiner Interpellation dem Abgeordneten Dr. Hänel

Abgeordneter Dr. **Hänel:** Meine Herren! Im Jahr
1878 — es waren gerade 100 Jahre, nachdem Lessing seine
Nathan den Weisen geschrieben

(Lachen rechts)

— ich betrachte Gotthold Ephraim Lessing und sein Wer
Nathan den Weisen allerdings noch heute als eine der stol
gesten Zierden unserer klassischen Literatur — es war also in
Jahre 1878, als sich hier in Berlin der europäische Kongre
versammelte, dessen Verhandlungen zu dem Vertrage vom
13. Juli führten. In diesem Vertrage haben 4 Staaten
Bulgarien, Serbien, Montenegro und Rumänien die Auf-
nahme in die europäische Völkerrechtsgemeinschaft gefunden
nicht ohne Bedingungen. Unter den Bedingungen, welch
können der europäische Kongreß für diese Aufnahme in di
europäische Völkerrechtsgemeinschaft stellte, befand sich über-
einstimmend für alle diese Staaten folgende Klausel:

„Es darf der Unterschied des religiösen Glauben
und der Bekenntnisse Niemandem gegenüber gelten
gemacht werden als ein Grund der Ausschließun
oder der Unfähigkeit bezüglich des Genusses de
bürgerlichen Rechte, der Zulassung zu öffentliche
Diensten, Aemtern und Ehren oder der Ausübung

der verschiedenen Berufs- und Gewerbszweige, an welchen Orten es auch sei."

Meine Herren, diese Klausel war von höchster Bedeutung selbstverständlich für alle Konfessionen

(Rufe im Centrum: Mit Ausnahme der Katholiken!)

für alle Konfessionen

(Unruhe rechts)

war diese Klausel des europäischen Vertrages bestimmt!

(Ruf rechts und im Centrum: nur für die Juden!)

Richtig, Sie sagen: nur für die Juden. Es ist richtig, den nächsten Anlaß allerdings gab, weil man das Prinzip für die verschiedenen christlichen Konfessionen für unantastbar hielt,

(Aha! im Centrum)

die Lage der Juden in diesen verschiedenen Ländern. Daß dies der Fall sei, daß gerade die jüdische Frage es war, die der Kongreß in dieser Klausel lösen wollte, das ergeben die Protokolle, die vor mir liegen. Die Frage der vollen Parität der jüdischen Bevölkerung in jenen Landestheilen, sie ist zur Kontestation auf diesem Kongreß gekommen, zuerst für Serbien. Frankreich machte den entsprechenden Vorschlag für die Formel, die ich Ihnen vorgelesen habe. Im achten Protokoll sind die Verhandlungen verzeichnet. Es war der Fürst Gortschakoff, der zwar vollkommen anerkannte, daß die religiöse Freiheit gewahrt sein müsse, der sich aber mit Entschiedenheit dagegen erklärte, die Konsequenz der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung zu ziehen, und er exemplifizirte für seinen Standpunkt auf die traurige Lage der Israeliten in jenen Ländern, sowie in einzelnen Landestheilen Rußlands. Meine Herren, es war der Fürst Bismarck, der ihm antwortete und der ihm die Bemerkung entgegenhielt, ob nicht vielleicht der traurige Zustand der Juden in jenen Ländern gerade dadurch herbeigeführt worden sei, daß sie von der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung fern gehalten seien. Die Klausel wurde für Serbien angenommen. Die Kontestationen erneuerten sich in Bezug auf Rumänien, wie Sie wissen, einem Lande, wo die Judenfrage nach dem Prozentverhältniß der dortigen Bevölkerung ganz besonders schwer lag und auch darum schwer lag, weil nach dem bisherigen Stande der Legislation daselbst die Judenschaft einfach als Fremde, als Ausländer behandelt worden war. Das zehnte Protokoll bringt uns die Verhandlung. Es war wiederum der französische Bevollmächtigte, Herr Waddington, der die betreffende Klausel vertheidigte. Er erörterte die Schwierigkeiten, stellte aber fest, daß nur durch volle Emanzi-

nation die Assimilation der Juden an die einheimische Bevölkerung bewirkt werden könne, daß Rumänien, wenn es die Vortheile des Eintritts in die große europäische Familie genießen wolle, nothwendig auch die Pflichten dieser Gemeinschaft übernehmen müsse. Er schloß mit einer beredten Apostrophe dahin: man wird auf lange Zeit hin nicht eine so feierliche und entscheidende Gelegenheit finden, um aufs Neue die Grundsätze zu befestigen, die die Ehre und den inneren Frieden der civilisirten Nationen ausmachen.

(Sehr richtig!)

Dies fand rückhaltslose Zustimmung des Herrn Reichskanzlers; er betonte hierbei insbesondere die Lage der Gesetzgebung, der Verfassung des deutschen Reiches und fügte hinzu, es sei ein hohes, allgemeines Interesse, daß die Grundsätze, welche in der inneren Politik befolgt würden, auch auf die äußere Politik Anwendung fänden.

Meine Herren, so ist es geschehen, daß jene Klausel der vollen Gleichberechtigung für alle Konfessionen und mithin auch die volle Parität der jüdischen Bevölkerung eine europäische Anerkennung gefunden hat. Ich werde Sie nicht damit aufhalten, zu verfolgen, welche Schwierigkeiten sich der Ausführung dieser Klausel in Rumänien entgegenstellten. Ich konstatire nur die Thatsache, daß die Zögerungen, die die rumänische Regierung der Ausführung des Vertrages entgegenstellte, von Deutschland, Frankreich und England damit beantwortet wurde, daß dieselben die Anerkennung Rumäniens verzögerten. Erst als die rumänischen Kammern sich dazu verstanden hatten, jene Klausel des Vertrages in ihre Verfassung aufzunehmen, wurde praktische Nachgiebigkeit von Seiten der drei Mächte ausgeübt dahin, daß nicht die plötzliche Aufnahme der gesammten Judenschaft in den staatsbürgerlichen Verband mehr gefordert wurde, sondern daß man sich mit einer serienweisen und individuellen Aufnahme begnügte. Aber man stellte ausdrücklich in einer gemeinschaftlichen Note, wenn ich nicht irre, vom 20. Februar d. J. fest, daß man nach wie vor an der formellen Verbindlichkeit Rumäniens auf allmähliche Einräumung voller und ungeschmälerter Parität an die gesammte jüdische Bevölkerung festhalte.

Meine Herren, es ist nicht irgend welche agitatorische Versammlung gewesen, nicht eine fortschrittliche Partei, nicht irgend eine andere liberale Partei, nicht eine verjüdelte Gesellschaft — allerdings wegen des Lord Beaconsfield muß ich um Nachsicht und Entschuldigung bitten, — sondern es war die Versammlung der Vertreter der europäischen Mächte; es

waren die ersten Staatsmänner Europa's, welche dem Grundsatze eine feierliche Anerkennung verschafften, daß die volle Anerkennung der religiösen Parität und in Folge dessen auch die volle Anerkennung der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Juden eine so wesentliche Grundlage der europäischen Civilisation, ja der staatlichen Ehre sei, daß ohne die Anerkennung dieser Grundlage der Eintritt in die europäische Völkerrechtsgemeinschaft verweigert werden müsse.

Meine Herren, um die nämliche Zeit, als das europäische Verdikt in dieser Frage gesprochen wurde, — ich will nicht sagen, begann, aber accentuirte sich nimmer schärfer und leidenschaftlicher jene antisemitische Bewegung, vor deren häßlicher Gestalt wir heute stehen.

(Oho!)

(Sehr gut!)

Im Anfange konnte man sich über Richtung, Ziel und Methode dieser Bewegung wohl täuschen. Im Anfange schien es, als ob diese Bewegung einen Unterschied machen wollte zwischen den guten und den schlechten Juden, zwischen denjenigen Juden, die sich unsrer Civilisation assimilirt hätten, und denjenigen, die sich ihr noch immer fremd gegenüberstellen. Diese Voraussetzung ist es gewesen, die Männer von der höchsten Bildung und denen es ein volles Unrecht wäre die Absicht zuzuschreiben, in die vulgäre Judenhetze einzustimmen, veranlaßte, dieser Bewegung eine gewisse Unterstützung zu leihen. Sie waren der Meinung, daß es gelingen könnte, hierdurch gleichsam einen sanften Druck auf gewisse jüdische Elemente auszuüben, um sie schneller zu nationalisiren. Diese vermeintliche Sanftmuth der Bewegung, — sie ist längst überwunden. Ich für meinen Theil und meine politischen Freunde, wir leugnen es schlechterdings nicht, daß es gewisse Mißstände und Aergernisse auch in den jüdischen Kreisen giebt.

(Rufe: Aha! sehr gut!)

Meine Herren, die Anerkennung, daß dies der Fall sei, geben uns auch täglich unsre jüdischen Mitbürger,

(Ruf: So?)

geben uns auch täglich unsre jüdischen Mitbürger. Es giebt unter unsern jüdischen Mitbürgern ausgezeichnete Männer, welche es zu ihrer Lebensaufgabe machen, das zu verbreiten, was sie die Selbstkritik des Judenthums nennen. Meine Herren, das ist unbestreitbar, daß in jüdischen Kreisen noch vielfach eine gewisse Sucht nach schnellem Reichthum, ein gewisses nervöses Andrängen nach äußeren Ehrenstellen sich

geltend macht, daß sie sich zusammendrängen in den großen Städten, daß sie einen Zusammenhang, ein gegenseitiges Abschließen in gewissen Kreisen aufrecht erhalten, welches sie eben uns fremder stellt. Ja, es ist vollkommen richtig, daß damit in gewissen jüdischen Kreisen Charakterzüge aufrecht erhalten bleiben und fortgepflanzt werden, die uns subjektiv nicht angenehm und die objektiv durchaus nicht lobenswerth sind. Allein wir fragen allerdings diesen Anklagen gegenüber: verlangt man denn Wunder vom Himmel? Wie, meine Herren, wir sollen die Juden mehr als ein Jahrtausend geknechtet, mit Füßen getreten haben, wir sollen sie nach Bedarf todtgeschlagen haben —

(Unruhe)

ja, nach Bedarf todtgeschlagen haben,

(sehr gut!)

wir sollen sie ausgestoßen haben aus unserer nationalen Gemeinschaft, aus unserer Ehegemeinschaft, wir sollen sie gezwungen haben, gewisse bürgerliche Erwerbszweige ganz ausschließlich zu betreiben — und dieser mehr als tausendjährigen Vergangenheit gegenüber, meine Herren, da will man die Forderung aufstellen, daß die Rückwirkung derselben mit einem Schlage beseitigt sei! Wie lange datirt denn die Emanzipation der Juden in Deutschland? Kaum ein Lebensalter, ja die volle Emanzipation derselben kaum ein Jahrzehnt. Meine Herren, welches Wunder der Welt sollte es denn bewirkt haben, daß die Rückwirkung jener elenden, jener verächtlichen Lage, in die unsere Gesetzgebung sie hineingestoßen hatte, nicht in gewissen Kreisen auch noch heute ein gewisses Leben weiter führt? Eine derartige Anforderung geht schlechterdings gegen die Natur der Sache. Kennen Sie nicht die Lage der Griechen im Orient, die Geschichte des Fanar in Konstantinopel, wissen Sie nicht, daß nicht etwa die Herrscher und Unterdrücker derselben, daß objektive Beobachter dieser griechischen Rasse genau die nämlichen Untugenden, genau die nämlichen Mißstände und Aergernisse Wort für Wort, Zug um Zug nachsagen, die heute gewissen Kreisen unserer jüdischen Mitbürger nachgesagt werden? Meine Herren, vor allen Dingen verstößt das so flagrant gegen alle Billigkeit, daß ich hierüber in der That auch nicht das mindeste Wort verliere. Und gerade, weil so diese Anforderungen, diese Kritiken, die leidenschaftlichen Angriffe gegen alle Billigkeit und gegen die Natur der Sache verstießen, darum, meine Herren, konnte die Bewegung nicht festgehalten werden auf dem Punkte, der voraussetzt, als ob es sich handle um eine Bewegung gegen Mißstände und Aergernisse, die hier oder dort im Judenthum

hervortreten; — nein, die Bewegung hat sich ganz einfach und rund gegen das Judenthum als solches gerichtet.

(Unruhe, Widerspruch.)

Meine Herren, verlangen Sie Beweise dafür? Sehen Sie sich die Statuten der Antisemitenliga an, was enthalten dieselben? Nichts als die überall durchgeführte Tendenz, die Juden ohne jeden Unterschied des Verdienstes, der Ehrenhaftigkeit, der Leistung, des Charakters, ohne jeden Unterschied auszuschließen von unseren gesellschaftlichen und von unseren geschäftlichen Beziehungen. Sehen Sie sich doch die Wahlen an! Haben bei den Wahlen, den kommunalen Wahlen, die wir hier in Berlin, den politischen, die wir in Breslau, in Magdeburg, erlebt haben, — haben da diejenigen Personen, die jene Bewegung förderten, danach gefragt, ob der Betreffende verdienstvoll sei oder nicht? ob er dieser oder jener politischen Partei angehöre? was er bisher geleistet habe oder nicht? welchen ehrenhaften oder nicht ehrenhaften Charakter er gehabt habe? — Nein, meine Herren, die rothen Plakate, die wir hier selbst vor dem Rathhaus — ich muß sagen, ich unter Erröthen — gesehen haben,

(Lachen)

diese Plakate lauteten ganz einfach und simpel: „Wählt keine Juden!"

(Sehr gut!)

Meine Herren, im Anfang der Bewegung konnte man vielleicht glauben, daß es sich um eine religiöse Bewegung handelt. Ich habe noch gestern eine Rede gelesen, die eine gewisse Sensation innerhalb gewisser Kreise gemacht hat. Diese Rede pointirte — wenigstens nach meiner Auffassung — dahin, daß die jüdische Religion, wenn sie orthodox sei, eine abgestorbene Religion, ein überlebter Geist, ein verknöchertes Gesetz sei; wenn sie aber die reformirte Religion sei, nur ein dürftiges Ueberbleibsel der Aufklärungsperiode, in beiden Fällen aber sei sie ein intolerantes und sich überhebendes Glaubensbekenntniß. Meine Herren, wenn Sie mich vor die Wahl zwischen zwei Uebeln stellen wollen, dann sage ich Ihnen ganz offen: die religiöse Betonung der Frage ist mir die liebere. Die Religion ist eine Angelegenheit, die sich diskutiren läßt, die man abthun und die man annehmen kann, die auf der inneren Ueberzeugung beruht, für die man verantwortlich ist. Diese nach meiner Meinung leichtere Färbung hat die Bewegung nicht innegehalten, sie ist rund und voll übergeleitet in die Frage der Race.

(Sehr gut! links.)

Das ist *nach* meiner Ueberzeugung die aufreizendste, die

dem Bürgermeister Aufforderung zur Unterschriftensammlung für Antisemitenliga zugegangen."

(Unruhe.)

Meine Herren, wir können es doch auch unmöglich leugnen, daß es gerade Männer in der Reihe derjenigen Parteien — ich sage nicht diejenigen Parteien — daß es gerade die Blätter derjenigen Parteien, welche der Regierung näher stehen, es gewesen sind, welche die antisemitische Bewegung geschürt, geleitet und fortgepflanzt haben. Meine Herren, wir können endlich von unserem Standpunkte aus es allerdings nicht verschweigen, daß wir vor einer konservativen Regierung stehen,

(Abgeordneter v. Ludwig: Sehr mäßig.)

Ich will den Unterbrecher nicht nennen.

(Zuruf.)

Herr v. Brauchitsch, wenn Sie mich dazu autorisiren.

(Abgeordneter von Ludwig: Ich habe es gesagt!)

Präsident: Ich bitte, in den Unterbrechungen doch ein solches Maß zu halten, daß nicht ein vollständiger Dialog mit dem Redner entsteht.

Abgeordneter Dr. **Hänel:** Meine Herren, also ich sage, wir stehen immerhin vor einer konservativen Regierung, welche den konfessionellen Unterschieden eine sehr markante Einwirkung auf ihre Politik einräumt und welche, wie wir ja alle wissen, Mißständen und Aergernissen, die hervortreten, nur zu gern und zu rasch die gesetzliche Ermächtigung zu polizeilichen und diktatorischen Maßregeln entgegenzustellen beliebt.

Auf Grund von dem Allen glaubte ich, die Interpellation, wie ich sie gestellt habe, stellen zu müssen. Ich bitte, nicht das Verhältniß mißzuverstehen, in welchen meine Interpellation zu der darin angezogenen Petition steht. Diese Petition ist, wie ich ausdrücklich betont habe, für mich nur ein äußerer Anlaß, ein äußeres Beweisstück. Daß den Petenten Recht zu dieser Petition zusteht, daß sie es zu verfolgen haben, wie sie es wollen, daß die Regierung eingehende Antwort ertheilt, wie sie will, das ist alles ganz selbstverständlich und ist vollkommen abliegend von der Sache, die ich hier vertrete.

Meine Herren, ich stehe hier vollkommen selbstständig und unabhängig auf dem Rechte und zutreffendenfalls auf der Pflicht, welche mir Verfassung und Geschäftsordnung einräumt. Meine Herren, ich glaube, daß ich nicht nur befugt, sondern daß ich verpflichtet bin, gegenüber der Königlichen Staatsregierung das Ersuchen auszusprechen, sie möge in einer schweren verwirrten und verwickelten Lage der Ge-

müther und selbst gewisser sozialer Kreise, eine klare und feste Stellung einnehmen, insofern und insoweit jene Bewegung dahin ausläuft, den gesetzlichen und verfassungsmäßigen Grundsatz der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung aufzuheben, ihn zu schmälern.

Die Verpflichtung, die ich in mir fühlte, diese Interpellation so zu stellen, wie ich sie gestellt habe, geht aus der Ueberzeugung hervor, daß eine runde und volle Erklärung von Seiten der Königlichen Staatsregierung: niemals werde sie sich dazu verstehen, jenem großen verfassungsmäßigen Grundsatz antasten zu lassen, jener garstigen Bewegung die praktische Spitze abbrechen wird.

(Sehr richtig!)

Ich bin der festen Ueberzeugung, daß in dem Augenblick, wo auch eine konservative Regierung in Preußen erklärt, dieser verfassungsmäßige Grundsatz könne allen Erwartungen und allen Agitationen zum Trotz niemals preisgegeben werden, — ich bin der festen Ueberzeugung, daß eine runde und volle Erklärung in diesem Sinne von wesentlicher Bedeutung ist für den vielfach gestörten weniger äußeren als inneren Frieden. Ich bin auch der festen Ueberzeugung, daß einer solchen Antwort gegenüber insbesondere jene unsere jüdischen Mitbürger, die jetzt abgeschreckt worden sind, die in der Freudigkeit ihres Wirkens gestört worden sind, die vor allen Dingen . . . .

(Unterbrechungen im Centrum. Lachen rechts.)

Ja, meine Herren, das sind doch Thatsachen, die Sie nicht leugnen, die Sie von Ihrem Standpunkt aus beklagen mögen!

(Zuruf im Centrum: Wucher! Wucher!)

Sie sagen mir Wucher? Also solche antisemitische Redensarten werden Einem selbst auf dieser Tribüne entgegengeworfen! So tief hat die Leidenschaftlichkeit gewüthet, ich muß sagen in einzelnen Köpfen und, füge ich hinzu, in einzelnen Herzen!

Ich sage also: eine volle und runde Beantwortung seitens der Staatsregierung und vor allem auch unseren jüdischen Mitbürgern, die sich hoch verdient gemacht haben in Staat, Gemeinde und allen bürgerlichen Lebensverhältnissen, wird nun die volle Sicherheit zurückgeben, die Freudigkeit des Schaffens, auf welche sie ein Recht haben, wie jeder andere Staatsbürger. Ich bin endlich der Ueberzeugung, daß gerade dieses Halt! das man der Bewegung durch eine solche runde und volle Erklärung entgegensetzt, von der entschiedensten Wirkung sein wird für die Bestrebungen der Führer und Lehrer im

Judenthum, die die volle Assimilation der noch nicht voll in uns aufgegangenen Reste herbeiführen wollen. Meine Herren, ich hoffe, wünsche und glaube, daß die Königliche Staatsregierung sich veranlaßt sehen wird zu der Erklärung, wie ich sie gewünscht habe. Allein ich erkläre Ihnen ganz offen und rund, wenn ich die Erwartung hegen müßte, daß die Königliche Staatsregierung eine solche Erklärung nicht abgiebt, daß sie in Verzögerungen und Ausweichungen sich einläßt, daß sie sich, ich weiß nicht an welchen formalistischen Kleinkram anklammert — selbst wenn ich erwarten müßte — was ich nicht thue, daß dies geschehe — ich würde diese Interpellation doch gestellt haben! Denn ich halte dafür, daß die Verantwortlichkeit, die die Staatsregierung aus einer solchen Zögerung und Ausweichung treffen müßte, klar vor dem Lande und klarer vor uns gestellt werden muß. Ich meine, daß die Regierung unter einer solchen Voraussetzung auch selbst wünschen müßte, die Verantwortlichkeit zu ihrem Theile mitzutragen für den Weitergang, für das Weiterwachsen einer Bewegung, die ich in Uebereinstimmung mit den Verdikt des europäischen Kongresses betrachte als einen Feind unserer europäischen Civilisation, unserer nationalen Ehre!

(Bravo! links, Unruhe rechts.)

Präsident: Zur Beantwortung der Interpellation ertheile ich das Wort dem Herrn Vizepräsidenten des Staatsministeriums.

Vizepräsident des Staatsministeriums Graf **zu Stolberg-Wernigerode:** Meine Herren! Die vorhin verlesene Interpellation des Herrn Abgeordneten Hänel geht davon aus, daß eine Petition an den Herrn Reichskanzler und Ministerpräsidenten verbreitet werde, welche die wörtlich aufgeführten 4 Forderungen an die Staatsregierung erhebt. In Veranlassung dessen richtet die Interpellation die Anfrage an die Staatsregierung, welche Stellung dieselbe Anforderungen gegenüber einnehme, „die auf Beseitigung der vollen verfassungsmäßigen Gleichberechtigung der jüdischen Staatsbürger zielen."

Hierauf muß ich zunächst konstatiren, daß eine solche Petition, wie hier erwähnt ist, bisher an die Staatsregierung nicht gelangt ist, und daß diese daher auch nicht in der Lage war, den Inhalt derselben in amtliche Erwägung zu ziehen. Gleichwohl, meine Herren, nimmt die Staatsregierung nicht Anstand, die an sie am Schlusse der Interpellation gerichtete Frage dahin zu beantworten, daß die bestehende Gesetzgebung die Gleichberechtigung der religiösen Bekenntnisse in staatsbürgerlicher Beziehung ausspricht, und daß das Staatsmini-

sterium nicht beabsichtigt, eine Aenderung dieses Rechtszustandes eintreten zu lassen.

(Bravo! auf allen Seiten des Hauses.)

Präsident: Der Abgeordnete Freiherr v. Minnigerode hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter Freiherr **v. Minnigerode:** Herr Präsident, ich beantrage die Besprechung der vorliegenden Interpellation.

Präsident: Die Besprechung ist auch von anderen Seiten, von den Abgeordneten Klotz und Rickert beantragt. Ich frage, ob dieser Antrag Unterstützung findet und bitte diejenigen Herren, welche den Antrag unterstützen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus. Es findet eine Besprechung statt.

Ich eröffne die Diskussion und bitte die Rednerliste zu gestalten.

(Die Rednerliste wird gestaltet.)

Die Rednerliste hat sich gestaltet, wie folgt: gegen sind eingetragen die Herren Abgeordneten Dr. Reichensperger (Olpe), Dr. v. Heydebrand, Hobrecht, Bachem, Dr. Windthorst, v. Kröcher, Stöcker, Strosser, Freiherr v. Minnigerode, Schmidt (Hohenzollern), Schmidt (Sagan), Dr. Franz, Graf Clairon d'Haussonville, Dr. Lieber, v. Luck, Dr. Reichensperger (Köln), Freiherr v. Schorlemer-Alst, Dr. Roeckerath und für die Abgeordneten Seyffarth, Dr. Virchow, Struve, Träger, Dr. Meyer (Breslau), Kieschke, Neßler, Rickert und Vollerthun.

Ich ertheile zunächst das Wort gegen dem Abgeordneten Dr. Reichensperger (Olpe).

Abgeordneter Dr. **Reichensperger** (Olpe): Meine Herren, ich bin mit der Königlichen Staatsregierung ganz darin einverstanden, daß sie keine formelle Veranlassung gehabt hat, die gestellte Frage zu beantworten, nämlich die Frage, welche Stellung sie nehmen werde und wolle zu den hier vorgeführten vier Petitionsforderungen

(Zuruf: Davon steht nichts drin!)

— doch, es steht in dem Tenor der Frage, welche Stellung sie gegenüber jener Petition zu nehmen gedenke. Nun, wenn der Herr Interpellant, wie es scheint, darauf drücken will, daß er bloß eine Erklärung der Staatsregierung über die Frage betreffend die verfassungsmäßige Gleichberechtigung Aller habe, — wenn er die Frage darauf beschränkt wissen will, so bin ich damit einverstanden, glaube aber, daß der Wortlaut der

Meine Herren, ich bitte Sie doch, mich nicht immer zu unterbrechen, Sie müssen doch sehen, daß dadurch meine Interpellation zu begründen mir schwerer und schwerer wird; ich muß schon physisch meine Stimme mehr anstrengen, als nothwendig ist. Wozu denn diese Unterbrechungen? Sie haben ja nachher das freie Wort.

Meine Herren, es existiren zweifellos Besorgnisse grade in den betroffnen jüdischen Kreisen, als ob die Königliche Staatsregierung nicht überall mit jenem gleichen Recht, welches auch wir fordern, verfahren habe —

(Oho! rechts.)

— Meine Herren, warum: Oho? mein Nachsatz kommt: Ich gestehe ganz offen zu, daß ich aus denjenigen Zuschriften, aus demjenigen Material, was mir zugekommen ist, bisher nicht im Stande gewesen bin, irgend welche Anklage in dieser Beziehung gegen die Regierung zu erheben. Meine Herren, wozu jetzt Ihr Oho? Warten Sie meine Sätze ab. Meine Herren, ich weiß auch, daß gewisse Empfindlichkeiten in gewissen jüdischen Kreisen sehr lebhaft sind, daß man sich beklagt, wie mehr oder minder allgemeine Zuschriften, die allerdings von höchst ausgezeichneter Stelle ausgegangen sind, lange Zeit gänzlich unbeantwortet geblieben sind und dann endlich auf Andringen erst eine überaus kühle Zurückweisung gefunden haben. Ich meine aber auch hier, ein Ton läßt sich nicht vor den Richter stellen und am wenigsten ein Ton der Kühle und der Zurückhaltung.

Meine Herren, nein, nicht auf diesen Punkt richtet sich meine Interpellation. Meine Interpellation greift den Punkt auf, wo die Bewegung übergegangen ist auf den politischen und auf den legislativen Boden, sie knüpft an die Thatsache an, daß in agitatorischer Weise durch das ganze Land hindurch die Erwartung verbreitet wird, die Königliche Regierung könne sich dazu entschließen, die verfassungsmäßig und reichsgesetzlich gewährleistete volle Gleichberechtigung der Juden zu beschränken.

Meine Herren, wie leidenschaftlich diese Erwartungen sind, mit welcher leidenschaftlichen Stärke dieselben gegenüber der Staatsregierung gehegt werden, dafür, meine Herren, ist wiederum die Petition ein Beweis, die ich vielfach angezogen habe. Sie wissen, diese Petition enthält den Satz, daß die Juden von allen obrigkeitlichen — noch hinzugefügt in Klammern: „autoritativen“ — Stellungen ausgeschlossen werden, und daß ihre Verwendung im Justizdienst, namentlich als Einzelrichter, eine angemessene Beschränkung erfahren. Nun, obgleich dieser Satz in der Petition enthalten ist, so

hat doch das einladende Begleitschreiben von der Petition gerühmt, daß die Staatsregierung in der Lage sei, der Petition Folge zu geben lediglich auf dem Wege der Verwaltung, ohne jede Zuziehung der gesetzgebenden Faktoren! So, meine Herren, macht die erregte Leidenschaft blind, so übersieht sie, daß hier an die Staatsregierung die Anforderung gestellt wird, im Wege der Verwaltungspraxis die Reichsgesetzgebung, die preußische Verfassung zu untergraben und lahm zu legen.

(Sehr richtig!)

Es ist in der That der Versuch einer Verleitung zum Bruch der höchsten Pflichten, ja zum Bruch des Verfassungseides, welche der Staatsregierung obliegen und welchen sie geleistet hat. Meine Herren, es ist dies der Ausdruck einer Verirrung der Leidenschaft, ich werde mich hieran ferner nicht heften, ich halte es für eine Verirrung, die in der Gemüthsverfassung, in die man sich selbst hineinagitirt hat, entschuldbar ist. Nein, ich halte mich an die loyale Deutung, die jener Petition und die den Erwartungen untergelegt werden muß. Nach dieser loyalen Deutung also wird die Erwartung überall gehegt, wird überall in agitatorischer Weise verbreitet, daß die Königliche Staatsregierung von demjenigen verfassungsmäßigen Einfluß, der ihr auf die Reichsgesetzgebung, der ihr auf die preußische Gesetzgebung zusteht, Gebrauch machen werde, um den verfassungsmäßigen Grundsatz der Gleichberechtigung aller Konfessionen und mithin auch den verfassungsmäßigen Grundsatz der vollen Emanzipation der Juden in irgend welcher Weise wiederum zu beschränken, also in Wahrheit aufzuheben.

Meine Herren, wenn diese Erwartungen vorhanden sind, so muß ich zu meinem Bedauern sagen, daß sie durch eine Reihe von Thatsachen eine gewisse Unterstützung finden können. Es ist leider eine Thatsache, daß der Herr Reichskanzler, der preußische Ministerpräsident, seiner Zeit, wenn ich nicht irre, auf dem vereinigten Landtage, zu den lebhaftesten Vertheidigern des Grundsatzes gezählt werden mußte, daß die Parität den jüdischen Mitbürgern nicht einzuräumen sei. Es ist eine vereinzelte, aber doch vielfach bemerkte Thatsache, daß die Verbreitung der bewußten Petition eine Empfehlung selbst in einem Blatte gefunden hat, von dem man annehmen muß, daß es nicht ohne Einfluß, daß es unter einer gewissen Verantwortlichkeit eines Königlichen Beamten steht. Und heute eben bei Beginn der Sitzung wird mir eine, jeder Zeit zur Disposition stehende Depesche aus einem westfälischen Orte vorgelegt, worin es heißt: „Amtlich durch den Landrath

dem Bürgermeister Aufforderung zur Unterschriftensammlung für Antisemitenliga zugegangen."

(Unruhe.)

Meine Herren, wir können es doch auch unmöglich leugnen, daß es gerade Männer in der Reihe derjenigen Parteien — ich sage nicht diejenigen Parteien — daß es gerade die Blätter derjenigen Parteien, welche der Regierung näher stehen, es gewesen sind, welche die antisemitische Bewegung geschürt, geleitet und fortgepflanzt haben. Meine Herren, wir können endlich von unserem Standpunkte aus es allerdings nicht verschweigen, daß wir vor einer konservativen Regierung stehen,

(Abgeordneter v. Ludwig: Sehr mäßig.)

Ich will den Unterbrecher nicht nennen.

(Zuruf.)

Herr v. Brauchitsch, wenn Sie mich dazu autorisiren.

(Abgeordneter von Ludwig: Ich habe es gesagt!)

Präsident: Ich bitte, in den Unterbrechungen doch ein solches Maß zu halten, daß nicht ein vollständiger Dialog mit dem Redner entsteht.

Abgeordneter Dr. **Hänel:** Meine Herrren, also ich sage, wir stehen immerhin vor einer konservativen Regierung, welche den konfessionellen Unterschieden eine sehr markante Einwirkung auf ihre Politik einräumt und welche, wie wir ja alle wissen, Mißständen und Aergernissen, die hervortreten, nur zu gern und zu rasch die gesetzliche Ermächtigung zu polizeilichen und diktatorischen Maßregeln entgegenzustellen beliebt.

Auf Grund von dem Allen glaubte ich, die Interpellation, wie ich sie gestellt habe, stellen zu müssen. Ich bitte, nicht das Verhältniß mißzuverstehen, in welchen meine Interpellation zu der darin angezogenen Petition steht. Diese Petition ist, wie ich ausdrücklich betont habe, für mich nur ein äußerer Anlaß, ein äußeres Beweisstück. Daß den Petenten Recht zu dieser Petition zusteht, daß sie es zu verfolgen haben wie sie es wollen, daß die Regierung eingehende Antwort ertheilt, wie sie will, das ist alles ganz selbstverständlich und ist vollkommen abliegend von der Sache, die ich hier vertrete.

Meine Herren, ich stehe hier vollkommen selbstständig und unabhängig auf dem Rechte und zutreffendenfalls auf der Pflicht, welche mir Verfassung und Geschäftsordnung einräumt. Meine Herren, ich glaube, daß ich nicht nur befugt, sondern daß ich verpflichtet bin, gegenüber der Königlichen Staatsregierung das Ersuchen auszusprechen, sie möge in einer schweren verwirrten und verwickelten Lage der Ge-

müther und selbst gewisser sozialer Kreise, eine klare und feste Stellung einnehmen, insofern und insoweit jene Bewegung dahin ausläuft, den gesetzlichen und verfassungsmäßigen Grundsatz der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung aufzuheben, ihn zu schmälern.

Die Verpflichtung, die ich in mir fühlte, diese Interpellation so zu stellen, wie ich sie gestellt habe, geht aus der Ueberzeugung hervor, daß eine runde und volle Erklärung von Seiten der Königlichen Staatsregierung: niemals werde sie sich dazu verstehen, jenem großen verfassungsmäßigen Grundsatz antasten zu lassen, jener garstigen Bewegung die praktische Spitze abbrechen wird.

(Sehr richtig!)

Ich bin der festen Ueberzeugung, daß in dem Augenblick, wo auch eine konservative Regierung in Preußen erklärt, dieser verfassungsmäßige Grundsatz könne allen Erwartungen und allen Agitationen zum Trotz niemals preisgegeben werden, — ich bin der festen Ueberzeugung, daß eine runde und volle Erklärung in diesem Sinne von wesentlicher Bedeutung ist für den vielfach gestörten weniger äußeren als inneren Frieden. Ich bin auch der festen Ueberzeugung, daß einer solchen Antwort gegenüber insbesondere jene unsere jüdischen Mitbürger, die jetzt abgeschreckt worden sind, die in der Freudigkeit ihres Wirkens gestört worden sind, die vor allen Dingen . . . .

(Unterbrechungen im Centrum. Lachen rechts.)

Ja, meine Herren, das sind doch Thatsachen, die Sie nicht leugnen, die Sie von Ihrem Standpunkt aus beklagen mögen!

(Zuruf im Centrum: Wucher! Wucher!)

Sie sagen mir Wucher? Also solche antisemitische Redensarten werden Einem selbst auf dieser Tribüne entgegengeworfen! So tief hat die Leidenschaftlichkeit gewüthet, ich muß sagen in einzelnen Köpfen und, füge ich hinzu, in einzelnen Herzen!

Ich sage also: eine volle und runde Beantwortung seitens der Staatsregierung und vor allem auch unseren jüdischen Mitbürgern, die sich hoch verdient gemacht haben in Staat, Gemeinde und allen bürgerlichen Lebensverhältnissen, wird nun die volle Sicherheit zurückgeben, die Freudigkeit des Schaffens, auf welche sie ein Recht haben, wie jeder andere Staatsbürger. Ich bin endlich der Ueberzeugung, daß gerade dieses Halt! das man der Bewegung durch eine solche runde und volle Erklärung entgegensetzt, von der entschiedensten Wirkung sein wird für die Bestrebungen der Führer und Lehrer im

Judenthum, die die volle Assimilation der noch nicht voll in uns aufgegangenen Reste herbeiführen wollen. Meine Herren, ich hoffe, wünsche und glaube, daß die Königliche Staatsregierung sich veranlaßt sehen wird zu der Erklärung, wie ich sie gewünscht habe. Allein ich erkläre Ihnen ganz offen und rund, wenn ich die Erwartung hegen müßte, daß die Königliche Staatsregierung eine solche Erklärung nicht abgiebt, daß sie in Verzögerungen und Ausweichungen sich einläßt, daß sie sich, ich weiß nicht an welchen formalistischen Kleinkram anklammert — selbst wenn ich erwarten müßte — was ich nicht thue, daß dies geschehe — ich würde diese Interpellation doch gestellt haben! Denn ich halte dafür, daß die Verantwortlichkeit, die die Staatsregierung aus einer solchen Zögerung und Ausweichung treffen müßte, klar vor dem Lande und klarer vor uns gestellt werden muß. Ich meine, daß die Regierung unter einer solchen Voraussetzung auch selbst wünschen müßte, die Verantwortlichkeit zu ihrem Theile mitzutragen für den Weitergang, für das Weiterwachsen einer Bewegung, die ich in Uebereinstimmung mit den Verdikt des europäischen Kongresses betrachte als einen Feind unserer europäischen Civilisation, unserer nationalen Ehre!

(Bravo! links, Unruhe rechts.)

Präsident: Zur Beantwortung der Interpellation ertheile ich das Wort dem Herrn Vizepräsidenten des Staatsministeriums.

Vizepräsident des Staatsministeriums Graf **zu Stolberg-Wernigerode:** Meine Herren! Die vorhin verlesene Interpellation des Herrn Abgeordneten Hänel geht davon aus, daß eine Petition an den Herrn Reichskanzler und Ministerpräsidenten verbreitet werde, welche die wörtlich aufgeführten 4 Forderungen an die Staatsregierung erhebt. In Veranlassung dessen richtet die Interpellation die Anfrage an die Staatsregierung, welche Stellung dieselbe Anforderungen gegenüber einnehme, „die auf Beseitigung der vollen verfassungsmäßigen Gleichberechtigung der jüdischen Staatsbürger zielen."

Hierauf muß ich zunächst konstatiren, daß eine solche Petition, wie hier erwähnt ist, bisher an die Staatsregierung nicht gelangt ist, und daß diese daher auch nicht in der Lage war, den Inhalt derselben in amtliche Erwägung zu ziehen. Gleichwohl, meine Herren, nimmt die Staatsregierung nicht Anstand, die an sie am Schlusse der Interpellation gerichtete Frage dahin zu beantworten, daß die bestehende Gesetzgebung die Gleichberechtigung der religiösen Bekenntnisse in staatsbürgerlicher Beziehung ausspricht, und daß das Staatsmini-

sterium nicht beabsichtigt, eine Aenderung dieses Rechtszustandes eintreten zu lassen.

(Bravo! auf allen Seiten des Hauses.)

Präsident: Der Abgeordnete Freiherr v. Minnigerode hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Abgeordneter Freiherr **v. Minnigerode:** Herr Präsident, ich beantrage die Besprechung der vorliegenden Interpellation.

Präsident: Die Besprechung ist auch von anderen Seiten, von den Abgeordneten Klotz und Rickert beantragt. Ich frage, ob dieser Antrag Unterstützung findet und bitte diejenigen Herren, welche den Antrag unterstützen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus. Es findet eine Besprechung statt.

Ich eröffne die Diskussion und bitte die Rednerliste zu gestalten.

(Die Rednerliste wird gestaltet.)

Die Rednerliste hat sich gestaltet, wie folgt: gegen sind eingetragen die Herren Abgeordneten Dr. Reichensperger (Olpe), Dr. v. Heydebrand, Hobrecht, Bachem, Dr. Windthorst, v. Kröcher, Stöcker, Strosser, Freiherr v. Minnigerode, Schmidt (Hohenzollern), Schmidt (Sagan), Dr. Franz, Graf Clairon d'Haussonville, Dr. Lieber, v. Luck, Dr. Reichensperger (Köln), Freiherr v. Schorlemer-Alst, Dr. Roeckerath und für die Abgeordneten Seyffarth, Dr. Virchow, Struve, Träger, Dr. Meyer (Breslau), Kieschke, Neßler, Rickert und Vollerthun.

Ich ertheile zunächst das Wort gegen dem Abgeordneten Dr. Reichensperger (Olpe).

Abgeordneter Dr. **Reichensperger** (Olpe): Meine Herren, ich bin mit der Königlichen Staatsregierung ganz darin einverstanden, daß sie keine formelle Veranlassung gehabt hat, die gestellte Frage zu beantworten, nämlich die Frage, welche Stellung sie nehmen werde und wolle zu den hier vorgeführten vier Petitionsforderungen

(Zuruf: Davon steht nichts drin!)

— doch, es steht in dem Tenor der Frage, welche Stellung sie gegenüber jener Petition zu nehmen gedenke. Nun, wenn der Herr Interpellant, wie es scheint, darauf drücken will, daß er bloß eine Erklärung der Staatsregierung über die Frage betreffend die verfassungsmäßige Gleichberechtigung Aller habe, — wenn er die Frage darauf beschränkt wissen will, so bin ich damit einverstanden, glaube aber, daß der Wortlaut der

Interpellation das nicht bedeutet, — daß er vielmehr nur die Deutung zuläßt, daß in den Augen des Herrn Interpellanten alle vier Punkte als unter die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Juden fallend bezeichnet sind. Das wäre dann aber ein gewaltiger Irrthum, wie ich das noch mit einigen Worten zeigen will.

(Zuruf)

— Nun gut, also die Herren scheinen keine Antwort auf die vier einzelnen Petitionspunkte erwartet zu haben, — dann aber bin ich der Meinung, daß es doch wohl räthlich und richtig gewesen wäre, diese vier Punkte überhaupt aus der Interpellation herauszulassen,

(sehr wahr!)

uns damit nicht zu behelligen und nach der Seite des Publikums hin — worauf wohl die ganze Aktion lediglich abgesehen zu sein scheint — zu operiren.

(Sehr richtig!)

Also es beschränken sich die Herren auf die Frage, welche Stellung die Staatsregierung gegenüber der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung unserer jüdischen Mitbürger einnehmen wolle. Ich habe nichts dagegen. Sie haben auch eine Antwort erhalten, obgleich die Staatsregierung formell nicht dazu verpflichtet war; Sie haben sie erhalten aus Gründen, die ich vollständig theile und würdige, und ich freue mich dessen, daß die Staatsregieruug diese Erklärung abgegebeu hat, daß sie bei dem Prinzip der vollen bürgerlichen und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung Aller stehen bleiben will. Ich meinestheils hätte sogar gewünscht, daß die Staatsregierung noch hinzugefügt hätte, daß sie auch auf dem Verwaltungswege nicht gedenke, eine andere Behandlung gegenüber unseren jüdischen Mitbürgern eintreten zu lassen, vielmehr das Prinzip der Gleichheit auch auf diesem Boden gewahrt bleiben werde. Denn, meine Herren, wir, meine politischen Freunde, haben leider Veranlassung genug gehabt zu empfinden, was das bedeutet.

(Hört! Hört! im Centrum. — Heiterkeit.)

Nun, meine Herrn, was die Interpellation selbst anlangt, so kann es wohl nicht meine Absicht und noch weniger meine Aufgabe sein, auf alle die thatsächlichen Verhältnisse hier einzugehen, die der Herr Interpellant angeführt hat, und zwar immer mit einem gewissen starken Accent gegen ein Mitglied dieses Hauses, der an die Spitze dieser Agitation gestellt worden ist, und dem nicht ganz freundliche Seitenblicke zugewandt worden sind. Ich glaube, die thatsächliche Erörterung dieser Verhältnisse wird von der betreffenden Seite aus hinreichend erfolgen; ich für meinen Theil erkläre aber

von vorn herein, daß ich in der angegriffenen Persönlichkeit keinen Agitator in dem bösen Sinne des Worts zu erkennen vermag, sondern daß ich den Muth bewundere, mit dem jener Herr es gewagt hat, in ein Wespennest zu schlagen,

(Bravo! rechts.)

dessen Bedeutsamkeit ich noch mit einigen Worten Ihnen zum Bewußtsein bringen werde.

Also, meine Herren, auf diese thatsächlichen und persönlichen Fragen werde ich mich nicht einlassen; es wird meines Erachtens meine alleinige Aufgabe sein, auf den Geist, der die Interpellation diktirt hat, mit einigen Worten einzugehen und nach jener Richtung hin etwas zu beleuchten. Ich bin der Meinung, daß der Herr Interpellant seiner Aufgabe von vorn herein einen möglichst schlechten Dienst geleistet hat, indem er anhub von dem Berliner Kongresse, der hier den Rumäniern die Verpflichtung aufoktroyirt hat, ihre werthen jüdischen Mitbürger, die sie nicht so hoch zu schätzen vermögen, wie der Herr Interpellant es thut, mit gleicher bürgerlicher und staatsbürgerlicher Berechtigung bei sich aufzunehmen. Das, meine Herren, hätte meines Erachtens der Herr Interpellant lieber ruhig für sich behalten sollen. Denn in meinen Augen ist diese Thatsache nur ein Beweis dafür, welch unermeßliche internationale Macht bereits jene kleinste Minorität in allen Ländern davongetragen hat.

(Sehr richtig! rechts und im Centrum.)

Das, meine Herren, ist die Erklärung jenes Räthsels und die Erklärung dafür, daß sogar ein Staat, wie Rußland, dazu übergegangen ist, dieses Gesetz den Rumäniern aufzuoktroyiren — ein Staat, von dem in den öffentlichen Blättern zu wiederholten Malen behauptet worden ist, daß ihm von Seiten jener jüdischen Börsenmachthaber gesagt worden sei, daß von einer russischen Staatsanleihe weiter keine Rede sein werde, wenn man nicht diese modernen Staatsprinzipien, die man richtig nach Rumänien hinübergeführt hat, auch in Rußland selber zur Geltung bringen werde —, ganz besonders die hier in Rede stehende Gleichberechtigung. Point d'argent, point de Suisses! Da hat dann der russische Staat sich zum Schildhalter für die Interessen der rumänischen Juden hergegeben, während er allen nicht orthodoxen russischen Unterthanen gegenüber eine Stellung einnimmt, die ich nicht näher zu charakterisiren brauche, da dies für jeden, der in öffentlichen Dingen überhaupt orientirt sich nennen will, in dem bekannten englischen Blaubuch zum Uebermaß deutlich dargelegt ist vor der ganzen diplomatischen Welt.

(Sehr richtig!)

Nun, meine Herren, was die Grundanschauung angeht, die den Vortrag des Herrn Interpellanten durchdringt, so muß ich mein Erstaunen darüber ausdrücken, daß eine so große Verkennung der wirklichen Dinge, der wirklichen Sachlage in ihm dokumentirt wird. Seine Auffassung geht dahin, daß die ganze Agitation diktirt sei durch den Racenhaß und durch einen neu angefachten Religionshaß, — und merkwürdigerweise hat der Herr Interpellant diesen vermeintlich angefachten Religionshaß noch gewissermaßen unter seine Aegide genommen, während ich den Religionshaß noch weit mehr perhorresziren zu müssen glaube, als selbst den Racenhaß, — darum, weil er weit mehr das Innerste aller Gemüther erfaßt, — weil er also hundertmal gefährlicher ist, als der wirklich oder vermeintlich angefachte Racenhaß. Nein, meine Herren, wenn die Männer von der Fortschrittspartei das meinen, was sie hier gesagt haben, so kann ich sie nur versichern, daß sie nur wieder einen neuen Beweis für die Thatsache geliefert haben, daß sie das Volk, von dem sie immer sprechen, ja das sie par excellence zu vertreten vorgeben, gar nicht kennen!

(Sehr richtig!)

Diese weit verbreitete und tiefgreifende Agitation, die auch nicht meinen ganzen Beifall hat, ist nicht diktirt durch Racenhaß und religiösen Fanatismus, sondern er ist wesentlich und primo loco diktirt durch das Gefühl, daß nationale und ganz besonders soziale Interessen in Frage stehen und gefährdet sind. Das, meine Herren, ist der Ausgangspunkt, der dieser Bewegung eine so weite und tiefe Verbreitung verschafft hat. Ich, meine Herren, bin der Meinung, daß das Volk wohl in der Lage gewesen ist, sich zu fragen, welche Stellung denn in der Wirklichkeit jene emanzipirte Klasse unserer Staatsbürger (emanzipirt erst seit dem Jahre 1848 resp. 1850) in dieser letzten Generation eingenommen hat — und zwar auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, dem ökonomischen, politischen, literarischen und namentlich auf dem journalistischen Gebiete. Auf allen diesen Gebieten ist thatsächlich die Meinung in den weitesten Kreisen verbreitet, daß die Wirksamkeit jener Klasse unserer Mitbürger durchweg und der Regel nach eine schädliche, eine beeinträchtigende sei,

(sehr richtig! rechts)

also eine Stellung und eine Wirksamkeit, die auf die Dauer nicht ertragen werden wird. Das, sage ich, ist die Meinung, die in den betreffenden Volkskreisen gehegt wird. Und, meine Herren, wenn hier so oft die Rede gewesen ist von der Frage, ob und inwieweit wirklich alle die Vorwürfe begrün-

det sind, die dahin tendiren, daß die produktive Arbeit jener unteren Volksklassen ausgebeutet werde durch einen nicht produktiv arbeitenden, sondern spekulirenden Theil unserer Gesellschaft, — wenn die Frage aufgeworfen worden ist, ob und in wieweit namentlich die Kapitalherrschaft, die sich vielfach oder zu einem erheblichen Theil in den Händen der betreffenden Mitglieder unserer Staatsgemeinschaft befindet, hierbei wucherisch mißbraucht worden sei, dann habe ich meinerseits mich stets gehütet, ein bestimmtes Urtheil darüber abzugeben, weil ich es nicht verantworten kann. Allein es besteht einmal das weitverbreitete Gemeingefühl, daß der wesentliche Träger dieser Ausbeutung des Volkes gerade in der bezeichneten Richtung zu finden sei. Und, meine Herren, wenn ich hier vom Volke rede, dann meine ich keineswegs bloß das sogenannte „gemeine Volk," auf das man stellenweise etwas herabsehen zu dürfen glaubt, obgleich es gerade der eigentliche Kern und die Basis unserer Volksgesammtheit ist.

Freilich, meine Herren, hier geschieht das nicht. Ich will also nur sagen, daß, wenn ich vom Volke spreche, in dem solche Empfindungen bestehen, wie ich sie angedeutet habe, dann will ich damit wesentlich eingeschlossen wissen auch viele Gebildete, sehr viele Gebildete und viele Liberale und Hochliberale. Und, meine Herren, wenn Sie das übersehen sollten, dann will ich Ihnen keinen Eigennamen, keine persönliche Namen hier vorführen, aus dem einfachen Grunde, weil ich nicht möchte, daß auf eine solche Anführung meinerseits Rekriminationen gegen jene Personen erfolgen könnten, die sie nicht zu beantworten im Stande sind, weil sie abwesend sind. Aber, meine Herren, für um so verwerflicher muß ich es erklären, wenn in derjenigen Presse, die auf dem Standpunkt des Herrn Interpellenten steht, sogar Namen genannt werden, über deren Ansichten unsere Loyalität es uns Allen verbietet, auch nur ein einziges Wort auszusprechen.

(Sehr richtig! rechts.)

Aber, meine Herren, ich kann doch jedenfalls solche anonyme Personen hier anführen, die von den Herren Gegnern einigermaßen berücksichtigt werden sollten. Ich will an die Presse erinnern, und an einen großen Theil der liberalen Presse, die dennoch durchaus nicht auf dem Standpunkt des Herrn Interpellenten steht. Ich will nur, um zwei zu nennen, an die „Schlesische Zeitung" erinnern und an „die Grenzboten", beides Blätter, deren liberaler Charakter, glaube ich, bisheran man noch nicht bestritten hat.

(Lebhafter Widerspruch links.)

Also doch! Also ich konstatire das Zeugniß des Herrn Abgeordneten Richter, daß „die Grenzboten“ nicht liberal sind; dieselben aber nennen sich selber liberal und bestreiten vielleicht Ihnen den Charakter des ächten Liberalismus und bezeichnen ihren desfallsigen Gegner als Demagogen und Demokraten. Also ich, meine Herren, spreche von derjenigen Kategorie der Liberalen, die sich als solche fühlt, gerirt und im Allgemeinen anerkannt ist und bleibt.

Diesen Thatsachen gegenüber bin ich wirklich der Meinung, daß mit dem souveränen Doktrinarismus, der uns hier entgegengetragen worden ist, die Sache in der That nicht todtgeschlagen werden kann. Das Prinzip des verfassungsmäßigen Rechts erkenne ich vollständig als ein nothwendiges, als ein berechtigtes an. Aber, meine Herren, ich bin doch der weiteren Meinung, daß diejenigen Mitglieder unserer Staatsgenossenschaft, die erst seit dem Jahre 1848 diese Emanzipation erlangt haben, dessen etwas mehr bewußt bleiben, was sie dafür dem deutschen christlichen Volke schulden, —

(sehr richtig!)

daß sie nicht immer der Meinung sein dürfen, als hätten sie nur Rechte innerhalb der christlichen Gemeinschaft, keine Pflichten — ja als hätte unser Volk keine andere Bestimmung, als den Interessen und Wünschen und Ansprüchen der Juden zu dienen!

(Sehr wahr! rechts.)

So, meine Herren, steht es nicht. Diese Emanzipation muß noch erst verdient werden.

(Sehr wahr! rechts.)

Ich, meine Herren, kann als Zeuge sprechen, wie sie zu Stande gekommen ist, da sie unter meiner und meiner Freunde Mitwirkung zu Stande gekommen ist. Wir haben im Jahre 1848 und 1850 diese volle bürgerliche und staatsbürgerliche Gleichberechtigung unserer jüdischen Mitbürger mit durchgesetzt. Damals ist es Niemanden in den Sinn gekommen, zu meinen, daß sie eine Belohnung sein soll für bereits bewährte und geleistete Bürgertugend. Das war nicht der Gedanke; im Gegentheil, es wurde ziemlich allgemein anerkannt, wie es auch der Herr Abgeordnete Hänel hier anerkannt hat, daß manche Charakterzüge bei diesen unseren Mitbürgern sich fänden, die eher antipathisch und abstoßend wirken mußten. Wir haben uns aber gesagt, daß ein großer Theil dieser bedauerlichen Erscheinungen entschuldigt werden könne und müsse als die Folge der bisherigen Unfreiheit der Juden. Wir haben aber dabei das Vertrauen gehabt, daß die damals

gewährte Freiheit diese Verhältnisse anders machen werde. Ich, meine Herren, will nicht darüber aburtheilen, ob und inwieweit diese Erwartungen nicht in Erfüllung gegangen sind. Ich erkenne meines Theiles bereitwilligst an, daß sehr viele gute, ehrenwerthe, respektable Elemente in jenen Kreisen vorhanden sind, und bedaure nur das Eine, daß diese guten Elemente nicht so regsam sind, wie die anderen,

(sehr richtig! im Centrum)

daß sie nicht ihren guten Standpunkt ebenso zur Geltung bringen, wie die Andern, um so ein besseres Urtheil und eine bessere Erkenntniß bei dem deutschen christlichen Volke hervorzurufen, als es heute besteht. Ich erkenne bereitwilligst an, daß aus jenen guten jüdischen Kreisen auch Vereine gegen die Wucherausbeutung hervorgegangen sind, — mir fällt es also nicht ein, die Gesammtheit der Judenschaft verantwortlich zu machen für die Klagen, die desfalls gegen sie erhoben werden. Und auf der anderen Seite brauche ich ja gar nicht hinzuzufügen, wie es mir nicht einfallen kann, jene traurigen Erfahrungen in unserem Volke lediglich auf die jüdische Seite hin zu werfen. Nein, es giebt auch Christen genug — ich könnte vielleicht besser sagen, wie der alte Leo sagt: in Wasser abgewaschene Heiden, die auf diesem Gebiete jeden Wettlauf mit den Juden aushalten.

(Sehr gut! im Centrum.)

Meine Herren, ich bin der Meinung, daß eine solche Untersuchung nach dem Maße der Schuld hier nicht Platz greifen soll, jedenfalls so lange nicht, als nicht irgend wer im Stande ist, zu behaupten und zu beweisen, daß ein absoluter Nothstand eingetreten sei, wo also eine unbedingte Nothwehr, selbst mit Gewaltmitteln geboten, gerechtfertigt wäre, wenn man sich nicht mehr anders zu helfen weiß. Noth kennt eben kein Gebot! Eine solche Lage erkenne ich aber in der Gegenwart nicht an und ich hoffe, daß wir sie auch in der Zukunft nicht erleben werden.

Ich beharre also bei dem Standpunkt, den meine politischen Freunde von Anfang an in unserm Verfassungsleben eingenommen haben — ich beharre bei dem Standpunkt der vollen verfassungsmäßigen Gleichberechtigung unserer jüdischen Mitbürger. Aber, meine Herren, nicht um irgend wen zu verletzen, sondern um die Zukunft womöglich besser zu gestalten, muß ich hinzufügen, daß gerade unsere jüdischen Mitbürger meinen politischen Freunden und mir es so schwer, wie nur immer möglich, gemacht haben, auf diesem konstitutionellen, verfassungsmäßigen Standpunkt zu verharren.

(Sehr wahr! im Centrum.)

Wir, meine Herren, meine politischen Freunde und ich — und das darf ich laut in diesem Hause sagen, weil dieser Saal es bezeugt, wir dürfen erklären, daß durch unsere Energie im Jahre 1856 die Artikel 4 und 12 der Verfassungsurkunde aufrecht erhalten worden sind, bei einer verhältnißmäßig schwachen Minorität meiner damals verhältnißmäßig zahlreichen Partei und der beiden minder zahlreichen liberalen und konstitutionellen Parteien. Wir, als damalige kleine Minorität, haben eine große Majorität selbst in der Landrathskammer errungen und das Votum erwirkt, welches den Antrag Wagener zurückgewiesen hat, der die bürgerliche und politische Gleichberechtigung der Juden mit den Artikeln 4 und 12 der Verfassungsurkunde über den Haufen werfen wollte. Und nun, meine Herren, haben wir die Quittung der Juden auf diesen unsern Schuldtitel seitdem bekommen,

(Nein! im Centrum)

im Laufe der ganzen letzten zehn Jahre!

(Sehr gut!)

Dem gegenüber, was wir für die politische und verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Juden gethan haben, haben wir eingehandelt die äußerste und gewaltsamste Feindschaft und Verfolgung gerade aus jenen Kreisen.

Meine Herren, ich will es Ihnen zeigen. Im ganzen Kulturkampf stand namentlich die jüdische Presse in erster Linie der Gegnerschaft gegen uns. Ich will hier dazwischen werfen, daß es mir unvergessen ist, daß der damalige Abgeordnete Lasker in dieser Beziehung eine vielfach andere Stellung, als seine übrigen Fraktionsgenossen, eingenommen hat, das vergesse ich nicht. Aber, meine Herren, damals hat die in den Händen unserer jüdischen Mitbürger befindliche oder unter ihrem Einfluß stehende Presse in aller Weise dazu gearbeitet und beigetragen, daß diejenigen Verfassungsartikel, die unsere Religionsfreiheit schützten, über den Haufen geworfen wurden!

(Sehr wahr! im Centrum.)

Und, meine Herren, damals und bis jetzt hat dieselbe Presse alle diejenigen Verunglimpfungen, die gegen unsere heiligsten Gefühle und Interessen durchweg laut geworden sind, auf allen Gebieten überboten!

(Sehr wahr! im Centrum.)

Der Herr Abgeordnete Hänel hat das Wort „Cynismus" auf die Presse angewendet. Wahrlich, ich darf dies Wort auch hier anwenden, und glaube nicht, daß irgend wer bestreiten kann und will, daß im Großen und Ganzen wenigstens die Sache richtig von mir dargelegt worden ist.

Ich nun, meine Herren, kann Ihnen sagen, daß ich seit Jahren schon vorhergesehen habe, daß ein Tag der Abrechnung kommen werde, kommen müsse, — denn meine Herren, diese Aktionen sind keineswegs bloß gerichtet gewesen gegen unsere katholischen Interessen, sondern gegen das ganze christliche Prinzip, gegen alle Christen, als wäre ganz Deutschland bereits im Semitenthum aufgegangen!

(Sehr wahr!)

Dagegen, meine Herren, ist denn schließlich eine Volksverbitterung hervorgetreten, die ich nicht unbedingt billige, — die möglicherweise in einigen Punkten zu weit geht; aber Jeder wird anerkennen, daß auch die allerchristlichste Geduld endlich einmal reißen kann.

(Sehr wahr!)

Das Wort: Tensus rumpitur arcus, welches ich vor wenigen Monaten auf der Brücke in Luzern unter dem Tellschuß gesehen habe, gilt auch in Deutschland, und auch der deutsche Michel hat nur eine Geduld, die endlich reißen kann.

Ich, meine Herren, versichere Ihnen, daß ich das, was ich hier vorbringe, nicht thue, um zu verletzen oder um mich zu rächen, sondern daß ich es sage in der Hoffnung, daß eine Einkehr und eine Umkehr auch in dieser Beziehung bei unsern jüdischen Mitbürgern stattfinden möge. Jedenfalls möchte ich denselben im Hinblick auf alles das, was in der Vergangenheit geschehen ist, denn doch den Rath geben, sich nicht allzu empfindlich oder empfindsam zu zeigen, wenn auch ihnen einmal auf die Füße oder vielleicht gar auf die Hühneraugen getreten wird, —

(Heiterkeit)

daß sie sich nicht daran gewöhnen mögen, in Gemäßheit der Pferdebahnwagenscene, an die ja Herr Hänel geglaubt hat erinnern zu müssen, auf wirkliche oder vermeintliche Verbalinjurien mit Realinjurien und Ohrfeigen zu antworten. Nein, meine Herren, das wird auf die Dauer nicht gehen, — das könnte jenen Herren in der That recht schlecht bekommen! Und nun, meine Herren, wer tritt denn jetzt hier als Schildhalter, als Ritter für die Humanität, für die Freiheitsrechte, für die Verfassungsrechte unserer jüdischen Mitbürger ein? Es ist der Herr Abgeordnete Dr. Hänel an der Spitze seiner fortschrittlichen Freunde und verstärkt durch einige Sezessionisten.

(Große Heiterkeit.)

Ich, meine Herren, erinnere mich noch recht wohl, und meine Kollegen werden sich auch dessen erinnern, daß es einmal eine Skandalscene in Moabit gegeben hat. Wo sind

Wir, meine Herren, meine politischen Freunde und ich — und das darf ich laut in diesem Hause sagen, weil dieser Saal es bezeugt, wir dürfen erklären, daß durch unsere Energie im Jahre 1856 die Artikel 4 und 12 der Verfassungsurkunde aufrecht erhalten worden sind, bei einer verhältnißmäßig schwachen Minorität meiner damals verhältnißmäßig zahlreichen Partei und der beiden minder zahlreichen liberalen und konstitutionellen Parteien. Wir, als damalige kleine Minorität, haben eine große Majorität selbst in der Landrathskammer errungen und das Votum erwirkt, welches den Antrag Wagener zurückgewiesen hat, der die bürgerliche und politische Gleichberechtigung der Juden mit den Artikeln 4 und 12 der Verfassungsurkunde über den Haufen werfen wollte. Und nun, meine Herren, haben wir die Quittung der Juden auf diesen unsern Schuldtitel seitdem bekommen,

(Nein! im Centrum)

im Laufe der ganzen letzten zehn Jahre!

(Sehr gut!)

Dem gegenüber, was wir für die politische und verfassungsmäßige Gleichberechtigung der Juden gethan haben, haben wir eingehandelt die äußerste und gewaltsamste Feindschaft und Verfolgung gerade aus jenen Kreisen.

Meine Herren, ich will es Ihnen zeigen. Im ganzen Kulturkampf stand namentlich die jüdische Presse in erster Linie der Gegnerschaft gegen uns. Ich will hier dazwischen werfen, daß es mir unvergessen ist, daß der damalige Abgeordnete Lasker in dieser Beziehung eine vielfach andere Stellung, als seine übrigen Fraktionsgenossen, eingenommen hat, das vergesse ich nicht. Aber, meine Herren, damals hat die in den Händen unserer jüdischen Mitbürger befindliche oder unter ihrem Einfluß stehende Presse in aller Weise dazu gearbeitet und beigetragen, daß diejenigen Verfassungsartikel, die unsere Religionsfreiheit schützten, über den Haufen geworfen wurden!

(Sehr wahr! im Centrum.)

Und, meine Herren, damals und bis jetzt hat dieselbe Presse alle diejenigen Verunglimpfungen, die gegen unsere heiligsten Gefühle und Interessen durchweg laut geworden sind, auf allen Gebieten überboten!

(Sehr wahr! im Centrum.)

Der Herr Abgeordnete Hänel hat das Wort „Cynismus" auf die Presse angewendet. Wahrlich, ich darf dies Wort auch hier anwenden, und glaube nicht, daß irgend wer bestreiten kann und will, daß im Großen und Ganzen wenigstens die Sache richtig von mir dargelegt worden ist.

Ich nun, meine Herren, kann Ihnen sagen, daß ich seit Jahren schon vorhergesehen habe, daß ein Tag der Abrechnung kommen werde, kommen müsse, — denn meine Herren, diese Aktionen sind keineswegs bloß gerichtet gewesen gegen unsere katholischen Interessen, sondern gegen das ganze christliche Prinzip, gegen alle Christen, als wäre ganz Deutschland bereits im Semitenthum aufgegangen!

(Sehr wahr!)

Dagegen, meine Herren, ist denn schließlich eine Volksverbitterung hervorgetreten, die ich nicht unbedingt billige, — die möglicherweise in einigen Punkten zu weit geht; aber Jeder wird anerkennen, daß auch die allerchristlichste Geduld endlich einmal reißen kann.

(Sehr wahr!)

Das Wort: Tensus rumpitur arcus, welches ich vor wenigen Monaten auf der Brücke in Luzern unter dem Tellschuß gesehen habe, gilt auch in Deutschland, und auch der deutsche Michel hat nur eine Geduld, die endlich reißen kann.

Ich, meine Herren, versichere Ihnen, daß ich das, was ich hier vorbringe, nicht thue, um zu verletzen oder um mich zu rächen, sondern daß ich es sage in der Hoffnung, daß eine Einkehr und eine Umkehr auch in dieser Beziehung bei unsern jüdischen Mitbürgern stattfinden möge. Jedenfalls möchte ich denselben im Hinblick auf alles das, was in der Vergangenheit geschehen ist, denn doch den Rath geben, sich nicht allzu empfindlich oder empfindsam zu zeigen, wenn auch ihnen einmal auf die Füße oder vielleicht gar auf die Hühneraugen getreten wird, —

(Heiterkeit)

daß sie sich nicht daran gewöhnen mögen, in Gemäßheit der Pferdebahnwagenscene, an die ja Herr Hänel geglaubt hat erinnern zu müssen, auf wirkliche oder vermeintliche Verbalinjurien mit Realinjurien und Ohrfeigen zu antworten. Nein, meine Herren, das wird auf die Dauer nicht gehen, — das könnte jenen Herren in der That recht schlecht bekommen! Und nun, meine Herren, wer tritt denn jetzt hier als Schildhalter, als Ritter für die Humanität, für die Freiheitsrechte, für die Verfassungsrechte unserer jüdischen Mitbürger ein? Es ist der Herr Abgeordnete Dr. Hänel an der Spitze seiner fortschrittlichen Freunde und verstärkt durch einige Sezessionisten.

(Große Heiterkeit.)

Ich, meine Herren, erinnere mich noch recht wohl, und meine Kollegen werden sich auch dessen erinnern, daß es einmal eine Skandalscene in Moabit gegeben hat. Wo sind

Nun, meine Herren, es wird also von der Fortschrittspartei als sehr schmerzlich, vielleicht als unerträglich empfunden, daß in der Petition eine solche Behinderung oder Beschränkung der jüdischen Einwanderung aus dem Auslande gefordert werde. Aber, meine Herren, muß ich denn nun die Männer von der Fortschrittspartei nicht wiederum daran erinnern, was sie ihrerseits auf diesem Gebiete gethan und geleistet haben? Die Herren haben keineswegs sich darauf beschränkt, die Einwanderung ausländischer Jesuiten zu verhindern oder zu beschränken.

(Sehr gut! im Centrum)

nein, meine Herren, sie haben dazu mitgewirkt, daß eingeborenen Deutschen und preußischen Staatsbürgern, die im Einklang mit dem früheren Gesetze in jenen Orden eingetreten sind, die Qualität als Deutsche abgesprochen worden ist. Sie, meine Herren, sind nicht einmal zur bloßen Verbannung übergegangen, — ein Wort, das in keiner civilisirten Staatsgesetzgebung ja auch mehr gehört werden darf. Das wollten Sie darum auch nicht, — aber Sie haben ein anderes maßloseres Mittel gewählt. Sie haben die Jesuiten einfach geächtet, Sie haben die Staats- und Reichsangehörigkeit dieser eingeborenen, niemals bestraften, wohl aber im Kriege dekorirten Preußen und Deutschen verneint!! Meine Herren, das haben Sie nicht einmal bloß gegenüber den Jesuiten gethan, bei denen ich annehmen will, daß für viele, die sich für gebildet halten, die aber ihre desfallsigen Kenntnisse nur aus einseitigen Pamphleten geschöpft, ein gewisser Entschuldigungsgrund bestehen mag. Ich weiß ja, es besteht ein Vorurtheil auf diesem Gebiete, hergeleitet aus Ereignissen hinter uns liegender Jahrhunderte, während von der aktuellen Wirksamkeit dieser Jesuiten meiner Erinnerung nach im Reichstag kein Mensch ein Wort zu sagen gewußt hat. Allein nicht bloß den Jesuiten gegenüber ist von der Fortschrittspartei diese Stellung eingenommen worden, die doch etwas mehr bedeutet, als Behinderung und Beschränkung der Einwanderung, sondern man hat neben den Jesuiten auch die „verwandten Orden" geächtet! — „Verwandte Orden", deren Namen gar noch nicht einmal genannt worden sind, von deren Wirksamkeit kein Fortschrittsmann eine Ahnung gehabt hat! Auch in Beziehung auf diese „verwandten Orden" haben die Männer von der Fortschrittspartei — die heutigen Vertreter der Menschenrechte, der Freiheitsrechte und der Verfassungsrechte, dem hohen Bundesrathe die Vollmacht ertheilt, es selber festzustellen, wer zu diesen verwandten Orden gehöre und darum geächtet werden sollte!

(Hört! hört!)

Was nun endlich die Petition sub Nr. 3 anlangt, so weiß ich auch nicht recht sicher, ob hier ein Gravamen erhoben wird dagegen, daß der christliche Charakter der Volksschule und so weiter gewahrt werde. Nun, meine Herren, wenn auch hierauf sich das Gravamen der Herren von der Fortschrittspartei richtet, dann muß mich das doch doppelt wundern, indem sie alsdann beweisen würden, daß sie sogar den formellen Inhalt unserer noch bestehenden Verfassungsurkunde nicht kennen. Artikel 24 derselben bestimmt jedenfalls hinsichtlich der öffentlichen Volksschule, daß der konfessionelle Charakter sogar gewahrt werden müsse, also doch wohl a majori der christliche Charakter gegenüber den anzustellenden jüdischen Lehrern.

(Sehr wahr!)

Nun, meine Herren, will ich nur noch mit einem Worte sagen, daß, wenn ich mich gegen Nr. 2 der Petition ausgesprochen habe, die Frage unter Nr. 3 vielleicht eine verschiedene Beurtheilung erfahren kann hinsichtlich der öffentlichen Volksschule gegenüber den höheren Schulen. Was endlich die Frage der Einwanderung anlangt, so ist sie jedenfalls keine Frage, bei der Rechtsmomente Platz greifen, sondern sie ist bloß eine Interessenfrage. Auf eine Einwanderung hat kein Ausländer Anspruch, also wahrscheinlich auch kein Jude; die Einwanderung und Zulassung zum Staatsverbande, respektive die eventuelle Naturalisation ist eine Frage des Interesses des betreffenden Staates. Es kann darum die Möglichkeit entstehen, daß auch nach dieser Seite hin Vorkehrungen getroffen werden, wenn es wirklich wahr ist, was behauptet wird, was ich aber nicht weiß, daß in übermäßiger Weise eine gewisse Grundsuppe

(sehr gut! rechts)

aus Rußland und Polen zu uns kommt. Denn es wird eben behauptet, daß diese Einwanderung wesentlich aus Elementen bestände, die keine Garantie produktiver, redlicher Arbeit gewähren, sondern daß es Elemente sind, die ich nicht näher charakterisiren will. Also nach dieser Seite hin glaube ich, daß eine faktische Frage vorliegt, die in diesem Augenblicke von mir wenigstens nicht bejaht werden will und kann, daß aber die sub 4 geforderte statistische Feststellung der Sachlage für die Zukunft nur im hohen Grade wünschenswerth sein kann.

Ich schließe mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Interpellation sowohl, wie die ganze Agitation, über die man Beschwerde geführt hat, eine gute Folge haben möge, — die nämlich, unsern jüdischen Mitbürgern die Nothwendigkeit zu

zeigen, sich etwas mehr der Besonnenheit und der Mäßigung zu befleißigen,

(Sehr richtig!)

und namentlich ihr die Erkenntniß beizubringen, daß mit dem thatsächlichen Besitz von Freiheitsrechten nicht Alles abgethan ist, daß vielmehr immer noch die ernste Rückfrage möglich bleibt, ob denn die Erwartungen, die man an die Emanzipation der Juden geknüpft hat, auch in Erfüllung gegangen sind oder doch gehen können und sollen. Daß das Alles nicht in einer Generation möglich ist, das sehe auch ich ein, — aber die Nothwendigkeit und die Räthlichkeit eines ernsten Einsehens und der Selbstprüfung nach dieser Seite hin möchte ich unseren jüdischen Mitbürgern doch recht dringend an's Herz legen!

(Bravo! rechts und im Centrum.)

Präsident: Das Wort hat für der Abgeordnete Seyffarth.

Abgeordneter **Seyffarth:** Meine Herren! Wenn der Herr Vorredner gesagt hat, die Interpellation sei nur dazu eingebracht worden, um Eindruck auf das Volk zu machen, so kann ich ihm in gewissen Beziehungen Recht geben, denn es ist eine Agitation hervorgerufen worden, die den Frieden unseres Landes auf das Empfindlichste zu gefährden geeignet ist, und um dieser Agitation Einhalt zu thun, darum ist diese Interpellation gestellt worden.

Wie weit es mit dieser Agitation geht, das geht aus einem Anschreiben hervor, welches der Petition beigegeben ist. Da heißt es:

> Um dies zu erreichen, werden wir dieselbe in mehr als 100.000 Exemplaren successive versenden und zwar an alle unserer Sache geneigten Redaktionen, Bürgermeistereien, Superintendenturen, landwirthschaftlichen Vereine, an alle Landräthe,
>
> (Hört! hört! links.)
>
> Oberförster, an sämmtliche Steuer- und Wirthschaftsreformer, viele Richter, Aerzte und dergl.

Meine Herren, es kommt viel weniger auf die Petition an, als vielmehr auf diese ganze Agitation, welche schon sehr verderblich wirkt auch an denjenigen Orten, wo bisher der Friede geherrscht hat. Ich kann Ihnen sagen, daß in der Stadt, welche mich als ihren Abgeordneten hierher geschickt hat, bisher ein ungetrübter Friede geherrscht hat. Aber da ist ein kleines Blatt, daß nennt sich „patriotische Zeitung" das schürt den Haß auf jede mögliche Weise und schreibt unter Anderem: „Wir Christen gebrauchen die Juden nicht"

„Kaufen wir Christen nur bei unsern Mitchristen.“ „Kaufe man alle seine Bedürfnisse nur bei Christen“. Das ist groß und fett gedruckt. Nun, meine Herren, wenn also in dieser Agitation eine Gefahr liegt, so glaube ich, ist es recht, daß eine solche Interpellation hier eingebracht wird. Daß eine solche Interpellation und eine Antwort darauf, wie die Königliche Staatsregierung sie hier gegeben hat, eine solche Ruhe herstellen kann, hat sich in Oesterreich-Ungarn bewahrheitet, denn als dort ebenfalls eine solche Agitation in Scene gesetzt war, wurde eine Interpellation eingebracht und nachdem die dortige Staatsregierung gegen diese Agitation aufgetreten ist, hat sie ihr Ende erreicht. Ich hoffe, daß auch von heute ab der Agitation die Spitze abgebrochen werden wird.

Meine Herren, was mich aber ganz besonders bewegt, hier das Wort zu ergreifen, das ist der Umstand, daß man diese Frage zu einer Frage der Religion gemacht hat, daß man das Christenthum als in Gefahr hingestellt hat, daß man vom christlichen Standpunkte und vom christlichen Prinzip aus gerade diese Judenfrage schüren zu müssen glaubt.

(Zuruf.)

Der Abgeordnete Dr. Franz sagt mir, das wäre nicht der Fall. Nun, meine Herren, muß ich dagegen erwidern, daß die Schriften, welche in dieser Beziehung erschienen sind, genau diesen Standpunkt einnehmen — wenigstens viele —, daß sie vom christlichen Standpunkte aus die Juden bekämpfen. Ich habe hier eine solche Schrift, sie heißt: „Neupalästina oder das verjudete Deutschland, ein milder Beitrag zur Kenntniß der Judenfrage im sogenannten deutschen Reiche.“ Darin steht:

> „Daß die Juden feindlich den Christen gegenüber stehen, ist für jeden unterrichteten und logisch denkenden Menschen eine bekannte Thatsache.“

Ferner steht an einer anderen Stelle:

> „Die christlichen Bewohner der europäischen Länder fragen seit vielen hundert Jahren überall und täglich: giebt es denn keine göttliche und menschliche Macht, die uns von dieser Landplage befreit?“

(Heiterkeit.)

Und dann, meine Herren, ist nicht gerade diese Agitation von einer Partei ausgegangen, die das Christenthum auf ihre Fahne geschrieben hat, von der christlich-sozialen Arbeiterpartei. Nun, meine Herren, ich halte diese Agitation vielmehr *für unchristlich* und halte ich es denn für meine

Pflicht, zu sagen, daß diese Frage mit Christenthum gar nichts zu thun hat.

(Oho!)

Wir sind durch die Juden in unserem christlichen Bewußtsein nicht gestört, und wir werden in unserer christlichen Kirche durch sie nicht angegriffen.

(Unruhe.)

Meine Herren, ich will natürlich nicht vertreten, daß einzelne Blätter, welche selbst von den Juden nicht anerkannt werden, in dieser Beziehung geschrieben waren, aber das kann ich Ihnen sagen, daß jeder anständige Jude uns als Christen achtet und das habe ich vielfach auch in meinem Leben erfahren.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, wenn wir doch erst weniger theoretische Streitigkeiten führten, als mehr praktisches Christenthum. Es ist vorhin gesagt worden von dem ersten Herrn Redner: der erste Grundsatz des Christenthums wie aller Religionen ist der: Du sollst deinen Nächsten lieben, als dich selbst.

(Sehr richtig!)

Gewiß, das ist der erste Grundsatz und der hat ihn aufgestellt, der da gesagt hat, die Summe aller Gebote ist, Du sollst lieben Gott deinen Herrn von ganzem Herzen, aber das zweite Gebot ist dem gleich: und deinen Nächsten als dich selbst.

(Unruhe)

Und als nun die Frage an ihn herantrat: wer ist denn mein Nächster? da erzählte er das schöne Gleichniß vom barmherzigen Samariter, welches alle diese konfessionellen Grenzen überschreitet. Aber, meine Herren, ich führe noch ein ganz besonderes Wort in dieser Beziehung an, es ist ein Wort des Apostel Paulus, welches so recht hierher paßt. Der spricht: „hat denn Gott sein Volk verstoßen? das sei ferne, Gott hat sein Volk nicht verstoßen.“ Nun, meine Herren, warum sollen wir es verstoßen, wenn Gott es nicht verstoßen? Wir die staubgeborne Menschheit!

(Heiterkeit)

Also vom christlichen Standpunkt ist diese Agitation vollständig zu verwerfen, aber ich nehme hier Gelegenheit, zu bezeugen, daß auch der Vorwurf des Klassenunterschiedes und der gesonderten Racen und nationalen Interessen, welchen man den Juden macht, gar nicht zutreffend ist. Meine Herren, als ich im Jahre 1873, nach dem großen Kriege, in der Schweiz mit einem französischen Juden zusammenkam, so war derselbe so sehr Franzose, daß man mit ihm über den Krieg

gar nicht sprechen durfte, und ich kann Ihnen bezeugen, daß auch unsere jüdischen Mitbürger in jener großen Zeit so sehr deutsch gewesen sind, daß sie jeden anderen deutschen Patrioten in keiner Weise nachgestanden haben werden.

(Sehr richtig!)

Ich erinnere Sie an jene gewaltigen Unterstützungen, die gerade von dieser Seite gekommen sind,

(Ruf rechts: Anleihe!)

und da kann ich aus meiner eigenen Erfahrung sprechen. Ich stand mit an der Spitze eines Komité's, welches zusammengetreten war, die Verwundeten zu pflegen und zu unterstützen. Es war an einer Station, wo gewöhnlich Halt gemacht wurde,

(Lachen, rechts)

und wenn in Frankfurt am Main oder Halle an der Saale die Kräfte nicht zureichten, so reichten sie da alle Mal zu, und da waren es namentlich Juden, welche an der Spitze mit standen und welche ich in ihrer Opferwilligkeit und Ausdauer nur zu bewundern Gelegenheit hatte; sie waren Tag und Nacht auf den Beinen. Ich weiß also nicht, was man mit dem Racenunterschied will und warum man auf ihre Nationalität einen Stein werfen will. Sie sind in Deutschland gute Patrioten gewesen und sind es immer. Aber, meine Herren, ich kann aus meinen Erfahrungen heraus noch etwas anderes bezeugen. Sie wissen, daß wir Geistliche oft in die Lage kommen, Unterstützungen gewähren zu müssen nach vielen Seiten hin, nicht bloß materielle Unterstützungen, sondern auch, wenn arme Waisenkinder zu versorgen sind und dergleichen mehr. Mitunter reichen unsere Mittel nicht aus und da ist es mir denn immer begegnet, daß, wenn ich zu einem jüdischen Mitbürger gekommen bin, ich immer ein offenes Herz und eine offene Hand gefunden habe,

(Sehr wahr!)

und das, meine Herren, soll ihnen nicht vergessen werden. Und das haben sie nicht etwa gethan, um sich hervorzuthun, um sich einen Namen zu machen, sondern meistentheils sagten sie mir: wir wünschen aber nicht, daß unser Name hierbei irgend wie genannt wird.

(Sehr richtig! Hört, hört! links.)

Wenn unsere jüdischen Mitbürger in solcher Weise zu uns stehen, warum wollen wir sie hassen, warum wollen wir sie verfolgen?

(Unruhe.)

Und nun, meine Herren, um auf die politische Seite der

Frage zu kommen, lassen Sie mich zum Schluß ein Wort von Friedrich dem Großen anführen. Das lautet:

> Die Politik eines Fürsten verlangt, meiner Meinung nach, daß er den Glauben seines Volkes nicht berühre, und vielmehr, so gut er kann, die Geistlichkeit seiner Staaten und seiner Unterthanen zur Sanftmuth und Duldung anleite.
>
> (Hört, hört!)
>
> Diese Politik ist nicht bloß übereinstimmend mit dem Geiste des Evangeliums, welches nur Frieden, Menschenliebe und Mildthätigkeit gegen die Nebenmenschen lehrt, sondern ist auch dem Nutzen der Fürsten angemessen, weil sie mittelst Ausrottung des falschen Religionseifers und des Fanatismus aus ihren Staaten auch den gefährlichsten Stein des Anstoßes und die schlimmste Klippe aus dem Wege räumen; denn die Treue und der gute Wille des Volkes halten nicht Stich gegen die Religionswuth und die Begeisterung des Fanatismus,
>
> (sehr richtig!)
>
> welcher sogar den Meuchelmördern als Lohn für ihre Verbrechen den Himmel öffnet und ihnen die Märtyrerpalme für den Tod als Belohnung verspricht. Ein Fürst kann daher den kindischen Priesterzänkereien, die meist nur Wortstreite sind, nicht genug Verachtung zeigen, und kann nicht aufmerksam genug sein, um den Aberglauben und die daraus entstehende Religionswuth zu ersticken.

Meine Herren! In diesen Worten athmet ein echt christlicher Geist der Toleranz, und wenn wir dies praktische Christenthum üben, dann lösen wir die Judenfrage und dann lösen wir auch jede soziale Frage.

(Bravo! links.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. v. Heydebrand und der Lasa.

Abgeordneter Dr. **v. Heydebrand und der Lasa:** Meine Herren! Auf keiner Seite des Hauses wird man sich wohl der Bedenken verschließen, die es hat, wenn man eine Angelegenheit vor das Forum der Landesvertretung und damit vor das Forum des ganzen Landes zieht, welche in den weitesten Kreisen die Gemüther heftig erregt und die innersten Gefühle des Volks affizirt. Nachdem die Herren vom Fortschritt diese Interpellation an das Haus gebracht haben, obschon sie sich sagen mußten, daß sie damit Oel ins Feuer gießen und einen neuen Luftzug der glimmenden Asche zu-

führen würden, halten es meine politischen Freunde und ich in vollster Uebereinstimmung nicht nur für Recht, sondern für Pflicht, dieser Frage zwar mit aller Ruhe und Objektivität, aber auch mit aller Bestimmtheit und Offenheit gegenüberzutreten.

Meine Herren, es wird mir fern liegen, durch meine Ausführungen oder Ausdrücke auch nur irgend einen unserer jüdischen Mitbürger verletzen oder reizen zu wollen, ich stehe den Personen ohne jede Animosität gegenüber, und ich halte es gerade nach den Ausführungen des Herrn Vorredners für nothwendig, an dieser Stelle die Bemerkung nicht zu unterlassen, daß diejenigen Juden, mit denen ich bisher in Verkehr zu kommen Gelegenheit hatte, ich als achtungswerthe und gute Staatsbürger kennen gelernt habe. Aber grade dieser Umstand veranlaßt mich zu dem Hinweis darauf, ob es nicht endlich einmal an der Zeit wäre, daß die Presse, welche in so großer Zahl unter dem Einfluß unserer jüdischen Mitbürger steht, welche mit solcher Energie die Rechte und die Bestrebungen der Juden vertritt, welche mit solcher Schärfe aber nicht immer wahrheitsgetreu, jede Regung kritisirt, welche im Widerspruch steht mit ihren Anschauungen, welche konform mit der Einleitung in dieser Interpellation von bedauerlichen Ausschreitungen spricht, auch endlich einmal die Frage erörtern möge,

ob nicht ein Theil unseres deutschen Judenthums selbst die Schuld trägt an dem Unfrieden des Augenblicks.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, was die formelle Seite der Interpellation betrifft, so ist es ganz unzweifelhaft und auch von keinem Menschen bestritten worden, daß man die Regierung über alle Sachen interpelliren kann, die nur irgendwie mit dem Staatsleben zusammenhängen. Aber, meine Herren, ganz ungewöhnlich ist es doch, daß man die Staatsregierung veranlaßt, Stellung zu nehmen zu einer Frage, die noch in keiner Weise an sie herangetreten ist, zu einer Regung, der gegenüber sie noch in keiner Weise zu Maßnahmen veranlaßt worden ist,

(sehr wahr!)

ungewöhnlich, meine Herren, will es mir erscheinen, daß man eine Petition zum Gegenstande dieser Interpellation macht, welche gar nicht an die Adresse des Hauses, sondern an eine ganz andere Adresse gerichtet ist, welche an diese Adresse noch gar nicht abgegangen, sondern überhaupt erst in der Vorbereitung begriffen *ist*. Und wunderbar, meine Herren, will es

mir erscheinen, daß gerade diejenigen Herren die Interpellation eingebracht und unterzeichnet haben, daß gerade diejenigen Herren indirekt die autoritative Stellung der Regierung um Schutz und Hülfe anrufen, die dieser selben Regierung bei jeder Gelegenheit die größten Schwierigkeiten bereiten,

(sehr gut!)

aus deren Reihen noch vor wenigen Tagen gegen die Mitglieder dieser selben Regierung Angriffe gerichtet worden sind, die die tiefste Indignation und den tiefsten Unwillen im ganzen Lande erregt haben.

(Sehr wahr! rechts, Unruhe links.)

(Abgeordneter Richter: Aber bloß bei den Landräthen!)

— Ich habe den Herrn Abgeordneten Richter mit seiner Einwendung nicht verstanden. Ich möchte dem Herrn Richter aber einen Kompromiß vorschlagen: entweder, er unterbricht mich so laut, daß ich ihn verstehen kann, oder er spart sich seine Bemerkungen bis zum Schluß der Diskussion auf und nagelt mich dann gründlich fest; — ich werde ihm in jeder Beziehung zur Disposition stehen.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, betrachten wir die Presse, welche diese Interpellation so besonders begünstigt und welche, noch ehe die Staatsregierung überhaupt zu einer Sitzung zusammengetreten war, die Notiz brachte, die Staatsregierung werde dieser Interpellation gegenüber eine sehr entgegenkommende und freundliche Haltung einnehmen und diese Regungen auf das schärfste verdammen. Meine Herren, bekommt man da nicht unwillkürlich den Eindruck, als habe man es hier darauf abgesehen, einen Druck auf die Entschließung der Staatsregierung auszuüben? Die Hülfe der Staatsregierung zu requiriren gegen eine Regung, von der man überzeugt ist, daß sie nicht so ohne weiteres zu beseitigen ist? Konnte man sich nicht sagen, daß die Staatsregierung sich einfach auf den Boden der bestehenden Gesetzgebung stellen und danach antworten werde, wie diese Antwort in so präziser Form auch abgegeben worden ist? Und, meine Herren, weiter: man versucht es sogar in dieser Presse, die Verantwortlichkeit für diese Regung der konservativen Partei zuzuschieben, man kehrt in dieser Presse sogar die Spitze gegen die konservative Partei. Meine Herren, es liegt mir hier vor ein Artikel aus der „Posener Zeitung", überschrieben: „Konservative Ausschreitungen." Dieser Artikel schildert den Fall, der hier in Berlin vorgekommen und bereits von Herrn Reichensperger erwähnt wurde. Ich unterlasse es aber, meine Herren, Ihnen die einzelnen Sätze mitzutheilen, weil ich mich mit Unwillen

von diesen hier gebrauchten Worten und Wendungen abwende. Aber, meine Herren, den Schlußsatz, der mit ganz besonderem Applomb geschrieben ist, den kann ich Ihnen nicht vorenthalten. Der lautet folgendermaßen:

„Dieser" —

Also Kantorowicz

(Heiterkeit)

„nahm die Sache krumm, verabreichte dem einen der Helden eine Ohrfeige, womit die Judenfrage zu allseitiger Befriedigung erledigt war.

(Heiterkeit.)

Man muß zu jeder Zeit, an jedem Orte und bei jeder Gelegenheit gegen die Auswüchse der jetzigen konservativen Strömung protestiren."

(Lachen rechts.)

Und, meine Herren, das wagt ein Blatt zu schreiben in demselben Moment, wo alle übrigen Blätter des gleichen Kalibers in der höchsten sittlichen Entrüstung die Hülfe und den Schutz der Staatsregierung anrufen angeblichen Ausschreitungen gegenüber, die sich gegen das Judenthum richten. Nun, meine Herren, da frage ich doch wirklich ganz ruhig und objektiv: auf welcher Seite liegen hier die Ausschreitungen? Zweifellos auf Seiten der unter jüdischem Einfluß stehenden Presse.

(Bravo! rechts.)

Meine Herren, ich habe dem nichts weiter hinzuzufügen. —

(Bravo!)

Und, meine Herren, wie behandelt man in allen diesen Blättern das Petitionsrecht? Ich habe ja gelesen, daß man diejenigen Leute, welche die Petition unterzeichnet haben, mit den größten Schmähungen trifft; aber ich habe hier zu meinem großen Erstaunen eben erst von Herrn Reichensperger gehört, daß man sogar soweit geht, die Disziplinaruntersuchung gegen diejenigen zu beantragen, die eine Petition unterzeichnet haben, welche sich gegen das Judenthum richtet. Ja, meine Herren, da frage ich doch einfach wiederum ruhig und objektiv, hat nicht die Nationalzeitung doch wirklich Recht, wenn ihr gelegentlich der Satz entschlüpft:

„Es scheint wirklich, als ob es in Deutschland bald nöthig werden soll, im Gegensatz zu früheren Bestrebungen, für Emanzipation der Christen zu agitiren."

(Sehr richtig! rechts. — Heiterkeit.)

Nein, meine Herren, täuschen wir uns darüber nicht: eine tiefe Mißstimmung gegen einen Theil unserer jüdischen Mit-

bürger hat die weitesten Kreise unseres Volkes erfüllt, und wenn irgendwo, so ist hier die Frage am Platz: welches sind die Gründe dieser Mißstimmung, und welches sind die Mittel, um zu einem friedlichen Verhältniß zu gelangen, das wir alle nur wünschen können? Meine Herren, ich frage Sie: beschränkt sich denn diese Regung hier auf Berlin? Sehen Sie nicht in Preußen und in Deutschland überall dieselbe Regung? Und nicht bloß in Deutschland selbst, auch im Auslande, wie der Herr Abgeordnete Reichensperger ja bereits ausgeführt hat; — ich will schweigen von Rumänien, ich will schweigen von Rußland, ich verweise Sie nur auf Oesterreich, wo sich ganz dieselbe Regung zeigt; und wenn der Herr Vorredner glaubt, daß mit der Beantwortung der Regierung, welche ähnlich war wie die hier gegebene, die Regung abgeschnitten ist, so glaube ich, sieht er doch die Sache von einem etwas sehr subjektiven und nicht ganz richtigen Standpunkt an; und wenn wir in Frankreich nicht dieselbe Wahrnehmung machen, so liegt es zunächst daran, daß in ganz Frankreich nicht so viel Juden vorhanden sind wie allein in der Stadt Berlin!

(Hört! hört!)

Und gerade Paris, meine Herren, ist der Sitz jener internationalen alliance israëlite, von der Crémieux selbst sagte: „Die Allianc wird eine wahrhafte Macht, sie ist eine zahlreiche und mächtige Verbindung, sie erstreckt sich über alle Punkte des Erdenkreises; — Kinder Israels, wir machen Riesenschritte!“

(Hört! Heiterkeit.)

Ja, meine Herren, das ist vollkommen richtig: die Emanzipation des Judenthums hat sich in allen Kulturländern vollzogen und ist zum vollständigen Abschluß gelangt. Speziell in unserem deutschen Vaterland befinden wir uns momentan in dem Stadium — und darauf möchte ich den Hauptgrund der Erregung zurückführen, — wo die vollzogene Emanzipation in die äußere Erscheinung zu treten beginnt, wo die Wirkung dieser Emanzipation sich auch dem weiteren Publikum fühlbar macht. Ja, meine Herren, die konservative Partei hat de lege ferenda offen und rücksichtslos ihre Bedenken ausgesprochen, die konservative Partei hat damals offen und rückhaltslos, ohne irgend einen unserer jüdischen Mitbürger verletzen zu wollen, die Frage zur Erwägung gegeben, ob sich die deutsche Nation so leicht darein werde finden können, daß man obrigkeitliche und richterliche Aemter in die Hände von Männern jüdischer Religion legt. Aber, meine Herren, nachdem die Emanzipation sich vollzogen hat, nachdem die Ver-

hältnisse unserer jüdischen Mitbürger gesetzlich geregelt sind, hat sich die konservative Partei auf den Boden des gegebenen Rechts zu stellen und die verfassungsmäßigen Rechte unserer jüdischen Mitbürger ganz ebenso zu achten wie die jedes anderen Staatsbürgers. Meine Herren, nun scheint es mir aber ersprießlich, ich möchte sagen erforderlich, zu sein, daß gerade in diesem Uebergangsstadium, in dem wir uns befinden, unsere jüdischen Mitbürger die neu errungenen Rechte mit etwas mehr Takt und etwas mehr Mäßigung gebrauchen, als dies häufig der Fall ist, um nicht die weitere Durchführung der Emanzipation mit ihren Wirkungen auf die weiteren Kreise der Bevölkerung ohne Noth zu erschweren. Ja, meine Herren, haben denn unsere jüdischen Mitbürger diese Mäßigung stets an den Tag gelegt? Versuchen sie nicht durch stürmisches Eindringen in alle denkbaren Gebiete des Staatsorganismus mehr Rechte für sich zu beanspruchen, als ihnen vielleicht zukommen? Meine Herren, ich möchte zunächst die Frage aufwerfen: woher kommt es denn, daß unsere jüdischen Staatsbürger, denen alle Rechte der Verfassung eingeräumt sind, die nur ein Staatsangehöriger erlangen kann, damit nicht zufrieden zu sein scheinen; woher kommt es denn, daß ihre Vertreter sowohl hier wie im Reichstag sich fast ausschließlich in den Reihen der Opposition befinden, in den Reihen der Opposition einer Regierung gegenüber, deren Schutz und Hülfe sie sich doch sonst so gern gefallen lassen?

(Sehr richtig!)

Ich will das aber dahin gestellt sein lassen, das ist ja die Frage jedes Einzelnen. Aber, meine Herren, ganz andere, ernstere Erwägungen drängen sich immer auf, und ganz andere bedauerlichere Wahrnehmungen habe ich gemacht, und die bestehen darin, daß ein Theil unseres deutschen Judenthums und namentlich ein großer Theil der unter jüdischem Einfluß stehenden Presse und Journalistik nicht mit derjenigen Achtung unseren christlichen Institutionen gegenübersteht, die wir von ihnen zu fordern berechtigt sind.

(Bravo! rechts.)

Hier am allerersten ist der Satz angebracht, der vielfach zitirt worden ist: Du sollst deinen Nächsten lieben, als dich selbst. Ja, meine Herren, ich könnte Ihnen ein zahlreicheres Material aufweisen, — wenn es eines Beweises noch bedürfte — aus dem zweifellos hervorgeht, daß man sogar dazu übergegangen ist, Angriffe gegen das Christenthum zu richten.

Ja, meine Herren, gegen solche Regungen richtet sich eine Bewegung, die Sie jetzt hier durch das Parlament ein-

dämmen wollen, und, meine Herren, meine politischen Freunde und ich können sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß in der That Gründe vorliegen, welche dieser Bewegung Nahrung geben und sie hervorrufen müssen. Wir hoffen und erwarten, daß es dem gesunden Sinn des einsichtsvolleren Theils unserer jüdischen Mitbürger gelingen werde, diesen Beschwerden, die hervorgehen aus der großen Masse des christlichen Volkes, durch etwas taktvolleres Verhalten und etwas größere Mäßigung in dem Gebrauch ihrer Rechte die Spitze abzubrechen. Wir können uns aber allerdings der Befürchtung nicht entschlagen, daß, wenn unsere Hoffnungen enttäuscht werden sollten, die Bewegung einen Umfang annehmen könnte, dessen Ende wir absolut zu übersehen außer Stande sind, wofür aber die Verantwortung die konservative Partei im Voraus auf das bestimmteste ablehnen muß.

(Bravo! rechts.)

Meine Herren, die Gegensätze lassen sich mildern, wir können wiederum zu einem friedlicheren Zustand mit unsern jüdischen Mitbürgern gelangen, den wir alle wünschen, wenn dieselben mit etwas mehr Pietät dem Glauben, den Sitten, den Gefühlen des deutschen Volkes gegenüberstehen, wenn sie mit etwas mehr Respekt den christlichen Institutionen des Staates begegnen wollten, dessen milde Gesetze sie selbst in der ausreichendsten und ausgiebigsten Weise schützen. Sind diese Forderungen unberechtigt? Wissen wir nicht, daß wir das ganze Land hinter uns haben bei der Vertheidigung dieser Position?

(Sehr gut! rechts.)

Und, meine Herren, damit will ich schließen. Wenn dieser in der entgegenkommendsten und friedliebendsten Weise auch an dieser Stelle wiederum an unsere jüdischen Mitbürger gerichtete Apell ungehört und unbeachtet in der Luft verhallen sollte, dann allerdings wird keine Macht der Interpellation, keine Macht einer geschickt redigirten Presse, kein anderes Machtmittel im Stande sein, eine Bewegung einzudämmen und zu unterdrücken, die nach ihrer innersten Ueberzeugung den Grundsatz vertheidigt und hochhält, daß wir ein christliches Volk sind und bleiben wollen.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Virchow.

Abgeordneter Dr. **Virchow:** Meine Herren! Wenn irgend etwas geeignet ist, zu zeigen, daß die Interpellation, welche wir gestellt haben, zeitgemäß war, so war es, glaube ich, die Rede, die wir eben gehört haben. Hätten die andern

Herren, welche sich in die Bewegung hineingemacht haben, mit derselben Mäßigung gesprochen, welche der Herr Redner eben angewendet hat, so würde die Bewegung freiwillig den Charakter angenommen haben, den sie zu unserm Schmerze verloren hat, und wir würden gern darauf verzichtet haben, sie hier zur Verhandlung zu bringen. Aber, meine Herren, ich denke nicht, daß wir nothwendig haben, uns besonders zu entschuldigen, daß wir eine Angelegenheit von dieser Wichtigkeit in diesem Stadium hierher gebracht haben. Ich bitte Sie, sich bei dieser Gelegenheit nur zu erinnern, daß dieses Haus das ihm zustehende Interpellationsrecht mit einer Zaghaftigkeit handhabt, wie überhaupt keine zweite Volksvertretung in Europa gewöhnt ist. Ehe man sich hier entschließt, eine Interpellation zu stellen, müssen schon besondere Stürme sich erheben; zahllose Schwierigkeiten müssen überwunden werden, um nur die Fassung zu finden, die etwa dem Königlichen Staatsministerium genehm sein könnte. Anderswo, meine Herren, würde man längst eine einfache Anfrage an die Regierung gestellt haben. Sie brauchen also gar nicht soweit zu suchen, um die Gründe für unsere Anfrage sich klar zu machen. Wir verschweigen es gar nicht, die Anfrage ist gerichtet worden, um das Publikum zu avertiren, daß die Bestrebungen, welche jetzt laut werden, weder in der Regierung, noch in diesem Haule irgend einen Wiederhall finden. Wir haben das vorausgesetzt, wir haben erwartet, daß die Königliche Staatsregierung korrekt antworten werde, und wir haben erwartet, daß in diesem Hause wenigstens die Stimmen nicht wieder laut werden dürften, welche es wagen, sich in Volksversammlungen und auf öffentlicher Straße hören zu lassen.

Ich setze auch voraus, daß Sie uns gestatten werden, es für eine wichtige Aufgabe des Hauses zu halten, zur rechten Zeit eine Bewegung von so großer Bedeutung im Volke zu leiten, und ich möchte gerade einer Bemerkung des Herrn Vorredners gegenüber hervorheben: wir halten es nicht für die Aufgabe der einzelnen Abgeordneten, immer nur das passive Objekt des Drängens der Wähler zu sein, sondern wir halten allerdings die Abgeordneten für Männer, welche berufen sind, den Wählern in einer wichtigen Bewegung die Richtung anzuweisen.

Nun, meine Herren, wenn ich die Antwort, welche die Königliche Staatsregierung gegeben hat, als eine korrekte bezeichnet habe, so kann ich doch nicht leugnen, daß sie im Ganzen wohl etwas wärmer hätte sein können. Sie war ja korrekt, aber kühl bis ans Herz hinan! Sie wird trotzdem ihre Wirkung thun, aber ich glaube, die Sachlage, wie sie

sich vor unseren Augen darstellt, hätte es wohl motiviren können, noch einige Schritte weiter zu gehen. Es war nicht ganz richtig, wenn der Herr Vorredner sagte, die Antwort sei genau dieselbe, die der Ministerpräsident Tisza gegeben hat. Tisza ist ein ganzes Stück weiter gegangen, indem er direkt gesagt hat, daß in dem Augenblick, wo die Presse oder eine Person gegen irgend welche Konfession, Nationalität oder Kreise des Landes hetze, es das gesetzliche Recht und die Pflicht der Regierung sei, dergleichen Agitationen entweder zu verhindern oder mit der Wucht des Strafgesetzes zu treffen. Meine Herren, unsere jüdischen Mitbürger haben das Gefühl, daß die Herren Minister nicht geneigt sind, so weit zu gehen, und ich darf in dieser Beziehung ein spezielles Faktum hier mittheilen, welches sich auf den Herrn Minister des Innern bezieht.

Der Vorstand der hiesigen jüdischen Gemeinde hat sich schon am 17. Oktober des Jahres 1879 an den Herrn Minister des Innern mit folgendem Schreiben gewendet:

Ew. Excellenz

naht der ehrerbietigst unterzeichnete Vorstand Namens der von ihm vertretenen Gemeinde mit der ganz gehorsamsten Bitte um Schutz gegen Angriffe und Verunglimpfungen, welche eine Aufreizung gegen die jüdische Religionsgesellschaft in sich schließen und nachgerade in bedenklicher Weise überhand nehmen.

Schon seit Jahr und Tag häuft die unter dem Namen christlich-soziale Arbeiterpartei bestehende Vereinigung, geleitet von dem Herrn Hofprediger Stöcker, in Wort und Schrift die bittersten Schmähungen gegen die Bekenner des jüdischen Glaubens. Was jedoch früher seltener und nur in vereinzelten Fällen geschah, das wiederholt sich jetzt systematisch in zahlreichen Flugschriften und fast allwöchentlich in öffentlichen Versammlungen. Man scheut sich nicht durch Verlästerungen und Verdächtigungen der Juden — ihrer Lehre und ihres Lebens — die Massen gegen sie aufzureizen und so den konfessionellen Frieden zu stören und die Eintracht zu untergraben, welche zwischen den Bürgern eines und desselben Staates, den Einwohnern einer und derselben Stadt besteht. Dauern jene Verdächtigungen fort, werden, wie bisher die ungebildeten Massen immer von Neuem gegen die jüdische Religionsgemeinschaft aufgestachelt, dann ist der Ausbruch roher Leidenschaften zu befürchten und die Tragweite eines solchen nicht zu bemessen.

Excellenz, wie alle Unterthanen Sr. Majestät des Kaisers und Königs blicken auch diejenigen jüdischen Glaubens mit freudigem Stolz auf das Vaterland hin, das unter den Kulturstaaten Europas den ersten Rang einnimmt. Sie fühlen sich voll als Söhne des Vaterlandes, tragen in sich das erhebende Bewußtsein treuer, nach allen Richtungen hin stets opferwilliger Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten und glauben darum auch die Hülfe des Staates anrufen zu dürfen, wenn sie in ihrer Existenz bedroht werden.

So geben wir uns der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß Ew. Excellenz uns den erbetenen Schutz nicht versagen und die hohe Geneigtheit haben werden, dahin zu wirken, daß den gehässigen Agitationen, welche den öffentlichen Frieden und die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährden, recht bald Einhalt gethan werde.

Auf dieses Schreiben erfolgte keine Antwort, und der Vorstand der jüdischen Gemeinde sah sich veranlaßt, am 20. April d. J. — nachdem er vom 17. Oktober bis zum 20. April, ein halbes Jahr, auf Antwort gewartet hatte — eine neue Eingabe an Se. Excellenz zu richten, in welcher er daran erinnerte, daß ihm eine Mittheilung nicht geworden sei, und dringend bat, ihm gegenüber den immer mehr gefahrdrohenden Uebergriffen Schutz zu gewähren. Auch auf dieses Schreiben erfolgte keine Antwort, so daß der Vorstand zum dritten Mal am 31. Mai in einem neuen und dringlicheren Schreiben sich an den Minister wandte. Da man nicht begriff, warum absolut keine Antwort, nicht einmal eine abschlägige, kam, so begab sich endlich der Vorsitzende des Vorstandes persönlich in das Ministerium. Er fand leider den Herrn Minister nicht, sondern bloß einen hochgestellten Vertreter desselben, der ihm zunächst bemerkte, daß der Minister nicht jedem antworten könne, daß er aber indeß mit einer neuen Vorstellung den Versuch machen könne. Dies that der Vorsitzende in einem persönlichen Schreiben. Darauf endlich ist eine Antwort Sr. Excellenz vom 19. Juni erfolgt, welche auf eine beiläufige Bemerkung in einem der letzten Monitorien zunächst die Legitimation des Vorstandes bemängelt, indem er bemerkt, daß er den Vorstand zur Erhebung von Beschwerden im Namen und in Vertretung der gesammten jüdischen Glaubensgenossen nicht für legitimirt erachten könne. In Betreff des Gegenstandes der erhobenen Beschwerden sagt er, daß

gegen die öffentliche Erörterung und Kritik der Grundsätze und Einrichtungen der bestehenden Religionsgesellschaften oder des Verhaltens der Mitglieder derselben, selbst wenn dabei die wünschenswerthen Grenzen nicht eingehalten werden, seitens der Staatsbehörden nur insoweit eingegriffen werden kann, als Verletzungen der Gesetze eintreten, dergleichen Verstöße seien aber bei den Verhandlungen der hiesigen christlich-sozialen Arbeiterpartei, auf die sich die Vorstellungen des Vorstandes vorzugsweise beziehen, bisher nicht festgestellt."

Es wäre vielleicht möglich gewesen, das festzustellen.

(Ruf rechts: Nein!)

Es ist aber in der That eine untergeordnete Frage, die wir hier nicht entscheiden können, es giebt allerdings Indizien, welche darauf deuten, daß es vielleicht möglich gewesen wäre, wenn nicht besondere Hindernisse da gewesen wären. Indessen, ich will darauf nicht eingehen. Wenn der Herr Minister diese Antwort $^3/_4$ Jahr früher ertheilt hätte, so würde es vielleicht möglich gewesen sein, rechtzeitig dagegen zu remonstriren und Thatsachen beizubringen.

Ich kann nicht sagen, daß es besonders animirend wirkte auf die sich bedrückt und verfolgt Glaubenden, als $^3/_4$ Jahre gewartet werden mußte, ohne auch nur eine Aeußerung von der angerufenen Stelle zu hören, und als sie schließlich privatim erfuhren, der Herr Minister habe nicht für „Jedermann" eine Antwort. Als ob der Vorstand der jüdischen Gemeinde von Berlin „Jedermann" ist!

(Oh, oh! — rechts.)

Ich will den Herrn Minister durchaus nicht tadeln, daß er nicht eingeschritten ist; ich will nur die Herren darauf aufmerksam machen, welche Latitüde von Seiten der Staatsregierung den Diskussionen über religiöse und konfessionelle Verhältnisse gestattet wird, und ich möchte Herrn v. Heydebrand namentlich bitten, doch auch nicht zu empfindlich zu sein, wenn einmal dem christlichen Wagen etwas zu nahe gefahren wird,

(Oh! oh! rechts.)

etwas zu nahe gefahren wird.

(Oh! oh!)

Ja wohl, Herr v. Heydebrand, was dem Einen recht ist, das ist dem Andern billig. Wenn hier erklärt wird, daß den Juden, auch da, wo die wünschenswerthe Grenze nicht eingehalten ist, es ihnen überlassen werden muß, sich selbst zu [illegible] dann müssen auch die Christen sich selber schützen,

dann gehen auch Sie nicht die Staatsgesetze und Staatsbehörden um Schutz an, dann lassen Sie der kirchlichen Bewegung ihren freien Lauf und lassen Sie dieselben sich selber austragen. Wir, meine Herren, wir glauben allerdings, daß für uns der Augenblick eingetreten ist, hindernd einzutreten, wenn unmittelbar an die Regierung gegangen wird, wenn eine Bewegung im Lande inszenirt wird, welche darauf ausgeht, nicht nur die schwer erworbenen Grundlagen der Verfassung zu alteriren, sondern auch Gesetze, welche schon vor derselben bestanden. Denn, meine Herren, ich möchte hier daran erinnern, es handelt sich gar nicht mehr bloß um die Rechte, welche durch die Verfassung erworben sind, sondern es handelt sich gegenwärtig auch schon darum, daß man Rechte in Frage stellt, welche durch die Gesetzgebung des Jahres 1812 für die Juden gewonnen worden sind. Ich habe das Gesetz vom 11. März 1812 vor mir, in welchem die Juden für Einländer und preußische Staatsbürger erkärt werden und in welchem genau festgestellt worden ist, was ihnen zusteht; das steht schon im § 8, daß sie „akademische Lehr-, Schul- und Gemeindeämter, zu welchen sie sich geschickt gemacht haben, verwalten können," und im § 9:

> „inwiefern die Juden zu anderen öffentlichen Verwaltungs- und Staatsämtern zugelassen werden können, behalten Wir uns vor, gesetzlich zu bestimmen."

Das war ein bestimmtes Versprechen, und wenn noch eine so lange Zeit vergangen ist, von 1812 bis 1848, ehe man das Wort eingelöst hat, so müssen Sie doch nicht sagen, daß das ein besonderes Entgegenkommen gewesen ist, und daß nun die Juden in Folge dieses Entgegenkommens nach mehr als zwei Menschenaltern in tiefste Bescheidenheit sich zurückziehen sollten. Daran sind wir nicht gewöhnt, daß man Jemandem Rechte ertheilt und ihm hinterher sagt, du mußt dich aber lange Zeit sehr bescheiden damit einrichten. Wer Rechte erhält, von dem erwarten wir, daß er sie in dem Augenblick, wo sie ihm ertheilt sind, auch voll benutzen werde. Ja, meine Herren, wir sind sehr erstaunt darüber, daß Männer, welche Rechte haben, sie nicht in Anwendung bringen sollen. Wie kann man jetzt dahin kommen, den Juden vorzuhalten: euch sind im Jahre 1848 Rechte gegeben worden, ihr solltet euch aber wohl hüten, diese Rechte voll anzuwenden?

(Ruf: Oh! Oh! — Mißbrauch!)

Nun sagen Sie: Mißbrauch! Ja, das ist ein anderer Punkt. Wenn es sich um den Mißbrauch von Rechten handelt, dann braucht man nicht sofort die Gesetzgebung zu ändern. Man

Neumann würde doch nicht bei 1871 aufgehört haben, wenn er Material bis 1879 hätte haben können.

Herr Neumann hat direkt nachgewiesen, daß es nur einen einzigen Punkt in Preußen giebt, das ist Berlin, welches allerdings einer fortdauernden Einwanderung unterlegen hat, aber nicht einer Einwanderung aus Russisch-Polen und Galizien, sondern einer Einwanderung aus den preußischen Provinzen und zwar ganz überwiegend aus der Provinz Posen. Er hat reiches Material dafür geliefert. Somit, meine Herren, erhitzen Sie sich über einen Gegenstand, der gar nicht existirt. Es wird ihnen nachgewiesen, daß die Einwanderung eine in der That verschwindend kleine ist, daß sie nur an einem oder höchstens an einigen wenigen Punkten irgend eine bemerkbare Größe darstellt; trotzdem fahren Sie fort, den Massen gegenüber fortwährend damit zu agitiren; da ist eine furchtbare Einwanderung, wir werden überschwemmt, wir können uns unseres Lebens nicht mehr erwehren, weil immer wieder neue hungerige Semiten aus der russischen Steppe hervorbrechen, die unsere besten Kräfte wegnehmen und uns zuletzt ausgesogen übrig lassen werden. Man sollte in der That meinen, ganze Horden von Semiten im aller heruntergekommensten Zustand, raubend und plündernd überzögen unser Vaterland, und es wäre nichts leichter, als sie aufzufinden. Wenn man sie aber sucht, so sind sie nicht zu finden.

Meine Herren, analog geht es mit der Verwechselung, die in dieser Frage fortwährend zwischen Religionspartei und Race getrieben wird. Wenn man hört, was in Versammlungen vorgetragen wird und was in der Petition steht, sollte man meinen, die Herren wären alle Ethnologen ersten Ranges,

(Heiterkeit.)

sie sprechen von Ariern im Gegensatz zu Semiten, als ob das ganz geläufige und täglich vorkommende Begriffe wären, aber nachher gehen sie auf die Statistik zurück und agiren mit derselben bald im Sinne der Religionspartei, bald im Sinne des Stammes. Sagt man ihnen: ja wie kommt ihr dazu, die Leute der Religion wegen anzugreifen, die enthält ja gar nichts, was irgend wie gesellschaftsgefährlich wäre, was z. B. zum Wucher aufforderte oder ihn begünstigte, im Gegentheil, alle Religionsgesetze der Juden haben den Wucher stets zu unterdrücken gesucht, es ist nicht die Religion, welche dazu dringt, sondern etwas anderes? — oder weist man darauf hin, daß in der ganzen religiösen Thätigkeit der Juden nichts *staatsgefährliches* liege, im Gegentheil von jeher das jüdische

Gesetz die Unterwerfung unter das Staatsgesetz, die Anerkennung der bestehenden Regierung und Obrigkeit zum Gegenstande gehabt hat, dann sagt man uns: wir wollen ja nicht die Juden wegen ihrer Konfession, sondern wegen ihres Stammes, die Semiten als Race angreifen. Ja, dann muß ich sagen, das ist in der That ein reines Jongleurspiel. In dem Augenblick, wo man von der Race spricht, kommen Sie auf die Konfession. Wenn man dann sagt, daß es doch hervorragende Juden gegeben hat, die zum Christenthum übergingen und Führer der konservativen Partei wurden, — ich erinnere an Stahl und Leo, und ich könnte vielleicht nahe liegende Beispiele wählen,

(Heiterkeit)

ja, meine Herren, sind Sie denn damit nicht sehr zufrieden?

(Ja wohl! rechts.)

Errichten Sie denn nicht Monumente für Semiten, die zu Ihnen übergehen, aus Ihren Mitteln und aus wahrer Bewunderung und ohne daß Sie Widerwillen empfinden gegen die Männer wegen ihrer Race? Giebt es nicht zahlreiche konservative Familien, die mit Semiten verschwägert sind? Haben Sie denn bloß gegen männliche Semiten etwas einzuwenden?

(Stürmische langanhaltende Heiterkeit.)

Ja, meine Herren, verzeihen Sie mir die Frage, aber die muß sich der Einzelne doch einmal klar stellen. Wenn wir nur dahin kämen, daß einmal das auseinandergesetzt wird, daß man nicht immer das eine Mal mit der Race, das andere Mal mit der Religion operirt, so würden wir sehr bald zu einer gewissen Verständigung gelangen. Die Race an sich scheint es ja doch für manche Mitglieder der konservativen Partei nicht zu sein, welche so sehr abschreckt, und wenn man untersucht, woher das Weiterwirken kommt, so stößt man doch schließlich immer, glaube ich, auf die Religion. Ich habe wenigstens den Eindruck, daß die Religion es ist, und daß alle diejenigen, die sich hinter die Race verstecken, also z. B. gerade die Herren von der Petition, sich selber täuschen; sie meinen in Wirklichkeit die Religion. Da stellt sich die Sache aber ganz anders, dann handelt es sich darum, daß die Juden ihrer Religion wegen angegriffen werden sollen, und in dem Augenblick, wo jemand das zugesteht, wird er auch stutzig werden, in einer solchen Bewegung fortzufahren. So lange man aber glaubt, es sei eine rein ethnologische Frage, die Frage: sollen wir unser Blut rein halten? sollen wir diese allophyle Race von unseren Grenzen abhalten? Dann wird die Sache etwas komplizirt, weil dann dieses Gewirr von

Stämmen und Völkern, die sich in den verschiedenen Racen vorfinden, in der That verwirrend auf ein sonst ganz normal organisirtes Gehirn einwirken kann. Aber wenn man der Sache näher tritt, was liegt näher, als die Betrachtung, daß es zuletzt doch weiter nichts als die niedrigsten Leidenschaften sind, welche entscheidend werden? in erster Linie der Neid. Meine Herren, warum greift man die Juden an? weil sie in den Besitz gelangen, weil sie uns das Kapital wegnehmen,

(Zuruf: aber wie?!)

— Es ist nicht das wie. Wenn sie das Kapital nicht bekämen, so würden Sie sich nicht widersetzen. Nein, daß die Juden es zu Stande bringen, daß sie im Besitz sind, das ist es, was Ihnen so unangenehm wird. Der Herr Abgeordnete v. Ludwig ruft: wie?! Meine Herren, die Juden können die allerbesten Mittel anwenden und doch macht man ihnen den Vorwurf. Erlauben Sie mir Ihnen aus einer Broschüre eines Ihnen sehr bekannten Mannes, der sogar an der Spitze der Bewegung hier steht, eine seiner Betrachtungen nach dieser Richtung kurz hervorzuheben. Es wird darauf hingewiesen, daß in den Berliner Schulen und namentlich in den höheren, das Prozentverhältniß der jüdischen Kinder immer größer werde. Da heißt es nun:

> Ein solcher Trieb nach sozialer Bevorzugung, nach höherer Ausbildung, verdient an sich die höchste Anerkennung; nur bedeutet er für uns einen Kampf um das Dasein in der intensivsten Form. Wächst Israel in dieser Richtung weiter, so wächst es uns völlig über den Kopf. Denn man täusche sich nicht; auf diesem Boden steht Race gegen Race und führt nicht im Sinne des Hasses, aber im Sinne des Wettbewerbes einen Racestreit.

(Hört! hört! links)

Ja, meine Herren, wenn Sie untersuchen, worin der Unterschied zwischen Haß und Wettbewerb besteht, so werden Sie zugestehen müssen, daß es hier nicht mehr auf das wie ankommt. Denn wenn Jemand seine Kinder in die Schule schickt und sie etwas lernen läßt, und wenn nachher die Kinder anderen Kindern zuvorkommen, die nichts gelernt haben, so werden Sie das doch für eine edele Art des Wettstreites halten müssen. Ich weiß in der That nicht mehr, was die Leute machen sollen, um vorwärts zu kommen. Ist denn das nicht die vornehmste und beste Art, die man finden kann und gegen die, man sollte glauben, niemand etwas *einwenden kann?* Wenn ich meine Kinder sich entwickeln lasse

und ihnen das Beste verschaffe, was ich erreichen kann, und sie da vorwärts bringe, ja, meine Herren, dann kann ich wohl bedauern, daß nicht alle meine Mitbürger in der Lage sind, das zu thun; von mir wird man jedoch nicht verlangen, daß ich allen gleichmäßig helfe. Wenn die Juden wohlthätig sind, dann kann man es ihnen nicht verdenken, daß sie zunächst ihren Freunden gegenüber sich so zeigen und nicht denjenigen gegenüber, welche gegen sie feindlich auftreten. Aber wenn man ihnen ihre Bildung vorwirft und daraus einen Gegenstand macht, den man geradezu in darwinistischem Sinne als Kampf ums Dasein bezeichnet, dann hört jede mögliche friedliche Entwicklung auf, da ist kein Frieden mehr zu halten, wenn Sie so weit gehen, daß Sie dem Vater einen Vorwurf daraus machen, daß er seine Kinder in eine höhere Schule schickt.

(Ruf: Das fällt Niemandem ein!)

Ich habe Ihnen ja eben die Stelle verlesen, welche beweist, daß das als Racenkampf im strengsten Sinne bezeichnet wird.

(Unruhe.)

Meine Herren, wir sind immer der Meinung gewesen, daß Bildung und Erziehung dazu beitragen und von selbst dahin führen werden, die Gegensätze abzumildern und wir haben diese Meinung nicht bloß theoretisch gewonnen, sondern praktisch, wir haben sie aus eigenen Wahrnehmungen und aus den Kreisen, in welche wir hineinsehen können. Nun, meine Herren, machen wir es freilich nicht so wie Herr v. Heydebrand, der seine Juden alle korrekt findet,

(Heiterkeit)

und nur von andern Juden, wie es scheint, gehört hat, daß es schlechte Juden seien. Wir urtheilen nach unseren Erfahrungen innerhalb der Kreise, die uns zugängig sind, und die sind nicht ganz klein, wie ich bemerken muß. Wir haben in der That die Meinung, daß wir berechtigt sind, auf Grund dieser Wahrnehmungen ein Urtheil zu haben. Ja, meine Herren, da behaupte ich ja nicht, daß alle diese Juden durchaus persönlich angenehme Leute wären; ich habe auch durchaus nicht die Absicht, etwa für ihre einzelnen Eigenschaften durchweg zu plaidiren oder zu sagen, alles, was sie machen, ist vortrefflich und gut. Ich gehe nicht so weit, etwa alle diejenigen Juden, die in einer bestimmten Branche, zum Beispiel in der Presse, beschäftigt sind, für vortreffliche Juden zu halten oder dasjenige, was sie schreiben, alles zu billigen — ich wünschte wohl, sie hätten sich gerade in diesem Kampfe etwas praktischer und etwas klüger benommen. Indessen muß ich doch sagen, das wird auch aus den Kreisen des Judenthums offen

anerkannt. Wenn die Herren meinen sollten, daß erst die heutige Anregung vielleicht dahin führt, solche Anerkennung auszusprechen, — so will ich aus einer mir speziell zu diesem Zwecke eben übergebenen Broschüre des Professor Breslauer „Zur Judenfrage", die schon in zweiter Auflage erschienen ist, hervorheben, daß er darin erklärt, daß er mit größerer Entrüstung als Herr v. Treitschke, an den die Broschüre gerichtet ist, von gewissen Ausschreitungen dieser Presse Kenntniß nehme und sie zurückweise. Also, meine Herren, über solche Einzelheiten wollen wir nicht streiten; wir wollen uns auf dem Boden der allgemeinen Erfahrung halten, und von der schlechten Meinung, welche sich in manchen Theilen des Landes eingefressen hat in Folge der in der That vielleicht ungünstigen Position, in welche die Bevölkerung gegenüber einzelnen Juden gelangt ist, nicht hindrängen lassen, die Race zu verdammen als eine Race, welche ihrer Natur, ihren Anlagen, ihrem Instinkte nach eine verwerfliche sei. Nein, meine Herren, wir halten diese Race für eine sehr gut beanlagte, wir glauben, daß sie in der That zu den höchsten Leistungen beanlagt ist, und daß es nur darauf ankommt, ihr diejenige Erziehung und Bildung zu geben, um diesen Anlagen auch den vollkommensten Ausdruck zu gewähren. Dazu ist aber nichts mehr geeignet als ein guter Schulunterricht, und wir freuen uns in der That, daß es den jüdischen Mitbürgern möglich ist, ihren Kindern eine gründlichere Ausbildung zu Theil werden zu lassen.

Daraus folgt, daß wenn so grobe Irrthümer, wenn eine solche Verwirrung innerhalb der Grundbegriffe gerade bei den Führern der Bewegung besteht, doch diese Bewegung, selbst wenn sie überhaupt fortgesetzt werden soll, sich läutern muß, daß sie Alles von sich abthun muß, was geeignet ist, auch auf andere Gemüther verwirrend zu wirken. Mit Absicht habe ich einige Hauptpunkte hervorgehoben, welche schon gegenwärtig als direkt widerlegt gelten können. Es giebt einzelne andere Punkte, über die sich noch wird streiten lassen und ich will zugestehen, daß manche die Juden betreffende Frage wissenschaftlich, sei es von der konfessionellen, sei es von der anthropologischen Seite noch weiter verfolgt werden muß, ehe sie einen ganzen Abschluß finden kann. Aber, meine Herren, das kann man gegenwärtig doch auf das Bestimmteste erklären, daß in allen den Ländern, in denen die Freiheit des Judenthums sich vollständig vollzogen hat, auch da, wo die Zahl der Juden eine bedeutende ist, der religiöse Frieden recht wohl erhalten werden kann, wenn nicht eben von ganz fern liegenden Gesichts-

punkten aus derartige Feldzüge unternommen werden, wie es gegenwärtig bei uns der Fall ist. Ich erinnere in dieser Beziehung namentlich an Holland, wo doch sicherlich die Zahl der Juden groß genug ist, um als ein ausreichendes Beispiel zu dienen.

Meine Herren, die konservative Partei in Preußen kann sich, wie ich glaube, des Vorwurfs nicht entschlagen, daß sie es gewesen ist, aus deren Reihen heraus diese Bewegung sich entwickelt hat. Ich darf daran erinnern, daß der erste große Ansatz, der nach dieser Seite genommen worden ist, ganz positiv aus den Reihen der konservativen Partei hervorgegangen ist zu der Zeit, als zuerst die goldene Internationale von da aus in Angriff genommen wurde, namentlich seit 1875, wo die bekannte, zuerst gegen den Reichskanzler gerichtete Opposition ihre ersten Proklamationen auswarf. Die Koalition, welche damals in Waffen gegen den Reichskanzler stand, die ja nicht nach allen Seiten den Beifall der konservativen Partei hatte, aber doch sicherlich in deren Grenzen sich befand, hat in den bekannten Artikeln der Kreuzzeitung, der Reichsglocke und was sich daran schloß, die Angelegenheit aufnommen. Meine Herren, ich will nicht untersuchen, wie viel damals die „Germania"

(aha! im Centrum)

zu dieser Bewegung beigetragen hat; wenn ich mich dieser Untersuchung unterziehen wollte, so dürfte ich in der Lage sein, einige Beiträge zu liefern. Ich will aber nur die Ausgangspunkte bezeichnen und da muß ich anerkennen, daß der eigentliche Anstoß aus dem konservativen Lager hervorgegangen ist. Allerdings so lange nur in jenen Händen die Bewegung blieb, ist sie ziemlich wirkunglos und in sehr unmerklicher Weise verlaufen. Das zweite Stadium, in welches sie eingetreten ist, und von wo an sie eigentlich angefangen hat bedrohlich zu werden, das war der Zeitpunkt, wo wir wenigstens die Besorgniß in uns haben aufdämmern sehen, daß der Reptilienfonds

(hört, hört! links.)

nicht ganz fern von der Bewegung stehe. Es war die Zeit, wo gewisse bedeutende Juden namentlich in den Parlamenten unbequem wurden. Da leitete sich eine generelle Bewegung ein, die mit sehr viel stärkeren Mitteln arbeitete.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, von daher datirt die Begründung einer Reihe von Zeitschriften,

(hört, hört!)

welche, wenngleich nicht unmittelbar dem Namen nach, doch

dem Wesen nach spezifisch antisemitisch sind wie z. B. das vorhin von Herrn Abgeordneten Seyffarth citirte Liegnitzer Blatt, welches sich sogar nicht scheut, seine Judenhetze unter der Firma „patriotische Zeitung" zu verbergen. Diese Blätter, von welchen wir hier in Berlin einige ganz besonders ausgezeichnet haben, sind plötzlich in einer Zahl und mit einer Ausstattung zu Tage getreten, daß man in der That fragt: wo kommen denn die Mittel alle her, um eine solche Bewegung zu unterhalten?

(Hört!)

Nun, meine Herren, nichts kann für derartige Verhältnisse nützlicher sein, als die öffentliche Diskussion. Es mag sonst aus der Sache hervorgehen, was da will, wir waren der Meinung, daß durch die öffentliche Diskussion, durch das volle Aussprechen über diese Angelegenheit den Interessen des Landes und namentlich auch dem Frieden desselben im höchsten Maße gedient sein werde.

Meine Herren, es läßt sich nicht leugnen, daß wir gerade auf dem Gebiete der artifiziellen Presse im Laufe der letzten Jahre erstaunliche Dinge erlebt haben, und daß die verschiedensten Parteien — ich darf wohl in dieser Beziehung selbst an gewisse Erinnerungen der Konservativen anklopfen — im Laufe der Jahre so mannigfache und bittere Erfahrungen gemacht haben, daß wir alle wohl wünschen möchten, daß der Friede des Landes dadurch gesichert würde, daß gewisse Kreise sich mit der Presse weniger beschäftigten. Daß es jetzt noch vorkommen kann, daß Männer wie Herr Reichensperger, sich so sehr über den Charakter einer gewissen Presse täuschen, daß sie ein Blatt, welches Herr Moritz Busch herausgiebt, für liberal halten und ein Blatt, welches wie die schlesische Zeitung sich zu den schlimmsten Artikeln in dieser Frage verstiegen hat, uns in die Schuhe schieben, das ist doch ein Zeichen, daß es nicht mehr möglich ist, sich in der Unsumme von Papier, welches gegenwärtig über das Land verbreitet wird, zurechtzufinden. Könnte namentlich nach dieser Richtung hin eine Verkleinerung eintreten, könnte die Art von Streitblättern, welche den konfessionellen Hader hervorrufen und unterhalten, unterdrückt werden, dann würde in der That recht viel erreicht werden;

(Sehr gut! Zuruf: unterdrücken?)

— ich meine unterdrücken insofern, als man ihnen die Mittel entzieht, durch welche allein sie bestehen, nicht daß man sie durch den Staatsanwalt unterdrücken soll.

Und so, meine Herren, will ich meine Bemerkungen [illegible], in der Hoffnung, daß sie etwas dazu beitragen

werden, wenn wir weiter diskutiren, wenigstens die einzelnen Streitpunkte schärfer auseinander zu halten, als dies bisher zu meinem Bedauern der Fall gewesen ist.

(Bravo!)

Präsident: Das Wort gegen hat der Abgeordnete Hobrecht.

Abgeordneter **Hobrecht:** Die Interpellation des Herrn Abgeordneten Dr. Hänel war gerechtfertigt, wenn auch vielleicht nicht durch die kolportirte Petition, an die sie sich äußerlich angeschlossen hat, so doch jedenfalls voll gerechtfertigt durch den Wunsch und durch die Hoffnung, daß in einer nun schon seit Jahren andauernden Bewegung, die unser öffentliches Leben stört, verwirrt und beunruhigt, eine offene zweifelfreie Erklärung der Königlichen Staatsregierung wohl im Stande sein werde, einen Stillstand und eine Beruhigung herbeizuführen. Gegen die beantragte weitere Besprechung des Gegenstandes haben wir, meine politischen Freunde und ich, uns nicht erklären können, wir haben sie nicht hindern können und auch nicht wollen, obschon sie nach der Meinung vieler unter uns nicht ganz gefahrlos ist, nach der Meinung aller derer, die es für eine Aufgabe weiser Politik halten, dem Eindringen unberechenbarer, zerstörender, elementarer Kräfte in unser öffentliches Leben möglichst vorzubeugen. Denn, meine Herren, in diesem Punkte stimme ich mit dem letzten Herrn Redner nicht überein; es handelt sich meiner festen Ueberzeugung nach nicht um einen konfessionellen Hader, — der tritt ganz zurück — es ist wirklich ein Racengegensatz, so schwer es ethnologisch möglich sein mag, die Grenze da richtig zu ziehen, und die konfessionellen Gegensätze spielen nur insofern hinein, als leider konfessionell — ich will in dieser Frage wenigstens keinen provozirenden Ausdruck brauchen — konfessioner Eifer es nicht verschmäht hat, diesen Racengegensatz als Bundesgenossen anzurufen und anzustacheln. Das ist sehr zu bedauern.

Meine Herren! Der Landtag ist nicht berufen, und eine so große Versammlung ist ja auch völlig außer Stande, die an sich sehr interessanten, wissenschaftlichen, ethischen Probleme, die sich an diese ganze Frage anknüpfen, gründlich zu erörtern, und hier allgemeine sittliche und wissenschaftliche Wahrheiten zu proklamiren. Der Landtag ist noch weniger berufen und im Stande, was leider, wie ich fürchte, im Verlauf der Diskussion doch der Fall sein wird, über die einzelnen Konfliktsfälle, die uns durch Erzählung und Mittheilungen der Presse bekannt geworden sind, hier zu Gericht zu sitzen. Ich fürchte, daß dadurch das Gegentheil von dem erzielt werden würde,

was wir Alle hoffen müssen. Unsere Aufgabe kann nur darin liegen, von dieser Stelle aus dahin zu wirken, daß in der öffentlichen Thätigkeit unserer bürgerlichen und staatsbürgerlichen Organe jeder Versuch streng ferngehalten werde, sie in den Dienst irgend einer parteiischen Tendenz zu stellen. Darin liegt gerade auch die Gefahr dieser ganzen Agitation, daß sie Leidenschaften wachgerufen hat, die sich nicht kontroliren lassen. Von unserer jetzigen politischen Diskussion aber sollten und müßten Sympathien und Antipathien möglichst ferngehalten werden. Wenn wir, einem der besten Züge unseres Nationalcharakters folgend, nicht nach einem Sündenbock suchen, wenn wir das Auge, das nach dem schuldigen Theil und nach dem Grunde der Schuld sucht, nicht auf Andere, sondern in unser Inneres wenden, so wissen wir sehr bald genau, wo es fehlt und was zu ändern ist. Ich stimme dem letzten Herrn Redner darin bei: den leidenschaftlichen und heftigen Anklagen und Vorwürfen gegen die Juden liegt ein gut Teil des häßlichsten Neides zu Grunde, —

(Sehr wahr! links)

denen liegt zu Grunde ein beklagenswerther Mangel an ruhigem, festem Selbstvertrauen und an Energie. In einer der Petitionen und Eingaben, die hier kolportirt worden sind, haben wir die Aeußerung gelesen: „Wo in gleicher Zahl Juden und Christen zusammen sind, da sind die Juden die Herren, die Christen die Knechte." Meine Herren, das ist nicht wahr! Wenn es wahr wäre, dann hätten die Juden Recht, dann wären sie mit Recht die Herren und wir wären durch unsere Schuld Knechte.

(Zwischenrufe rechts.)

Ich sage: es ist nicht wahr; wäre es wahr, dann wäre es unsere Schuld und es nutzten uns keine künstlichen Mittel. Ich erkenne das voll an; — und wenn unsere jüdischen Mitbürger sich selbst prüfen, so werden sie auch in sich den Feind erkennen, den sie zu bekämpfen haben, und mancher unter ihnen hat das offen genug ausgesprochen. In einer gleichberechtigten Gesellschaft ist unerträglich dieses maßlose, fürchterliche Geschrei, wenn Einem von ihnen — um den Ausdruck des Herrn Kollegen Reichensperger zu gebrauchen — auf die Hühneraugen getreten wird; und wenn gar Jemand in einer abhängigen Stellung, dessen Amt ihn zu besonderer Diskretion verpflichtet, sich gegen einen Juden eine Taktlosigkeit oder Ungezogenheit zu Schulden kommen läßt, was ja übel genug ist, dann hören sofort alle Rücksichten auf, dann sollen alle Behörden Zeugniß ablegen von a

der Tiefe ihrer Entrüstung, dann soll der Spruch, der das deutsche Rathhaus ziert:

eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede,
man soll sie billig hören beede,

vergessen sein und es soll die ganze obrigkeitliche Gewalt aufgeboten werden, um die Unbill zu rächen. Meine Herren, das sind Defekte auf beiden Seiten, die beseitigt werden müssen. Aber ein Parlament kann dagegen keine Hülfe gewähren. Das ist der Grund, weshalb ich es nicht für nützlich und gut in dieser Frage hielt, sie hier weiter zu diskutiren. Hier kann nur die Gesellschaft selbst helfen. Und wenn wir uns alle ins Gedächtniß rufen das viele Schöne und Gute, was gerade in Preußen für uns und für die ganze Menschheit erworben ist dadurch, daß Deutsche und Juden sich die Hand gereicht haben, daß sie in ernster Arbeit, in Forschung und praktischer Thätigkeit mit einander gewetteifert haben, dann sollte es uns nicht schwer werden, die Besonnenheit und Geduld allseitig zu üben, ohne die wir einmal diese Krankheitserscheinung der Gegenwart nicht überwinden werden. Die Königliche Staatsregierung hat eine kurze aber ausreichende, zweifellose Antwort auf die an sie gestellten Fragen gegeben. Wir sind durch diese Antwort befriedigt, wir nehmen von ihr mit dem Vertrauen Akt, daß die Königliche Staatsregierung auch die Konsequenzen dieser Erklärung auf allen Gebieten der Verwaltung ziehen und sie zur Geltung bringen wird; wir sind fest überzeugt, daß sie in den Fällen, in welchen sie zu urtheilen berufen ist, lediglich ruhige und leidenschaftslose Gerechtigkeit wird walten lassen. Das übrige wird und muß der gesunde Verstand und das gesunde Herz unseres Volkes besorgen.

(Bravo!)

Präsident: Für hat das Wort der Abgeordnete Traeger.

Abgeordneter **Traeger:** Meine Herren, es liegt heute eine Erinnerung und eine Vergleichung so außerordentlich nahe, daß ich mich fast gewundert habe, sie bisher nur streifen zu hören. Besonders interessant ist dieselbe

(Rufe: Tribüne!)

für die Herren Konservativen und dieser Erinnerung halber habe ich mich gewundert, daß aus den Reihen dieser Herren nicht ein energischer Protest gegen das Bemühen, solche Bestrebungen mit ihnen in Verbindung zu bringen, hervorgetreten ist. Meine Herren, es ist eine ganz merkwürdige Thatsache, daß wir heute in dem großen und mächtigen Preußen, dessen König an der Spitze des deutschen Reiches steht,

die Judenfrage debattiren müssen und zwar in der Weise, wie es heute geschieht. Erinnern wir uns dabei nicht, daß das kleine und gedemüthigte Preußen zunächst dieser Frage, aber in einem ganz andern Sinne näher trat? durch die Gesetzgebung von 1848 wurde den Juden das Bürgerrecht gegeben; durch das Edikt vom 11. März 1812 wurden ihnen Staatsbürgerrechte verliehen, und, meine Herren, die Bundesakte, die wahrhaftig noch niemals für das Muster einer freisinnigen Gesetzgebung erachtet worden ist, legte in Artikel 16 die Tendenz allen Bundesregierungen nahe, den Juden die volle Gewährung der staatsbürgerlichen Rechte gegen die volle Uebernahme der staatsbürgerlichen Pflichten zu verleihen, und ausdrücklich wurde den Juden alles dasjenige, was sie an Rechten in den einzelnen Bundesstaaten bis dahin hatten, gewährleistet. Die preußische Regierung in dem ehrlichen Bestreben, diese Tendenz auszuführen, wandte sich in den Jahren 1824 bis 1827 an die Stände, und leider fielen in der damaligen Zeit des Rückschlages die Aeußerungen so ungünstig aus, daß die Regierung diese Bestrebungen fallen ließ. In den späteren Jahren kamen aus der Mitte dieser Stände heraus die Anregungen an die Regierung, im Jahre 1845 erklärten sich von 8 preußischen Provinzialständen 5 für die Erweiterung der Rechte der Juden, und darunter 2 sogar für die vollständige Emanzipation, so daß die Regierung im Jahre 1847 dem vereinigten Landtage den bekannten Gesetzentwurf vorlegte. Und nun, meine Herren, welche Erörterungen, welche Schicksale erfuhr er in diesem Landtage? Lassen wir den Herren den Vortritt. Am 15. Juni 1847 machte dieser Gesetzentwurf dasjenige Stadium in der Herrenkurie, welches wir in unserm heutigen parlamentarischen Sprachgebrauch die Generaldebatte nennen, und die ersten Redner waren Graf York, Graf Dyhren und der Fürst Lynar, gewiß drei untadlige Ritter, die jede Ahnen- und Wappenprobe ohne Scheu bestehen können, und alle drei Herren vereinigten sich zum Antrage, dem vorgelegten Gesetzentwurf die Genehmigung zu versagen und von Seiner Majestät die Einbringung eines neuen Gesetzentwurfs auf Grund der vollständigen Emanzipation der Juden zu erbitten. Das sind die Ritter, die ihre Wappenschilder an der Wiege unseres Konstitutionalismus aufgehängt haben und von denen auch der Freisinnigste voll Ueberzeugung mit vollster Achtung sa[illegible]iren wird. In der Kurie der drei Stände war das Schicksal [illegible] Gesetzentwurfs dasselbe. Ueberall trat ihm die lebhafteste [illegible]mpathie entgegen, und die Tendenz, die bei der Berathung [illegible] ganze Haus durchdrang, drückte sich aus in den folgenden [illegible]orten:

> Meine Herren, die Geschichte hat in mir die Ueberzeugung begründet, daß, wenn die Idee meiner Freiheit einmal in die Brust einer Nation gepflanzt ist und in derselben Wurzel gefaßt hat, keine Macht der Erde im Stande ist, sie aus derselben herauszureißen, sie wird und muß fortwachsen, bis sie die Wolken durchbrochen hat. Daß aber die Idee, die Juden mit den Christen in allen bürgerlichen Rechten gleichzustellen, eine Idee der Freiheit ist, das bedarf wohl keiner weiteren Ausführung.

und es war nicht das Mitglied einer extremen Partei, es war kein fortschrittlicher Demagoge, der dieser Auffassung solche Worte lieh, — es war der Fürst Reuß, und auch die Vertreter der Ritterschaft in der Kurie, die vereinigten drei Stände bis auf Herrn v. Manteuffel und der Vertreter der sächsischen Ritterschaft Herr v. Bismarck (Schönhausen) waren alle von dem gleichen Sinne beseelt. Sie haben gehört, meine Herren, aus den Mittheilungen meines Freundes Hänel, daß Herr v. Bismarck (Schönhausen), seitdem er Kanzler des deutschen Reiches geworden ist, sich wesentlich zu anderen Ideen bekehrt und auf einem ganz anderen Gebiete das staatserhaltende Element sucht. Nun, das sind Ihre Vorfahren, die in jenem Kampf bei dieser Frage auf einer ganz anderen Seite gestanden haben, als diejenige Seite ist, auf welche man Sie hindrängen möchte. Sie haben mit dieser Frage und mit den an diese Frage sich knüpfenden Bestrebungen absolut nichts zu thun, und es muß jedem, der, wie ich auch, seinem Gegner mit Hochachtung gegenübersteht, mit tiefem Schmerz und Bedauern erfüllen, diesen Gegner in solchen Bestrebungen verwickelt zu sehen. Sie verwahren sich gegen keinen Vorwurf energischer, als gegen den, rückschrittlich zu sein. Sie wollen konservativ sein, das heißt, Sie wollen das Bestehende, das Erprobte, das Bewährte vertheidigen und schützen gegen den Ansturm zweifelhafter Neuerungen. Nun, hier kann die Frage nach dem konservativen Standpunkt nicht schwer zu entscheiden sein. Wo ist das Erprobte, wo ist das Bestehende, wo das Bewährte? Was man von Ihnen verlangt, ist, daß Sie sich betheiligen sollen an Neuerungen, die nicht etwa zweifelhaft sind, sondern die verdammt und gebrandmarkt worden sind schon im Jahre 1847 und noch viel länger, so lange verständige Menschen sich mit dieser Frage beschäftigt haben. Meine Herren, diese Bestrebungen wollen konservativ sein, sie wollen aber auch christlich sein, und auch mich drängt es, diese Frage ganz kurz noch zu erörtern.

Ich scheue mich absolut nicht, meine Herren, hier frei zu bekennen, daß auch ich ein gläubiger Christ bin; ich würde mich dieses Bekenntnisses aber schämen, wenn derartige Bestrebungen aus dem Christenthum entspringen könnten, wenn sie auch nur in die entfernteste Beziehung mit dem Christenthum gebracht werden könnten.

(Sehr gut! links.)

Meine Herren, diese Religion hat ihre ganze Wehr und Waffe in der überzeugenden Kraft ihrer Lehre auf die Liebe und Duldung, und diese Religion kann nun und nimmermehr zu dem Bestreben führen, Andersdenkenden, Andersgläubigen den Genuß der einfachsten staatsbürgerlichen Rechte zu beschränken.

(Zustimmung links.)

Meine Herren, wenn von anderen Seiten angeführt worden ist, es drohe dem Christenthum von dem Judenthum Gefahr, wenn man also meint, es handle sich hier um Präventivmaßregeln gegen eine etwaige Christenverfolgung — nun, den Herren, die diese Gefahr fürchten, muß ich doch, ganz abgesehen davon, daß der Beweis einer solchen Gefahr sehr schwer zu führen sein würde, erklären, daß sie ein außerordentlich geringfügiges Vertrauen in ihre eigene Religion haben.

(Sehr richtig! links.)

Also, meine Herren, das Recht dieser Bewegung, sich mit dem Worte „christlich" schmücken zu dürfen, bestreite ich auf das Entschiedenste.

Man hat aber auch gefühlt auf jener Seite, daß man dem Worte „christlich" noch ein anderes Wort beifügen müsse und da hat man als das nächstliegende „sozial" genommen und diese Bestrebungen bezeichnet als „christlich-soziale." Ja, meine Herren, das ist ganz richtig, der Schwerpunkt dieser Bewegung liegt nicht auf dem Gebiet der Politik, nicht in der konservativen Politik, er liegt auch nicht auf dem Gebiet der Religion, nicht in der christlichen Religion, er beruht auf dem sozialen Gebiet, — aber, meine Herren, nicht auf dem ehrlichen sozialen Gebiet, auf das sich Jeder, der wirklich ein Herz für die Leiden des Volkes hat, stellen muß, sondern auf dem unehrlichen sozialen Gebiet.

(Oh! rechts.)

Man hat namentlich in den gegenwärtigen Zeiten [illegible] und würdigen gelernt die agitatorische Kraft sozialer [illegible] und darum verschmäht es fast keine politische Partei, [illegible] oder unbewußt, heut zu Tage einen sozialistischen [illegible]schmack ihrem Programm beizugeben und so wie die

Sozialdemokraten Sozialisten sind und diese Bestrebungen decken mit dem Beiwort „demokratisch", das heißt diesen Bestrebungen ein politisches Gepräge zu geben suchen, so haben diese Herren zu dem „christlich" das „sozial" hinzugesetzt. Meine Herren, Sie haben es gewagt, ein Wort, die Bezeichnung einer Religion hinzuzufügen, das uns Allen und namentlich ihnen, die so fanatische Kämpfer des Christenthums sein wollen, so heilig sein müßte, daß sie es nicht hinabziehen in den Schmutz des Tages und in den Koth der niedrigsten Leidenschaft, denn darum handelt es sich hier. Mein verehrter Freund Virchow hat schon darauf aufmerksam gemacht, daß, abgesehen von allen konfessionellen Unterschieden, es sich hier zum allerwesentlichsten um das Motiv des Neides handelt und in dieser Beziehung ist jene Bewegung viel umfangreicher als die sozialdemokratische. Die sozialdemokratische Bewegung wendet sich an die Leidenschaft, an die Noth der wirklich Enterbten, der Armen und Elenden, aber, meine Herren, diese Bewegnng sucht ihre Unterkunft in den Schichten gerade der besser, aber nach ihrer Ansicht und vielleicht auch in Wirklichkeit, nicht gut genug Situirten. Es wird, meine Herren, angefacht und angestachelt der Neid des weniger Besitzenden gegen den mehr Besitzenden, es wird ins Gefecht gerufen der Neid des Unbeholfenen gegen den Geschickteren. Das ist dasselbe Motiv, was in Ungarn nnd Böhmen der Deutschenhetze zu Grunde liegt. Wollen diese Herren sich mit den Czechen und Magyaren vielleicht auf eine und dieselbe Stufe stellen?

Nun, meine Herren, es hat namentlich Herr Reichensperger die Sache so dargestellt, als sei man damals allerdings von einem gewissen Billigkeitsgefühl geleitet gewesen, den Juden die betreffeuden Rechte zu gewähren, als sei das aber geschehen gewissermaßen mit einem stillschweigenden Vorbehalt, das heißt, man wollte die Juden erst eine Prüfungszeit durchmachen lassen und dann erwägen, ob sie sich der gewährten Rechte würdig bewiesen hätten. Meine Herren, ich müßte die Verhandlungen des vereinigten Landtages gar nicht verstanden haben, aber mir ist von einem derartigen Vorbehalt aus diesen Verhandlungen absolut nichts entgegengetreten; man that es nicht der Juden wegen — es waren unter den Verfechtern der Juden sehr viele, die persönlich mit ihnen nichts zu thun haben wollten, während jeder Widersacher der Juden, auch Herr v. Bismarck-Schönhausen einen Kreis ganz charmanter, liebenswürdiger Juden zu seinem Privatgebrauch hatte;

(Heiterkeit)

nein, meine Herren, aus staatserhaltendem Prinzip, aus dem Bewußtsein, nicht länger dieser fortschreitenden Idee widerstehen zu können, gab man jene Freiheiten. Alle die Einwendungen, die wir heute hören, sind damals auch gemacht worden, die Beschäftigung der Juden, kurz und gut, es giebt nichts, was man nicht gegen sie vorbrachte, und nichts, was man nicht widerlegt hätte. Ein Moment wurde damals auch schon hervorgehoben, was uns jetzt noch viel näher liegt. Man gedachte der Juden, die so tapfer in den Befreiungskriegen in den Reihen der Preußen mitgefochten, und nun frage ich Sie, meine Herren, liegt uns denn diese Erinnerung nicht viel näher? Haben wir denn das Eiserne Kreuz und die Ehrenzeichen des großen Kampfs verliehen mit den Abzeichen: Für Christen und für Juden, oder wissen wir nicht, daß unter diesem heiligen Zeichen, auf welchem Boden wir es auch treffen, ein tapferes, für das Wohl seines Vaterlandes zu bluten und sterben bereites Herz schlägt? Was ist das größte, das höchste Recht, das Sie einem Mann einräumen, die höchste Achtung, die Sie ihm erweisen? wenn Sie ihn für würdig halten, für seine Idee Blut und Leben einzusetzen. Demjenigen, dem Sie es gestatten, für sein Vaterland zu sterben, haben Sie damit ein Ehrenrecht eingeräumt, gegen das alle andern Ehrenrechte verschwindend klein sind.

Nicht bloß mit dem Schwert in der Hand, auch mit dem Beutel in der Hand haben die Juden stets außerordentlich werthvolle Dienste geleistet. Es giebt eine Wohlthätigkeit, meine Herren, Sie werden mich verstehen, wenn ich sie als die spezifisch christliche bezeichne, eine Wohlthätigkeit, die sich eigentlich in einen nicht gut verträglichen Gegensatz zu der allgemeinen Wohlthätigkeit stellt, — aber selbst diese Wohlthätigkeit, die zuweilen einen recht offensiven und aggressiven Charakter trägt, hat sich niemals umsonst an die Juden gewendet, ihr Appell hat stets einen thatkräftigen Widerhall gefunden.

Glauben Sie nicht, daß ich, so wenig wie es meine Freunde wollen, hier auftrete als ein Verherrlicher der Juden. Wir geben Ihnen Alle zu, daß unter den Juden Leute sind, mit denen man nicht die geringste Gemeinschaft haben möchte, und die vielleicht eigentlich den allen Staatsbürgern gewährleisteten Rechte nicht würdig sind. Aber giebt es denn deren nicht auch unter den Christen?

Es wird von der Presse gesprochen. Ja, meine Herren, [illegible] giebt Preßorgane schimpflichster Natur, die von christlichen [illegible]dalteuren geleitet werden und angeblich christliche Tendenzen [illegible]folgen. Wird es denn einem wohlwollenden intelligenten

Juden einfallen, für diese Ausschreitungen das ganze Christenthum verantwortlich zu machen? Gewiß nicht. Wir haben von den Juden nichts zu fürchten, und wenn uns wirklich etwas von dieser Seite drohen sollte, und wir uns fürchten müßten, dann würden wir ganz andere Waffen in der Hand haben, die uns feindseligen Elemente zu bekämpfen, als die Verkümmerung der staatsbürgerlichen Rechte. Hüten wir uns vor Bestrebungen, die nichts sind als demagogische Bestrebungen der untersten Sorte. Mir ist neulich etwas vorgekommen, was außerordentlich scherzhaft wäre, wenn die ganze Sache nicht so tragisch wäre. Sie haben aber von dem vielberufenen Erlaß des Herrn Stumm gelesen, welcher einem Zeitungsblatt das Leben abschnitt, weil es ein Gedicht veröffentlicht hatte, welches nach der Ansicht des Herrn Stumm sozialdemokratische Tendenzen predigte und welches den Arbeitern und Arbeitgebern gefährlich sein könnte. Ja, meine Herren, dieses Gedicht ist nicht etwa einer sozialistischen Zeitung, nein, es ist der „Wahrheit" entnommen, dem offiziellen Witzblatt der christlich-sozialen Partei,

(Unruhe)

einer Partei, meine Herren, die sich sehr gern mit Ihrem Banner deckt, die behauptet, für konservative Interessen zu fechten und deren einzelne Erzeugnisse einem Konservativen einen so großen Schreck eingejagt haben, daß er sofort die Sozialdemokratie dahinter wittert. Das ist ein Beispiel, das außerordentlich lehrreich ist, ich will auf das Gedicht selbst nicht eingehen. Meine Herren, haben wir denn etwas für den Staat zu fürchten, oder haben wir ein Staatsinteresse daran, den Bestrebungen, wie sie in der Petition ausgedrückt sind, näher zu treten? Damals, im Landtage von 1847, sagte ein Abgeordneter — diesmal müssen Sie mich schon entschuldigen, ich komme mit einem bürgerlichen, mit Camphausen:

> Ich habe endlich wahrgenommen, daß die Existenz des preußischen Staates an den Grundsatz geknüpft ist, daß verschiedenen Konfessionen die gleiche politische Berechtigung zustehe und daß die Monarchie gefährdet werde, wenn dieser Grundsatz nachhaltig und wesentlich verlassen werden sollte.

Das ist ein Satz hoher Staatsweisheit.

Und wie, meine Herren, um zu schließen, stellt sich denn zu dieser Frage das fundamentale bürgerliche Gesetz in unserem Staate, jenes Gesetz, welches noch niemals genug gewürdigt ist, das ein leuchtendes Denkmal des menschlichen Geistes und

menschlichen Scharfsinns, aber auch wahrhaft freiheitlichen Sinnes ist, das allgemeine Landrecht? Es sagt im § 13 II 11:

> Jede Kirchengesellschaft ist verpflichtet, ihren Mitgliedern Ehrfurcht gegen die Gottheit, Gehorsam gegen die Gesetze, Treue gegen den Staat und sittlich gute Gesinnungen gegen ihre Mitbürger einzuflößen.

Wenn eine Religionsgesellschaft diesen Verpflichtungen Genüge leistet, dann wird sie vom preußischen Staat anerkannt, dann werden ihre Mitglieder geschützt. Und nun frage ich Sie, meine Herren, haben es die Juden jemals an Ehrfurcht vor ihrer Gottheit fehlen lassen — ich meine „ihrer" klein geschrieben. Meine Herren, Sie sind es ja gerade, welche die Juden von ihrem Gotte abwendig machen wollen, die sie zum Gegentheile von dem, was das Allgemeine Landrecht von den Mitgliedern der Religionsgesellschaften verlangt, veranlassen. Haben Sie besonders viel von dem Ungehorsam der Juden gegen die Gesetze gehört? Ich bin überzeugt, daß die Statistik in dieser Beziehung nicht zum Nachtheil der Juden ausfallen wird; an der guten Gesinnung gegen ihre Mitbürger haben sie es niemals fehlen lassen.

(Heiterkeit.)

Wir können aber schon aus den Gründen, weil sie in der überwiegeuden Mehrheit sind, viel mehr Christen, als Juden anführen, die sich gegen die Gesetze des Staates und gegen die Verpflichtung der Moral vergangen haben.

Es ist noch nicht 25 Jahre her, seit unser Verfassungsleben begründet wurde. Ich halte es für außerordentlich traurig, daß wir nach 23 Jahren schon in der Lage sind, eine Debatte, die damals vollständig abgemacht ist, zu wiederholen, und nicht zu unserem Vortheil, denn es war damals viel mehr Idealismus in dem Streben der Nation und ihren Vertretern, und man war noch nicht so weit gekommen, alle humanen und freiheitlichen Bestrebungen mit dem Vorwurf des Doktrinarismus abzumachen.

(Bravo! links.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Windthorst.

Abgeordneter Dr. **Windthorst:** Meine Herren! Die Eigenartigkeit der Angelegenheit, welche uns hier beschäftigt, ist so sehr geeignet, Verschiedenheit in den Anschauungen zu begründen, und dann liegen diese Anschauungen wieder so [illegible] neben einander, daß es, glaube ich, Jedem sehr schwer [illegible] würde, seine Worte so einzurichten, daß sie eine all[illegible] *seine* Anerkennung finden könnten. Dies veranlaßt mich

zu erklären, daß das, was ich sagen werde, nur meine persönliche Ansicht vertritt.

Meine Herren, was die Interpellation betrifft, so bin ich der Meinung, daß sie durchaus nicht motivirt war, daß sie das Gegentheil von dem bewirken wird, was die Herren beabsichtigt haben;

(sehr wahr! rechts.)

und das bedauere ich im allerhöchsten Maße. Den Vorwurf können die Herren niemals abweisen, daß sie eine Interpellation eingereicht haben über Dinge, die noch gar nicht existent sind, und daß sie sich haben hinreißen lassen durch die Hitze des Moments. Meine Herren, die Interpellation ist von der Regierung beantwortet, nach meinem Dafürhalten zutreffend, erschöpfend, für Jedermann beruhigend.

(Abgeordneter Dr. Hänel: Na also!)

Ich weiß nicht, was das „also" bedeutet; man kann auch auf eine quaestio domitiana eine ganz zutreffende Antwort geben.

Der Herr Abgeordnete Dr. Virchow findet die Antwort kühl. Ich kann dem geehrten Herrn nur erwidern, wenn in ähnlichen Fällen uns eine solche Antwort geworden wäre, würden wir sie für gar nicht kühl, sondern für dankenswerth warm gehalten haben.

(Sehr gut! im Centrum.)

Uns ist niemals in unseren Nöthen eine solche Antwort zu Theil geworden; und es ist allerdings ein Zeichen der Zeit, daß man uns kühl und Andere weniger kühl behandelt.

Ich weiß nicht, was den verehrten Kollegen Träger bewogen hat, so Außerordentliches vorzutragen. Nachdem der Herr Minister erklärt hat, die Regierung denke gar nicht daran, irgend etwas zu ändern in den staatsbürgerlichen Verhältnissen unserer jüdischen Mitbürger; nachdem von Seiten des Herrn Abgeordneten Reichensperger und von Seiten des verehrten Herrn aus der konservativen Partei mit unzweideutigen Worten erklärt worden war, daß man die betreffenden Grundsätze der Verfassung anerkenne und daran festhalten wolle, war es gar nicht nöthig, uns Derartiges wieder vorzuführen, wie es der Herr Abgeordnete Träger gethan hat — es wäre denn, daß der verehrte Herr sich gemüßigt gefunden hätte, seinen Fraktionsgenossen so recht lebendig ins Gedächtniß zu rufen, wie sie bei uns gerade das Gegentheil von alledem gethan haben, wozu er sie heut auffordert.

(Sehr wahr! im Centrum.)

Was die Sache selbst betrifft, so ist sie einmal zur Er-

[illegible]

(Sehr! hört! links.)

[illegible] aber wenigstens nicht eher dahin gehört, als bis auf dem [illegible] der Wissenschaft und nach den Erörterungen in wissenschaftlichen Kreisen feste und bestimmte Resultate gewonnen sind.

Meine Herren, die Erörterung dieser Frage stößt hüben und drüben auf Stimmungen, welche durch die Art, wie die Erörterung geführt wird, gar leicht aufgeregt, exzitirt werden können; und die Folgen kann niemand ermessen.

Wenn ich in dieser Weise offen und klar das mißbilligt habe, was ich mißbilligen muß, so sage ich auf der anderen Seite, daß die Erörterungen ganz bestimmt nicht eingetreten wären, wenn ein Theil unserer jüdischen Mitbürger nicht selbst die Veranlassung dazu gegeben hätte. Meine Herren, einer der Hauptpunkte, worüber die Juden bei der Verhandlung ihrer Angelegenheiten sich beklagen und beklagen können, ist nach meinem Dafürhalten der, daß man, wenn ein einzelner Jude oder eine Mehrzahl von Juden, ein Theil derselben, etwas gethan hat, was mit Recht gerügt werden muß, das verallgemeinert und generell hinstellt, als ob es die ganze Judenschaft träfe. Das ist grundverkehrt und grundverletzend. Wenn man Klagen über einzelne oder über einen Theil hat, so soll man die einzelnen und diesen Theil konkret fassen; aber niemals die Sache generell hinstellen und dadurch die ganze Judenschaft verletzen, unter der es die allerehrenwerthesten Menschen giebt. Aber es ist auch nicht zu leugnen — und ruhig denkende jüdische Mitbürger leugnen es nicht — daß allerdings ein Theil der Juden eine Weise angeschlagen hat, die für die Christen nicht allein, nein! für die menschliche Gesellschaft im höchsten Grade bedenklich ist; und die jüdischen Mitbürger haben nach meinem Dafürhalten keine größere Aufgabe als die, diesen Theil ihrer Genossen in die richtigen Wege zurückzuführen. In dem unglücklichen, großen kirchenpolitischen Kampfe hat die überwiegende Mehrzahl jüdischer Literaten eine der katholischen und auch der positiv evangelischen Bevölkerung sehr feindliche Stellung eingenommen;

(sehr wahr! im Centrum)

und ich bin einigermaßen erstaunt, daß Organe, welche sich über die Verletzung der Juden beklagen, gleichzeitig und in demselben Blatte, welches solche Klage enthält, die christlichen Verhältnisse angreifen. Mir scheint, die jüdischen Mitbürger hätten noch Arbeit genug, für sich das Richtige zu schaffen, und könnten uns Christen überlassen, unsere Angelegenheiten selbst auszumachen. Ich würde mir niemals herausnehmen, in irgend welcher Weise mich zu äußern über die verschiedenen Differenzpunkte, die in dem Judenthum und seinem Bekenntniß sich zu Tage legen. Das ist eine durchaus innere Angelegenheit; jede Aeußerung über dieselbe würde ich für eine meine Kompetenz überschreitende Anmaßung halten. Wenn

Sie das aber anerkennen, daß ich nicht so verfahren kann, darf ich die Herren von dem jüdischen Bekenntniß bitten, uns auch in Ruhe zu lassen.

(Sehr richtig!)

Ich bin überzeugt, daß, wenn dieses Verhalten eingeschlagen wird, wir sehr bald zur Ruhe und Zufriedenheit auch in dieser Angelegenheit zurückkehren werden.

Meine Herren, der Abgeordnete Virchow hat sich sehr leicht geholfen, als er den schlagenden Argumenten meines Kollegen Reichensperger gegenüber sagte: über die katholische Frage wolle er zu einer anderen Zeit sprechen, sie durchkreuze seinen heutigen Plan. Meine Herren, ich glaube gern, daß sie seine Pläne sehr stark durchkreuzt. Aber, so wenig ich mich gefreut habe über diese Interpellation und die darnach nothwendige Besprechung, so wenig ich erfreut bin über das, was bei derselben vorkommt, so muß ich doch anerkennen, daß eine günstigere und zutreffendere Gelegenheit sich nicht darbieten könnte, dem Herrn Kollegen Virchow und seinen Freunden, die Kulturkämpfer sind — (sie sind es nämlich nicht alle und zu meiner Freude gerade auch jüdische Mitglieder seiner Partei sind es nicht) —

(Unruhe links)

nachzuweisen, wie im höchsten Grade inkonsequent sie sind, und daß ich den Eifer, den sie nun hier entwickeln, für bedeutend genug halte, ihnen die Logik in's Gedächtniß zu rufen, wonach Sie dasjenige, was Sie mit Recht für die jüdischen Mitbürger in Anspruch nehmen, auch den katholischen schuldig sind.

(Sehr richtig! im Centrum.)

Es hat eine Anzahl Notabeln hier eine Erklärung abgegeben. Die Tendenz dieser Erklärung kann ich vollkommen billigen, aber meine Herren, es muß immer statt „jüdische" geschrieben werden: „jüdische und katholische Mitbürger".

(Sehr gut! im Centrum.)

Das beizufügen haben die Herren Dr. Mommsen und Dr. Gneist vergessen. Es ist mir eine besondere Genugthuung gewesen, den Abgeordneten Dr. Gneist auch unter dieser von mir übrigens nicht angegriffenen Erklärung zu finden, weil ich denke, daß er nun Jurist genug ist, die Konsequenzen zu ziehen —

(Sehr gut!)

(Zuruf: Thut er doch nicht!)

dann hört er auf, ein Jurist zu sein —

(Heiterkeit!)

um alle seine Vergehen gegen uns von der Moabiter Angelegenheit bis heute gründlich wieder gut zu machen.

Meine Herren, ich muß dann sagen, daß die Interpellation, wie die Besprechung, bei mir aus dem Grunde keinen unangenehmen Eindruck hinterläßt, weil wir danach doch einen Fortschritt gemacht haben. Selbst auf Seiten, wo wir sonst diese rücksichtsvolle Behandlung solcher Fragen nicht hörten, wo, wenn es sich um uns handelte, das Konzert der Aggression ein vollständiges war, hat man hier bei dieser Sache ganz zu meiner Befriedigung einen sehr ruhigen und gemäßigten Ton innegehalten. Auch die Regierung ist sehr beeilt gewesen zu meiner großen Freude, die Verfassung gegen jegliche (andre) Agitation auf Abänderung in Schutz zu nehmen. Aber ich bitte nun Alle von rechts und links, die jetzt gelernt haben, daß man nur auf dem Boden der Verfassung die Verhältnisse der verschiedenen Bekenntnisse regeln und in wirklich vernünftiger Bahn erhalten kann, daß sie nun auch in sich gehen und dasselbe uns gewähren, was sie den jüdischen Mitbürgern zu meiner Freude haben gewähren wollen. Meine Freunde rufen mir zu, das würden sie nicht thun. Ich will nicht ganz verzweifeln, obwohl auch meine Hoffnung nicht groß ist. Aber der gesunde Sinn und, ich wiederhole, die Logik pflegt doch, wenn auch langsam, Fortschritte zu machen.

(Heiterkeit.)

Und so ist meine Erwartung, daß wir nun auch von diesen Seiten eine bessere Unterstützung bekommen werden, nicht so ganz aus der Luft gegriffen. Also, meine Herren, seien wir nach allen Richtungen hin tolerant, vermeiden wir alles und jedes in Wort und Schrift, was unsre Mitbürger, welches Bekenntniß sie immer haben mögen, verletzen könnte. Dann wird es möglich sein, die Unruhe und Bewegung in den Gemüthern zurückzudrängen, die sich jetzt leider geltend macht.

Auf die einzelnen Fälle, welche von den Abgeordneten Dr. Hänel resp. Dr. Virchow angeführt sind, um zu konstatiren, daß ein Unrecht gegen unsere Mitbürger mosaischen Bekenntnisses geübt werde, kann ich zu meinem Bedauern nicht eingehen, weil theilweise die thatsächlichen Verhältnisse gar nicht klar und namentlich nicht bewiesen vorgelegt sind, und weil über andere die Untersuchung schwebt, dem Resultat einer solchen Untersuchung aber nicht vorgegriffen werden kann. Wenn aber in den lautgewordenen Klagen auf dem Gebiet, das uns beschäftigt, wirklich etwas Wahres liegt, wenn in der That das Christenthum und die christliche Gesellschaft mehr als wünschenswerth zurückgedrängt wird, meine Herren, so

schiebe ich das nicht den Juden als solchen zu. Die thun das, was sie ihren religiösen Ueberzeugungen nach thun müssen und gebrauchen die Freiheit, die ihnen gebührt; und wenn sie sie mißbrauchen, sind die Gesetze, sie zu bestrafen. Aber meine Herren, daß das christliche Prinzip zurückgedrängt wird, das verdanken wir der Aera, die mit dem Schulaufsichtsgesetz begann.

(Sehr richtig! im Centrum.)

Ich habe damals gesagt: Es ist das ein Wendepunkt in der preußischen Geschichte; es ist die Wendung zu einem Staate ohne Gott,

(Hört! hört!)

Das scheint sich mir immer mehr und mehr zu bestätigen. — Dem Abgeordneten Träger wollte ich übrigens sagen, daß ich seiner Distinktion zwischen dem Gott der Juden und dem der Christen durchaus nicht beistimme; der Gott der Juden ist auch der Gott der Christen; und ich glaube, daß seine jüdischen Mitbürger sich diese Distinktion ganz entschieden verbitten werden. Daß aber im Landrecht der Schutz für alle Götter gegeben werde, das glaube ich nicht;

(Heiterkeit)

und ich halte nicht für überflüssig, das zu konstatiren, weil die jetzt heranwachsende heidnische Generation dahin kommen könnte, uns nächstens auch den Jupiter vorzuführen.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, das hat das Landrecht sicher nicht gewollt. — Also: die Aera, welche mit dem Schulaufsichtsgesetze begann, klage ich an, und vor allem die Entwicklung, welche das ganze Schulwesen genommen hat in den unteren und in den höheren Instanzen. Diejenigen würdigen Mitglieder jüdischen Bekenntnisses in unserem Lande, die ich kenne, haben mir oft mit Bedauern gesagt, wie sehr sie es beklagen, daß in den Schulen der Glaube ihrer Väter in den Kindern verwischt werde; und der Theil der jüdischen Mitbürger, über dessen Verfahren wir klagen — der Theil, sage ich ausdrücklich — wird uns, glaube ich, nicht ohne Grund vorwerfen können: wir haben das, was wir thun, in euren Schulen und auf euren Universitäten gelernt;

(sehr wahr!)

denn die Erscheinungen, über welche wir in der Presse klagen, fallen nicht den Juden zur Last, die an dem Glauben ihrer Väter festhalten, und welche die Gebote achten, welche unter Donner von Sinai verkündigt worden sind, sie fallen enigen Theile zur Last, welcher ungläubig geworden ist, ungläubigen Christen die Hände reicht, und so gemein-

schaftlich über das positive Christenthum, in welcher Gestalt es ihnen auch entgegentritt, herfällt;

(sehr wahr!)

und wenn wir uns über diese beklagen, so müssen wir dieselben nicht als eine jüdische, sondern als eine ungläubige Gesellschaft bezeichnen, die uns also behandelt.

Daneben kann der christliche Staat und der christliche Sinn nur aufrecht erhalten werden durch eine freie Bewegung der christlichen Kirche, und Sie, meine Herren, haben in der Majorität die christliche Kirche geknechtet und knechten sie heute noch.

(Sehr wahr!)

Und, meine Herren, dann wundern Sie sich, daß der Unglaube, komponirt aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung, solche Fortschritte macht und der christlichen Gesellschaft den Boden abringt? Und die Regierung, hat sie etwas gethan, um diesen Unglauben abzuwenden? thut sie jetzt etwas? Haben wir ein Wort der Art gehört? Gar nichts, sie bleibt in ihrer unerschütterlichen Haltung gegen die christliche Kirche entschieden fest, und ich behaupte, daß, wenn etwas am Christenthum verloren geht, dann ist die Regierung Schuld daran.

(Sehr wahr!)

Liegt darin der Hauptgrund aller der Beschwerden, die vorkommen, so ist allerdings auch nicht zu verkennen, daß die wirthschaftliche Gesetzgebung nicht auf dem richtigen Boden konstruirt worden ist, und daß in demselben den verschiedenen Kräften nicht das richtige Maß und das richtige Verhältniß angewiesen ist, und wir werden ohne allen Zweifel eine gründliche Revision in Beziehung auf die ganze soziale Gesetzgebung vorzunehmen haben. Wir müssen die Freizügigkeitsfrage, die Ansiedelungsfrage, wir müssen die Gewerbeordnung gründlich anfassen und sehen, was darin verkehrt ist. Wir müssen das Aktiengesetz revidiren, wir müssen die Männer, die die Geschäfte, auf die sich dieses bezieht, betreiben, seien sie christlichen oder jüdischen Bekenntnisses, vor die persönliche Verantwortlichkeit stellen.

(Bravo!)

Dann werden alle die Klagen vermindert werden und verstummen, die man jetzt nach meiner Ansicht einseitig und mit Unrecht den Juden im allgemeinen und allein zuschreibt.

(Sehr wahr!)

Meine Herren, ich weiß, daß das weitgreifende Gedanken sind; ich weiß, daß sie auch vielfach bekämpft werden können,

aber das mußte ich aussprechen, um meinen Satz zu begründen, den ich nach wie vor aufrecht erhalte, gegen die Juden im allgemeinen, so wie es geschieht, vorzugehen, muß ich meinestheils laut mißbilligen. Nur der Theil, der mit den ungläubigen Christen in Gemeinschaft das Christenthum bekämpft, nur diesen Theil muß ich, nicht, weil sie Juden sind, sondern weil sie mit den ungläubigen Christen gemeinsam das Verkehrte thun, bekämpfen, und ich erwarte und hoffe, gerade wie es mein Kollege Reichensperger schon ausgesprochen hat, daß die guten Elemente der jüdischen Mitbürger dahin wirken werden, daß das geschieht, und ich flehe die Regierung an, für Schulen zu sorgen, in welchen nicht unsern Kindern der christliche Glaube und den Kindern unserer jüdischen Mitbürger der Glaube ihrer Väter verkümmert wird, in welchen sie nicht hingeführt werden zu den Ideen des Materialismus und zum vollen Unglauben. Uebrigens wünsche ich meinestheils, daß die Debatte, da sie einmal Platz gegriffen hat, doch die Leidenschaft nicht weiter aufregen möge. Ich wünsche dringend, daß wir uns an diesem Beispiel sammt und sonders, keiner ausgenommen, klar machen, wie dringend nothwendig es ist, nach allen Seiten hin gerecht und billig zu sein gegen unsere Mitbürger, mögen sie ein Bekenntniß haben, welches es sein mag, daß wir uns durchdringen von der Nothwendigkeit, die Ausnahmegesetze überall aufzuheben, namentlich auch die schweren Ausnahmegesetze, welche die Katholiken und ihre Kirche und auch die Protestanten gläubigen Bekenntnisses treffen und drücken, damit das Gleichgewicht der Kräfte hergestellt wird. Insofern kann diese Debatte von Nutzen sein, wenn wir sie richtig auffassen und richtig weiter entwickeln. Sollte das aber nicht sofort geschehen können, dann bitte ich Alle, daß die Erörterung, welche fortgeführt werden möchte, geführt wird in objektiv sachlicher, leidenschaftsloser Form, ohne Verletzung der Einzelnen und der Personen, daß wir im Frieden und mit friedlichen Waffen kämpfen, und daß wir uns immer bewußt bleiben des schönen Satzes: Was Du nicht willst, das Dir geschehe, das thue auch keinem Anderen!

(Bravo!)

Präsident: Es ist Vertagung beantragt von den Abgeordneten Freiherrn v. Minnigerode und v. Colmar. Ich bitte diejenigen Herren, welche den Antrag unterstützen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht)

Es ist bereits die Majorität, das Haus will sich vertagen.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Dr. Seelig.

Abgeordneter Dr. **Seelig:** Meine Herren, der Abgeordnete Reichensperger hat auf eine Ausführung heute Bezug genommen, die ich am vorigen Mittwoch hier gemacht habe. Er hat meine Ausführungen so interpretirt, als ob ich bereit wäre, den Artikel 9 der Verfassung zu ignoriren. Meine Herren, es war dies bei Gelegenheit der ersten Berathung des Gesetzes über die genossenschaftlichen Waldungen, wo der Abgeordnete Reichensperger darthun wollte, daß die Prinzipien dieses Gesetzes auf sozialistischem Boden sich bewegen und gegen die Verfassung seien. Ich habe mich bemüht darzuthun, daß es mit Artikel 9 der Verfassung in Uebereinstimmung sei; das heißt doch die Verfassung respektiren, nicht dieselbe ignoriren.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Dr. Reichensperger.

Abgeordneter Dr. **Reichensperger** (Olpe): Ich habe gehofft, daß der Herr Abgeordnete Dr. Seelig mich eines Irrthums hinsichtlich seiner Auffassung des Artikel 9 der Verfassungsurkunde zeihen würde, habe mich aber leider darin geirrt und konstatire von Neuem, daß der Abgeordnete Dr. Seelig den Artikel 9 nicht als die gleiche Schutzwehr für das Waldeigenthum, wie für alles andere Grundeigenthum anerkennt.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Dr. Seelig.

Abgeordneter Dr. **Seelig:** Ich bitte die Herren ganz einfach, den Wortlaut des stenographischen Berichts darüber anzusehen.

Präsident: Meine Herren, ich schlage vor, die nächste Sitzung am Montag, Vormittag um 10 Uhr, abzuhalten mit derselben Tagesordnung wie heute. — Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, die Tagesordnung steht fest.

Ich schließe die Sitzung.

Dreizehnte Sitzung

am Montag den 22. November 1880.

Präsident: Wir treten in die Tagesordnung:

Fortsetzung der Besprechung der Interpellation des Abgeordneten Dr. **Hänel, betreffend die Agitation gegen die jüdischen Staatsbürger** — Nr. 41 der Drucksachen. —

Die Rednerliste vom Sonnabend geht fort.

Es hat zunächst das Wort der Abgeordnete Dr. Meyer (Breslau).

Abgeordneter Dr. **Meyer** (Breslau): Meine Herren, bevor ich in die Mitte der Sache eingehe, liegt mir als dem Abgeordneten für die Stadt Breslau die Pflicht ob, den Magistrat dieser Stadt in Schutz zu nehmen gegen einen Angriff, der vorgestern gegen ihn gerichtet worden ist. Es wurde von Seiten des Herrn Abgeordneten Reichensperger behauptet, der Magistrat in Breslau habe das Petitionsrecht verletzt, indem er die Einleitung der Disziplinaruntersuchung gegen den Lehrer beantragt habe, dem weiter nichts zur Last falle, als daß er die bekannte Petition unterschrieben. Meine Herren, das ist nicht richtig; der Angriff gegen den Lehrer Dr. Fechner ist nicht erfolgt, weil er die bewußte Petition, sondern weil er ein Agitationsschreiben unterschrieben hat, in welchem [illegible] Unterzeichnung der Petition aufgefordert wird.

(Heiterkeit rechts.)

[illegible]erren, ich hoffe, Sie werden den Unterschied

(Ruf: Nein!)

Dann haben Sie Ihre Ansichten im Laufe der Jahre geändert; es ist von Ihrer Seite in dem bekannten Fall des hamburger Postsekretärs, der von Hamburg nach Stallupönen versetzt wurde, dies geltend gemacht worden.

(Ruf: Im Abgeordnetenhaus?)

Im Reichstag; ich glaube, Sie werden die Identität der Parteibestrebungen im Reichstag und Abgeordnetenhaus nicht ganz in Abrede stellen wollen. Damals wurde behauptet, jener Postsekretär sei nicht versetzt worden, weil er eine Petition unterschrieben, sondern weil er anderweitig agitirt hat.

Es liegt nun aber der Fall des Dr. Fechner in mancher Beziehung eigenthümlich. Dr. Fechner ist angestellt am Johannesgymnasium in Breslau, einer Anstalt, welche die Stadt Breslau als ein Monument des in ihr herrschenden Geistes der Toleranz errichtet hat.

(Heiterkeit im Centrum.)

Es ist eine Anstalt, deren Eröffnung sich jahrelang hingezögert hat, weil der Magistrat in Breslau unter Zustimmung der ganzen Bevölkerung und unter Führung eines Mannes, der auch in der vorgestrigen Debatte Zeugniß für seine tolerante Gesinnung gegeben hat, sich geweigert hat, diese Anstalt auf rein konfessionelle Grundlage zu stellen. Es ist das Recht der jüdischen Lehrer auf Anstellung an diesem Gymnasium in ganz besonderer Weise in den Vordergrund gestellt worden, und man war einigermaßen berechtigt anzunehmen, daß ein Lehrer, der sich um Anstellung an dieser Anstalt beworben, von denselben Grundsätzen beseelt sei, welche diese Anstalt ins Leben gerufen haben. Dieser Umstand ist es nun eben gewesen, welcher bewirkt hat, daß das Auftreten des Dr. Fechner, der eben das bekannte Agitationsschreiben unterzeichnet hat, in den Kreisen der Bürgerschaft eine lebhafte Aufregung hervorgerufen hat, und darauf hat der Magistrat eine Erwiderung gegeben, in welcher er ausdrücklich erklärt, daß er das Petitionsrecht selber nicht antasten wolle, und daß der Lehrer, so weit ihm nichts zur Last falle, als die Unterzeichnung der Petition, in seinem Recht gehandelt habe, daß aber die Sache sich anders stelle, so fern ihm ein ostentatives öffentliches Auftreten zur Last falle. Eine Entscheidung selbst kann ja der Magistrat nicht treffen, die liegt dem Schulkollegium ob und es wird also dem Lehrer nichts Unrechtes geschehen, sofern das Schulkollegium von der Ansicht ausgehen sollte, daß er nichts gethan habe, als das Petitionsrecht zu gebrauchen.

Ausgehend von diesem einzelnen Falle möchte ich nun aber meine Freunde und mich gegen den Vorwurf verwahren, daß überhaupt in der Stellung unserer Interpellation bereits

ein Angriff auf das Petitionsrecht liege. Sie haben ganz Recht, wenn weiter gar nichts vorläge, als daß diese Petition mit den erlaubten Mitteln im Lande verbreitet wird und daß sie seiner Zeit der Staatsregierung unterbreitet werden soll, so hätten wir nicht das geringste Recht gehabt, diese Interpellation zu stellen und würden es auch nicht gethan haben. Es ist aber der Eindruck hervorgerufen worden, als ginge diese Petition nicht lediglich aus den Kreisen einzelner Privatleute hervor. Das Uebersendungsschreiben ist Ihnen theilweise verlesen worden, und Sie haben daraus entnommen, daß die Exemplare der Petition zur Verbreitung versandt werden sollen an alle Landrathsämter, Superintendenturen und eine Anzahl anderer amtlicher Stellen. Nun, es wird niemand den Muth haben, die Landrathsämter oder andere Behörden zur Unterstützung einer Petition in Anspruch zu nehmen, wenn er nicht Grund hat anzunehmen, daß diese Bestrebungen mit den Wünschen der Königlichen Staatsregierung zusammen fallen; es hätte nach meinem Dafürhalten Veranlassung vorgelegen mit Entschiedenheit eine derartige Zumuthung zurückzuweisen, daß die Landrathsämter sich einer Verbreitung dieser Petition unterziehen sollen.

Es ist aber das Gegentheil geschehen. In einem speziellen Falle ist mir wenigstens bekannt, daß die Petition in einem amtlichen Kreisblatte abgedruckt wurde, und daß die Redaktion dieses Kreisblattes, welche vom Kreissekretär geführt wird, dazu die Bemerkung machte, die Petition sei so überaus maßvoll und verständig, daß wohl niemand sich weigern werde, derselben beizutreten.

(Hört, hört! links.)

Es ist das geschehen in Langensalza, einem Wahlkreise, auf welchen die Aufmerksamkeit sich ja aus ganz nahestehenden Gründen richtet.

Es könnten noch andere Beispiele angeführt werden, daß die Behörden einer Störung des religiösen Friedens in der Oeffentlichkeit nicht immer so entgegengetreten sind, wie es hätte geschehen sollen. Es sind hier an den öffentlichen Anschlagssäulen Plakate angebracht worden, welche zu verbieten die Behörde berechtigt, vielleicht sogar auf Grund des Preßgesetzes verpflichtet gewesen wäre. Dieselben haben unbeanstandet etwa 1/4 Jahr wiederholt werden können, und man hat auch daraus schließen müssen, daß es wohl an der Zeit [illegible] genau zu überzeugen, ob die Staatsregierung nicht [illegible] einer Weise befürwortend, wohlwollend gerade solchen [illegible]ungen gegenüberstehe, die sich zweifellos auf eine

Störung des öffentlichen Friedens richten oder dieselbe im Gefolge haben können.

Meine Herren, man hat in der vorgestrigen Sitzung darüber gesprochen, ob es sich hier um eine konfessionelle Frage, um eine Rassenfrage handelt. Ich nehme das Problem wie es von denjenigen unserer Gegner gestellt ist, die ich Grund habe, für die Wohlwollendsten zu halten. Ich nehme es so, auf, daß man sagt, es sei eine Entnationalisirung der Deutschen zu befürchten, der überwiegende Einfluß der jüdischen Bevölkerung, die ständige Vermehrung derselben sei eine Gefahr für das deutsche Volk. Nun, meine Herren, ich finde in der That nicht, wie man sich um ein Problem, von welchem nachgewiesen worden ist, daß es überhaupt nicht existirt, so viel Mühe geben kann. Der Herr Kollege Virchow hat bereits in der letzten Sitzung auf eine Schrift des Doktor Neumann über die angeblich jüdische Masseneinwanderung der Juden hingewiesen. Ich erlaube mir, auf dieselbe mit einigen Worten zurückzukommen. Vorweg bemerke ich, daß Doktor Neumann in dieser Schrift keine anderen Zahlen verwerthet, als solche, die er aus den amtlichen Werken über die Statistik entnommen hat, und daß, wenn er seine Untersuchungen nur fortgeführt hat bis zum Jahre 1871, dies lediglich seinen Grund darin gehabt hat, daß ihm weiteres amtliches Material noch nicht zu Gebote stand. Ich bin fest überzeugt, daß, sobald weiteres Material vorliegt, er seine Untersuchungen vervollständigen wird, und daß den Wünschen, die auf eine Statistik des Judenthums gerichtet sind, Genüge geschehen soll. Ich bemerke ferner, daß Doktor Neumann sich eines anerkannten Rufs als Statistiker erfreut und daß er ein hervorragendes Werk über die Bevölkerungszahl in Berlin geschrieben hat, daß er von den amtlichen Statstikern durchaus als ein gleichberechtigter und gleichstrebender Mann anerkannt wird. Die Resultate, zu denen Dr. Neumann kommt, gehen nun dahin. Erstens: die Einwanderung von Juden hat in keinem stärkeren Prozentsatze stattgefunden, als die Einwanderung von Christen; zweitens: die Auswanderung von Juden hat in gewissen Zeiträumen sogar die Auswanderung von Christen übertroffen; drittens: die Einwanderung über die Ostgrenze des Staates ist schwächer als die Einwanderung über die Westgrenze und erheblich schwächer als die Einwanderung über die Nordgrenze. Zugegeben also, daß alle Personen, die über die Ostgrenze einwandern, Juden seien, daß in denselben das slavische Element gar nicht vertreten sei, so würden doch immer noch weniger Juden nach Deutschland eingewandert sein, als Holländer oder Skandinavier. Alle diese Aus-

als ein Kriterium angesehen werden zwischen liberal und konservativ.

Wenn uns die „Schlesische Zeitung" angeführt worden ist als ein Beweis für das Gegentheil, so hat Herr Reichensperger nicht allein darin Unrecht, daß die „Schlesische Zeitung" ein liberales Blatt sei, sondern auch darin, daß sie sich so nennt. Die „Schlesische Zeitung" hat wiederholt und noch in den letzten Tagen Veranlassung genommen, ihren Standpunkt genau zu präzisiren; sie hat gesagt, daß sie unabhängig sei von jeder Parteiströmung, von jeder Parteiorganisation. Thatsächlich hat sich aber die Sache so gestaltet, daß sie seit einer ganzen Reihe von Jahren bei allen Wahlen die liberale Partei bekämpft hat.

(Sehr richtig!)

Man hat es als ein Zeichen der nicht vollzogenen Ausgleichung zwischen jüdischem und germanischem Elemente hervorgehoben, daß die Juden keine schwere Arbeit thun, daß sie nicht Handwerker werden wollen. Meine Herren, ich glaube, das ist gerade ein Punkt, der von einsichtigen Juden am meisten bedauert wird; gerade von dieser Seite wird der Wunsch gehegt, daß die Juden sich an schwerer Arbeit betheiligen, daß sie lernen, den Hammer und Hobel zu führen. Wie ist das aber möglich, meine Herren, wenn man ihnen nicht entgegenkommt, wenn ein christlicher Meister sich weigert, einen jüdischen Knaben als Lehrling anzunehmen? Man kann doch nicht beides zugleich verlangen! Man kann doch nicht von den Juden verlangen, daß sie Handwerker werden sollen, und zugleich von den Christen, daß sie die jüdischen Lehrlinge zurückweisen?! Wenn auf der konservativen Seite immer die Parole ausgegeben wird: „Wählt keinen Juden, haltet Euch von den Juden fern!" so wird das ja dahin führen, daß die Spaltung sich immer vergrößert; es wird dahin führen, daß sich die vollkommene Ausgleichung nicht vollziehen kann, deren Mangel Sie den Juden und nur den Juden zum Vorwurf machen.

Herr v. Heydebrand hat ferner zum Beweise der antinationalen Tendenz der Juden hingewiesen auf die Bestrebungen der „alliance israélite" und namentlich ein paar Zeilen aus einem Schreiben derselben verlesen, worin triumphirend darauf hingewiesen wird, das Judenthum fange an, eine Macht zu werden. Ja, ich weiß nicht, ob Herr v. Heydebrand wirklich geglaubt hat, die alliance israélite sei eine politische Organisation. Meine Herren, die alliance israélite ist nichts als ein großer Wohlthätigkeitsverein.

(Widerspruch)

sie ist eine Geldsammlung für die Juden in der Türkei, im Orient, eine Geldsammlung, die sich zum Zweck gesetzt hat, in erster Linie die Begründung von Schulen aus den dafür bestimmten Fonds, die vorzugsweise wieder Lehrerschulen begründet hat. Wenn der Leiter der alliance israélite, der Advokat Crémieux, gesagt hat, das Judenthum fange an, eine Macht zu werden, so liegt das doch klar vor, daß bei den obwaltenden Verhältnissen dies nichts weiter ist, als eine wohltönende Phrase.

(Oho! Heiterkeit.)

Es ist darin gesagt, zu wohlthätigen Zwecken finde sich das Geld der Juden immer zusammen. Daß die alliance israélite jemals den Zweck verfolgt habe, eine politische Macht zu erreichen, wird ihr niemals nachzuweisen sein.

Wenn jetzt der Ausdruck „Judenhetze" gebraucht wird, so lassen Sie uns doch ins Auge fassen, worauf es dabei eigentlich ankommt. Dasjenige, worüber wir uns beschweren, dasjenige, von dem es niemals wird bewiesen werden können, daß es politisch ersprießlich oder sittlich erlaubt sei, ist, daß man den Namen „Jude" überhaupt schon als ein Brandmal gebraucht, daß man sagt, man sei mit dem Menschen, den Bestrebungen, den Tendenzen, den Gedanken desselben fertig, sobald man behauptet hat, der Mann sei ein Jude, sei ein Semit, und das geschieht nicht allein thatsächlich, sondern es wird prinzipiell als das Richtige behauptet. Man sagt, man fasse unter dem Namen „Judenthum" gewisse kranke und verwerfliche Bestrebungen der Zeit zusammen. Meine Herren, das ist eben dasjenige, dessen Berechtigung ich bestreite. Man kann das Wort „Judenthum" in diesem Sinne nicht gebrauchen, wenn man nicht die Verantwortung dafür übernehmen will, daß ein Mißbrauch in dem Sinne erfolgt, daß der Haß und die Leidenschaft der weniger Aufgeklärten sich gegen den Juden lediglich aus dem Grunde richtet, weil er ein Jude ist, ohne daß er etwas Schlechtes gethan.

Ich bitte Sie, meine Herren, sich die Frage vorzulegen, ob es im Interesse der Deutschen liegen kann, daß die Frage der Abstammung der Race in dem Sinne aufgeworfen ist, wie sie dem Judenthum gegenüber aufgeworfen. Der Deutsche steht in vielen Ländern genau eben so da, wie der Jude bei uns. In unseren Hansestädten wissen es die jungen Kaufleute gar nicht anders, als daß sie, sobald sie erwachsen, hinübergehen müssen nach Buenos-Ayres, nach Matanzas, nach Skongbai, nach Singapore, irgendwohin, daß sie sich dort ein M[illegible] zu erwerben haben und dann, im Besitz eines Ver[mögens] heimgekehrt, sich dem Dienst der öffentlichen Angelegen-

heiten widmen, und diesen zahlreichen Ansiedlungen von Deutschen im Ausland haben wir zu verdanken, was wir im Welthandel, was wir an Aufschwung unserer industriellen Bestrebungen besitzen. Würde uns das zerstört, wir würden tief zurück geworfen werden; und wie können wir das Recht haben, diese Beziehungen gepflegt zu sehen, wenn wir in dieser Weise verfahren gegen Andere, die in unserer Mitte Handel treiben, in unserer Mitte kapitalbildend arbeiten?

Wie ungünstig das Verhalten gegen die Juden im Auslande beurtheilt wird, geht klar hervor aus einem Leitartikel der „Times" vom 18. November, der die Judenfrage behandelt. Ich kann denselben nicht in extenso verlesen, er behandelt zum Theil Personenfragen, die nach dem Gebrauch des Hauses hier ausgeschlossen bleiben müssen. Die Tendenz dieses Artikels geht aber darauf hinaus, nachzuweisen, daß der Deutsche zu dieser Judenhetze (jew-bating) gegriffen habe, weil er die Besorgniß hege, mit den Juden nicht konkurriren zu können, weil der Deutsche ein unfähiger Handelsmann sei, weil er gewöhnt sei an eine kleinliche, krämerische Behandlung und weil er nicht im Stande sei, sich die günstige Konjunktur zu Nutze zu machen, die durch die Schaffung der deutschen Einheit herbeigeführt sei; hier trete der Jude an seine Stelle, und das erfülle den Deutschen mit Haß und Neid. Ich halte es für geboten, mit dem vollen Stolze eines Deutschen eine solche Auffassung als völlig unbegründet zurückzuweisen. Der deutsche Kaufmann ist dem ausländischen ebenbürtig, ist ihm vielleicht überlegen in allen fünf Welttheilen und hat das bewiesen. Jene Handelskolonien im Ausland, von denen ich spreche, sind zum größten Theil in den Händen des deutschen Handelsstandes und in verschwindend kleinem Maße in den Händen der Juden; also die Handelstüchtigkeit der Deutschen kann gar keinem Zweifel unterliegen. Ist es aber zu verwundern, wenn eine fremde Nation, die sich einer solchen Erscheinung gegenübersieht, von der sie mit Recht behauptet, daß sie bei allen übrigen Kulturvölkern verschwunden sei, zu einer solchen Anschuldigung vielleicht in dem Glauben greift, uns damit eine wohlmeinende Entschuldigung zu Theil werden zu lassen?

Meine Herren, es liegt nach meinem Dafürhalten im gemeinsamen Interesse, daß diese Form der Judenhetze, die sich gegen den Juden lediglich aus dem Grunde richtet, weil er ein Jude ist, ohne daß ihm etwas Böses nachzuweisen ist, beseitigt werde. Ich erkenne mit vollem Danke an, daß die Herren Vorredner, die sich in der vorigen Sitzung geäußert haben, die Herren v. Heydebrand, Reichensperger und Windthorst

nicht allein erklärt haben, sie wollten die Gleichberechtigung der Juden aufrecht erhalten, sondern auch daß sie gegen die kleinliche Form der Judenhetze sich mit einer Entschiedenheit erklärt haben, die ihrer distinguirten Stellung zukommt, aber sie haben ihre Hände in Unschuld gewaschen und gesagt, wir müssen der Bewegung ihren Lauf lassen, wir können nichts dagegen thun. Meine Herren, ich glaube im Gegentheil, es liegt im gemeinsamen Interesse der Parteien, dahin zu wirken, daß eine so unberechtigte Bewegung erstickt werde.

(Bravo! links.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Bachem.

Abgeordneter **Bachem:** Meine Herren! Ich erkläre von vorn herein, daß ich nicht gewillt bin, die vorliegende Frage in dem Maße akademisch zu behandeln, wie der Herr Vorredner. Er hat offenbar das Bedürfniß gefühlt, abwiegelnd in die Debatte einzugreifen, was von seinem und seiner näheren Freunde Standpunkt durchaus berechtigt erscheint im gegenwärtigen Stadium der Sache. Als das Fazit unserer bisherigen Verhandlungen darf ich wohl, ohne Widerspruch zu erfahren, bezeichnen, daß die weit überwiegende Majorität dieses Hohen Hauses, vielleicht mit Ausnahme der Herren Interpellanten, und ihrer näheren Freunde, die Interpellation Hänel als inopportun und als sachlich unberechtigt bezeichnet.

(Sehr richtig! rechts und im Centrum; oho! links).

Ich glaube, daß diese Ansicht bis weit in die nationalliberale Fraktion hineingeht; die nationalliberale Korrespondenz hat derselben auch Ausdruck gegeben. Weder am Regierungstisch noch in den Parteien dieses Hauses denkt man daran, die verfassungsmäßige Gleichberechtigung der israelitischen Mitbürger irgendwie in Frage zu stellen, und doch wollte die Interpellation hauptsächlich einen angeblichen Angriff auf diese verfassungsmäßige Gleichberechtigung abwehren. Aber, meine Herren, die große Mehrheit dieses Hauses, glaube ich, ist andererseits auch nicht geneigt, „rund und voll", um mit dem Herrn Abgeordneten Hänel zu reden, die sogenannte antisemitische Bewegung zu verurtheilen. Das ist ein weiteres Fazit der bisherigen Verhandlungen. Ich frage mich nun, wie ist bei dieser Lage der Dinge, die doch von vorn herein eigentlich gegeben war, denn man konnte doch nicht wohl eine andere Stellungnahme der Königlichen Staatsregierung und eine andere Stellungnahme dieses Hauses erwarten, —

(Zuruf links.)

nicht wohl, meine Herren — wie ist, frage ich, zunächst die Fortschrittspartei dazu gekommen, eine solche Interpellation, zu der so wenig materielle Veranlassung vorlag, in das Haus zu bringen? Die Fortschrittspartei, ich darf das sagen, fühlt sich wesentlich als Berliner Partei.

(Sehr richtig! rechts und im Centrum.)

Die Fortschrittspartei vor allem in ihren leitenden Persönlichkeiten lebt und webt in der Berliner Atmosphäre, oder doch, um gleich auch die übrigen Herren Mitunterzeichner einzubeziehen, in der Atmosphäre einzelner Städte, deren Verhältnisse analog den Berliner Verhältnissen sind.

(Sehr richtig!)

Ich glaube daher den Herren von der Fortschrittspartei nicht zu nahe zu treten, wenn ich sage: die Interpellation ist in etwa hervorgegangen aus einer Verwechselung des preußischen Abgeordnetenhauses mit der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

(Bravo! rechts und im Centrum.)

Der Irrthum, daß dieselben im Stande seien, im Berliner Sinne oder im Sinne derjenigen Städte, wo die Verhältnisse analog liegen, zu ihren Gunsten öffentliche Meinung zu machen, dieser Irrthum ist ihnen durch den bisherigen Verlauf der Verhandlung genommen worden; und er mußte Ihnen auf jeden Fall genommen werden,

(sehr gut!)

so sehr auch die fortschrittliche Presse noch im gegenwärtigen Stadium bemüht ist, diesen Irrthum aufrecht zu erhalten und zu verbreiten. Meine Herren, wir sind von der Fortschrittspartei, insbesondere von ihrem ersten Redner, aufgerufen worden, gewissermaßen zum Schutze einer gefährdeten oder unterdrückten Minorität.

(Zurufe links.)

So liegt die Sache aber gar nicht, speziell nicht in jenen Städten, in welchen die sogenannte antisemitische Bewegung — ich brauche das Wort einmal, weil es einmal gang und gäbe ist — mit besonderer Lebhaftigkeit hervortritt. Dort liegt die Sache vielmehr umgekehrt. In diesen Orten ist eher ein fortschrittlich-jüdischer Terrorismus wahrnehmbar als das Gegentheil.

(Sehr richtig! rechts und im Centrum.)

Um das in Bezug auf Berlin nachzuweisen, brauche ich nur zu erinnern an die de- und wehmüthige aber so charakteristische Erklärung des Stadtverordneten Limprecht,

(Sehr gut!)

dem Schuld gegeben war, gegen die Wahl des früheren

Stadtverordnetenvorstehers Herrn Dr. Straßmann agitirt zu haben, was übrigens sein Recht gewesen wäre. Demselben ist mit Bezug auf diese angebliche Agitation mit Drohungen derart zugesetzt worden, — man wolle seine ganze Stellung im Stadverordnetenkollegium untergraben und dergleichen — daß er sich zu jener Erklärung veranlaßt sah, die Sie alle gelesen haben und die für mich am besten beweist, wie stark der fortschrittlich-jüdische Ring in dieser Hauptstadt des Landes ist.

(Sehr richtig! im Centrum und rechts.)

Ganz ähnlich oder vielleicht noch schärfer tritt dasselbe Moment hervor in der zweiten Haupt- und Residenzstadt, in Breslau. Ich will in dieser Hinsicht nur auf ein besonders charakteristisches Vorkommniß hinweisen; dasselbe ist dem Briefe eines Breslauer Kollegen entnommen, der mich autorisirt und sogar aufgefordert hat, von seiner Mittheilung Gebrauch zu machen.

Sie wissen, meine Herren, daß der frühere Stadtkommandant von Breslau, Generallieutenant v. Wulffen, ein als sehr wohlwollend geschildeter Herr, die sogenannte antisemitische Petition unterschrieben hat. Er hat das Begleitschreiben, in welchem zur Unterzeichnung der Petition aufgefordert wurde — ich sehe, beiläufig bemerkt, nicht ein, worin der große Unterschied zwischen Petition und Begleitschreiben liegen soll, den der Herr Abgeordnete Meyer soeben hervorgehoben hat — er hat das Begleitschreiben nicht unterzeichnet; man hat aber seinen Namen darunter gesetzt und Herr v. Wulffen hat diejenigen, welche das gethan haben, nicht desavouiren wollen, und seinen Namen unter dem Schreiben gelassen. Aus diesem Anlaß ist nun dem General v. Wulffen ein Schreiben eines sehr angesehenen jüdischen Banquiers in Breslau zugegangen, worin derselbe Herrn v. Wulffen aufforderte, sofort öffentliche Revokation zu leisten,

(hört! hört! und Gelächter im Centrum und rechts)

„widrigenfalls" — ich citire wörtlich — „er weiter gegen Seine Excellenz vorgehen werde mit Rücksicht auf verschiedene ihm (dem Schreiber) bekannt gewordene Thatsachen."

(Hört! im Centrum und rechts.)

General v. Wulffen ließ sich zunächst auf einen Briefwechsel ein; der Ton der anderen Seite wurde aber bald derartig, daß er die Korrespondenz nicht weiter führen konnte. Was geschah nun? Von dieser Privatkorrespondenz nahm eine sehr verbreitete Breslauer Zeitung, die „Morgenzeitung," (Eigenthümer Israelit) Notiz, reproduzirte einen Theil derselben, bezeichnete den General in nicht zweifelloser Weise

sie es als ihre Aufgabe betrachtet, die christlichen Konfessionen möglichst gegen einander zu verhetzen!

(sehr richtig! rechts und im Centrum)

und mit welchem Hohn und mit welchem Spott hat sie insbesondere — ich muß das betonen — die Katholiken in den traurigen Jahren des Kulturkampfes behandelt.

(Sehr wahr! im Centrum.)

Meine Herren, als man in unserem westlichen Nachbarlande, welches nach menschlichem Ermessen einer neuen Kommune entgegentritt, die Kommunarden zurückrief und die Ordensleute vertrieb, da sollte man meinen, — mochte man die Dinge sonst von welchem Standpunkte aus immer behandeln, mochte man sogar in der Vertreibung der Ordensleute eine durch die sogenannte Staatsraison gebotene Maßregel erblicken — daß das rein menschliche Mitgefühl doch auf Seite derjenigen sein müsse, die ohne ein Verschulden aus ihrer Wirksamkeit herausgerissen wurden, deren Bleibens in dem Vaterlande nicht mehr war; und mit welch rohem Hohne sind diese armen Ordensleute damals von der hiesigen reformjüdischen Presse überschüttet worden! Ich habe dieser Tage ein Gedicht des „Kladderadatsch" vom 4. Juli 1880 gefunden — ja, meine Herren, der „Kladderadatsch" ist ein Blatt von geradezu immensem Einflusse, er giebt die Essenz des im schlimmen Sinne reformjüdischen Geistes —; ein Gedicht, welches den Ordensleuten gewidmet war mit der Ueberschrift „Die Ausräucherung." Die Ordensleute, hieß es, seien schwer zu vertreiben, wie die Küchenschaben.

„So spinnt ein Wurm sich fest in Frucht und Blatt,
„Da hilft kein Streuen, kein Besprechen nützt,
„Auch Sumach nicht und andre milde Mittel,
„Man muß zuletzt doch schicken nach dem Büttel,
„Wenn gar zu fest die Brut im Lande sitzt."

(Pfui! im Centrum.)

Meine Herren! Was würde man in Berlin gesagt haben, wenn an Stelle der Jesuiten die Juden gestanden hätten, was würde es da für Erklärungen geregnet haben; aber es hat sich hier in den liberalen und jüdischen Kreisen Berlins niemand gegen die Exzesse, die seit 10 Jahren sich wiederholen, ausgesprochen; ich habe keinen Protest der öffentlichen Meinung in Berlin gegen derartige Rohheiten gehört.

(Sehr richtig! rechts und im Centrum.)

Ich muß überhaupt sagen: wie sind gerade in dieser „Stadt der Intelligenz und Toleranz" wie sie die Herren vom Fortschritt Berlin so gern bezeichnen — von denjenigen Faktoren, welche die öffentliche Meinung machen, die Katho-

Stadtverordnetenvorstehers Herrn Dr. Straßmann agitirt zu haben, was übrigens sein Recht gewesen wäre. Demselben ist mit Bezug auf diese angebliche Agitation mit Drohungen derart zugesetzt worden, — man wolle seine ganze Stellung im Stadverordnetenkollegium untergraben und dergleichen — daß er sich zu jener Erklärung veranlaßt sah, die Sie alle gelesen haben und die für mich am besten beweist, wie stark der fortschrittlich-jüdische Ring in dieser Hauptstadt des Landes ist.

(Sehr richtig! im Centrum und rechts.)

Ganz ähnlich oder vielleicht noch schärfer tritt dasselbe Moment hervor in der zweiten Haupt- und Residenzstadt, in Breslau. Ich will in dieser Hinsicht nur auf ein besonders charakteristisches Vorkommniß hinweisen; dasselbe ist dem Briefe eines Breslauer Kollegen entnommen, der mich autorisirt und sogar aufgefordert hat, von seiner Mittheilung Gebrauch zu machen.

Sie wissen, meine Herren, daß der frühere Stadtkommandant von Breslau, Generallieutenant v. Wulffen, ein als sehr wohlwollend geschildeter Herr, die sogenannte antisemitische Petition unterschrieben hat. Er hat das Begleitschreiben, in welchem zur Unterzeichnung der Petition aufgefordert wurde — ich sehe, beiläufig bemerkt, nicht ein, worin der große Unterschied zwischen Petition und Begleitschreiben liegen soll, den der Herr Abgeordnete Meyer soeben hervorgehoben hat — er hat das Begleitschreiben nicht unterzeichnet; man hat aber seinen Namen darunter gesetzt und Herr v. Wulffen hat diejenigen, welche das gethan haben, nicht desavouiren wollen, und seinen Namen unter dem Schreiben gelassen. Aus diesem Anlaß ist nun dem General v. Wulffen ein Schreiben eines sehr angesehenen jüdischen Banquiers in Breslau zugegangen, worin derselbe Herrn v. Wulffen aufforderte, sofort öffentliche Revokation zu leisten,

(hört! hört! und Gelächter im Centrum und rechts)

„widrigenfalls" — ich citire wörtlich — „er weiter gegen Seine Excellenz vorgehen werde mit Rücksicht auf verschiedene ihm (dem Schreiber) bekannt gewordene Thatsachen."

(Hört! im Centrum und rechts.)

General v. Wulffen ließ sich zunächst auf einen Briefwechsel ein; der Ton der anderen Seite wurde aber bald derartig, daß er die Korrespondenz nicht weiter führen konnte. Was geschah nun? Von dieser Privatkorrespondenz nahm eine sehr verbreitete Breslauer Zeitung, die „Morgenzeitung," (Eigenthümer Israelit) Notiz, reproduzirte einen Theil derselben, bezeichnete den General in nicht zweifelloser Weise

und erzählte dann weiter, der Semit habe dem Antisemiten infolge dessen das Darlehn gekündigt, das dieser vorher nicht verschmäht habe von dem Semiten anzunehmen; jetzt sei aber der Antisemit in großer Verlegenheit und suche einen anderen Darleiher.

Meine Herren, diese ganze Dahrlehnsgeschichte war vollständig erlogen.

(Hört! hört! rechts und im Centrum.)

Um den General weiter zu kompromittiren in der öffentlichen Meinung, veröffentlichte dann ein zweites sehr verbreitetes Breslauer Blatt, die „Schlesische Presse" (Eigenthümer gleichfalls Israelit) das bekannte Eingesandt, in welchen dem General die allerschändlichsten Schmähungen des Judenthums fälschlich in den Mund gelegt wurden. Die Unterschrift war, wie Sie wissen, gefälscht; die Redaktion der Zeitung erklärte, sie sei dupirt worden und setzte einen Preis auf die Ermittelung des Einsenders aus.

(Ruf links: Was beweist das!)

— Das werden Sie gleich hören; ich werde gleich meine Konsequenz ziehen. — Gleichzeitig wurden nun in der Presse über den General v. Wulffen die allergewöhnlichsten Redereien ausgesprengt, so z. B., er habe den Wein von der Hochzeit seiner Tochter noch nicht bezahlt, — Alles, um das Ansehen des Mannes, der das große Verbrechen begangen hatte, die antisemitische Petition zu unterzeichnen, zu ruiniren. Nun, wie zeigt sich der Breslauer jüdisch-fortschrittliche Terrorismus in diesem Falle? Dem General wurde die Sache zu arg, er suchte einen Rechtsanwalt, um die unwahren Angriffe vor dem gerichtlichen Forum zu belangen, und es hat sich in Breslau kein konservativer Anwalt gefunden, der den Muth hatte, gegen diesen Ring vorzugehen.

(Hört! Hört!)

Ein junger Anwalt aus derjenigen Partei, der anzugehören ich die Ehre habe, und der jetzt als Kandidat für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen aufgestellt ist, war schließlich der einzige, der sich des so gehetzten hochgestellten Mannes annahm.

(Hört! Hört!)

Meine Herren, beweist das nicht, daß in der That hier nicht von einem Terrorismus der antisemitischen Bewegung die Rede sein kann, sondern weit eher vom geraden Gegentheil.

(Sehr wahr! im Centrum und rechts.)

Ganz dieselbe Erscheinung tritt an anderen hierhin gehörigen Orten zu Tage, zum Beispiel in Frankfurt. Wo

werden — ich sehe zu meiner Freude den Herrn Kultusminister anwesend — wo werden die Katholiken mit Bezug auf ihr Schulwesen in solcher Weise mißhandelt und gedrückt, wie in dieser fortschrittlichen und demokratischen Stadt bis auf den heutigen Tag, so daß der neue Herr Oberbürgermeister für Frankfurt in dieser Sache reichliche Gelegenheit haben wird, sein uns Allen bekanntes Billigkeitsgefühl im weitesten Maße zur Geltung zu bringen.

Meine Herren, wir haben es also in denjenigen Städten, aus denen die Herren Unterzeichner der Interpellation zunächst ihre Erfahrungen herleiten, weit eher zu thun mit einer berechtigten Gegenwehr, als mit einer zu verurtheilenden Aggression. Trotzdem aber ist, wie ich schon gesagt habe, hier niemand im Hause, der dem gegenüber Ausnahmemaßregeln befürworten möchte, und wenn jemals die Königliche Staatsregierung, was ich nicht glaube und was nach allen ihren Antezedentien nicht anzunehmen ist, trotzdem mit Ausnahmemaßregeln vorgehen wollte, würden die Herren vom Fortschritt meine politischen Freunde an ihrer Seite finden.

Ich bin daher der Ansicht, daß, wie die Dinge heute liegen, die volltönenden Redewendungen vom Schutz der Verfassungsrechte, der Menschenrechte, der Freiheitsrechte, von Gleichberechtigung Aller und von christlicher Liebe gar nicht am Platze sind. Es hat der Abgeordnete Seyffarth (Liegnitz) für nöthig gehalten, eine Anzahl von Citaten aus der heiligen Schrift uns hier vorzutragen, die er in sehr unrichtiger Weise nach meiner Auffassung verwerthete. Mit Bezug auf die Erfahrungen, die wir im Kulturkampf gemacht haben, im Vergleich zu demjenigen was in der antisemitischen Bewegung etwa unberechtigt sein möchte, könnte ich auch eine Bibelstelle zitiren, die meines Erachtens hier sehr gut paßt: Lucas im 6. Kapitel, wo von den Heuchlern die Rede ist, welche den Splitter in des Nächsten Auge sehen, den Balken aber in dem eigenen nicht wahrnehmen.

(Sehr wahr! im Centrum.)

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Dr. Hänel unterbricht mich eben; er bringt mir dadurch in Erinnerung, daß er bei Begründung seiner Interpellation in einer nach meiner Auffassung ganz unberechtigten Weise auf den Berliner Kongreß sich berufen hat. Wie durfte der Abgeordnete Hänel auf diesen Kongreß und dessen Intervention zu Gunsten des Judenthums in den unteren Donauländern sich berufen, nachdem derselbe Abgeordnete im Jahre 1871 jene Adresse unterschrieben hat in welcher es hieß, daß von Intervention in

die Angelegenheiten anderer Länder unter keiner Form, und unter keinem Vorwande die Rede sein könne.

(Ruf: Europäische Anerkennung!)

Der fragliche Passus der Adresse, welche der Herr Abgeordnete Hänel mit zu Stande gebracht hatte, war allerdings gegen Rom gerichtet, und das wird schon das inkonsequente Verhalten rechtfertigen müssen. Es ist, beiläufig bemerkt, damals und die ganze Zeit hindurch bis auf den heutigen Tag dem Centrum nachgelogen worden, es habe seiner Zeit einen preußischen Römerzug behufs Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes herbeiführen wollen, woran das Centrum nie gedacht hat; es hat nur gegen einen unsinnigen und in der verschiedensten Weise thatsächlich dementirten Satz damals protestirt.

(Sehr richtig!)

Es ist nun, meine Herren, in der Interpellation des Herrn Abgeordneten Hänel die Judenfrage, wenn ich so sagen soll, im allgemeinen aufgeworfen worden, und da sie einmal aufgeworfen worden ist, bin ich der Ansicht, daß sie nun auch mit Ernst, Besonnenheit und Gründlichkeit verhandelt werden soll. Ich will mich darüber meinerseits mit derjenigen Offenheit aussprechen, die nach den Worten der größten deutschen Dichterin, Annette von Droste-Hülshoff, zu allen Zeiten die beste Politik ist.

(Heiterkeit.)

Ich erkenne eine Judenfrage als vorhanden an in doppelter Beziehung, in sozialpolitischer, wirthschaftlicher und sittlich-religiöser. Im Vordergrunde steht gegenwärtig die Judenfrage als sozialpolitische, als wirthschaftliche Frage. Am brennendsten ist die Judenfrage in diesem Sinn in den wirthschaftlich-schwächeren Ländern des Ostens, in den untern Donauländern, in Rußland, und um auf unser Vaterland überzugehen, in den wirthschaftlich-schwächern Landestheilen: in der Provinz Posen und in den polnisch redenden Theilen von Oberschlesien. Es ist das, glaube ich, eine Thatsache, die Sie werden gelten lassen müssen. Wenn hier im Hause eine irgendwie verschiedene Auffassung der Sache von wesentlich gleichem Standpunkte aus hervorgetreten ist, so erklärt sich das zum größten Theil dadurch, daß die Auffassung je nach den verschiedenen Landestheilen in etwa verschieden ist. Am günstigsten liegen die Erfahrungen in der Provinz Hannover, wo sehr gesunde wirthschaftliche Verhältnisse sind und wo die Mißstände auf diesem Gebiete daher am wenigsten sich geltend machen. Es ist nun ferner eine ebenso unbestreitbare Thatsache, daß seit einigen Dezen-

mir aus Ihrem Erfahrungskreise bestätigen, daß ich nicht schwarz gemalt habe.

Aber obschon die Dinge so liegen auf dem wirthschaftlichen Gebiet, denken wir doch, denken speziell meine politischen Freunde, nicht entfernt an eine Ausnahmegesetzgebung, wohl aber glauben wir, daß hier geholfen werden muß durch eine Reform unserer sozialen Gesetzgebung, welche das Kapital zu einseitig begünstigt und zu sehr außer Acht gelassen hat, daß es Sache der Gesetzgebung ist, für das Wohl aller Volkskassen gleichmäßig zu sorgen. Es hat in dieser Beziehung der Herr Abgeordnete Windthorst schon das Nöthige angedeutet. Ich möchte nur noch darauf hinweisen, daß es mit der Gesetzgebung allein nicht gethan ist, sondern ich muß auch auf die rechte Selbsthülfe verweisen. Es muß insbesondere dem verderblichen Wucher gesteuert werden durch die Gründung von richtig geleiteten Volksbanken in den größeren Orten, insbesondere auch von im richtigen Geiste geleiteten Hypothekenbanken, dann durch ländliche Kreditinstitute, wie wir deren zum Glück in den westlichen Provinzen in den letzten Jahren recht viele gegründet haben.

Meine Herren, es hat nun aber die Judenfrage auch eine sehr ernste sittlich-religiöse Seite. Ich finde den Charakter der Bewegung, deren Hauptträger in Berlin wir hier im Hause haben, in dem Worte christlich-soziale sehr treffend ausgedrückt. Die soziale Seite der Sache habe ich eben schon berührt. Ich komme jetzt auf die Frage: in wie weit ist die Judenfrage eine ethische, eine sittlich-religiöse Frage? Ueber die wahrhaft vergiftende Wirkung der ungläubigen, reformjüdischen Presse, die speziell hier in Berlin einen so gewaltigen Einfluß auf die öffentliche Meinung ausübt, ist schon einiges gesagt worden. Ich frage Sie, um eben bei Berlin stehen zu bleiben: giebt es etwas übermüthigeres, etwas frivoleres und cynischeres als diese Presse?

(Bravo! sehr richtig! rechts und im Centrum.)

Giebt es insbesondere etwas nichtswürdigeres als die Berliner Witzblätter?

(Sehr richtig! Ruf links: „die Wahrheit"!

— diese Blätter, deren ätzender Witz sich zum gesunden erquickenden Humor etwa verhält wie Schwefelsäure zum edlen Wein.

(Heiterkeit, sehr gut! rechts und im Centrum.)

Wie hat diese Presse vor Allem dazu mitgewirkt, die Gegensätze in dem traurigen Kulturkampf zu verschärfen! wie hat

sie es als ihre Aufgabe betrachtet, die christlichen Konfessionen möglichst gegen einander zu verhetzen!

(sehr richtig! rechts und im Centrum)

und mit welchem Hohn und mit welchem Spott hat sie insbesondere — ich muß das betonen — die Katholiken in den traurigen Jahren des Kulturkampfes behandelt.

(Sehr wahr! im Centrum.)

Meine Herren, als man in unserem westlichen Nachbarlande, welches nach menschlichem Ermessen einer neuen Kommune entgegentritt, die Kommunarden zurückrief und die Ordensleute vertrieb, da sollte man meinen, — mochte man die Dinge sonst von welchem Standpunkte aus immer behandeln, mochte man sogar in der Vertreibung der Ordensleute eine durch die sogenannte Staatsraison gebotene Maßregel erblicken — daß das rein menschliche Mitgefühl doch auf Seite derjenigen sein müsse, die ohne ein Verschulden aus ihrer Wirksamkeit herausgerissen wurden, deren Bleibens in dem Vaterlande nicht mehr war; und mit welch rohem Hohne sind diese armen Ordensleute damals von der hiesigen reformjüdischen Presse überschüttet worden! Ich habe dieser Tage ein Gedicht des „Kladderadatsch" vom 4. Juli 1880 gefunden — ja, meine Herren, der „Kladderadatsch" ist ein Blatt von geradezu immensem Einflusse, er giebt die Essenz des im schlimmen Sinne reformjüdischen Geistes —; ein Gedicht, welches den Ordensleuten gewidmet war mit der Ueberschrift „Die Ausräucherung." Die Ordensleute, hieß es, seien schwer zu vertreiben, wie die Küchenschaben.

„So spinnt ein Wurm sich fest in Frucht und Blatt,
„Da hilft kein Streuen, kein Besprechen nützt,
„Auch Sumach nicht und andre milde Mittel,
„Man muß zuletzt doch schicken nach dem Büttel,
„Wenn gar zu fest die Brut im Lande sitzt."

(Pfui! im Centrum.)

Meine Herren! Was würde man in Berlin gesagt haben, wenn an Stelle der Jesuiten die Juden gestanden hätten, was würde es da für Erklärungen geregnet haben; aber es hat sich hier in den liberalen und jüdischen Kreisen Berlins niemand gegen die Exzesse, die seit 10 Jahren sich wiederholen, ausgesprochen; ich habe keinen Protest der öffentlichen Meinung in Berlin gegen derartige Rohheiten gehört.

(Sehr richtig! rechts und im Centrum.)

Ich muß überhaupt sagen: wie sind gerade in dieser „Stadt der Intelligenz und Toleranz" wie sie die Herren vom Fortschritt Berlin so gern bezeichnen — von denjenigen Faktoren, welche die öffentliche Meinung machen, die Katho-

liken behandelt worden! In der Hitze des Kulturkampfes verstand es sich fast von selbst, daß in den Theatern in jedem Kouplet wenigstens die Verhöhnung eines Jesuiten oder einer katholischen Persönlichkeit vorkam. Es wurde Katholikenhetze getrieben in Bild, in Poesie und Prosa, Tag für Tag, und ich habe niemals Proteste aus Ihren Kreisen dagegen gehört. Wenn ich mir in Berlin auch heute noch die Schaufenster der Kunstläden ansehe, so finde ich nur neue Bestätigung dafür. Ich habe niemals in den Kunstläden und Buchhandlungen der Hauptstadt eine Nonne abgebildet gefunden, wie sie am Krankenlager den Sterbenden pflegt, und ich habe niemals einen Mönch dargestellt gefunden, wie er in seiner einsamen Zelle über die höchsten Probleme nachdenkt, aber sehr wohl finde ich tagtäglich in den Schauläden schlemmende Mönche abgebildet; und ich finde gegenwärtig einen Mönch in der Passage zur Augenweide des Berliner Pöbels

(Sehr richtig!)

als Muster der Frivolität dargestellt.

(Hört! hört! im Centrum.)

So wird in der Stadt der Intelligenz und Toleranz die öffentliche Meinung bearbeitet, und aus dieser Atmosphäre gehen dann die Interpellationen hervor, wie wir sie in letzter Zeit gehabt haben.

(Sehr gut! Unruhe.)

Meine Herren, es ist für Berlin in weitem Maße wahr geworden — leider Gottes! — was ein Mainzer reformjüdisches Blatt dieser Tage geschrieben hat:

> „Die moderne Journalistik hat die freigesinnte Juden- und Christenwelt vollständig erobert. Das deutsche Judenthum arbeitet jetzt so kräftig, so riesig, so unverändert an der neuen Kultur und Wissenschaft, daß der größte Theil des Christenthums bewußt oder unbewußt von dem Geiste des modernen Judenthums geleitet wird."

Das, meine Herren, ist leider Gottes! in weitem Umfange wahr.

Meine Herren, insoweit nun die christlich-soziale Agitation sich die Aufgabe gestellt hat, das christliche Volk über die Gefahren aufzuklären, die ihm von dieser Seite drohen, insbesondere auf die vergiftende Wirkung dieser von mir eben gekennzeichneten Presse aufmerksam zu machen; insoweit erkläre ich meine vollste und ganze Sympathie mit diesen Bestrebungen.

(Beifall rechts.)

Ich kann nur den weiteren Wunsch aussprechen, daß es dem

Leiter dieser Bewegung, dessen Muth ich im vollsten Maße anerkenne und bewundere,

(Bravo! rechts)

gelingen möge, von dieser in ihrem Grundgedanken, in ihrem Kern durchaus berechtigten Bewegung alles böse Beiwerk fern zu halten, an welches die Gegner sich anklammern, um den berechtigten Kern- und Grundgedanken der Sache zu verketzern, um ihn möglichst zurücktreten zu lassen. Das ist der Wunsch, den ich der christlich-sozialen Bewegung in dieser Stadt entgegenbringe.

(Bravo! rechts.)

Meine Herren, die Judenfrage in dem letzteren Sinn kann nicht nach dem Rezept Lessings gelöst werden. Ich zu meinem Theil wenigstens wünsche nicht die Vermischung und Vermengung, die doch ohnehin nicht möglich ist, wie das die Geschichte des Christenthums klar beweist. Wir können friedlich in unserem verfassungsmäßig paritätischen Staate neben einander wohnen, und wahrlich — ich sage Ihnen das in voller Aufrichtigkeit — auf unserer Seite wird die Schuld nicht liegen, wenn ein solches friedliches Nebeneinanderleben nicht möglich ist. Meine Herren, auch die katholische Presse hat die Aufgabe in demselben Sinn, wie ich es eben von der christlich-sozialen Bewegung gesagt habe, auf die Gefahren, welche dem christlichen Volke drohen, aufmerksam zu machen. Soweit ich übersehe, hat sie dieser Aufgabe — namentlich die Presse in den westlichen Provinzen und insbesondere auch das hier in Berlin erscheinende Organ der Centrumspartei — mit Nachdruck allerdings, aber auch mit Ernst und Besonnenheit sich unterzogen,

(Sehr wahr! im Centrum.)

und wo etwa in einem einzelnen Fall die richtige Grenze überschritten sein mag, da, meine Herren, erklärt dies sich doch wahrlich und entschuldigt es sich vollständig durch die maßlosen Herausforderungen von der anderen Seite.

(Sehr richtig! rechts.)

Was soll man dazu sagen, daß, während wir hier über die Judenfrage verhandeln, noch gestern der hiesige Börsenkurier ein sehr angesehenes Mitglied dieses Hauses als eine skurrile lächerliche, fratzenhafte Erscheinung zu bezeichnen wagte.

(Ruf: Pfui!)

Das ist ein Uebermaß von Frechheit, gegen welches man mit aller Entschiedenheit sich wenden muß.

(Ruf: Pfui.)

Meine Herren, was nun die sittlich-religiöse Seite der Frage anlangt, so wünsche ich auch da keine Ausnahme-

jene allerhöchste Kabinetsordre hervorrief zur thatsächlichen Feststellung des Gründertreibens.

(Rufe rechts: Was ist denn festgestellt worden? — Abgeordneter v. Ludwig: Das ist ja unglaublich, was der Mann sagt. — Heiterkeit.)

Gewiß, meine Herren, der Wucher ist schändlich; aber giebt es denn bloß jüdische Wucherer? Es giebt auch sehr christliche Wucherer, sogar in der heiligen Stadt Köln. Ein Mittel allerdings gegen den Wucher sind die Volksbanken, aber leider haben die Führer der katholischen Bewegung diese Volksbanken, die wesentlich von liberaler Seite aus angeregt wurden, durch die immerwährende Verquickung mit kirchlichen und religiösen Zwecken nicht in dem Maße gefördert, wie es zur Bekämpfung des Wuchers wünschenswerth gewesen wäre. Und wer steht denn an der Spitze der größten Berliner Volksbank gegen den Wucher? Wiederum ein Jude, Dr. Straßmann, der so maßlos angegriffen wird.

Das sind Thatsachen, das sind Namen, Herr Bachem, gegenüber Ihren allgemeinen Verdächtigungen des jüdischen Charakters.

(Sehr wahr! links.)

Wo ein Jude sich Ausschreitungen schuldig macht, oder nicht seine Schuldigkeit thut, werden wir eben so gern, wie Sie, gegen solche einschreiten; aber man soll nicht aus Ausschreitungen Einzelner allgemeine Verdächtigungen eines ganzen Theiles des Volkes herleiten, die man in keiner Weise beweisen kann.

Meine Herren, der Kulturkampf hat ja zu Ausschreitungen geführt, die niemand mehr bedauern kann als ich.

(Lachen im Centrum.)

Aber, meine Herren, wer ist denn Schuld an diesen Ausschreitungen? Diejenigen, welche nicht den Gesetzen Gehorsam geleistet haben. Ja wohl, meine Herren, ist auf jüdischer Seite irgendwo den Gesetzen nicht Gehorsam geleistet worden? Und doch hat die jüdische Bevölkerung eine Gesetzgebung, die sie weit mehr beschränkt, als die katholische Kirche.

(Widerspruch im Centrum.)

Kennen Sie nicht das Gesetz von 1847, welches heute noch der Regierung Rechte in die Hand giebt, die tief einschneiden in die Verhältnisse der Synagogengemeinden, das Recht der Beanstandung jüdischer Kultusbeamter, wo den Verwaltungsbehörden weitergehende Rechte gegeben werden wie vielfach den Katholiken gegenüber! Haben Sie jemals gehört, daß von jüdischer Seite dem Staatsgesetz Ungehorsam *geleistet wäre*? Wenn freilich auf anderer Seite der passive

Widerspruch systematisch organisirt ist gegen verfassungsmäßig zu Stande gekommene Gesetze des Landes, und wenn dann zur Erzwingung des Gehorsams der Staatsbürger gegen Staatsgesetze solche Maßregeln schließlich ergriffen werden müssen, wie sie ergriffen sind — auf welcher Seite liegt dann ein wesentlicher Theil der Mitschuld für diese Ausschreitungen?

Meine Herren, ich habe immer bedauert, wenn derartige Spottbilder dasjenige herabziehen, was heilig und ehrwürdig sein sollte. Wenn Sie fragen, wo in Berlin die Krankenpflege würdig abgebildet ist in ihrem Beruf, so gehen Sie hin auf das Rathhaus, da finden Sie ein solches Bild. Freilich, meine Herren, den Mönch, der über die höchsten Probleme nachdenkt, den kann man nicht abbilden, denn wer weiß, worüber der Mann gerade nachdenkt.

(Heiterkeit.)

Sie sprechen von der Judenpresse, — sagen Sie es doch offen heraus, es ist die liberale Presse, die Ihnen nicht gefällt. Neulich haben wir gehört von der Posener Zeitung. Sie ist angegriffen worden als ein jüdisches Organ. Meine Herren, weder ein Verleger, noch ein einziger Redakteur der Posener Zeitung gehört der jüdischen Religion an. Der Jude hat das Posener Tageblatt, der Jude ist Besitzer des Regierungsblattes.

(Heiterkeit.)

Wenn Sie hier von Berlin sprechen, Herr Stöcker, z. B. so ist Ihnen die Vossische Zeitung ein besonderer Greuel. Dort ist kein einziger Redakteur, kein Besitzer, der der jüdischen Konfession angehört. Nein, meine Herren, die Juden schlägt man und die Liberalen meint man. Glauben Sie denn, daß wir das nicht durchfühlen? Der Abgeordnete Bachem spricht ja selbst von der jüdischen fortschrittlichen Presse und dergleichen. Weil man die Liberalen in ihren Grundsätzen nicht bekämpfen kann,

(Widerspruch)

ohnmächtig dagegen ist in den großen Städten, — darum wird der Racenhaß zu Hülfe gerufen, nicht bloß um das Judenthum zu bekämpfen, sondern es ist die verzweifelte Anstrengung der konservativen Bestrebungen, um sich über Wasser zu halten; hat man zu solchen Mitteln greifen müssen, nicht bloß um die Juden zu bekämpfen, sondern um den Liberalismus anzugreifen. Meine Herren, das ist der eigentliche Kern der Sache.

(Sehr wahr!)

Nun, meine Herren, Sie sprechen, die Interpellation sei

inopportun gewesen. Ja, inopportun für Sie, das glaube ich.

(Heiterkeit.)

Wir sind sehr zufrieden mit dem Erfolg dieser Interpellation.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, wenn Sie so zufrieden sind mit dem Sonnabend, dann hätten Sie nicht nöthig gehabt, heute noch den Montag zu unserer Ueberraschung als zweiten Tag hinzuzufügen.

(Sehr gut!)

Die Rede des Herrn Abgeordneten Bachem scheint mir aber darzuthun, daß Sie auch heute schwerlich Lorbeeren pflücken werden. Meine Herren, der Freiheit des Petitionsrechts stellen wir gegenüber die Freiheit des Interpellationsrechts. Wenn sich diese Bewegung nur auf Berlin beschränken würde, dann würden wir schon selbst damit fertig werden, dann genügte uns die Stadtverordnetenversammlung, um solche Dinge zu kennzeichnen. Aber greift sie nicht hinaus auf das ganze Land?

(Sehr wahr!)

Hören Sie nicht, daß diese Petition an alle Bürgermeister versandt wird, an alle Superintendenten, alle Landräthe, an Steuereinnehmer und was weiß ich alles?

Meine Herren, es war gerade Zeit gegenüber einer Bewegung, die sich zu organisiren anfing, die öffentliche Meinung aufmerksam zu machen, was dort im Lande vorgeht. Meine Herren, das Abgeordnetenhaus soll das Gewissen der Nation vertreten; an dieses appelliren wir gegenüber jener im Dunkeln schleichenden Bewegung.

(Unruhe.)

Die Interpellation, das war die Leuchtkugel, die aufstieg, um alle jene Minirarbeiter zu kennzeichnen vor dem Volke, die jetzt thätig sind, jene Bewegung wachzurufen. Meine Herren, jetzt ist die Aufmerksamkeit im Lande darauf gelenkt, jetzt sind die Kräfte wachgerufen, jetzt sind Sie aus der Offensive in die Defensive geworfen.

(Widerspruch)

Das ist, was Sie inopportun finden, wir aber nicht. Wenn einzelne Stimmen angeführt worden sind, die sich zurückziehen, die sich der Bewegung nicht mehr anschließen wollen, ja, meine Herren, sie stehen unter dem Druck der öffentlichen Meinung, nicht des jüdischen Terrorismus, es ist ihnen klar geworden durch die öffentliche Behandlung, warum *es sich handelt*, und darum fühlen sie sich in ihrem eigenen

Gewissen jetzt gedrungen, Zeugniß abzulegen, daß sie nicht zu jener Bewegung gehören.

Im Uebrigen, meine Herren, überlasse ich die Betrachtungen des Herrn Abgeordneten Bachem über die Feigheit der Konservativen, sich von gewissen Erklärungen zurückzuziehen, der Auseinandersetzung der Herren unter einander. Wenn er wirklich glaubt, daß auf jener Seite eine solche Feigheit vorhanden sei, wie wir sie an Herrn Limprecht und anderen gewissen Herren in Breslau . . . . .

Präsident: Herr Abgeordneter Richter, das hat der Herr Abgeordnete Bachem nicht in Bezug auf Mitglieder dieses Hauses gesagt; hätte er das gesagt, so hätte ich ihn zur Ordnung gerufen.

Abgeordneter **Richter:** Herr Präsident, mein Ausdruck bezieht sich nicht auf konservative Mitglieder dieses Hauses, sondern ich habe sagen wollen: wenn der Herr Abgeordnete Bachem sagt, Limprecht und die Breslauer Herren ständen derartig unter dem Terrorismus, daß sie es nicht mehr wagen, ihre Meinung aufrecht zu erhalten und kund zu geben, so habe ich Herrn Bachem aufgefordert, sich selbst mit diesen Leuten über den ihnen gemachten Vorwurf der Feigheit auseinanderzusetzen; keineswegs — wenn ich mich inkorrekt ausgedrückt haben sollte — auf irgend ein Mitglied dieses Hauses. Er spricht mit Emphase aus, es finde sich kein christlich-konservativer Rechtsanwalt in Breslau mehr, um in solcher Bewegung eine Klage zu vertreten; — warum wenden sich denn die Herren nicht an Herrn Schröder (Lippstadt), ist dem etwa auch bange geworden?

(Heiterkeit. Sehr gut!)

Ich glaube, es ist wirklich zu kleinlich, gegenüber dieser ganzen Bewegung, wenn man sie auf dergleichen persönliche Geschichten, wie sie in den Zeitungen hin und her getragen werden, reduzirt.

Meine Herren, warum ich mich zum Wort gemeldet habe, bevor der Abgeordnete Bachem gesprochen hat, das ist, weil das Wort wieder durchgeklungen ist aus der Debatte vom vorigen Sonnabend vom christlichen Volk, vom christlichen Staat. Da scheint es mir denn doch an der Zeit zu sein, eine Aeußerung ins Gedächtniß zurückzurufen, die gesprochen wurde vor 33 Jahren auf den vereinigten Landtagen in jener Debatte über dieselbe Frage, ebenfalls über den christlichen Staat. Der Mann, der sie that, gehörte nicht unserer Partei an, er war ein scharfer Gegner derselben, es steckte ein gut Stück Junker in ihm, es war der Freiherr v. Vincke. Er sagte, als von Kirche und Staat gesprochen wurde:

ich muß darauf zurückkommen, was ich als den eigentlichen Kern der Verhandlung von den Vertretern des Gouvernements aussprechen gehört habe, auf den Begriff des christlichen Staats. Es geht mir wie mehreren anderen Rednern, daß ich nämlich trotz der eifrigsten Forschungen und des gewissenhaftesten Nachdenkens, mir nicht habe klar machen können, was unter einem christlichen Staat zu verstehen. Ich glaube das Christenthum sehr hoch zu stellen; aber der Begriff der Religion kann doch nur auf der inneren individuellen Ueberzeugung beruhen. Der Staat aber ist ein Komplexus von Individuen, welcher als solcher keine allgemeine Ueberzeugung haben kann. Insofern daher der Staat eine moralische Person darstellt, so kann ich mir nicht denken, daß derselbe als solcher keine allgemeine Ueberzeugung haben könne. Wie man also von einem Staate sagen könne, er sei ein christlicher Staat, ist mir nicht erklärlich, Der Staat wird doch auch nicht die Bestimmung haben sollen, die Glaubenssätze in bestimmten Konfessionen zu realisiren — gewissermaßen der Exekutor der Kirche zu sein. Vielleicht hat diese Darstellung in einem andern Sinne genommen werden sollen; man will vielleicht sagen, als Staat hat er in der Gesetzgebung die Prinzipien zu realisiren, die aus der christlichen Moral hervorgehen, denn die Glaubenssätze selbst kann er nicht realisiren. Aber auch in dieser Beziehung kann ich mir nicht denken, daß der Staat sich als Exekutor des Reichs zu geriren habe. Wenn es sich darum handelt, die Grundsätze der christlichen Moral zu realisiren, so muß ich gestehen, daß ich die Benennung eines christlichen Staats für den unsrigen bestreiten muß. Ich will nur die Grundsätze unseres Staats mit dem neuen Testament vergleichen. Ich könnte zwar auch bei dem alten Testament anfangen und mit den zehn Geboten beginnen. Die zehn Gebote sagen schon: Du sollst nicht tödten, während der Herr Schatzmeister, den noch die Armee in ihren Reihen zu zählen das Glück hat, beabsichtigen wird, in strenger Anwendung jener Grundsätze den Krieg zu verdauen. Es steht ferner im neuen Testament: „Du sollst nicht schwören, Eure Rede sei Ja, ja, Nein, nein, was darüber ist, ist vom Uebel . . . .“

Es ist ferner das Gebot des Christenthums: „Liebet Eure Feinde", und: „wenn Dir Jemand einen Backenstreich giebt, so halte ihm die andere Backe auch hin, wie wollen wir aber mit diesem Grundsatz die Gesetzgebung über die Injurien in Einklang bringen? Viele Paragraphen des Landrechts müßten ausgetilgt werden. Wie will man in der auswärtigen Politik mit dem Gebote der Kindesliebe es vereinigen, Verträge gegen auswärtige Mächte zu schließen" ich glaube, wenn wir unsere Minister alle durchmustern, so können ihre Handlungen diesem Standpunkt gegenüber nicht bestehen.

Er führt diese Dinge im einzelnen an und schließt diese Ausführung damit:

Ich bin ferner der Ansicht, daß es auch hier vor Allem auf Recht ankommt, und daß die Beachtung der Grundsätze des Rechts, um derentwillen die Menschen sich zuerst veranlaßt sehen, aus dem Zustande der Rohheit in den zivilisirten Zustand überzugehen und zu Staaten zusammen zu treten, die Befugniß nicht ertheilt, Jemanden wegen seiner inneren Ueberzeugung von dem Genusse der Wohlthaten des Staatsverbandes auszuschließen.

Er schließt seine Rede damit:

die jüdische Religion enthält keine Vorschriften, welche die Juden verhindert, ebenso gute Staatsbürger zu sein, als wir Christen.

Meine Herren, es ist ein Zeichen der Zeit, der fortschreitenden Reaktion, daß man heute nach 33 Jahren auf das zurückkommen muß, was damals in jener Debatte gesagt worden ist zur Kennzeichnung des Charakters eines Staats. Ich glaube in der That, die Freunde des Herrn Bachem hätten am meisten Veranlassung wie jede Minorität, sich zu wahren gegen einen solchen Versuch, Staat und Religion, Staat und Christenthum zu identifiziren; denn vom christlichen Staat zum protestantischen Staat, zum evangelischen Staat ist nur ein Schritt, es ist sogar die logische Konsequenz des Gedankens. Sie selbst, als Sie sich bei der Frage der Simultanschulen verwahrten, daß die Schulen nur eine allgemeine christliche Unterlage haben sollten, indem Sie sagten: nur in Gestalt einer bestimmten Konfession wird das Christenthum lebendig, Sie selbst haben damals diesen Grundsatz nicht anerkannt. Meine Herren, ich bin überhaupt der Meinung, daß diejenigen, welche in dieser Weise Christenthum, Religion und Staat mit ein-

persönlich, sondern gegen diese ganze Bewegung, wie sie sich uns darstellt — daß ein besonderer Muth dazu gehöre, in ein Wespennest zu stechen, wie man sich ausgedrückt hat. Nun, meine Herren, ich muß sagen, wenn es ein Muth ist, dann ist es nach meiner Auffassung ein trauriger Muth, und ich halte es auch nicht einmal für besonders muthig, gegen eine Bevölkerungsklasse, die eine kleine Minorität, selbst hier in Berlin nicht einmal ein Dreißigstel der Bevölkerung darstellt, aufzutreten, zumal wenn man weiß, daß noch weit mehr, als diese Bewegung Unterstützer und Freunde hat, es mächtige Leute giebt, die den Juden so etwas gönnen. Meine Herren, Muth gehört heute dazu, wenn andere Geistliche die protestantische Glaubensfreiheit und Kanzelfreiheit gegen eine kleine orthodoxe Clique

(aha! rechts)

zu vertheidigen wagen, wenn sie ihre Ueberzeugung selbst unter der Drohung des Verlustes ihres Amtes öffentlich kundgeben. Das ist es, was Muth erfordert, nicht auf die Juden zu hetzen. Und, meine Herren, Muth nach unten! Ach Gott bewahre, der Berliner Mob amüsirt sich darüber,

(Rufe rechts: Mob? Hört! hört!)

in dessen Augen gehört auch das zum Ganzen. Wenn gewisse Namen aus der christlich-sozialen Bewegung in großen Berliner Versammlungen genannt werden oder zum Beispiel im Theater vorkommen, so habe ich noch immer gefunden, daß nicht ein Ton der Entrüstung durch solches Publikum geht, sondern eine gewisse heitere Stimmung. Meine Herren, und zudem mit dem Muth! Wenn Herrn Stöcker so, wie es ein früherer Redner in dieser Diskussion ausgedrückt hat, einmal auf die Hühneraugen getreten wird, dann geht er gleich zum Staatsanwalt. Er beklagte sich ja öffentlich, daß der Staatsanwalt seinen Denunziationen nicht genug Folge leiste und erst in der letzten Zeit scheint er davon zurückgekommen zu sein, nachdem er die Erfahrung gemacht, daß sich Erkenntnißgründe öfter gegen diejenigen, die solche Verurtheilungen herbeiführen, schärfer richten können, als der Tenor gegen den Verurtheilten.

Meine Herren, ich bin bekannt als einer, der die sozialdemokratische Bewegung von Anfang an und in allen Stadien aufs heftigste und entschiedenste bekämpft hat; das muß ich aber sagen: in meinen Augen ist jene christlich-soziale Bewegung viel verderblicher, viel gefährlicher als die sozialdemokratische.

(Ruf rechts: Für Sie!)

Meine Herren, die Sozialdemokraten sind ausgewiesen

und wenn sie sich in Hamburg ansiedeln, werden sie weiter ausgewiesen, bis sie übers Meer wandern. Die Träger der christlich-sozialen Bewegung bleiben, während dies den Kleinen geschieht, in Ansehen und Würden im Kreise der Mächtigen. Meine Herren, das Gemeinsame dieser beiden Bewegungen ist das, daß sie überall den Staat voranstellen; sie sagen in ihren Flugschriften — sie liegen hier vor mir — in ihren Wahlaufrufen für Herrn Stöcker: die Gesetzgebung ist schuld, daß Ihr Arbeiter mit Weib und Kind am Hungertuche nagt! Dahin ist es gekommen in der Bevölkerung — und weiter versprechen sie dem Arbeiter: ja, wenn erst die Gesetzgebung in unserm Sinne geändert wird, werdet Ihr glücklich sein, dann wird die große Kluft, die jetzt besteht zwischen Reich und Arm, verschwinden und man wird sie nicht mehr wahrnehmen! Ich habe hier z. B. vor mir eine von dem christlich-sozialen Verein als Flugblatt Nummer 3 offiziell publizirte Rede des Herrn Stöcker, darin heißt es:

> Was uns vor Augen steht, ist die furchtbare Thatsache, daß die Kluft zwischen Reich und Arm auch im deutschen Land immer weiter und breiter wird, daß sie fast nicht mehr ausgefüllt, daß sie kaum überbrückt werden kann, und das ist schrecklich. (Bravo!) Das kann keinem Menschen gefallen, das gefällt auch Gott nicht. (Großer Lärm. Rufe: Schluß!) — Meine Herren, ich glaube, es wird Sie interessiren, was ich jetzt zu sagen habe. '— Wenn im alten Testament verboten ist, vom Kapital Zins zu nehmen, (Ruf: Juden.) wenn der Zusammenkauf vieler Güter in der Weise verhindert ist, daß jedesmal im 50. Jahr alle verpfändeten und verkauften Güter wieder an den Eigenthümer von früher zurückfallen mußten, dann werden Sie erkennen, daß hier mit einer ungemeinen göttlichen Weisheit die soziale Frage angefaßt und für die damalige Zeit völlig gelöst ist. Wo die Dinge so geordnet sind, da ist es gar nicht möglich, daß sich auf der einen Seite ein ungeheures Vermögen ansammelt und auf der andern ein Pauperismus eintritt, der das Elend der gesammten Nation ist. (Gut!)

Meine Herren, ich weiß wohl, daß Herr Stöcker in seinen Reden dem Privateigenthum einen größeren Spielraum läßt als die Sozialdemokraten; aber es tritt dies in der Gesammtheit seiner Darstellung mehr zurück. Es ist der Staat, die Organisation der Arbeit durch den Staat, die Verantwort-

er sie also noch auf nach der Richtung, wo sie nach seiner Meinung noch nicht genug gethan haben.

Wie geht es nun zu in solchen Versammlungen? Nach einer Rede, wie ich sie angedeutet habe, wird eine Pause gemacht zur Entgegennahme von Beantwortungen, dann entsteht ein Tumult, man meldet sich zum Wort, Herr Stöcker ist nicht im Stande, die Ordnung aufrecht zu erhalten, er schließt die Versammlung,

(lebhafter Widerspruch)

und in einem Theile des Saales entwickelt sich eine kleine Schlägerei, in einem andern Theile hört man die Worte: „Gehen Sie doch in Ihre Synagoge, Sie langnäsiger Judenjunge", „Sie haben hier nichts zu suchen, Sie sind nur Gast".

(Große Heiterkeit.)

Dann sagt der andere wieder: Ich habe 10 Pf. Entree gezahlt und kann bis zum Ende der Vorstellung hier bleiben.

(Große Heiterkeit und Unruhe.)

Dann hört man die Rufe: Adieu, adieu, der Herr Hofprediger Stöcker soll leben! hoch! — die Sozialdemokratie soll leben! hoch! — die Juden sollen leben! hoch! — Lassalle, der Jude Lassalle soll leben! hoch! hoch! — Er lebt nicht mehr! Dazwischen vernahm man ein schrilles Pfeifen und Schreien, Schutzleute standen auf der Straße und langsam verlief sich die Menge." So sind die Berichte über solche Versammlungen.

(Ruf: Börsenkourier!)

Sie finden derartige Darstellungen in allen Zeitungen. Sie werden doch nicht leugnen, daß ein großer Theil dieser Versammlungen wegen Tumults geschlossen worden ist.

(Zuruf: Es ist nie eine geschlossen!)

Meine Herren! die ganze Bewegung hat einen durchaus ähnlichen Charakter in Bezug auf das letzte Ziel, in Bezug auf die Methode, wie die sozialistische.

(Zuruf.)

Das ist es, worauf es ankommt. Die kleinen gradiellen Unterschiede treten vollständig zurück, das ist gerade das besonders perfide an der ganzen Bewegung, daß während die Sozialisten sich bloß kehren gegen die wirthschaftlich Besitzenden, hier der Racenhaß genährt wird, also etwas, was der einzelne nicht ändern kann und was nur damit beendigt werden kann, daß er entweder todtgeschlagen oder über die Grenze geschafft wird. Das ist ja dasjenige, was den Sozialisten in *der Weise fehlt*. Sehen Sie denn nicht, daß die Bewegung

auch deshalb viel mehr den öffentlichen Frieden untergräbt, wie die sozialistische?

(Sehr wahr! links.)

Die sozialistische Bewegung hat viel verschuldet, aber haben Sie jemals gesehen, daß sie so unmittelbar Straßenexzesse nach sich gezogen hat, Beschimpfungen oder Schlägereien in dieser Weise, wie wir es jetzt täglich lesen? Dort liegt die moralische Ursache solcher Vorgänge. Wenn Sie die Verwandtschaft mit den Sozialisten leugnen wollen: die schönen Seelen finden sich schließlich zusammen.

Herr Körner war noch in diesem Frühjahr der von allen sozialistischen Abgeordneten empfohlene Gegenkandidat meines Kollegen Virchow; Finn war bei der letzten Reichstagswahl der sozialistische Gegenkandidat des Kollegen Mendel. Jetzt sehen wir die Herren mit Herrn Stöcker zusammen, sie haben sich in derselben Sitzung gefunden; Herr Stöcker begrüßt sie und freut sich, daß sie sich bei ihm einfänden und hofft, daß, wenn auch Unterschiede beständen, sie doch zusammengehörten. „Wir königlich preußische Sozialdemokraten" so nennen sich die Herren! So bringen sie die Sozialdemokratie in enger Beziehung zur Firma des Königs.

Allerdings auffallend ist es; diese Leute Körner und Finn werden aus Berlin ausgewiesen, nach sechs Monaten kommen sie zurück, wie es heißt, unter Vorbehalt einer guten Aufführung. Was thun sie? Das erste, was sie thun, ist nicht, sich bescheiden, still zu verhalten, sondern ein Plakat in Berlin austragen zu lassen — „wir königlich preußische Sozialdemokraten" — ein Plakat, das den Fürsten Bismarck für einen vernünftigen Sozialisten erklärt und in dem zum Klassenhaß gegen die Berliner Hausbesitzer aufgefordert wird. Das sind also Leute, die auf Vorbehalt guter Aufführung nach Berlin zurückgelassen worden sind! Wenn die sich gleichwohl getrauten, so demonstrativ-agitatorisch vorzugehen, mußten sie nicht sicher sein, daß das Polizeipräsidium ihnen trotzdem den Aufenthalt gestattete? Wir sehen das Polizeipräsidium nicht dagegen einschreiten. Der Polizeipräsident, ein so vorsichtiger Mann, mußte er also, als er Jene zurückkommen und so auftreten ließ, nicht fürchten, damit in den höchsten Kreisen zu verstoßen? Das sind alles unaufgeklärte Fragen. Ebenso diejenigen, welche der Herr Abgeordnete Virchow schon angedeutet hat, woher die Geldmittel fließen für die Blätter in Hamburg, für die Deutsche Volkszeitung, der eigentlichen Quelle der antisemitischen Literatur. Da werden die Ergüsse eines Marr gedruckt, da werden die perfidesten Artikel geschrieben, von dort aus werden

sie versandt an andere Orte und andere Blätter. Zum Beispiel wird mir berichtet, daß in Nassau, Blätter, welche von Hamburg die inneren Seiten mit solchen antisemitischen Artikeln beziehen, in ihrer Ausbreitung von den dortigen Behörden begünstigt werden. Diese ganze Art von Literatur, wie wir sie in Hamburg, Berlin, Dresden, Liegnitz erscheinen sehen, steht im engsten Zusammenhang miteinander. Hier ist eine Organisation vorhanden; wo ist die Geldmacht, die das bezahlt? woher fließen die Geldmittel? Es wäre uns sehr lieb, wenn wir hörten, daß nicht der Reptilienfonds dafür in Anspruch genommen wird.

In der That, meine Herren, die Regierung sollte sich hüten in ihren Organen, direkt oder indirekt, in dieser Frage, auch wenn sie die Ueberschrift „christlich-sozial" trägt, noch einmal mit dem Feuer zu spielen. Uns ist noch in guter Erinnerung, wie es damals gewesen ist, als die sozialistische Bewegung zuerst in Berlin aufkam. Damals als Lassalle von den Gerichten des Landes im Namen des Königs wegen Hochverrath und Majestätsbeleidigung verfolgt wurde, war es der Reichskanzler, der mit ihm seine vertraulichen Konferenzen zu gleicher Zeit pflog, wie mit einem interessanten Gutsnachbarn. Man flüsterte sich schon damals zu: wenn ihn auch die Gerichte des Landes verfolgen, der Kanzler steht dahinter; er steht auf Seiten der Sozialisten. Damals hat man dies noch nicht so gewußt, wie jetzt durch die eignen Aussagen des Kanzlers bekannt geworden ist. Und wie war es mit Schweitzer, als die Sozialisten unter Schweitzer hier auftraten? wie waren die Verhältnisse zwischen Schweitzer und dem Geheimrath Wagener? woher hatte Schweitzer die Mittel, um hier so in Berlin aufzutreten? wie war damals das Verhalten der Regierung, als jene Sozialistenbanden das Versammlungsrecht zu nichte machten und die Versammlungen stürmten, und wir interpellirten? Da sagte der Minister Graf Eulenburg: was geht mich das an — die Sozialisten haben mit der Fortschrittspartei eine Versammlung angemeldet in demselben Lokal, nun prügeln sie sich da inwendig herum — wer eigentlich der Berechtigte ist? — die Polizei würde nur die Prügelei vermehren, wenn sie sich auch einmischte, sie wartet, bis die Sache auf die Straße kommt, dann geht sie sie erst etwas an.

Meine Herren, so hat man die Bewegung in ihren Anfängen mit einer gewissen wohlwollenden Neutralität behandelt. Was ist daraus geworden, welchen Umfang hat sie nommen? Von Schweitzer war bald nicht mehr die Rede, die Bewegung hat alsbald einen ganz selbstständigen Charakter *angenommen*, eine Gefahr, die leider die Staatsregierung erst

in dem Augenblicke erkannt hat, wo ihre fluchwürdigsten Ausläufer sich in jenen scheußlichen Attentaten zeigten. Wir haben rechtzeitig gewarnt.

(Lachen rechts.)

Damals waren auch sogenannte konservative Stimmen hier laut

(hört! hört! links)

im Jahre 1865. Die konservative Partei drohte uns mit dem Tritt der Arbeiterbataillone, wie man heute von den Christlich-Sozialen in Berlin spricht. Da war es mein Freund Schulze-Delitzsch, der Wagener gegenübertrat, indem er an jenes Gleichniß von der Sphinx erinnerte und sagte: „Im Menschen wohnen zwei Naturen, eine göttliche und eine thierische, — hütet euch, die Bestie im Menschen wach zu rufen, sie wird mit ihren Löwenklauen diejenigen zuerst zerfleischen, die das zu unternehmen wagen!“ Das sage ich Ihnen auch: hüten Sie sich, Christlich-Soziale draußen, die Bestie wilder Leidenschaft in Volksmassen wach zu rufen! Vor der Geistlichkeit werden sie nicht stehen bleiben, mit den Herren werden sie sehr bald fertig werden.

(Unruhe und Bewegung.)

Meine Herren, ich weiß sehr wohl, der Kopf, die Hand des Reichskanzlers ist ja nirgends sichtbar in dieser Bewegung; ich bin auch weit entfernt davon, den Herren am Ministertisch irgend eine direkte oder indirekte Beziehung zu dieser antisemitischen Bewegung nachzuweisen oder vorzuwerfen. Aber das, was wir sehen, ist, daß diejenigen, die man so nennt, die sich selbst so nennen, die Leute des Kanzlers überall dabei sind, von Moritz Busch an und von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung und ihren Hintermännern in der nächsten Umgebung des Kanzlers, einschließlich des Herrn v. Treitschke,

(Oho! rechts)

— alle diese Freiwilligen sind überall bei der antisemitischen Bewegung, und wenn der Reichskanzler selbst damit nichts zu thun hat, ja, wenn er die Bewegung selbst verabscheut — das schlimmste ist, man glaubt es nicht im Lande, das schlimmste ist, daß diese antisemitische Bewegung überall den Namen des Reichskanzlers mit herumträgt; nicht ohne Absicht hat sie an ihn die Petition gerichtet. Zugeflüstert wird überall: der Reichskanzler muß jetzt noch bei Seite stehen, jetzt ist die Sache noch nicht so weit, — bei der Agitation gegen den Freihandel war es ja im Anfange auch nicht so — aber wenn erst Petitionen mit einer Million Unterschriften vorliegen, wenn erst die Bewegung organisirt ist, wenn man dann an den Reichskanzler kommt, dann wird er auf die

Sache eingehen, vielleicht mit anderen Herren als jene, die jetzt am Ministertisch sitzen. Darum laßt Euch darin nicht irre machen, sammelt nur immer Unterschriften! Das sprechen die Leute und wühlen im Lande, und deshalb ist es von einer so besonderen Wichtigkeit, daß überall klar hervortritt, daß auch nicht der entfernteste Zusammenhang zwischen dem Reichskanzler und der antisemitischen Bewegung vorhanden ist. Ja, meine Herren, woher würde sich sonst die Dreistigkeit dieser Leute erklären? Haben denn irgendwie diese Leute, die unter dem Aufrufe stehen, sich sonst im öffentlichen Leben so besonders muthig und begeistert gezeigt, sind sie sonst irgendwo jemals für öffentliche Sachen in derselben Weise hervorgetreten? Im Augenblick liegt mir ein Schimpfbrief vor, den Professor Brecher gerichtet hat an ein Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, obgleich ihn die Verhandlung dort nichts angeht; sie schicken überall Kartellträger herum gegen diejenigen, die die Herren bei Namen nennen; sie haben die Dreistigkeit, sich an Landräthe, Bürgermeister, Superintendenten zu wenden mit ihren Petitionen. Woher soll diese Dreistigkeit kommen, wenn sie nicht die Ueberzeugung hätten, sie thäten dem Reichskanzler einen Gefallen? Eben um der Regierung eine Gelegenheit zu bieten, sich darüber auszusprechen, wie sie dazu steht, einschließlich des Reichskanzlers, das ist der Grund, weshalb wir die Interpellation gestellt haben, und wir freuen uns des Erfolges und wünschen, daß im ganzen Lande von nun an eine kräftige Reaktion diese antisemitische Bewegung niederschlägt, die wahrlich nicht zur Ehre und zur Zier unseres Landes gereicht.

(Bravo! links, Zischen rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Stöcker.

Abgeordneter **Stöcker:** Meine Herren, der Herr Vorredner hat seine Freude ausgesprochen, daß er die antijüdische Bewegung in die Defensive gedrängt hat. Ich hoffe, er wird sehr bald bemerken, daß sie immer noch den Muth hat, zur Offensive überzugehen. Der sittlichen Entrüstung, welche mir von jener Seite mehr als einmal entgegengetreten ist, stehe ich in voller sittlicher Rüstung gegenüber, nur glaube ich, meine Waffen sind besser, und ich hoffe, am Schluß von Ihnen das Urtheil zu bekommen, daß ich Sie nicht bloß nicht entrüstet, sondern vielleicht entwaffnet habe. Ich bin mir der ganzen Verantwortlichkeit bewußt, die in diesem Moment auf meinen Schultern liegt: dafür, daß ich in diese Bewegung eingetreten bin, daß ich als Geistlicher eingetreten bin, und daß ich jetzt, in dieser Stunde, wo diese gewaltige Frage im großen Styl vor unserer Landesvertretung abrollt, hier reden darf. Ich stehe nicht allein, hinter mir sind Millionen, dar-

unter sehr viele von der Partei, deren Redner eben gesprochen hat.

(Hört, hört! rechts.)

Ich habe eben einen Brief bekommen, er liegt auf meinem Platz, in dem ein Mann aus dem Volke mir seine Zustimmung schreibt; ich habe in diesen Tagen unermeßlich viel Briefe aus der Fortschrittspartei bekommen. In der Judenfrage schreiben die Berliner Bürger, die Handwerker, die den Druck fühlen, stehen wir auf Ihrer Seite, nicht auf Seiten der Fortschrittspartei.

(Hört, hört! rechts.)

Meine Position ist, glaube ich, so günstig wie möglich: mir gegenüber der Abgeordnete Richter, als Vertreter des Fortschritts die „Säule der Ordnung und der Monarchie" —

(Große Heiterkeit)

„auch diese, schon geborsten, kann stürzen über Nacht." Ja, wenn der Fortschritt fortfährt, sich mit dem Judenthum so zu identifiziren, wie er es bisher gethan hat, so kann ihm das in der That in Berlin das Leben kosten, und ich wünsche das von Herzen.

(Heiterkeit.)

Trotzdem kann ich Sie versichern, daß ich, obwohl die Erfüllung mir heute zweifelhafter ist, als am Sonnabend, in dieser ganzen Bewegung nichts anderes wünsche als den Frieden.

(Heiterkeit links.)

Und ich glaube auch, daß trotz allem und allem das Resultat dieser Diskussion ein Friede sein wird;

(Sehr richtig! rechts)

allerdings nicht der faule, schlechte Friede, in dem wir in Berlin bisher gelebt haben, gehetzt wie ein wildes Thier von einer bubenhaften Presse,

(Heiterkeit links. Beifall rechts)

sondern der ehrliche Frieden der gegenseitigen Anerkennung und Achtung, die ich jedem Gegner, wenn er mit ehrlichen Waffen kämpft, nicht versage.

(Sehr gut! rechts.)

Was auf die Versammlung einen gewissen Eindruck gemacht hat, meine Herren, war die Verlesung des Berichtes einer von den Versammlungen, die ich gehalten habe. Diese Berichte sind mit der äußersten Vorsicht aufzunehmen. Ich meine, daß die Herren auf der Seite des Fortschritts über die christlich-soziale Bewegung darum so ungünstig urtheilen, weil sie die Nachrichten darüber aus der verlogenen jüdischen Presse der Residenz geschöpft haben.

(Bravo! rechts, Rufe links: Post!)

Beweis, meine Herren: Als ich die erste sogenannte Judenrede gehalten hatte, war ein Israelit gegen mich aufgetreten, ein Mann, der nachher schrieb, es wäre sehr anständig zugegangen. Als das Berliner Tageblatt einen ganz entgegengesetzten, völlig gefälschten Bericht brachte, hat der Mann dem Tageblatt einen Brief zugeschickt, den das Tageblatt nicht annahm.

(Hört, hört!)

Der Brief ist dann in den konservativen Blättern veröffentlicht, in demselben steht Folgendes: an die Adresse des Tageblattes

> Sie sandten heute einen Bericht in die Welt in ihrer Zeitung, welcher nur die eine Wahrheit enthielt, daß eine Versammlung stattgefunden hat; alles andere war erlogen und erdichtet.
>
> (Hört, hört!)
>
> Ich bin der größte Gegner von Herrn Stöcker, es gelang mir auch bei der Versammlung theilweise seine Ansicht abzuschwächen und dennoch werde ich am Ende gezwungen sein, Herrn Stöcker Gerechtigkeit zukommen zu lassen, als er die Behauptung aufstellte, daß die Reporter gewisser Blätter eine Schande für die Stadt der Intelligenz sind,
>
> (Sehr wahr!)
>
> daß sie ebenso unwissend als unwahr sind. Vieles fälschen sie aus Unverstand, das meiste aus Bosheit.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, dies schrieb ein Berliner Jude nach dem Bericht der jüdischen Presse über unsere Versammlung. Aus solchen Quellen fließt meist die Kenntniß über die christlich-soziale Bewegung.

(Sehr gut! rechts.)

Ich will das gleich vorweg sagen: am vorigen Freitag unmittelbar vor unserer Debatte, habe ich unter der größten Aufregung, die in der ganzen Stadt herrschte, in dem Eiskeller, in jenem großen Saale, wo die christlich-soziale Bewegung begann, eine Versammlung abgehalten, mit dem Thema: „Die Beweise für das Dasein Gottes." Da waren 2000 Berliner Männer, darunter mehr als 800 Gäste; die haben das Thema angehört und sind ganz still und ruhig nach Hause gegangen. Das hat der Fortschritt nie geleistet.

Meine Herren, Ihre Versammlungen sind sehr oft aufgelöst worden. Wenn ich einer Versammlung präsidirt habe, ist es nicht geschehen;

(Hört! hört!)

nicht einmal hat sie polizeilich aufgelöst werden müssen.

Das Christliche beherrscht eben die Geister, der Fortschritt entfesselt sie.

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Es herrscht ein vollkommenes Mißverständniß über die Dinge. Wir halten, seitdem in diesem Frühjahr Sozialdemokraten, Juden und, wie man mir erzählt hat, viele Mitglieder aus der Fortschrittspartei in Berlin unsere Versammlungen so stürmisch unterbrochen haben, keine öffentliche Versammlungen mehr ab, sondern wir sehen uns die Leute an, welche kommen, und stehen in der That seitdem viel besser. Wenn dann einige von jenen Sozialdemokraten bei uns gewesen sind, welche ihrer Partei den Abschied gegeben haben, so darf Sie das nicht wundern. Dazu bin ich ja in Berlin aufgetreten, um die Sozialdemokraten aus ihrer Verirrung herauszureißen und auf die Wege der Wahrheit zu führen. Aus der Fortschrittspartei sind sie zur Sozialdemokratie übergegangen, aus der Sozialdemokratie kommen sie zu uns und werden Christlich-Soziale.

(Lachen links.)

(Sehr wahr! rechts.)

Nicht Sozialisten.

Ich bitte den Herrn Richter, der in sozialen Dingen so oft, so viel, so lang geredet hat, doch zu erkennen, daß zwischen sozial und sozialistisch ein tiefgreifender prinzipieller Unterschied ist. Sozialismus ist eine materielle Forderung, daß alles Privateigenthum kollektiv werden soll. Sozial ist nichts anderes, als die gesellschaftliche Auffassnng der Dinge. Die Isolirung, Atomisirung hat uns in den Zustand gebracht, in dem wir stehen, so suchen wir denn eine Organisation, in der die Arbeiter sich wieder fühlen als eine Schaar von Brüdern, die zusammenstehen.

(Sehr richtig!)

Königlich preußische Sozialdemokraten haben sich die Leute genannt, weil der Fortschritt sie so betitelt hat, sie haben den Namen zum Spott angenommen. Damit werde ich wohl mit dem, was aus den Versammlungen berichtet ist, so ziemlich fertig sein.

Ich bin erstaunt, meine Herren, daß der Abgeordnete Richter gar keine Empfindung hat für den Nothschrei der vielbedrängten Handwerker, der ruinirten Existenzen hier in Berlin und im Lande. Ich nenne noch einmal an dieser Stelle den Nothstand in Schlesien. Haben wir's nicht amtlich zu erfahren bekommen, daß es ein Wucher ist, meist jüdischer Art, unter dem ganze Kreise zu Grunde gehen? Ja, meine Herren, es sind nicht bloß Stimmungen, die in der antijüdischen Bewe-

gung wirken, sondern schreiende Thatsachen. Es berührt mich sympathisch, wenn von der Seite (links) das freie Wort betont wird, man muß das freie Wort nur nicht immer bloß nach oben schleudern, sondern auch anwenden auf die Schäden des Volkslebens.

(Sehr richtig! Bravo! rechts.)

Und das thue ich.

Die Judenfrage ist für mich keine religiöse Frage, keine Racenfrage, seitdem die völlige Emanzipation eingetreten ist, auch keine staatsrechtliche Frage mehr; sie ist eine sozial-ethische Frage. Ich stehe in dieser Beziehung ganz auf dem Standpunkt des Abgeordneten Bachem.

(Aha! links.)

Die Frage wurzelt in der Religion, in der Race, im Staatsrecht, aber in ihrer Erscheinung — und staatsmännisch kann sie ja gar nicht anders aufgefaßt werden — ist sie eine sozial-ethische Frage von großer nationaler Bedeutung. Darin besteht sie, daß eine halbe Million jüdischer Mitbürger, einem andern Stamme angehörend, in ihrer Religion von uns verschieden, in ihrem Denken, Fühlen, Wollen mit der deutschen Art nicht immer eins, in unserem Volke eine Stellung einnimmt, welche ihrem Zahlenverhältniß durchaus nicht entspricht. Ausgerüstet mit einer starken Kapitalkraft, auch mit vielem Talent, drückt dieser Bevölkerungstheil auf unser öffentliches Leben, nicht bloß in Handel und Gewerbe, sondern ebenso in Kommunalangelegenheiten, in Schulsachen, ja, zuweilen in den kirchlichen Dingen selbst!

(Hört! hört! rechts. — Widerspruch links.)

So wirkt er mit dem Einfluß, den er hat, das ist unerträglich. Man hat, um uns zu widerlegen, gesagt, unser Auftreten sei Neid, garstiger Neid, häßlicher Neid. Meine Herrren, ich kenne die Männer, welche sich an dieser Bewegung betheiligen. Ich gebe Ihnen mein Wort, ich habe von diesem Neide aus ihrem Munde nichts gehört.

(Lachen links.)

Es ist nicht der Reichthum an sich, der bestritten wird, sondern die Art des Erwerbes, und der Einfluß, der durch diesen Reichthum erkauft und beschützt wird. Diesen Einfluß bekämpfen wir und müssen es thun. Ich kann nicht finden, daß mit der einen Formulirung, welche uns vorgestern gegeben ist, daß wir der jüdischen Bevölkerung Duldung gewähren sollen, wie sie uns, die Frage irgendwie erschöpft wäre. Ich kann auch die andere Formulirung, „daß die Existenz des preußischen Staates an die politische Gleichberechtigung der Konfessionen geknüpft sei, und das ohnedies die Mo-

narchie gefährdet sei", für unsere Frage nicht als zutreffend anerkennen. Das Judenthum ist keine Konfession, es hat kein Bekenntniß; jene großen und wichtigen Worte beziehen sich ganz gewiß auf das Verhältniß der beiden christlichen Konfessionen, obwohl ich selbstverständlich zugestehe, daß wir auch mit unseren jüdischen Mitbürgern im besten Frieden leben müssen. Aber das soll niemand leugnen, daß wir in einem christlichen Staatsleben uns befinden, daß die Unterthanen dieses Staates zu $^{79}/_{80}$ Christen sind, und daß sie ein Recht haben, zu fordern, daß dieser Staat als eine christliche Gesellschaft angesehen, von christlicher Obrigkeit regiert und nach einer christlichen Gesetzgebung behandelt wird. Darum allein handelt es sich.

(Sehr wahr! rechts und im Centrum).

Die Frage, welche jetzt zur Diskussion steht, will man einigen wenigen Personen in die Schuhe schieben; man macht besonders mich für das Aufregende derselben verantwortlich. Aber ich habe sie nur in das öffentliche Leben übergeleitet und sie in einen ruhigen, sehr ruhigen Fluß gebracht —

(Lachen links)

weiter nichts. Man ruft dazu den Berliner Kongreß an und will mit Rumänien die Nothwendigkeit der Emanzipation beweisen. Aber lassen Sie uns doch erst ein Lebensalter abwarten, was in Rumänien aus dieser Emanzipation geworden sein wird.

So lange der Bodenwucher in orthodox-israelitischen Zeitschriften so begünstigt und gelobt wird, wie ich an einer Stelle vor mir finde, liegen in der That große Gefahren in einer solchen Emanzipation. Es schreibt der orthodoxe Israelit im Jahre 1878 von dem Bodenwucher in Galizien:

> „Binnen zwei Dezennien wird der Ackerbau Galiziens zum großen Theil sich in den Händen der Juden befinden.
>
> (Hört!)
>
> Auch hierin sehen wir das Walten der Vorsehung mit dem beständigen Schutz für unser so viel duldendes jüdisches Volk."

(Hört! hört!)

Das ist sehr naiv.

Ich persönlich stehe zu der Sache so: Ich habe keine Antipathien, weder gegen das Volk Israel im Ganzen, noch gegen irgend einen einzelnen Israeliten. Was der Herr Abgeordnete Richter uns zum Vorwurf macht, daß wir das Judenthum an sich proskribiren wollen, weise ich von mir durchaus ab. Ich habe Freunde unter den Juden, und heute

Morgen, als ich in dieses Haus ging, sagte ein junger gebildeter Jude, der in den christlich-socialen Versammlungen unsere Art zu wirken kennen gelernt hat, zu mir: „Ich wünsche Ihnen zu dem heutigen Tage Glück."

(Hört! hört! rechts und im Centrum.)

(Bewegung links.)

Meine Herren, ich habe — das kann ich Sie versichern — meinen Einfluß, den ich etwa errungen habe, immer dazu gebraucht, von dieser Richtung, das Judenthum direkt anzugreifen, abzumahnen; ich habe besonders versucht, die getauften Juden aus dieser ganzen Bewegung herauszuziehen und die sogenannten Antisemiten abzuhalten, daß sie nicht bis ins dritte und vierte Glied jüdische Mitbürger, welche zum Christenthum übergetreten sind, anklagen. Für die anderen Dinge kann ich nichts. Die Antisemitenliga habe ich nicht mitbegründet, ihr nie angehört; ich weiß von dieser Liga nichts, als daß man mir die Statuten zugesendet hat, und daß die Männer, die daran betheiligt sind, einige Male bei mir gewesen sind. Es ist ganz dasselbe mit der „Wahrheit": Ich habe die „Wahrheit" nicht begründet, sie nicht unterstützt, ich halte sie nicht, ich lese sie nicht; aber das glaube ich in der That, daß die Männer von der Partei des „Kladderadatsch", des „Ulk", der „Wespen" kein Recht haben, zu tadeln, daß hier einmal nicht das Heilige, sondern auch das Unheilige verspottet wird. Mit Schrecken erinnere ich mich an einzelne Nummern dieser Witzblätter, in denen die Geistlichkeit des Landes fünfmal karrikirt, heruntergezogen, in den Schmutz geworfen wurde, wo unsere lieblichsten Gebete, das Tischgebet: „Komm, Herr Jesu, sei unser Gast," unsere evangelischen Lieder travestirt und angewandt wurden auf den Stickstoff, auf den Koloradokäfer und anf die Kohlensäure.

(Hört, hört!)

Um solche Dinge abzuwehren, sind wir vorgetreten. Wir wissen sehr wohl, daß unser Volk bekehrten Israeliten viel verdankt, ich erinnere an Namen wie Stahl, Neander, Mendelssohn. Wir ehren alle Israeliten, auch die nicht getauften, welche in Kunst und Wissenschaft sich an der Entwickelung unseres Volkes betheiligt haben, aber um die, meine Herren, handelt es sich hier nicht. —

Stellen wir die Thatsachen fest. Gerade mit dem Datum des Civilstands kam ich, meine Herren, nach Berlin, hinein in diesen Bankerott des äußeren Kirchenthums, der durch nichts mehr hervorgerufen war, als durch die Infamien der Presse; *ich fand von sozialdemokratischer Seite*, wie von der Seite

dieser jüdischen Presse die Angriffe auf unsere Religion gleich schmachvoll. Ich nenne „jüdische Presse" diejenige, welche von Juden geschrieben ist; unter den Zeitungen verstehe ich darunter die, welche im Besitz und in der Redaktion von Juden sind; nur diese werde ich anführen, und man wird mir ja wohl Verzeihung gewähren, wenn ich das Tageblatt mit dazu nehme. Denn, meine Herren, mir erscheint dies Blatt, ebenso wie der Kladderadatsch, als ein jüdisches Blatt, wenn auch Leute, die einmal Theologie studirt haben, daran schreiben sollten. In diese Bewegung der Geister trat ich hinein und sah die Sozialdemokratie riesengroß anwachsen. Im Jahr 1878, dem Geburtsjahre der christlich-sozialen Bewegung, waren es 56.000 Mann, die hier für ihre Kandidaten stimmten; und fast ebenso viel, die noch nicht das Stimmrecht hatten, standen dahinter, hunderttausend evangelische, zum Theil auch katholische Männer, welche auf den Umsturz von Thron und Altar sannen. Ich glaube, man darf es mir als einem Geistlichen nicht verargen, wenn ich in dem Grollen dieser Massen nicht bloß den Unwillen des Armen gegen den Reichen, nicht bloß den Haß des Atheisten gegen Gott, wenn ich darin auch den Nothschrei heraushörte: helft uns äußerlich und innerlich! Da bin ich, weil die Bewegung der Sozialdemokraten hoch ging und nichts geschah, in diesen Abgrund hinabgesprungen, ich wußte nicht, wie tief er war!

(Bravo! rechts.)

Ich bin von jener Seite darauf angeredet, ich hätte das Christliche zum Deckmantel sozialistischer Bestrebungen gemacht, sozial die Arbeiten auf einen unehrlichen Boden geführt. Meine Herren, so lauteten die schwerwiegenden Anklagen von vorgestern. Ich würde mir nicht erlauben, einer anderen Partei in dieser Weise gegenüberzutreten, auch der Fortschrittspartei nicht, obwohl sie starke Sachen leistet.

In einem Flugblatt der Fortschrittspartei steht geschrieben:

> „Die Tanzmusik und ähnliche Volksbelustigungen wollen die Konservativen allenthalben einschränken. Der Spötter und Augenverdreher trinkt heimlich, was er muß."

So führt man auf jener Seite das Volk! Weiter, meine Herren, in einer Broschüre: „Was bezwecken die Gewerkvereine?" schreibt Dr. Max Hirsch, der Arbeiterführer der Fortschrittspartei, daß die Arbeiter mindestens eine Lohnerhöhung von weit über 3,75 Mark pro Woche haben müßten, um die riesigen Mehrausgaben in Folge nicht allein des Roggen-

zolls, sondern der unzähligen anderen Zölle und Steuern auszugleichen.

(Sehr wahr! links.)

Meine Herren, ich erwarte den Beweis, daß die Mehrausgabe für eine Arbeiterfamilie an Zöllen und indirekten Abgaben ungefähr 200 Mark im Jahre beträgt. Wird der Beweis nicht geliefert — der Abgeordnete Richter ist ja so stark im Beweisen — dann werde ich hier öffentlich vor dem Lande erklären, daß einer der Führer der Fortschrittspartei die Arbeiter irre führt,

(sehr wahr! rechts)

ich sage nicht auf unehrlichem Boden, dazu bin ich zu höflich. Meine Herren, unsere Devise heißt: christlich-sozial! Eine schönere Devise kann ich mir gar nicht denken, sie umfaßt das, was auf religiösem und wirthschaftlichem Gebiet noth ist. Auch für soziale Dinge braucht man das religiöse Element. Daß ein lebendiger Gott die Ordnungen auf Erden stiftet, ob reich ob arm, ob vornehm und gering, ob Obrigkeit und Unterthan, darauf ruht die soziale und die politische Welt.

(Sehr wahr!)

Der Unglaube mag, wie ein geistvoller Mann gesagt hat, eine dünne Eisdecke sein, über welche ein einzelner geht, aber ein Volk bricht darauf unrettbar zusammen und stürzt in die Tiefe.

(Bravo! rechts.)

Wenn ich im alten Testament in Gesetzen formulirt die Anschauung finde: alle Menschen sind Haushalter, die Armen wie die Reichen; — das Trachten nach unermeßlichem Reichthum bringt dem Menschen nichts Gutes; — Barmherzigkeit gegen den Armen ist höchstes Gesetz; wenn ich diese Ideen nicht als Gesetze für eine einzelne Nation, sondern als universelle Prinzipien für die Welt im neuen Testament wiederfinde: wir sind Haushalter mit all dem Hab und Gut, das wir besitzen — wir sollen nicht trachten nach irdischen Schätzen; wir sollen unsere Brüder lieben, — thue ich ein Unrecht, wenn ich das hineinrufe in die Arbeiterkreise? Und seien Sie überzeugt, etwas Anderes habe ich nicht gethan.

(Bravo!)

Heißt das: das Christenthum zum Deckmantel machen für politische Bestrebungen? Ich kann hier als ein ehrlicher Mann sagen, mich hat niemand in die soziale Bewegung hineingeschickt, ich bin von niemanden unterstützt; ich habe nur viel Gegensatz, viel Feindschaft erfahren und diese schwere Arbeit mit wenigen Freunden auf meinen Schultern getragen.

Das verdient nicht, daß man mich hier als einen Mann darstellt, der irgend etwas sucht oder erstrebt.

(Bravo!)

Sozial, ich habe das schon gesagt, ist nicht sozialistisch; sozial ist ganz etwas Anderes. Ich begreife nicht, warum der Herr Abgeordnete Richter anstatt dieses elenden Berichtes nicht unser Programm zitirt hat. Da können Sie lesen:

1. Obligatorische Innungen,
2. Obligatorische Versicherung,
3. Schutzzoll, indirekte Steuern und als Ausgleich eine mäßige Progressivsteuer,
4. den Staatsbetrieb.

Wenn ich Ihnen diese Punkte nenne, und es sind wirklich die Hauptpunkte unseres Programms, da muß doch auch ein Elementarschüler sagen, das ist kein Sozialismus im Sinne der Sozialdemokratie, das ist das absolute Gegentheil davon.

(Sehr richtig! rechts; Widerspruch links.)

Und wenn der große Gang der wirthschaftlichen Politik seit drei Jahren diese Wege klar genommen hat, so werde ich doch den Vorwurf nicht verdienen, daß ich thöricht gehandelt habe, sondern sagen dürfen, daß ich mich im Einklang befunden habe mit dem großen gesunden Gedanken der Zukunft.

Und nun, meine Herren, komme ich zurück zu der jüdischen Bewegung. Was mich da hineintrieb, war die Presse, sie allein. Ich habe in den beinah hundert Versammlungen, die ich gehalten habe, die jüdische Frage kaum erwähnt, sie ist mir aufgezwungen durch das Verfahren der Presse und zuletzt durch das Verfahren des Herrn Abgeordneten Dr. Straßmann. Das will ich beweisen. Die jüdische Presse hatte keine Scheu, keine Scham vor irgend etwas, was uns Christen heilig ist.

(Bravo! rechts und im Centrum.)

Was läßt sich Förderlicheres, Unschuldigeres denken, als Versammlungen von Geistlichen, die zu geistigem Verkehr zusammenkommen. Diese Versammlungen sind in Berlin immer beschimpft. Einmal hieß es, als ein Missionsfest gefeiert wurde: „das sei eine Gesellschaft himmlischer Kaffernfänger." Das ist nicht edel. Missionare sind Männer, welche in unserer prosaischen Zeit das Heldenthum des Christenthums treiben

(Bravo!)

und einer großen christlichen Kultur oft unter Kannibalen den Weg bereiten. Ehrliche Männer müssen solche Helden achten.

(Bravo!)

Hier in Berlin werden sie beschimpft, und man kennt

sie gar nicht. — In einem andern Jahre wurden diese Konferenzen als Hundstagsgäste begrüßt. —

(Ruf: Pfui!)

Da versammelt sich ein andermal eine Synode unserer Kirche, eine offizielle Körperschaft, es giebt einen Streit, die Einen wollen das Glaubensbekenntniß abschaffen, wir vertheidigen es. Darüber schreibt Einer:

> Ich fange an zu lesen, unwillkürlich springe ich auf und fasse in die, mein Gesicht umspielenden, Blätter des großen Baumes, unter dem ich sitze, und nun wehe dir, du Raupengesindel, daß du das saftige Grün benagst und verkümmern läßt. Hinab mit dem Gewürm! Ecrasez l'infame! Es sei vernichtet! Hinweg mit den orthodoxen Benagern jedes kräftig treibenden jungen Lebens, wollt' ich sagen mit dem Raupengezücht, welches die Bäume leer macht, ebenso wie jene „frommen" Fanatiker die Kirchen leer machen. Und ich vernichte die Raupen mit einer wahren Begeisterung.

Von allen Synoden, meine Herren, ist die bedeutendste die Generalsynode, in welcher sich der kirchliche Geist unserer ganzen Landeskirche zusammenfaßt. Auch von dieser Synode kann man sagen, daß sie auf das traurigste beschimpft ist; die Verhandlungen wurden nur benutzt, um sie lächerlich zu machen. Es heißt einmal:

> Einen Punkt wissen wir, bei dem sich kein Widerspruch erhob, bei dem keine Zwistigkeiten laut wurden, — und das war bei dem Antrage, den verehrlichen Mitgliedern der sehr verehrlichen Generalsynode täglich 12 Mark Diäten und Vergütung der Reisekosten zu gewähren. Wir haben niemals eine Versammlung einhelliger und einmüthiger gesehen, als die Generalsynode in dem Augenblicke, als dieser Antrag zum Beschluß erhoben wurde . . . . ."

Dann wurden einzelne Synodalen, darunter wiederum ein Missionsdirektor, in der allerschimpflichsten Weise persönlich angegriffen. Als aber diese große kirchliche Versammlung das Herrenhaus verließ, schrieb ein solches Blatt, „man müßte den Saal desinfiziren."

(Pfui! rechts.)

Der Herr Abgeordneter Virchow lacht. Es thut mir leid, Herr Abgeordnete Virchow, daß Sie das thun.

(Sehr richtig! Bravo! rechts.)

Meine Herren, im Dezember 1875 wurde in den Kulturkampf das Wort hineingerufen, daß in der Zeit der Regula-

tive jeder Keim des Edlen in den Seelen niedergetreten sei, Brutalität und Gottlosigkeit ins Kraut geschossen, daß jeder Tag einige Früchte der Regulative vor den Strafrichter liefere. Als die furchtbaren Attentate geschehen waren, die gewiß auch den enragirtesten Umstürzler hätten zur Vernunft bringen sollen, da schrieb ein Blatt dieser Presse: „Die Sozialdemokratie, der Ultramontanismus und die evangelische Orthodoxie steuern demselben Ziele zu." Und das in einem Artikel über die Attentate!

Meine Herren, ich führe noch Einiges an. Der Berliner Börsenkourier verspottete eine katholische Schauspielerin. „Wir werden" — schloß er den pikanten Bericht — „stets fortan ein Kreuz schlagen, ehe wir die Feder eintauchen zu irgend einer Theaterplauderei und wir werden uns einen Redaktionsrosenkranz anschaffen. Gelobt sei Alexander Dumas! In Ewigkeit. Amen."

(Pfui! im Centrum.)

Meine Herren, in diesem selben Blatt wurden später die Nihilisten mit christlichen Märtyrern zusammengestellt, und in den letzten Tagen haben wir es erlebt, daß man sich darin berief auf die Prinzipien aller Revolutionen.

Die „Frankfurter Zeitung", ein Blatt gleichfalls jüdischen Charakters, besprach einmal das Ueberhandnehmen der Selbstmorde, sie kam zu dem Schluß, daß sie aus dem Christenthum und aus dem Militärwesen herstammten.

Und dennoch, meine Herren, trotz dieses Charakters unserer Berliner Presse, habe ich das Judenthum niemals angegriffen, niemals, sondern ich habe erst auf Vorfälle reagirt, die ich als Geistlicher nicht ignoriren konnte: das traurige Wort des Herrn Abgeordneten Löwe von der Verderbniß unserer Schulen, die unter dem konservativen Regiment eine Stätte der Heuchelei, Schlechtigkeit und Dummheit werden sollten, und das verhängnißvolle Wort des Abgeordneten Dr. Straßmann von den Ketzerrichtern, die am liebsten die Andersgläubigen verbrennen möchten,

(sehr wahr! links.)

und von den Vipern, welche die Zungen der Orthodoxen sind, und von den Miasmen ihres Odems, die aus den Sümpfen steigen.

(Pfui! rechts.)

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Straßmann kennt uns nicht, uns sogenannte Orthodoxen; er weiß nicht, wie sehr wir die Freiheit lieben. Ich wenigstens habe kein höheres Ideal für meine kirchliche Anschauung, als die Freiheit, die er mir abspricht. Freilich, meine Herren, kann ich nicht

wünschen, daß Leute, welche mit dem Bekenntniß der Kirche nicht einverstanden sind, in der Kirche ihre Stellungen dazu brauchen, eben dies Glaubensbekenntniß zu bekämpfen, aber ich muß einem jüdischen Mitbürger durchaus das Recht absprechen, in einer Wahl- oder Volksversammlung in dieser Weise in unsere Angelegenheiten sich hineinzumischen.

(Sehr richtig! rechts.)

Und da habe ich es für meine Pflicht gehalten, meine Pflicht nicht bloß als Christ, sondern als Geistlicher, gleichsam als meine Amtspflicht, was in der Volksversammlung gesagt war, in der Volksversammlung zu widerlegen. Es war nur die Spitze von Allem, was ich bisher berichtet habe. Da habe ich denn in der That Versammlungen gehalten, in denen die Judenfrage behandelt wurde, und zwar sehr milde.

(Lachen links. Rufe rechts Ruhe!)

Die erste Versammlung habe ich Ihnen bereits am Anfang charakterisirt. In der zweiten trat ein gebildeter Jude zum Schluß auf und dankte mir für die noble Art, mit welcher ich diese Frage vor das Publikum gebracht hätte. Die dritte Versammlung verlief durchaus ruhig und in der vierten fand sich gar kein Widerspruch, so daß ich die Versammlung mit den Worten schließen konnte: ich nehme an, daß alle mit meiner Auffassung der Sache einverstanden sind; es gab auch keinen Lärm, sondern man ging ganz ruhig nach Hause.

Meine Herren, das habe ich gethan in dieser Frage, weiter nichts, für alles Uebrige bin ich durchaus nicht verantwortlich. Und nun frage ich, wenn ich nach alle dem, was ich Ihnen mitgetheilt habe, unsern jüdischen Mitbürgern als eine freundliche Mahnung zurufe: ein klein wenig bescheidener, ein klein wenig toleranter, etwas mehr soziale Gleichheit; — Meine Herren, das soll eine Versündigung sein an der Majestät des Judenthums?

(Sehr gut!)

Ich habe die Frage nicht behandelt als religiöse; das ist Sache der Mission, aber ich versichere Sie, daß noch nie in meinem Leben sich so viele Israeliten an mich wendeten, um ihnen Unterricht im Christenthum zu geben, als in diesen Monaten. Ich habe die Frage nicht behandelt als Racenfrage; ich weiß, daß das Christenthum sich durch die Racen und Völker hindurch brechen muß mit der siegreichen Gewalt des allmächtigen Gottes. Ich habe auch offen erklärt, daß ich gar nicht daran denke, den jüdischen Mitbürgern irgend etwas von ihrer staatsbürgerlichen Berechtigung zu nehmen,

(Hört! Hört! links)

gewiß nicht, meine Herren, das ist mein Standpunkt, ich habe

die Frage nur behandelt als eine ethische. Allerdings, das muß ich zugeben, ich habe sie in ungewöhnlicher Weise behandelt, in Volksversammlungen, und dabei tritt mir nun eine Opposition von mehreren Seiten entgegen. Der jüdische Gemeindevorstand, wie ich vorgestern gehört habe, hat sich über mich beschwert. Ich bedaure, daß er sich nicht bei mir selbst beschwert hat. Es haben sich öfters Juden an mich gewandt und ich habe mit ihnen eine ganz förderliche Korrespondenz geführt, — warum ist der Vorstand nicht einmal so freundlich gewesen, zu mir zu kommen und die Sache mit mir zu besprechen? Warum hat er den jüdischen Blättern in Berlin nie eine Mahnung gegeben, sie sollten sich in Acht nehmen, um diesen Funken unter der Asche nicht zur Flamme zu bringen?

Ich habe davon nie etwas gehört, ich habe nicht ein einzig mal gehört, daß dies unheilvolle Wort des Herrn Straßmann öffentlich getadelt wäre, auch nicht in der Stadtverordnetenversammlung, die doch für unkonstatirte Thatsachen gleich Verdammungssprüche hat.

(Bravo! Sehr gut! rechts und im Centrum.)

Es ist dann von anderer Seite gesagt, die Frage eigne sich nicht für Volksversammlungen, sie müsse wissenschaftlich behandelt werden. Meine Herren, ich kann das nicht zugeben, ich glaube, die Frage ist eine Frage der praktischen Gesetzgebung, und da wir im öffentlichen Leben stehen, da unsere ganze gesetzgeberische Organisation auf dem entweder theilweisen oder universellen Stimmrecht ruht, so sehe ich keine Möglichkeit, eine solche Frage von der öffentlichen Diskussion auszuschließen. Wenn wir sie ausschließen wollten, man würde uns danach fragen und wir müßten Stellung dazu nehmen. Ich kann auch nicht finden, daß die bloß wissenschaftliche Behandlung diesen Fragen irgendwie förderlich sein könnte, ebenso wenig wie der kirchenpolitischen. Und es ist mir etwas beruhigend gewesen, daß die beiden Herren, welche die Volksversammlungen ganz besonders verurtheilt haben, gewesene Minister sind. Ich kann mir wohl denken, meine Herren, daß Jemand, der im Staatsleben so hoch gestanden hat, einer Volksbewegung bedenklich gegenübersteht; aber wenn Herr Abgeordneter Hobrecht gesagt hat, das Beste an der sozialen Frage muß zuletzt der gesunde Sinn des Volkes thun! Wie wollen Sie denn an das Volk kommen, wenn Sie nicht in das Volk hineingehen? Ich bin unter das Volk getreten und habe die einfachen christlich-sozialen Anschauungen in sein Herz hineingerufen. Denn das ist meine tiefbegründete Ueberzeugung, daß unsere politischen wie sozialen Institutionen am sichersten ruhen auf der Achtung,

welche die unteren Volksklassen — um das Wort einmal zu gebrauchen — vor den höheren haben und daß Thron und Altar am besten begründet sind auf der vollen Liebe und Hingebung eines zufriedenen Volkes.

(Sehr gut!)

Gewiß würde auch diese ganze Bewegung nicht soviel Widerspruch gefunden haben, wenn nicht zuletzt etwas vorgekommen wäre, was den Berliner Fortschritt stutzig macht. So lange man die Bewegung in den Versammlungen niederschreien konnte, so lange fand sie keinen Anstand; man hat nur gespottet darüber, ich wundere mich nur, daß die Herren jetzt die Sache so ernsthaft nehmen.

(Heiterkeit.)

Wissen Sie, seit wann das ist? Seit in einigen Wahlbezirken der Herr Abgeordnete Straßmann unterlegen ist.

(Heiterkeit.)

Das war in der That der Anfang eines Sturmes der Entrüstung, den ich gar nicht begreife. Manchmal, wenn es sich darum handelt, daß der große Begründer unserer deutschen Einigkeit, der Fürst Reichskanzler, seine mühevolle Stellung aufgeben will, da lese ich in den Blättern von links nicht bloß: er kann gehen, nein, er muß gehen, und wenn der Stadtverordnetenvorsteher von Berlin in einem Wahlbezirk durchfällt, dann thut man, als ob ganz Berlin einfallen sollte.

(Große Heiterkeit. Ruf: Sehr gut!)

Dann treten sie hin und bedauern das wie Ausschreitungen, es sagt wohl gar ein Stadtverordneter, daß so etwas nicht vorkommen darf: wir sind freie Männer! Ja, meine Herren, so frei wie Herr Limprecht.

(Heiterkeit.)

Ich komme nun zu der Interpellation und zu der Petition, die von vielen Seiten ungünstig aufgefaßt wird.

(Ruf: Haben Sie sie unterschrieben?)

Nein.

(Ruf: Ja wohl, hier steht es im Reichsboten.)

Ich werde es gleich sagen, meine Herren, lassen Sie mir Zeit, ich werde Ihnen Alles ganz genau sagen.

(Große Unruhe.)

Meine Herren! Hören Sie mich einen Augenblick an, es wird Ihnen Alles klar werden; ich werde gerade so rein wie in anderen Dingen aus Ihrer Prüfung hervorgehen.

Ich habe diese Petition nicht erlassen; sie ist ein Beweis, wie es in allen Kreisen gährt und brodelt. Ich bin allerdings mit zur Berathung hinzugezogen und da habe ich erklärt, für mich wäre es als Anfang genügend, wenn man

nur den einzigen vierten Punkt aufstellte, also sich nur eine Statistik erbäte, damit diese wichtige Sache aus dem Stadium der Volksinstinkte auf das Niveau staatsmännischer Behandlung gebracht werden kann und ich kann in der That hier nicht unterlassen, die Herren Minister zu bitten, daß bei der bevorstehenden Volkszählung, wenn es möglich wäre, eine Berufsstatistik in konfessioneller Beziehung aufgestellt würde. Wir würden dann das Material vor Augen haben, das zu einer förderlichen ruhigen Behandlung der Frage Stoff bietet.

Daß die Petition kam, war doch eigentlich eine Nothwendigkeit. Ich bin von jüdischer und christlicher Seite gefragt, was ich eigentlich mit dieser Bewegung wollte. Könnte man darauf nichts anderes antworten als das: ich will die Gemüther aufregen, ich will die Instinkte wach rufen, — meine Herren, das wäre ein großer Frevel. Es ist ja das Eine, was unserm Volke noth thut: man muß die deutschen Gemüther wieder auf die Schätze des deutschen Wesens, man muß die christlichen Herzen wieder auf die unveräußerliche Bedeutung des Christenthums hinweisen. Das kann man für gewisse Kreise nur in öffentlichen Versammlungen, wie die Dinge in Berlin liegen. Ich habe oft gefragt: giebt es einen andern Weg? Nein, — hat man mir gesagt —, nur für Dich hat es Schwierigkeiten. Ja, das ist wahr, meine Herren, es hat Schwierigkeiten; aber es ist doch ein Werk, das gethan werden muß, und ich habe es mit Freuden gethan. Mit Recht wird man dann fragen: Wohin soll die Bewegung führen? Unter diesem Gesichtspunkt habe ich die Petition in der That willkommen geheißen als einen Anhaltspunkt für die künftigen Verhandlungen. Ich möchte so sagen: diese Petition ist wie ein Wehr, das hinein gebaut ist in den Fluß, man weiß ja, dann stürzen sich die Wasser über das Wehr hinüber, aber das Wehr hält doch die Wasser auf. So meine ich, ist uns auch diese Petition trotz aller damit verbundenen Unruhe für unsere Debatte ein Haltepunkt. Richtig verstanden ist sie nicht, ich glaube auch, daß der Herr Abgeordnete Hänel sie ungünstig aufgefaßt hat. Ihr Inhalt geht wirklich nicht darauf aus, wie es in dem Anschreiben auch gesagt ist, unseren jüdischen Mitbürgern die staatsbürgerlichen Rechte zu beschränken. Der erste Punkt kann gewiß so nicht verstanden werden, und ich erinnere daran, damit Sie das besonnene und maßvolle Auftreten in dieser Petition beurtheilen, daß darin von einer Masseneinwanderung gar nicht geredet ist.

Ich will noch Aufschluß geben über eine Sache. Meine

Herren, ich bin zu der Berathung der Petition zugezogen, habe sie aber beim erstmaligen definitiven Aussenden nicht unterzeichnet, ich habe sie nachträglich unterzeichnet.

(Große Heiterkeit links.)

(Abgeordneter Richter: Erst sagten Sie das Gegentheil!)

Ich habe ja gesagt, ich würde darüber die volle Auskunft geben; glauben Sie doch, wenn ich sage, ein Nein, ich brauche mich ja nicht zu schämen oder zu fürchten.

Also, meine Herren, in Bezug auf den ersten Punkt hat der Herr Abgeordnete Dr. Hänel selber nicht behauptet, daß damit irgend etwas den staatsbürgerlichen Rechten abgebrochen wird.

Beim zweiten Punkt, meine Herren, hat er das in der That behauptet; mich wundert, daß ihm der Wortlaut der Petition entgangen ist. Es steht da gar nicht, daß die Juden von obrigkeitlichen Aemtern zurückgehalten werden sollen, ausgeschlossen werden sollen, sondern von autoritativen Stellungen; das ist ein Unterschied. Die obrigkeitlichen Aemter sollen durch die autoritativen Stellungen erklärt werden. Es sind damit Stellungen gemeint, bei denen der Inhaber zugleich der persönliche Träger der ganzen obrigkeitlichen Gewalt ist, und ich glaube, da wird man mir zugeben, daß es in der That ein wünschenswerther Punkt ist, daß bei solchen Stellungen jemand, der mit dem Gesammtleben der Nation in Harmonie steht, grade an dieser Stelle sich befindet.

(Zurufe links. Rufe rechts: Ruhe!)

Von allen obrigkeitlichen autoritativen Stellungen, nicht Aemtern steht da.

Vizepräsident **v. Benda:** Ich bitte aber, diese ewigen Unterbrechungen zu unterlassen.

Abgeordneter **Stöcker:** Meine Herren, es ist doch klar, daß, wenn wir auch den israelitischen Mitbürgern die ganze Fülle der staatsbürgerlichen Rechte anvertrauen, daß wir sie ihnen nur in dem Maße geben können, als sie sich mit dem Charakter unserer Institutionen verträgt. Wir können doch nicht um dieses Achtzigstels unseres Volkes willen unsere Institutionen verändern oder Dinge schaffen, welche unserem Volkswohl sich vielleicht nicht förderlich erweisen. Auch in Bezug auf die Stellung als Einzelrichter sind mir Fälle bekannt, daß ein Einzelrichter ein Jude war, zwei Schöffen, die ihm zur Seite gestanden, gleichfalls Juden, so daß die Justiz von einem Kollegium von nur jüdischen Mitbürgern geübt wurde. Meine Herren, Sie werden mir zugeben, daß das kein wünschenswerther Zustand ist.

(Heiterkeit.)

Es kommt doch hier nur davon, daß Christen vor einem jüdischen Richter nicht schwören wollen, und der Eid ist etwas großes. Wenn jemand das in seinem Gewissen nicht kann, was wollen Sie dann thun? es hat immer Schwierigkeiten, wenn solche Dinge einem entgegentreten. Das Richteramt, zumal das des Einzelrichters, ruht ja doch auf dem Vertrauen des Volkes. Nun, meine Herren, wenn wir sehen, mit welcher Macht und Zahl die israelitischen Mitbürger in die Justiz eindringen, wenn wir erfahren, daß von 150 Referendarien am Amtsgericht I in Berlin 43 Israeliten sind,

(hört! hört! rechts)

dann muß uns doch in der That ein Bedenken kommen, und wir werden sagen können: es ist das eine beachtenswerthe Erscheinung für uns und für das ganze Land.

Wie wenig daran gedacht ist, jüdische Mitbürger in ihrem Rechte zu beschränken, können Sie daraus ersehen, daß, wenn die Israeliten nicht Einzelrichter, sondern Kollegialrichter werden, es ihnen denn desto besser geht. Israeliten sind vielfach beim Militär als Aerzte beschäftigt, als Professoren an den Universitäten; — dagegen ist in dieser Petition nichts gesagt. Es ist nur das gefordert, was gefordert werden mußte.

Der dritte Punkt, meine Herren, ist eine beständige konservative Forderung, daß in der Volksschule ein Israelit nicht Ordinarius sein kann, daß in den höheren Schulen das jüdische Element außer in Ausnahmefällen nicht angestellt werden soll, — eine alte konservative Forderung, von der wir im Interesse des Volkswohles nicht abgehen können. Und wenn, meine Herren, sich das jüdische Element allzusehr in unsere christliche Schulverwaltung mischt, wenn, wie ich z. B. in den letzten Tagen gesehen habe, mit dem Referat über die ungetauften Schulkinder in Berlin der jüdische Herr Horwitz betraut ist —

(hört! hört! rechts)

(Zurufe links: Ist gar kein Jude! Heiterkeit)

Er ist kein Jude, dann freut es mich sehr;

(Heiterkeit)

meine Herren, es hat unwidersprochen in allen Zeitungen gestanden. — Nun, ich will Ihnen einen andern Fall vorführen. In Westfalen hat ein jüdischer Simultanschullehrer neben seinem Amte im vorigen Jahre noch die Arbeit betrieben, Heirathen zu stiften, und man fand dies in der Schulbehörde nicht ganz passend. Darauf hat er geantwortet, nach jüdischen Begriffen sei das nicht unpassend.

(Heiterkeit.)

Er hat in einigen Fällen Geld dafür erworben, in anderen Fällen hat er andere Sachen bekommen und es ist ihm natürlich gesagt, das könne nicht wieder vorkommen; aber, meine Herren, es zeigt das doch, wie sehr die Anschauungen in diesen Dingen verschieden sind.

Von dem vierten Punkte, der amtlichen Statistik, habe ich bereits gesprochen, ich kann diesen Punkt jetzt lassen.

Es ist nun in der Interpellation gesagt, daß in dieser Sache Ausschreitungen vorgekommen wären. Meine Herren, ich leugne das nicht. Diese Szene in dem Pferdebahnwagen und manche andere Szenen sind mir persönlich außerordentlich unangenehm, aber ich muß doch sagen, daß es auch eine Ausschreitung ist, wenn man in diesem Falle in einer so großen Behörde, wie die Stadtverordnetenversammlung von Berlin ist, vor irgend einer geschehenen Untersuchung Urtheile fällt, über Menschen herzieht und nachher vor anderen Thatsachen steht. Ich kann nur sagen, meine Herren, der Stadtverordnete Hermes hat das nicht zum ersten Male gethan, er hat in einem ähnlichen Falle, als der Oberlehrer Rudolf —

(Zurufe links: es ist der Bruder.)

(Unruhe rechts)

als der Stadtverordnete Hermes in einem ähnlichen Falle bei dem Oberlehrer Rudolf es gerade ebenso machte, hat ihm dieser Herr in einer Broschüre nachgewiesen, daß ebenfalls unwahre Behauptungen zu Grunde lägen, und Herr Hermes hat dann in der Versammlung erklärt, da die Sache nun öffentlich besprochen sei, verzichte er auf disziplinarische Untersuchung.

(Hört! hört!)

Ja, meine Herren, das ist nicht die Manier, wie man eine so bedeutende und wichtige Sache öffentlich vertritt. Es ist von einer Beunruhigung in der Interpellation die Rede; ich leugne auch die nicht; nur liegt sie für mich in einer anderen Richtung. Es liegt in der jüdischen Literatur, und nicht bloß in der Zeitungsliteratur, eine beständige Beunruhigung für den, welcher sie kennt. Ich glaube, daß all' diese häßlichen Züge, welche uns aus der jüdischen Presse entgegentreten, begründet sind in einer Literatur, welche durchaus Tadel verdient. Ich will das hier nachweisen. Meine Herren, wir finden in der jüdischen Literatur, auch der gelehrten, niemals eine Anerkennung für das Christenthum, sondern eine schroffe Abweisung desselben, also gerade das Gegentheil von dem, was die Herren von drüben von uns fordern. Ein Professor Cassel schreibt:

Es wird wohl niemand in den Sinn kommen,

von einer bildenden Einwirkung des Christenthums, wenigstens während des Mittelalters, reden zu wollen. Und Geiger, dieser gebildete Reformjude, schreibt:

> Das Jüdische muß als eine ebenbürtige, ja als eine höhere Macht anerkannt werden, das offizielle Christenthum aller Orten, das katholische und das protestantische, ist mit geringen Ausnahmen bildungs- und freiheitsfeindlich.

Es hat der bekannte Schleiden ein Buch geschrieben: „die Romantik des Märtyrerthums"; darin sagt er:

> Heraklius brach mit echt christlicher Nichtswürdigkeit sein Versprechen."

Muß man sich nicht fast schämen ein Christ zu heißen! Ich will nicht noch mehr anführen. Ich habe diese Aussprüche in öffentlichen Versammlungen nicht angeführt, um nicht zu reizen, hier kann ich es thun.

(Zwischenruf.)

Das ist ein jüdischer Schriftsteller, sogar ein sehr angesehener Schriftsteller.

(Zuruf: er ist ein Christ!)

Nein, seien Sie unbesorgt, es ist richtig. Von diesem Schleiden ist dann ein Aufsatz erschienen: „die Bedeutung der Juden im Mittelalter" ein Jahr nach dieser Broschüre, der ist vom Ausschuß des deutsch-israelitischen Gemeindebundes herausgegeben, also gleichsam ein offizielles Buch, genau von demselben Schriftsteller, von dem ich eben diese Citate angegeben habe. Es ist dann von einem Rabbiner Kohrt, der später unter die Journalisten ging, aus dem Jahre 1872 im Kulturkampfe eine furchtbare Broschüre erschienen, wo die drei Dichterheroen, wie er sagt, Göthe, Schiller, Lessing dazu benutzt werden, um alles, was von Ihnen jemals gegen die christliche Kirche gesagt ist, ans Licht zu stellen. Sie werden mir zugeben, das ist ein schlechtes Geschäft, unsere deutsche Literatur dazu zu durchsuchen; und ich frage nun, wo ist der Haß? Meine Herren, dieser Haß fließt, ich kann es nicht leugnen, aus einer unbeschreiblichen Selbstüberhebung, welcher wir in dieser selben Literatur überall begegnen,

(Beifall! rechts.)

nicht bloß in der reformjüdischen Presse, sondern auch in der orthodoxen. Es heißt in dem „orthodoxen Israeliten":

> In seiner Gesammtheit der Fähigkeiten und Eigenschaften ist der Israelit vollkommen, und wie der Mensch im Mikrokosmus ist der Jude der Inbegriff der gesammten Menschheit. Daher geschieht jeder Fortschritt innerhalb der Menschheit für Israel, jede

Entdeckung, jede Entwickelung, sie alle vollziehen sich in erster Linie zum Besten unseres Volkes.

Als in Nürnberg die Synagoge eingeweiht wurde, rief der Rabbiner in Anwesenheit des christlichen Magistrats ihm entgegen:

„Der Jude in der Zerstreuung ist der Messias der Ewigkeit."

Meine Herren, das sind Aeußerungen, wie sie uns immer wieder begegnen, da sagt Dr. Duschak:

Der Israelit ist den wohlthätigen Winden gleich, der die bösen Dünste und Miasmen verscheucht; wie keine reine Atmosphäre ohne Winde möglich, so könnte die Welt nicht ohne Israel bestehen.

Naschor, der bekannte Reformjude, schreibt:

Jedes Sandkorn des jüdischen Stammes hat sich zugleich als Saatkorn erwiesen für echte und rechte Liebe in allen Zeiten und Ländern, wo Israel zerstreut ward.

Israels Sendung und Begabung ist, ein Leuchtthurm zu sein auf dem Gedankenmeer der Menschheit.

Das hören und lesen die jungen akademischen Israeliten; und es steigen in ihnen Gedanken auf, wie diese, daß ein junger Student schrieb:

„Ganz Israel auf dem großen Erdenrund hat eine gleiche heilige Seele."

Wo in aller Welt hat man solche Abgeschmacktheit, solche Absurdität gehört?

Menschen, welche der Menschheit in höherem Sinne nützen können, aus den Thürangeln der Weltmission heben zu wollen und sie einem Lebensberuf zu opfern, der Gemüth und Geist verödet. Nein, solche Thorheit muß man den Juden nicht zutrauen. —

Es handelt sich darum, Handwerker oder Arbeiter zu werden — das ist doch zu stark! Es kommt dazu, meine Herren, daß man niemals den freundlichen Ausdruck der Anerkennung für die Bedeutung des Christenthums in der Literatur findet. Vergleichen Sie nun diese Literatur mit der Zeitungspresse, so werden Sie finden, daß beides miteinander in engster Beziehung steht. Wenn aber die Minorität im Volke so über das reden will, was der großen Majorität heilig ist, wohin soll das führen? Toleranz ist das auf keinen Fall.

(Beifall rechts.)

Es ist nun noch gesagt, daß es ein Unrecht sei, dem Judenthum nachzusagen, daß es eine besondere Nationalität sein solle.

Meine Herren, es ist das doch der Fall. Es giebt gewisse Richtungen im Judenthum, anknüpfend an das Wort von d'Israeli, der sagt: „die Race ist Alles", welche in der That geeignet sind, die verwegensten Hoffnungen in dieser Beziehung zu nähren. So hat ein Dr. Kaufmann geschrieben:

> „Das Judenthum von heute ist im Erwachen und Erstarken seines nationalen Selbstbewußtseins begriffen. — Die messianische Zeit ist die Zeit, wo Israel den Willen haben wird, das nationale Banner aufzupflanzen. — Der Jude verlangt sein Recht als Angehöriger seines Stammes; er will als vollbürtiges Glied eintreten in die Gemeinschaft der Völker; das Blut der Propheten wallt auch in seinen Adern, die Stimme der Gottheit ruft ihn an; er weiß und bekennt und betont sogar, daß er anders ist, als die Uebrigen; ein Ende hat die Gleichmacherei."

Der Jude soll also auch mehr sein als die Andern; nicht Gleichberechtigung, sondern Mehrberechtigung wird hier gefordert.

Dann ist viel vom Patriotismus geredet. Nun, der Präsident Cremieux ist hier in Berlin in dem Synagogen gefeiert nach seinem Tode, der Mann, der jenes Edikt unterschrieb, welches unsere deutschen Mitbürger aus Frankreich damals austrieb.

(Hört! Hört! rechts.)

Erst als in der Oeffentlichkeit sich der Unwille dagegen zu regen begann, hat das Preisen und Rühmen des Mannes aufgehört.

So ist es nun nicht bloß in Deutschland, so ist es überall; auf der ganzen Erde herrscht derselbe hochmüthige, widerchristliche Geist. In Dänemark ist ein Dr. Brandes, der, so klug er ist, nichts lieber thut, als die christliche Kulturentwickelung in den Staub zu ziehen. Er sagt — — —

(Zuruf von links.)

Dr. Brandes ist ein Israelit.

(Ruf links: Brandes ist ein Atheist.)

Ja, das kann man ja doch sein, um so schlimmer für ihn.

(Unruhe.)

Der Mann sagt, als er auf das Mittelalter zu sprechen kommt:

> Als das Mittelalter dem Kannibalismus ähnlich war, erstand die Gothik — in einer solchen gothischen

Kirche tappt man herum, wie in einem hohlen Marterwerkzeug, und wenn die Sonne durch die bunten Fenster scheint, das ist wie Blut und Eiter.

Meine Herren! So muß man nicht reden über die Pracht und Herrlichkeit unserer christlichen Kunstentwicklung. Ein Mann, der so schreibt, taugt nicht, weder zum Lehrer, noch zum Professor für eine christliche Jugend.

(Sehr gut! links.)

Ich komme, meine Herren, nach diesen Citaten, die ich wirklich um das Zehnfache vermehren könnte, auf die gegen die Petition gerichtete Erklärung, eine Erklärung, welche in ungeheurer Weise die Sache entstellt und übertreibt. Nach allem, meine Herren, was Sie gehört haben, muß ich billig fragen: Ist es nun „Wahn, Fanatismus, künstlich angefachter Haß, Treubruch," ist es „gegen die Ehre unserer Nation, daß es eine antijüdische Bewegung giebt? Ist das wirklich ein treues Zusammengehen mit unserer Nation, wenn die Presse, nicht bloß die Tagespresse, sondern auch die Literatur, uns nicht bloß so kalt, sondern so absolut gehässig entgegensteht?" Meine Herren, das ist nicht Freundlichkeit, nicht Harmonie, es ist das Gegentheil.

(Sehr richtig!)

Man beruft sich auf das ideale Erbe der Fürsten, auf das Vermächtniß Lessings. Meine Herren! Führen Sie doch nicht immer ein literarisches Ereigniß, welches mehr als hundert Jahre alt ist, für politische Fragen der Gegenwart an. Und außerdem, der Nathan der Weise Lessings war kein Jude, und die Christen darin sind keine Christen und der Muhamedaner ist auch kein Muhamedaner,

(Lebhafte Zustimmung rechts)

sondern, meine Herren, der Jude im Nathan ist ein Christ.

(Widerspruch links)

Ja gewiß, meine Herren, innerlich. Ich bedaure, daß diese Erklärung von einigen Gelehrten unterschrieben ist, welche mit dieser Erkärung ihre ganze wissenschaftliche Vergangenheit desavouiren.

(Widerspruch und Lachen links.)

Der Professor Mommsen nennt das israelitische Volk „ein Element der nationalen Dekomposition", das heißt Zersetzung; er kann nicht sagen, daß dies selbe Element mit einem Male bei uns ein treues Zusammengehen mit dem deutschen Stamm herstellen kann. Es ist ganz unmöglich.

Es ist dann zuletzt in dieser Erklärung noch gesagt: gleiches Recht, gleiche Sonne im Wettkampf. Dabei muß ich einen Augenblick verweilen. Ich glaube, daß diese Er-

klärung darin sich durchaus versündigt, daß sie nicht gleiche Sonne giebt, sondern ein ganz verschiedenes Licht, auf der einen Seite nur Gunst und Freundschaft, auf der anderen Seite nur Verkennung und Entstellung. Was wir Christen, zumal in Berlin, fordern, was unsere Handwerker fordern, ist eben nur gleiches Licht im Wettkampf für Alle.

Der Herr Abgeordnete Richter hat mit einer Leidenschaftlichkeit, welche ich nicht verstehe, darauf hingewiesen, daß die Theilnehmer an den Gründungen von 1873 und 74 auf dieser Seite des Hauses säßen. Meine Herren, er hat von Neuem diesen Mythus von jenem Cato Censorinus, der mit dem Knüppel die Sozialdemokratie bearbeiten will, hervorgebracht. Ich muß sagen, mich indignirt das; ich glaube, daß diese Debatte heute eine Abrechnung für die Unwahrheit ist, welche damals geübt ist. Wenn Sie unter dieser Erklärung mehr als den vierten Theil von Männern lesen, welche in jenen Jahren ein, zwei, drei, fünf, ein Dutzend Mal theilgenommen haben an jenem Hexentanz ums goldene Kalb,

(Oho! links.)

dann können Sie nicht sagen, daß die Schuld allein auf Seiten der konservativen Partei sei.

(Rufe links: Namen nennen!)

Die Namen werden in der Presse genannt werden.

(Rufe links: Nein hier!)

Ich werde mich hüten. Ich kann sie Ihnen aber nennen, darauf können Sie sich verlassen.

(Unruhe. — Zurufe.)

Präsident: Meine Herren! Ich bitte um Ruhe. Nur Einer hat das Wort.

(Heiterkeit.)

Abgeordneter **Stöcker:** Ich komme zum Schluß meiner Rede.

Das, was ich im Namen des deutschen Volkes, im Namen des Handwerkers, des Bauern, die so oft sich an uns wenden in ihrer bitteren Noth, fordere, ist wirklich nur gleiches Licht im Wettkampf. Meine Herren, das können wir uns nicht verhehlen: das Judenthum als Finanz-, Handels- und Industriemacht hat bei uns sozial eine tiefgreifende und, ich glaube, nicht heilsame Bedeutung; indem es den Grundsatz einer weitgetriebenen Konkurrenz im Großen und im Einzelnen anwendet, führt es dahin, daß in Deutschland die Löhne so niedrig werden und bleiben, wie sie sind. Der Herr Abgeordnete Richter wird das wissen; es ist ein Argument, welches in seiner Partei sehr oft gebraucht wird

(Zuruf links: Dreiste Unwahrheit!)

Nun hat der Herr Vorredner durch seine Ausführungen allerdings jeden unbefangenen Berliner Vertreter gezwungen, das Wort zu ergreifen und wenn mein verehrter Freund Herr Dr. Langerhans mir auch die betreffende Bemerkung vorweggenommen hat, so muß ich doch nochmals auf das allerentschiedenste auf Grund der Ableugnung, die der Herr Abgeordnete Stöcker selbst seinem eigenen ersten Worte entgegengesetzt hat, Protest dagegen einlegen, daß überhaupt seine Ausführungen die Sympathie und den Beifall finden, der ihnen von der rechten Seite aus zu Theil geworden ist. Wenn alles das wahr wäre, was der Abgeordnete Stöcker ausgesprochen hat —

(oho! rechts)

ja wohl, ich werde Ihnen das beweisen, daß es nicht wahr ist — dann würden Sie ja berechtigt sein, auf seine Seite zu treten und ihn mit Ihrem Schild zu decken. Meine Herren, ich kann mich aber in diesen Beziehungen den Ausführungen meines Freundes Träger anschließen. Es ist außerordentlich geschickt von dieser Bewegung gewesen, sich gerade hinter Ihren Schild zu stellen! Ich kann mir lebhaft denken, daß das eine oder das andere Gefühl, was in Ihrem bürgerlichen Leben mal verletzt worden ist, Sie instinktiv dazu geführt haben kann, einer solchen Bewegung, wenn auch mit Vorbehalt sich anzuschließen. Diese Gemüthsseite ist nun im Lande mißbräuchlich ausgenutzt worden, und heute auf der Tribüne ist derselbe Versuch gemacht worden. Deshalb halte ich es vor allen Dingen für erforderlich, daß Sie sich selbst klar werden über das, was Ihnen berichtet wird und dazu dienen soll, auf das Gemüth einzuwirken, vielleicht gegen Ihre bessere Ueberlegung etwas zu thun, wozu Sie von Ihrem konservativen Standpunkt aus die Hand nicht bieten würden,

(Widerspruch rechts)

— ob es so nachgewiesen ist, wie es Ihnen geschildert wird. Deshalb leite ich meine Bemerkungen gleich mit einer ganz kurzen Blumenlese derjenigen Unrichtigkeiten und Unwahrheiten ein, die zur Basis dieser Ausführungen gemacht worden sind, die den Zweck haben sollen, Sie auf die andere Seite hinüberzuziehen. Zuerst also der Punkt, der schon berührt worden ist und der der allerkrasseste ist, der durch den stenographischen Bericht so festgestellt, festgenagelt ist, daß an ihm nicht mehr gedeutelt werden kann, das ist die Ableugnung der Unterschrift

(Widerspruch rechts.)

Abgeordnete Stöcker hat — ich beziehe mich auf den stenographischen Bericht und bin fest überzeugt, daß niemand von

Ihnen mich einer Mißdeutung dieses Berichts schuldig finden wird, wenn er ihn aufmerksam gelesen hat — zuvörderst auf Zwischenrufe von hier aus entschieden „nein" gesagt, daß er die Unterschrift gegeben habe; als ich dann von meinem Platze aus sein eigenes Organ mit seiner Unterschrift vorgezeigt habe, hat er sie anerkennen müssen.

(Widerspruch rechts.)

Das zweite Argument des Herrn Abgeordneten Stöcker geht dahin, daß in unseren Kommunen Mißbrauch getrieben würde durch den Einfluß, den die Juden auf gewisse Zweige der Schulverwaltung ausüben. Der Herr Abgeordnete hat dabei exemplifizirt auf dem Stadtverordneten Dr. Horwitz. Meine Herren, es ist aber in diesem Hause bekannt — und wer eine Anklage oder einen Angriff formulirt, hat die Pflicht und die Schuldigkeit, sich über die Wahrheit seiner Argumente vorher zu versichern — daß der Abgeordnete Horwitz bis zur vorigen Session Mitglied dieses Hauses gewesen ist und also in unserem parlamentarischen Handbuch der vorigen Legislaturperiode mit Angabe seines Glaubensbekenntnisses zu finden ist. Wenn nun der Abgeordnete Stöcker den Muth gehabt hat, hiermit einen Pfeil gegen uns abzuschießen, war es seine Pflicht und Schuldigkeit zu untersuchen, ob der Pfeil nicht auch vergiftet war, wie viele andere seiner Pfeile. Bei Nachlesung des Almanachs wird Herr Stöcker gesehen haben, daß der Abgeordnete Horwitz aber seinem Bekenntniß nach nicht Jude ist, sondern Christ, dann hat der Herr Abgeordnete Stöcker, um seine Position stärker zu machen, behauptet, daß ein Angriff gegen das Christenthum, den er verlesen hat, von einem Juden geschrieben sei und hat als Verfasser Dr. Schleiden genannt. Ich konstatire, daß Dr. Schleiden niemals Jude gewesen,

(hört! hört! links)

sondern als Christ geboren ist, wie mir von kompetenter Seite soeben bestätigt wird. Der Abgeordnete Stöcker hat es ferner für nothwendig gehalten zu behaupten, daß derjenige Hermes, der in der Stadtverordnetenversammlung seine Mißbilligung ausgesprochen hat über gewisse Vorkommnisse der Abgeordnete Hermes ist. Meine Herren, dem Abgeordneten Stöcker ist aber bekannt, daß der Herr Hermes, der dort gesprochen hat, nicht unser Kollege, der Abgeordnete, ist.

Präsident: Herr Abgeordneter Loewe, der Abgeordnete Stöcker hat nachträglich das selbst berichtigt und hat gesagt, er habe sich versprochen, er hat gesagt, es sei nicht der Abgeordnete, sondern der Stadtverordnete Hermes.

Abgeordnetet **Loewe** (Berlin): Ich gebe zu, daß der

wie die Juden in vergangenen Jahrhunderten und bis in unser Jahrhundert hinein behandelt worden sind! Noch im vorigen Jahrhundert ist es den Juden ausdrücklich verboten gewesen, Grundbesitz zu erwerben, sie konnten keinen Ackerbau treiben; es ist ihnen verboten gewesen, irgend ein Handwerk zu betreiben, weil die Zünfte dies für unverträglich hielten; es ist ihnen verboten gewesen, Handel nach Maß und Gewicht zu treiben, nur gewisse Zweige des Handels waren es, die von ihnen betrieben werden durften. Die Juden waren gezwungen, wie einer Ihrer Vorkämpfer sagt, mit alten Kleidern zu handeln — und nun, meine Herren, jetzt tadeln Sie das, jetzt wollen Sie sie niedertreten, weil sie noch mit alten Kleidern handeln? Ist das die Konsequenz unseres Jahrhunderts?

Erst im Beginn unseres Jahrhunderts hat eine erleuchtete Regierung, als es noch keine Volksvertretung gab, sich gesagt, daß zur Regenerirung unseres Staates und Volkes es nothwendig sei, diese wahnsinnigen Phrasen von Racen- und Klassenunterschied aus der Welt zu schaffen. Unsere Regierung hat damals dahin gewirkt, diese wahre Kulturmission durchzuführen. Aber wie erschwert ist dies worden durch derartige Kräfte, wie sie heute von Herrn Stöcker wachgerufen werden!

Ferner werfen Sie den Juden jetzt vor, daß sie aus der Vergangenheit gewisse Reichthümer herüber gebracht haben. Ja, meine Herren, bis vor noch ganz kurzer Zeit in unserm Jahrhundert war es den Juden absolut unmöglich, Aufnahme als Bürger zu finden anders, als im Besitz eines gewissen Kapitals; es wurde kein Jude in das Land gelassen, es wurde ihm nicht die Verheirathung gestattet, wenn er nicht nachwies, daß er im Besitze gewisser Kapitalien sei. Das ging sogar so weit, daß, wenn ein Jude sich verheirathen wollte, er außer dem Nachweise eines bestimmten Vermögens auch noch auf seine Kosten eine gewisse Menge von Porzellan ins Ausland exportiren lassen mußte. Jetzt, seitdem endlich den Juden volle bürgerliche Freiheit und Gleichberechtigung zugestanden ist, nicht bloß theoretisch auf dem Papier, sondern auch thatsächlich durchgeführt — jetzt können die besseren Kräfte im Judenthum dahin wirken, daß die Assimilirung allmählig vor sich geht, wenn wir auch deshalb nicht aus den Herzen unserer jüdischen Mitbürger, eben so wenig wie Sie Ihren Glaubensgenossen gegenüber, den Glauben ihrer Väter herausreißen wollen; nein, meine Herren, wir wollen auch in diesem Punkte dasselbe Recht, das Sie für *sich in Anspruch* nehmen, auch bei uns gelten lassen. Aber

wir wollen, daß eine wirkliche Verschmelzung und ein vollständiges Ineinanderleben vor sich gehen soll. Das ist indeß eine große und schwere Arbeit, der sich nicht verhältnißmäßig weite Kreise unterziehen können. Und was thun Sie in dem Augenblick, wo Sie sehen, daß es uns damit Ernst wird, und daß wir Erfolg haben in unserer Mission? In diesem Augenblick lassen Sie fanatische, andersgläubige Elemente gegen uns los in jenen Versammlungen des Herrn Hofpredigers Stöcker, durch die, wie er sagte, er seiner Mission genügen wird. Denn was er in Bezug auf die Friedlichkeit seiner Versammlungen schilderte, steht gerade so im Verhältniß zur Wahrheit, wie seine anderen heute gekennzeichneten Behauptungen.

(Oho! rechts.)

Ja wohl, meine Herren, warum werden denn die Stöcker'schen Versammlungen nach den Brandreden, die in ihr gehalten sind, nicht geschlossen? Weil Herr Stöcker sie sofort selbst schließt! Meine Herren, ist es denn nun eine Kunst, auch einen Juden zu finden, der in einer solchen Versammlung sich dem großmächtigen Hofprediger Stöcker zur Disposition stellt, um ihm ein Attest auszustellen, daß es sehr schön zugegangen ist?

Meine Herren! Es sind nun in der Debatte zum Theil in nicht bösgemeinter, aber in mißverstandener Weise einzelne Momente angeführt worden, die ich richtig zu stellen jetzt die Gelegenheit benutze.

Herr v. Heydebrand, der sich, wie ich anerkenne, von seinem Standpunkt so gemäßigt gehalten hat, daß seine Nachfolger von heute sich an ihm ein Beispiel hätten nehmen können, hat den Juden vorgeworfen, daß unter ihnen eine Organisation bestehe, die alliance israélite, die nach seiner Vorstellung die Aufgabe haben müßte, unter den Juden der ganzen Welt eine Verschwörung zu bilden. Nichts liegt dieser alliance israélite ferner, als derartige Gedanken, sie ist gebildet nach dem Vorbilde der evangelischen Alliance, sie hat gar keinen anderen Zweck, als unsere Glaubensgenossen im Orient, die noch im tiefsten Schmutz leben, die noch so von der Kultur unangefaßt sind, wie viele Tausende Ihrer Glaubensgenossen, die dort leben, und für die Sie ebenfalls wirken, aus dem thierischen Leben in ein besseres, intelligenteres zu führen. Meine Herren, wie die Leistungen der Alliance sind, die nur zu diesem Zweck Geld annimmt und ausgiebt, können Sie daraus ersehen, daß der Generalkonsul des deutschen Reiches in Marokko ausdrücklich einem unserer Freunde gegenüber anerkannt hat, daß die Schulen, die die jüdische Alliance dort hält, so vorzüglich sind, daß

zum Beispiel in Tanger die Kinder unserer christlichen Mitbürger, der Beamten, die wir dorthin schicken, diese Schulen besuchen, weil sie besser sind als die sonst vorhandenen. Das ist die Mission, der sich die alliance israélite unterzieht, gerade so wie die evangelische Alliance, und gerade so wie auch unzweifelhaft die katholischen Mitbürger große Organisationen über die ganze Welt haben. Ja, meine Herren, und wenn nun die Juden also bestrebt sind, sich durch ihre eigene Kraft und in ruhig arbeitender Weise aus dem Sumpf, in den sie vielfach durch die Politik der vergangenen Jahrhunderte hineingestoßen sind, heraus zu ziehen, dann machen Sie ihnen den Vorwurf, daß sie sich zu überheben suchen?

Aber, meine Herren, wir sind klar darüber, es ist unseren Feinden in Wahrheit nicht darum zu thun, uns daraus einen Vorwurf zu machen, wenn wir nicht für unsere jüdischen Genossen sorgen, im Gegentheil, sie wünschen im innersten Herzen bloß, es bliebe das ganze jüdische Volk in dieser Versumpfung, daß sie sich von Rechts wegen ihm zum Richter aufwerfen könnten. Das können Sie aber nicht! Nun kommen die jüdischen Mitbürger, die in sich den Drang und die Kraft fühlen, ihrem Vaterlande und ihrem Volke nützlich zu sein, natürlicherweise dadurch auch mit in maßgebende Positionen hinein. Und das, meine Herren, ist der Grund, weshalb jetzt in den christlich-sozialen Versammlungen gehetzt wird gegen diese Männer, die sich durch ihre Thätigkeit im öffentlichen Leben einen Ruf erworben haben, deren Verdienste man abzuschwächen sucht, indem man Haß und Mißtrauen gegen sie säet. Und nicht genug mit den alten Vorwürfen. Der Herr Abgeordnete Stöcker hat heute ein ganz neues Stichwort erfunden. Bisher sprach man bloß von der jüdischen Presse, von der jüdischen Börse, heute kommt der Herr Abgeordnete Stöcker und spricht von der jüdischen Industrie. Nun, meine Herren, also auch diejenigen Juden, die ihre Aufgabe darin gefunden haben, in unsere vaterländische Industrie einzutreten, auf die also der Vorwurf des „Schacherns" nicht paßt, die ehrlich bestrebt sind, mitarbeitend unsere vaterländische Industrie aufrecht erhalten zu helfen, auch diese werden in das Hephepgeschrei hineingezogen. Meine Herren, hiernach protestire ich dagegen, daß der Herr Abgeordnete Stöcker, wie er es gethan, im Namen der deutschen Nation irgend eine Forderung auszusprechen hat; die deutsche Nation steht auf einem höheren, idealern Standpunkte.

Nun, meine Herren, müßte man ja verzweifeln, wenn man *daran denkt, daß* Männer von der bürgerlichen Stellung des

Herrn Abgeordneten Stöcker in der Lage sind, in die Bewegung maßgebend eingreifen zu können, und, meine Herren, weil die Bewegung eine Zeit lang diesen Charakter der Verzweiflung annahm für Hunderttausende Ihrer Mitbürger, deshalb sind wir dahin gekommen, wir Fortschrittliche und Liberale, die Interpellation in das Haus einzubringen. Meine Herren, ich habe hier die Aeußerung gehört, es könnte uns bange sein um diese Interpellation, wir möchten sie lieber nicht eingebracht haben! Meine Herren, weit entfernt von alledem, was die Debatte auch Peinliches mit sich gebracht hat, uns ist diese Interpellation sehr erwünscht, denn sie hat zur Klärung der Verhältnisse sehr viel beigetragen: das deutsche Volk weiß jetzt, wo die Freunde und Feinde seiner Kultur stehen, diejenigen, die auf wahrhaft freisinnige Weise eine Fortentwickelung haben wollen, und diejenigen, die, wie hier ausgeführt worden ist, mit Mord und Todtschlag ihre Mission ausführen müssen.

In dieser ganzen Bewegung giebt es einen einzigen festen Punkt, den mußten die Liberalen suchen, und dieser Punkt ist die Haltung, welchen die Königliche Staatsregierung einnimmt. So lange die Organe der antijüdischen Bewegung durchschimmern ließen, daß sie nicht bloß auf eigene Verantwortung, sondern unter höherer Protektion arbeiteten, so lange die Regierung nicht in die Lage gebracht war, selbst zu erklären, daß ihm alle derartige Bestrebungen zuwider seien, so lange ging eine Beunruhigung durch unser Land. Seit dem vorgestrigen Tage ist die Sache geklärt. Von unseren Glaubensgenossen wird sich niemand mehr gezwungen halten, das Wort zu ergreifen, wir können das jetzt getrost unseren Freunden überlassen, die für die Verfassung eintreten; denn daß unsere Gegner den festen Wall der Verfassung nicht einrennen können, dafür ist unsere beste Gegegenwehr die feste, bestimmte Erklärung der Königlichen Staatsregierung; darauf bauen alle diejenigen, die da wollen, daß die gleiche Sicherheit für Alle gewährleistet ist — für die Juden, denn um die handelt es sich heute, über 4 Wochen handelt es sich wieder um ein anderes Opfer — für alle diejenigen Staatsbürger also, welche frei unter dem Schutz der Verfassung leben wollen. Von heute ab wird man aufs neue anerkennen müssen, daß Gleichberechtigung für alle Bürger dieses Staates existirt und daß durch Petitionen, wie sie der Herr Abgeordnete Stöcker mit in Scene gesetzt hat, keine rückläufige Bewegung zur Schande für unser Volk erreicht werden kann.

(Bravo! links.)

Präsident: Es ist der Schluß der Diskussion beantragt von den Abgeordneten Kalle und Reßler.

Ich bitte diejenigen Herren, die den Antrag unterstützen wollen, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus.

Auf der Rednerliste stehen noch gegen: die Abgeordneten v. Kröcher, Stroffer, Freiherr v. Minnigerode, Schmidt (Sagan), Dr. Franz, Dr. Lieber, Dr. Reichensperger (Köln) und Dr. Röckerath; für: die Abgeordneten Rickert, Reßler, v. Ludwig, Struve und Kieschke.

Ich bitte, daß diejenigen Herren, welche den Schluß herbeiführen wollen, sich erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit, der Schlußantrag ist abgelehnt.

Das Wort hat der Abgeordneter v. Kröcher.

Abgeordneter **v. Kröcher:** Meine Herren! Nach den Debatten von vorgestern und heute, nach der meines Erachtens glänzenden Rede des Herrn Abgeordneten Stöcker, bei der großen Zahl der Redner, die Sie ja alle noch hören können, wenn Sie wollen, werde ich mich enthalten, auf die Judenfrage selbst einzugehen, und nur über die Interpellation sprechen. Ich denke sie in einer ganz kurzen Ausführung und zwar auch nur in dem Sinne zu beleuchten, für wen diese Interpellation opportun, für wen sie inopportun ist.

Ich bin dazu von dem Herrn Abgeordneten Richter veranlaßt, welcher davon sprach, daß es für das Centrum wohl besser gewesen wäre, wenn der Herr Abgeordnete Bachem nicht gesprochen hätte, und daß es für uns, die Gegner der Interpellation, inopportun sei, dieselbe überhaupt ausführlich zu behandeln. Nun, meine Herren, ich bin anderer Ansicht, ich bin der Meinung, daß die Partei, welche ein Interesse hat, diese Debatte abgebrochen zu sehen, welche ein Interesse daran gehabt hätte, die Interpellation nicht in's Haus kommen zu sehen, die Fortschrittspartei ist.

Meine Herren, was sind denn eigentlich für schreckliche Dinge passirt, die die merkwürdige Erscheinung ins Leben gerufen haben, daß die Fortschrittspartei als Hüter der Gesetze der Königlichen Staatsregierung und der konservativen Partei gegenüber auftreten zu müssen geglaubt hat? Also der Herr Hofprediger Stöcker hat einige Volksversammlungen abgehalten, in denen er in der maßvollsten und ruhigsten Weise die Judenfrage behandelt hat. Diese Volksversammlungen sind von etwas mehr Leuten besucht gewesen, wie Ihnen lieb

gewesen zu sein scheint. Meine Herren, fehlt es Ihnen denn ganz an Kräften, um auch Volksversammlungen abzuhalten? Halten Sie doch auch welche ab, melden Sie sich den Gesetzen gemäß an, wie es Herr Stöcker gethan hat und es wird Ihnen nichts in den Weg gelegt werden. Sie werden ja dann die urtheilsfähigen Männer um sich versammeln, und können getrost uns Dunkelmännern, der „im Dunkel schleichenden Bewegung", den Haufen, wie in der Erklärung der Herr Dr. Albrecht und Genossen so geschmackvoll, oder „den Mob", wie Herr Abgeordneter Richter noch schöner sagte, überlassen.

Nun, meine Herren, sind auch einzelne Ausschreitungen vorgekommen, unter andern die bekannte Pferdebahnangelegenheit. Na, so etwas kommt ja alle Tage in Berlin vor, aber Dank dem erfolgreichen Widerstand, welchen wir seit 32 Jahren Ihren auf das Gegentheil hinzielenden Bestrebungen entgegengesetzt haben, hat ja die Königliche Staatsregierung und sogar die Polizei die Macht, alle diese Ausschreitungen im Keime zu ersticken.

Nun komme ich zur Petition. Hier schicke ich voraus, da die Herren auf der Seite (links) so viel Gewicht auf das einzelne Wort legen, namentlich der Herr Abgeordnete Löwe, daß der Herr Abgeordnete Stöcker bestritten hat, die Petition unterschrieben zu haben. Ja, meine Herren, wenn wir die Worte auf die Goldwage legen, dann bestreite ich Ihnen auch, die Petition unterschrieben zu haben. Ich habe die Petition auch nicht unterschrieben, ich habe bis jetzt nur den Aufruf unterschrieben, der die Petition vorbereitet. Ich weiß überhaupt noch niemand, der die Petition unterschrieben hat; hoffentlich werden es recht viele werden. Wenn Herr Stöcker etwas unterschrieben hat, hat er auch nur den Aufruf unterschreiben können.

Also, meine Herren, wir haben eine Petition gerichtet an den Fürsten Reichskanzler. Das können Sie ja auch!

(Heiterkeit rechts.)

Bei Ihrer großen geistigen Ueberlegenheit — Sie behaupten ja immer, daß Sie die Koryphäen der Wissenschaft in Ihren Reihen haben — bei der Güte der Sache, die Sie zu vertreten haben, wird es Ihnen ja nicht schwer werden, nach Form und Inhalt ein Werk herzustellen, welches das Machwerk der Dunkelmänner weit in den Schatten stellt, und Sie werden hier in der Metropole der Intelligenz allein ja wohl so viel Unterschriften für die Petition finden, daß Sie der Provinzen gar nicht bedürfen und das bethörte Volk dort uns ruhig überlassen können.

(Heiterkeit rechts.)

Sie haben einigemale von jener Seite des Hauses uns auseinandergesetzt, was Sie für konservativ halten, und was Sie an uns für nicht konservativ hielten. Erst vorgestern hat der Herr Abgeordnete Träger die Güte gehabt, uns darüber eine kleine Belehrung zukommen zu lassen. Nun, meine Herren, gestatten Sie mir, daß ich in aller Bescheidenheit auch mal sage, was ich für liberal oder was ich an Ihrer Interpellation und Ihrem Auftreten für nicht liberal halte. Für nichtliberal halte ich es, bei Ausschreitungen politischer Gegner sofort nach der Polizei zu rufen und die Hülfe der Regierung in Anspruch zu nehmen;

(sehr gut! rechts)

für nichtliberal halte ich es, in gesetzlichen Schranken sich bewegenden Bestrebungen der politischen Gegner auf dem Boden des Versammlungs- und Petitionsrechts hindernd in den Weg zu treten.

(Sehr richtig! rechts)

Wollen Sie die Polizei verstärken, wollen Sie das Versammlungs- und Petitionsrecht schmälern — meine Herren, machen Sie ihre bezüglichen Anträge; wir werden sie wohlwollend prüfen

(große Heiterkeit)

und, soweit es unsere konservativen Grundsätze zulassen, Ihnen freundlichst entgegenkommen.

(Heiterkeit rechts)

Also, meine Herren, Sie haben einen Theil Ihrer liberalen Grundsätze mit Ihrer Interpellation aufgegeben;

(sehr wahr! rechts)

Sie werden sie vielleicht wieder aufnehmen, aber in diesem Moment haben Sie sie jedenfalls fallen lassen. Und, meine Herren, was haben Sie nun erreicht? man kann wirklich sagen: tant de bruit pour une omelette! Was haben Sie erreicht? Nun, meine Herren, ich habe das Gefühl, Sie würden die Interpellation gerne ungeschehen machen.

(Sehr wahr! rechts.)

Sie haben damit erreicht, daß Sie eine Propaganda für unsere Petition gemacht haben, wie wir sie uns wirklich nicht schöner hätten malen können; Sie haben damit erreicht, daß die Judenfrage hier in sachlicher Weise hat erörtert werden können, daß der Abgeordnete Stöcker Gelegenheit hatte, seine Prinzipien in dieser Angelegenheit auseinanderzusetzen. Das ist eigentlich das Ganze, weiter haben Sie ja nichts erreicht.

Wenn Herr Löwe sagt, er wäre mit der Antwort der Königlichen Staatsregierung so sehr zufrieden gewesen, so *stimme ich damit* vollständig überein; ich bin auch außer-

ordentlich befriedigt darüber, ich habe sie mir auch nicht schöner denken können.

(Heiterkeit rechts.)

Nun, meine Herren, ich komme jetzt dazu: was hatten Sie für Gründe, die Interpellation einzubringen? Vielleicht dachten Sie, daß Sie der Königlichen Staatsregierung eine kleine Verlegenheit bereiten könnten. Das ist nicht gelungen. Ich kann mir auch psychologisch erklären, wie Sie dazu kamen. Herr Stöcker hat schon gesagt, daß, seit Herr Straßmann nicht wiedergewählt ist als Abgeordneter für die Stadtverordnetenversammlung, von dem Momente an die Agitation gegen die antijüdische Strömung losgegangen wäre, von da ab wären die Herren böse geworden. Nun, meine Herren, ich kann mir ja sehr wohl denken, daß Sie einige Besorgniß sowohl für Ihre Sitze in der Stadtverordnetenversammlung wie hier fühlen, das kann ja passiren. Aber, meine Herren, ich möchte Ihnen doch — man soll ja von seinen Gegnern am meisten lernen können — den Rath geben: wenn Sie künftig wieder eine ähnliche Besorgniß fühlen, dann lassen Sie es nicht gleich merken.

(Sehr gut! rechts. Heiterkeit.)

Nichts, meine Herren, entmuthigt den Soldaten so, als wenn der Führer Furcht zeigt, und nichts entmuthigt die Wähler so, als wenn die Führer der Partei Furcht zeigen. Meine Herren, es ist ein verhängnißvoller Irrthum für eine politische Partei, wenn sie glaubt, einen schwindenden Einfluß durch das Darangeben von Prinzipien wiederzugewinnen. Die Geschichte lehrt, daß der Einfluß nicht wieder gewonnen wird, und daß die Prinzipien verloren gehen. Das wird Ihnen noch öfter begegnen, wenn Sie noch öfter Operationen wiederholen, wie die Einbringung der Interpellation des Abgeordneten Hänel. Meiner Meinung nach haben Sie dadurch, daß Sie Ihre Vergangenheit, die Sie zu dem gemacht hat, was Sie sind, preisgegeben haben, auch die Zukunft geopfert. Mit der Interpellation Hänel haben Sie die Säge an den Ast gelegt, auf dem Sie sitzen, und die Folgen werden nicht ausbleiben.

(Heiterkeit und Bravo! rechts.)

Präsident: Es ist abermals der Schluß der Diskussion beantragt von den Abgeordneten Wagener und v. Liebermann. Ich bitte diejenigen, welche den Antrag unterstützen wollen, sich zu erheben.

(Pause.)

Die Unterstützung reicht nicht aus, der Schlußantrag ist also abgelehnt.

Das Wort hat der Abgeordnete Rickert.

(Ruf rechts: Hört, hört!)

Abgeordneter **Rickert:** Meine Herren, ehe ich noch etwas gesagt habe, rufen mir die Herren auf dieser Seite des Hauses im Centrum jetzt schon hört, hört! zu. Ich habe die Bitte an die Herren Kollegen schon lange aussprechen wollen, daß Sie mir doch in öffentlicher Diskussion dasjenige sagen, was Sie auf dem Herzen haben, ich werde Ihnen dann auch in öffentlicher Diskussion antworten.

Zunächst habe ich eine persönliche Bemerkung gegen den Abgeordneten Stöcker zu machen. Der Abgeordnete Stöcker erklärte unter anderem, der vierte Theil der Männer, welche die bekannte Erklärung gegen die Judenhetze unterschrieben haben, gehöre zu denjenigen, welche Theil genommen haben an dem Hexentanz um das goldene Kalb. Ich gehöre zu den Männern, welche diese Erklärung gegen die Judenhetze aus voller innerster Ueberzeugung unterschrieben haben. Ich habe also das Recht, den Herrn Abgeordneten Stöcker zu fragen: wer sind die Männer, die unter der Erklärung stehen und welche an diesem Hexentanz um das goldene Kalb theilgenommen haben.

(Hört! Hört! links.)

Wird der Abgeordnete Stöcker nicht hier auf der Tribüne, auf der er diese Verdächtigungen ausgesprochen hat, die Antwort geben, dann werde ich erklären, daß man sie gemißbraucht hat, und daß er eine ebenso haltlose, unbegründete Behauptung ausgesprochen hat, wie ihm das schon von anderen Seiten nachgewiesen ist. Ich glaube, Sie sind dazu verpflichtet; es ist Ehrensache, wenn man derartige Behauptungen aufstellt, daß man sofort und ungesäumt die Namen derjenigen Männer nennt, die man meint, und ich glaube, daß ich und diejenigen Kollegen, Weber und Virchow, die diese Erklärung auch unterschrieben haben, ein Recht darauf haben, diese Namen hier zu hören. Wir werden dann mit Herrn Stöcker weiter sprechen, wenn uns die Namen vorliegen.

Meine Herren, der Herr Vorredner sagt, er wundre sich darüber, daß von liberaler Seite der Ruf nach der Polizei erschollen sei; wir möchten doch Anträge auf Beschränkung des Versammlungsrechts u. s. w. einbringen, dann würde der Herr Abgeordnete Kröcher die Güte haben, sie in seine wohlwollende Erwägung zu nehmen. Ja, meine Herren, das wissen wir; wir danken Ihnen aber bestens für Ihr Wohlwollen, wir brauchen dasselbe in diesem Falle so wenig wie im anderen. Wir haben auch nicht den Ruf nach Polizei erhoben, sondern was wir gethan haben, das will ich dem Abgeordneten von Kröcher sagen, da er es noch nicht zu wissen *scheint*. Wenn ein Anschreiben in 100.000 Exemplaren ver-

breitet wird, von dem der Herr Interpellant Hänel bereits Kunde gegeben hat, in dem es heißt: „wir werden die Petition in 100.000 Exemplaren successiv versenden an sämmtliche Organe, sogar auch an die Königlichen Landräthe, an die Superitendenturen, die landwirthschaftlichen Vereine, die Richter, Aerzte u. s. w." und wenn es dann weiter heißt:

„alle etwa weiter gehenden, noch so berechtigt scheinenden Wünsche müssen vor der Hand wenigstens schweigen.

(Hört! hört!)

Wir haben dagegen allen Grund zu der Annahme, daß die von uns formulirten Bitten eine aufmerksame Beachtung der Staatsregierung finden werden.

(Hört! hört!)

Nun, meine Herren, scheint Ihnen das in der That so harmlos, wenn Männer, deren Namen zum Theil bekannt sind, die in angesehenen Stellungen sind, sogar Mitglieder des Herrenhauses, wenn die vor den Wählern, vor dem Landrath erklären:

Wir haben allen Grund zu der Annahme, daß die von uns formulirten Bitten eine aufmerksame Beachtung der Staatsregierung finden werden —

(Zwischenrufe rechts)

Ist es Ihnen unangenehm, daß diese Sachen jetzt hier an die Oeffentlichkeit gebracht sind?

(Rufe rechts: nein!)

Nun, meine Herren, wenn Ihnen das nicht unangenehm ist, dann freuen Sie sich doch mit uns. Wir rufen nicht etwa die Polizei an gegen derartige Petitionen, dazu braucht man keine Polizei — sondern wir wünschen nur, daß die Königliche Staatsregierung durch ihre Vertreter hier offen davon Kunde gebe, daß derartige Petitionen eine Berücksichtigung nicht werden zu erfahren haben. Das war der Grund; wir wollten es nicht dulden, daß die Unterzeichner der Petition die Leute im Lande in dem Glauben bestärkten, daß aller Grund wäre zu „der Annahme, die Königliche Regierung würde dieser Petition aufmerksame Beachtung schenken".

Meine Herren, nennen Sie das die richtigen Waffen, mit denen Sie Ihren Grundsätzen vollen Eingang schaffen in große Kreise der Bevölkerung? Ja, meine Herren, ich glaube, es würde vielen sehr recht gewesen sein, wenn hier im Abgeordnetenhause die Sache verschwiegen worden wäre, bis diese 100.000 Exemplare an ihre Adresse gekommen wären.

und ihre Wirkung gethan hätten. Das, meine Herren, glauben wir verhindert zu haben

(lebhafter Widerspruch rechts)

zum großen Theile; wir werden ja abwarten, wieviel landwirthschaftliche Vereine und insbesondere, wieviel Landräthe es in Preußen giebt, die es wagen, ihre amtliche Autorität dazu zu mißbrauchen, daß sie derartige Petitionen an offizieller Stelle unterstützen oder Hülfe dazu leisten.

Meine Herren, es ist leider wahr, alle wir Deutschen müssen einen tief beschämenden Eindruck von der Debatte dieser Tage haben;

(Widerspruch rechts)

nicht sowohl über die Art, wie die Debatte stattgefunden hat, sondern daß sie überhaupt hat stattfinden müssen. Ja, meine Herren, ist denn das nicht wahr, was das erste Blatt in Europa, die Times, welche als solches allgemein anerkannt ist, sagt? —

(Widerspruch rechts)

Von Ihnen wird dieses Blatt nicht als solches anerkannt? Darüber mögen andere außerhalb dieses Hauses urtheilen, ob die Times es ist. — Ist es nicht wahr, daß die Times Recht hat, wenn sie ihren dritten Leitartikel der Nummer vom 18. November so anfängt:

> „Der Brief, welchen wir heute Vormittag von unserem Berliner Korrespondenten bringen, richtet die Aufmerksamkeit auf einen der schimpflichsten Züge des modernen deutschen Lebens"

und daß die Times schließen muß:

> „Außerhalb Deutschlands wird, wir sind dessen überzeugt, dieser Wiederbelebung der Leidenschaft einer vorübergegangenen Zeit wenig Sympathie bewilligt werden. Es ist eine Satire auf die Kultur, welche Deutschland so hoch schätzt, ein Pasquill auf die wirkliche Gutartigkeit der deutschen Natur, daß in Berlin, der Stadt, welche beansprucht, so viel für den Fortschritt und die Aufklärung gethan zu haben, eine Bewegung aufgekommen ist u. s. w.

Ja, meine Herren, es ist traurig genug, daß wir uns dergleichen Dinge von dem Auslande sagen lassen müssen.

(Widerspruch rechts, Zustimmung links.)

Ich glaube aber auch, das Ausland wird davon Notiz nehmen, daß dieser Bewegung von vornhein von allen freiheitlich denkenden Männern in der Nation entgegengetreten ist und daß wir die Beleidigung, den Schimpf, der unseren *deutschen Mitbürgern*, den Juden, angethan ist, als eine

persönliche Beleidigung empfinden, die uns angethan ist.

(Widerspruch rechts.)

Ist es erhört, daß in diesen Räumen fortwährend das Wort „jüdische Mitbürger" in Zusammenhang mit „Unehrlichkeit" im Erwerbe und anderen ähnlichen Dingen in Verbindung gebracht wird? Sind das nicht unsere deutschen Mitbürger, die so angegriffen werden, und empfinden Sie dies nicht wie wir auch als eine ihnen angethane Beleidigung?

(Nein! rechts.)

Wenn Sie diese Empfindung nicht haben, — ich bedaure es tief; aber ich kann sagen, daß ich in diesen Tagen wirklich mit Scham es empfunden habe,

(Oho! rechts)

ja namentlich heute, daß ein Theil unserer deutschen Mitbürger, die Männer in ihren Reihen haben, die meine besten Freunde zu nennen ich stolz bin, in solcher Weise angegriffen werden.

(Zuruf.)

Ja, treffen Sie diese Männer denn nicht, auch diejenigen nicht, die in unsern Reihen sitzen, wenn Sie fortwährend von „jüdischem" Wucher, „jüdischer" Konkurrenz, „jüdischer" Unsittlichkeit sprechen? Meine Herren, die Juden sind deutsch.

(Widerspruch rechts.)

So! meine Herren! Sie sagen Nein, keine Deutschen sind es? Das begreife ich nicht. Was sind sie denn?

(Ruf: Juden!)

Ja, ja, meine Herren, das ist ja eben der Standpunkt, auf dem Sie stehen! Sie verletzen aber unsere Verfassung und besonders den Geist der Verfassung, wenn Sie sagen, daß die Juden keine Deutschen sind. Sie verletzen jene großen Grundsätze, welche einer der größten deutschen Fürsten, Friedrich der Einzige, schon vor der Verfassung ausgesprochen hat, und von dem mein Freund Seyffarth einen Ausspruch angeführt hat, den Sie in Ihre Herzen und Gemüther einschreiben sollten:

> Die Juden sind allerdings Deutsche, sie sind es Kraft der Geburt, der Gesetze, der Verfassung, die Sie, meine Herren, beschworen haben; und es leugnen, heißt die Verfassung, heißt die Gesetze dieses Landes leugnen.

(Widerspruch rechts.)

Ja, meine Herren, es ist traurig, daß man hier mit dem ABC unserer Verfassungsverhältnisse anfangen muß,

(Heiterkeit)

ja, meine Herren, angesichts Europas. Ich hoffe aber, die Nation wird eine Antwort geben, die Sie verdienen.

Meine Herren, nach dem ersten Tage, als die Debatten hier beendigt waren, nachdem die Abgeordneten Windthorst und v. Heydebrand gesprochen hatten, war ich der Meinung: es ist doch ein Glück, im ganzen Abgeordnetenhause ist eigentlich niemand, der sich mit dieser Bewegung identifizirt. Meine Herren, niemand hat es vorgestern gewagt, dieser Petition das Wort zu reden. Der Abgeordnete Dr. Windthorst hat in schneidenden Ausdrücken dem Abgeordneten Stöcker sehr klar und deutlich gesagt, was er über die Agitation der sogenannten Christlich-Sozialen außerhalb des Hauses denke. Ja, meine Herren, der heutige Tag hat die Scene verändert. Auch wir wären ruhig geblieben und hätten uns nicht an der Sache betheiligt, wenn nicht der Abgeordnete Bachem damit angefangen hätte, sich zu identifiziren mit jenen Bestrebungen außerhalb, und der Abgeordnete Stöcker nicht mit noch schärferem Nachdruck die Uebereinstimmung mit diesen Bestrebungen ausgesprochen hätte. Herr Stöcker hat gesagt: er hätte alles mögliche gethan, — ich möchte gerne seine eigenen Worte möglichst genau anführen — um die Agitation in eine friedliche Bahn zu lenken, er hätte alles gethan, um die Pfeile gegen die Juden möglichst abzustumpfen. Das also nennt Herr Stöcker den mildernden Einfluß, wenn er Reden hält wie zum Beispiel folgende — ich habe mir auch die Mühe genommen, die Reden des Herrn Stöcker durchzulesen und zwar nicht nach den Berichte der „Post", denn die scheinen ja die Herren, nach den Zurufen dem Herrn Abgeordneten Richter gegenüber zu urtheilen, auch für ein Judenblatt zu erklären,

(Heiterkeit.)

sondern nach der Kreuzzeitung und dem Reichsboten. Die sind vielleicht vor dem Verdacht sicher. Da sagt der Herr Kollege Stöcker in einer derartigen Versammlung, wo er angeblich also nach seinen Aeußerungen zu Frieden, Milderung und so weiter die Gemüther angeregt — da sagt er über das Judenthum:

> Es ist leider so weit gekommen, daß auch für viele Christen — nachdem er gesagt hat, es sei allgemein zugegeben, daß die Israeliten, namentlich bei den Gründungen betheiligt waren, daß der Giftbaum der *Börse fast* ganz in ihren Händen ist — es ist leider

so weit gekommen, daß auch für viele Christen der Mammon Gott, die Börse Tempel, und der Kourszettel das einzige Buch ist, das ihnen heilig erscheint. Wahrlich, einen derartigen Zustand verträgt auf die Dauer keine Nation. Auch verwerfliche Geschäftsgrundsätze, wie sie namentlich von jüdischen Geschäftsleuten angewendet werden, werden unserem Volke recht gefährlich. Von schlechten Geschäftmanieren jüdischer Händler ist neuerdings manches in die Oeffentlichkeit gekommen. Vallentin ist auch ein Israelit. Wenn mir nicht ein Gedicht vom Mühlendamm in die Hand gekommen wäre, in dem dieser Händler ein „frommer Mann" genannt wird, so würde ich ihn nicht genannt haben. Das ist eben die große Gefahr, daß solche Dinge selbst gebraucht werden gegen die Frömmigkeit und gegen den Glauben, die dem Volke in solcher Weise unvermerkt verächtlich gemacht werden. Der Apotheker, der im Jahre 1866 die Arzneimittel verfälschte, die er zur Heilung der Wunden unserer preußischen Soldaten zu liefern hatte, war ein Israelit; ein israelitischer Bankier war es, der zuerst im Jahre 1871 auf die französische Kriegsanleihe zeichnete. Vor einiger Zeit wurden Wagenladungen voll unsittlicher Schriften bei zwei jüdischen Händlern konfiszirt.

(Rufe: Pfui!)

Durch fingirte Ausverkäufe, Konkurse und so weiter suchen nicht wenige jüdische Geschäfte Gimpel auf den Leim zu locken. Zu diesen Geschäftsmanipulationen gesellt sich der Wucher. Man denke an Oberschlesien. Diese Thatsachen, die aktenmäßig feststehen, lassen sich nun einmal nicht wegwischen.

Das nennt Herr Kollege Stöcker einen mildernden Einfluß ausüben,

(Heiterkeit!)

um Feindseligkeiten gegen die Juden nicht aufkommen zu lassen. Ja, Herr Kollege Stöcker, ist dies das Evangelium der Duldsamkeit und Liebe, die der Stifter unserer Religion verkündet hat, ist das die Demuth, die er gepredigt hat? Vor allem sollte diese Demuth und Liebe sich doch darin äußern, daß man nicht eine ganze Klasse unserer deutschen Mitbürger ganz ungerechtfertigt in dieser Art verdächtigt. Ich habe einen anderen Begriff vom Berufe christlicher Demuth und Toleranz, wie sie der Stifter unserer Religion gepredigt

hat; ich verstehe sie anders, als wie sie sich kundgiebt in derartigen Anklagen in Volksversammlungen.

Herr v. Heyden liebt ja die Volksversammlungen nicht, er hat ja zu dem Abgeordneten Richter gesagt, er sei lange nicht in einer Volksversammlung gewesen.

(Zurufe von rechts: den Ton in derselben!)

Ja, Herr v. Minnigerode, gefällt Ihnen dieser Ton: der Apotheker von 1866 war „ein Jude," der Kaufmann von 1871 war „ein Jude" u. s. w.? Also dieser Ton gefällt Ihnen so außerordentlich? Es ist sehr gut, daß Sie das vor dem Volke klarstellen. Wenn die Debatte einen Werth hat, — für uns ist sie peinlich genug —

(Lachen rechts)

das Gute aber hat sie jedenfalls, daß sie endlich Klarheit geschaffen und den Schleier weggerissen hat von dieser Agitation mit ihren letzten Zwecken, einer Agitation, die dazu bestimmt schien, zunächst heimlich zu wirken, bis sich die Kadres gefunden hätten. Diese Klarheit ist erwünscht, und wir haben allerdings die Ueberzeugung, daß die Nation nicht gewillt sein wird, mit Ihnen (rechts) zu gehen in dieser Art der Duldsamkeit und Verfriedlichung der Gemüther.

(Zuruf.)

Diese Meinung haben wir, und, es wird sich bald zeigen, ob mit Recht.

Nun sagt der Herr Kollege Stöcker — ich will auf seine Auseinandersetzungen über den Unterschied zwischen „sozialistisch" und „sozial" heute nicht eingehen, wir finden wohl einmal die Gelegenheit. Ich muß die Sache noch erst studiren — ich sage das ganz offen — denn meine Herren, die kurzen Erklärungen, die der Herr Stöcker abgegeben hat, waren so programmatischer Natur, so im Lapidarstyl gehalten, daß es einem andern armen Sterblichen, wie ich es bin, der zwar auch glaubt, etwas in diesen Wissenschaften Bescheid zu wissen, aber doch bis in die Tiefen noch nicht gedrungen ist, wo sich in diesen kurzen Sätzen des Herrn Stöcker die Schlußresultate derselben dokumentiren; — ich sage, daß es einem gewöhnlichen Sterblichen nicht möglich war zu folgen, geschweige denn zu begreifen; ich bekenne das ganz offen, ich bin noch nicht soweit, werde mir aber Mühe geben, den Herrn Stöcker in seinen wissenschaftlichen Unterscheidungen zwischen „sozial" und „sozialistisch" zu folgen — ich glaube, er hat auch noch weiter den Ausdruck „sozialdemokratisch" genannt. Wir werden dann auch Gelegenheit haben, von Grund aus das Programm *zu beleuchten mit* seinen obligatorischen Arbeitsversicherungen,

dem Staatsbetrieb u. s. w. Auf diese Frage gehe ich heute nicht ein.

Herr Stöcker sagte, er stehe auf dem Boden der vollen Gleichberechtigung der Konfessionen: Gleichwohl hat er die Petition „willkommen geheißen". Da rief der Kollege Hänel: „die Nummer 2 der Petition".

Ja, meine Herren, es ist das dieselbe Art der Logik und der Deduktion, die wir bereits kennen gelernt haben bei dem Unterschiede zwischen „sozialistisch" und „sozial". Also so weit geht Ihr Sinn für die Gleichberechtigung, Herr Stöcker, daß Sie petitioniren bei der Staatsregierung, daß die Juden „von allen obrigkeitlichen (autoritativen) Stellungen ausgeschlossen werden, und daß eine Verwendung der Juden im Justizdienst, namentlich als Einzelrichter, eine angemessene Beschränkung finde".

Das nennt Herr Stöcker eine Gleichberechtigung!

(Sehr gut! links.)

Meine Herren, es scheint, als ob die Worte bei uns etwas anders bedeuten als bei Ihnen.

Herr Stöcker sagte nun zu seiner Entschuldigung:

„Ja, wir meinen doch etwas andres unter der „obrigkeitlichen Stellung" als unter „obrigkeitlichen Aemtern". Er macht hier eine feine Unterscheidung.

Herr Kollege Stöcker, Hand aufs Herz, sind Sie der Meinung — Sie haben es gewiß gut beabsichtigt mit Ihrer Unterscheidung — sind Sie der Meinung, daß die Männer im Lande, denen diese hunderte, tausende von Exemplaren zugeschickt sind, daß die mit Ihnen auch diesen feinen Unterschied zwischen obrigkeitlichen „Aemtern" und obrigkeitlichen „Stellungen" werden machen können? Ich glaube, Herr Abgeordneter Stöcker, durch nichts andres haben Sie die Petition und Ihre Stellung zu derselben besser charakterisirt, als durch die Unterscheidung, die Sie hier gemacht haben.

(Zuruf.)

Sagen Sie mir doch, sind Sie wirklich der Meinung, daß in den Dörfern, auf die es ja abgesehen ist, weit im Osten und im Westen, daß man da diese Unterscheidung, die Sie heute hier so kunstvoll hervorgehoben haben, wird machen können? Ich würde sehr um eine Antwort bitten.

Was bringt nun der Abgeordnete Stöcker an Thatsachen bei? Mehrere hat der Kollege Loewe, wie ich höre — ich war im Augenblick verhindert, anwesend zu sein — widerlegt. Was Herrn Abgeordneten Straßmann anbetrifft, so bin ich ausdrücklich ersucht worden, hier mitzutheilen, daß er heute auf die gegen ihn erhobenen Angriffe nicht antworten

kann, weil er in einer wichtigen Angelegenheit, bei der er betheiligt ist, —

(Zwischenrufe links)

also bei der Beerdigung seines Stellvertreters in der Stadtverordnetenversammlung ist er, wie mir zugerufen wird, heute anwesend und leider daher nicht im Stande, hier zu erscheinen. Weiter sagte der Herr Kollege Stöcker, — ich glaube, es ist noch nicht widerrufen worden — die „Concordia" sei ein Organ des Herrn Dr. Max Hirsch.

(Widerspruch rechts. — Zuruf des Abgeordneten Stöcker: Er nehme daran Theil, habe ich gesagt. — Dem Redner wird ein Zettel überreicht. — Pause.)

Meine Herren, ich will nur erklären, was mir soeben von Herrn Dr. Max Hirsch hereingeschickt wird. Er erklärt, daß er niemals an diesem Blatte mitgearbeitet hat, nie eine Zeile dafür geschrieben hat.

(Hört! hört! links.)

(Ruf: Wieder eine Unwahrheit!)

Meine Herren, dieses Blatt ist das Organ für die Gesellschaft — ich weiß nicht, wie sie heißt — für das Wohl der arbeitenden Klassen, der auch Graf Moltke — ein Name, der wohl vor dem Verdacht schützt, daß er mit Herrn Max Hirsch gemeinschaftlich fortschrittliche Agitation treibt — und noch mehrere sehr konservative Männer, wenn ich mich nicht irre, sogar unser verehrter Freund und Kollege Herr v. Wedell-Malchow, angehört; ich habe auch die Ehre, mit Herrn Kalle, der Vorsitzender ist, in dem Ausschuß zu sitzen.

Es war also wieder einmal nichts mit dieser Anführung!

(Heiterkeit links.)

Ich habe Ihnen schon einmal gesagt: wo Sie sich auf das Gebiet der Thatsachen, der Namen, der Zahlen begeben, zerrinnen Ihre Gemälde.

(Unruhe rechts.)

So ist es Ihnen ergangen mit der jüdischen Einwanderung, so wird es Ihnen gehen mit der Betheiligung der Juden bezüglich der Kriminalstatistik, — heute wird schon wieder in großen Buchstaben eine neue Broschüre darüber herausgegeben; ich hoffe, die Herren werden sich mit dieser Broschüre nicht identifiziren; wir kommen darauf später vielleicht zurück.

Nun sagt Herr Stöcker weiter: die Presse habe ihn dazu bewogen, so zu sein, wie er ist. Ja, meine Herren, es ist doch wirklich eigenthümlich, daß Sie für diejenigen Angriffe, welche Sie gegen eine ganze, geachtete Klasse unserer Bevölkerung, gegen unsre deutschen jüdischen Mitbürger richten, nun nichts weiter zur Entschuldigung anführen kön-

nen, als das Verhalten einzelner Zeitungsorgane, als einzelne Aussprüche aus Broschüren, von denen wir zum Theil sogar gehört haben, daß sie von Christen herrühren. Glauben Sie denn, daß es mir nicht möglich wäre, Ihnen aus den Blättern des Centrums — die Herren haben sich so sehr beifällig über jene Aeußerung des Kollegen ausgesprochen — aus dem Schwarzen Blatt, aus dem Bairischen Vaterland —

(Widerspruch.)

Sie sagen, das Bairische Vaterland ist nicht Ihr Organ; ist denn der Börsenkourier unser Organ? Ich will Ihnen nachweisen, wohin es führt, wenn man in dieser Weise deduzirt. Sie sagen, und das ist Ihre einzige Entschuldigung —

(Unruhe, Zurufe)

Soll ich Ihnen Citate bringen aus der Deutschen Landeszeitung und aus dem Schwarzen Blatt, namentlich aus den schönen Gedichten? — Ich will sie den Herren zur Disposition stellen — zum Beispiel ein Gespräch zwischen A. Meier und B. Meier aus dem Schwarzen Blatt über einen Beamten, von welchem wir wissen, daß er in eine der höchsten Stellen jetzt eingetreten ist? Bitte, lesen Sie das selbst, mich genirt das, es hier vorzulesen

(Zuruf)

(zu einem anderen Abgeordneten)

ja, wenn Sie es vorlesen wollen, hier ist es; ich habe nichts dagegen. Glaubt denn der Abgeordnete Stöcker, daß es mir nicht leicht wäre, aus derartigen Zeitungsblättern, beispielsweise auch aus dem Reichsboten, hier Stellen vorzulesen?

(Rufe: vorlesen!)

Beispielsweise wird unsere Sitzung vom Sonnabend so charakterisirt in der Deutschen Landeszeitung

(Rufe: Reichsbote!)

es ist aus der Landeszeitung

(Rufe: Reichsbote!)

Präsident: Ich muß wiederholt bitten, die Unterbrechungen nicht derart ausarten zu lassen, daß eine Diskussion daraus hervorgeht.

Der Abgeordnete Rickert hat das Wort.

Abgeordneter **Rickert:** Ich verstehe nicht, was die Herren wollen. Also da steht: Speisezettel für Sonnabend: Holsteiner Hänel mit Knoblauchsauce angerichtert.

(Heiterkeit.)

Ich bin wirklich erstaunt, daß der Abgeordnete Stöcker gar keine anderen Gründe für seine Bestrebungen gehabt hat, daß er nichts besseres zu thun gehabt hat, als den Börsenkourier

kann, weil er in einer wichtigen Angelegenheit, bei der er betheiligt ist, —

(Zwischenrufe links)

also bei der Beerdigung seines Stellvertreters in der Stadtverordnetenversammlung ist er, wie mir zugerufen wird, heute anwesend und leider daher nicht im Stande, hier zu erscheinen. Weiter sagte der Herr Kollege Stöcker, — ich glaube, es ist noch nicht widerrufen worden — die „Concordia" sei ein Organ des Herrn Dr. Max Hirsch.

(Widerspruch rechts. — Zuruf des Abgeordneten Stöcker: Er nehme daran Theil, habe ich gesagt. — Dem Redner wird ein Zettel überreicht. — Pause.)

Meine Herren, ich will nur erklären, was mir soeben von Herrn Dr. Max Hirsch hereingeschickt wird. Er erklärt, daß er niemals an diesem Blatte mitgearbeitet hat, nie eine Zeile dafür geschrieben hat.

(Hört! hört! links.)

(Ruf: Wieder eine Unwahrheit!)

Meine Herren, dieses Blatt ist das Organ für die Gesellschaft — ich weiß nicht, wie sie heißt — für das Wohl der arbeitenden Klassen, der auch Graf Moltke — ein Name, der wohl vor dem Verdacht schützt, daß er mit Herrn Max Hirsch gemeinschaftlich fortschrittliche Agitation treibt — und noch mehrere sehr konservative Männer, wenn ich mich nicht irre, sogar unser verehrter Freund und Kollege Herr v. Wedell-Malchow, angehört; ich habe auch die Ehre, mit Herrn Kalle, der Vorsitzender ist, in dem Ausschuß zu sitzen.

Es war also wieder einmal nichts mit dieser Anführung!

(Heiterkeit links.)

Ich habe Ihnen schon einmal gesagt: wo Sie sich auf das Gebiet der Thatsachen, der Namen, der Zahlen begeben, zerrinnen Ihre Gemälde.

(Unruhe rechts.)

So ist es Ihnen ergangen mit der jüdischen Einwanderung, so wird es Ihnen gehen mit der Betheiligung der Juden bezüglich der Kriminalstatistik, — heute wird schon wieder in großen Buchstaben eine neue Broschüre darüber herausgegeben; ich hoffe, die Herren werden sich mit dieser Broschüre nicht identifiziren; wir kommen darauf später vielleicht zurück.

Nun sagt Herr Stöcker weiter: die Presse habe ihn dazu bewogen, so zu sein, wie er ist. Ja, meine Herren, es ist doch wirklich eigenthümlich, daß Sie für diejenigen Angriffe, welche Sie gegen eine ganze, geachtete Klasse unserer Bevölkerung, gegen unsre deutschen jüdischen Mitbürger richten, nun *nichts weiter* zur Entschuldigung anführen kön-

nen, als das Verhalten einzelner Zeitungsorgane, als einzelne Aussprüche aus Broschüren, von denen wir zum Theil sogar gehört haben, daß sie von Christen herrühren. Glauben Sie denn, daß es mir nicht möglich wäre, Ihnen aus den Blättern des Centrums — die Herren haben sich so sehr beifällig über jene Aeußerung des Kollegen ausgesprochen — aus dem Schwarzen Blatt, aus dem Bairischen Vaterland —

(Widerspruch.)

Sie sagen, das Bairische Vaterland ist nicht Ihr Organ; ist denn der Börsenkourier unser Organ? Ich will Ihnen nachweisen, wohin es führt, wenn man in dieser Weise deduzirt. Sie sagen, und das ist Ihre einzige Entschuldigung —

(Unruhe, Zurufe)

Soll ich Ihnen Citate bringen aus der Deutschen Landeszeitung und aus dem Schwarzen Blatt, namentlich aus den schönen Gedichten? — Ich will sie den Herren zur Disposition stellen — zum Beispiel ein Gespräch zwischen A. Meier und B. Meier aus dem Schwarzen Blatt über einen Beamten, von welchem wir wissen, daß er in eine der höchsten Stellen jetzt eingetreten ist? Bitte, lesen Sie das selbst, mich genirt das, es hier vorzulesen

(Zuruf)

(zu einem anderen Abgeordneten)

ja, wenn Sie es vorlesen wollen, hier ist es; ich habe nichts dagegen. Glaubt denn der Abgeordnete Stöcker, daß es mir nicht leicht wäre, aus derartigen Zeitungsblättern, beispielsweise auch aus dem Reichsboten, hier Stellen vorzulesen?

(Rufe: vorlesen!)

Beispielsweise wird unsere Sitzung vom Sonnabend so charakterisirt in der Deutschen Landeszeitung

(Rufe: Reichsbote!)

es ist aus der Landeszeitung

(Rufe: Reichsbote!)

Präsident: Ich muß wiederholt bitten, die Unterbrechungen nicht derart ausarten zu lassen, daß eine Diskussion daraus hervorgeht.

Der Abgeordnete Rickert hat das Wort.

Abgeordneter **Rickert:** Ich verstehe nicht, was die Herren wollen. Also da steht: Speisezettel für Sonnabend: Holsteiner Hänel mit Knoblauchsauce angerichtert.

(Heiterkeit.)

Ich bin wirklich erstaunt, daß der Abgeordnete Stöcker gar keine anderen Gründe für seine Bestrebungen gehabt hat, daß er *nichts besseres* zu thun gehabt hat, als den Börsenkourier

vorlesen, der genau dasjenige trifft, was ihm schon Herr Abgeordneter Richter vorgeworfen hat. Der Herr Abgeordnete Richter nämlich sagte: Ach, Herr Stöcker, Sie haben die Juden im Verdacht, daß sie Fortschrittler sind, die Juden schlagen Sie, uns wollen Sie treffen. Hören Sie folgende Stelle aus einer Rede des Herrn Stöcker nach der „Kreuzzeitung" — nein, entschuldigen Sie, im Reichsboten ist der Bericht, also noch offizieller:

> Wichtig aber ist es für die Bürger von Berlin, zu wissen, daß Judenthum und Fortschritt zusammenstehen und daß man das Joch der Juden in industrieller und geistiger Beziehung nur brechen kann, wenn man sich vom Fortschritt losmacht. Diese Erkenntniß ist mehr werth, als alles zusammen, was über die Abendsitzung vom 11. Februar gesagt oder geschrieben ist.

Das war jene Abendsitzung, die Herrn Stöcker nicht ganz bequem war, nämlich wegen der Rede, die der Abgeordnete Hänel gegen ihn damals gehalten hat. Ist es denn hier nicht ganz deutlich gesagt? Warum beklagen Sie sich denn nicht auch über Herrn Strousberg, der war in Ihren Reihen (rechts) Abgeordneter und ist auch ein Jude, soviel ich weiß. Warum klagen Sie denn nicht über die andern jüdischen konservativen Autoritäten? Auch Rothschild, als er Abgeordneter war, saß auf Ihrer Seite. Ja, meine Herren, so mächtige Männer wie diese Beiden haben wir in unsern Reihen noch gar nicht gehabt. Also klagen Sie doch nicht darüber. Sie haben auch Juden, die Ihre Waffen tragen und die sehr rüstige Kämpfer sind, hervorragende Kämpfer. Stahl und Leo sind schon genannt. Meine Herren, was wäre Ihre Partei gewesen ohne Stahl! Juden haben Ihnen Ihr Programm ausgearbeitet! Also, meine Herren, etwas mehr Respekt vor diesen unseren Landsleuten und Mitbürgern und Sie werden der deutschen Sache auch im Auslande einen guten Dienst erweisen.

Meine Herren, das deutsche Reich ist im Jahr 1870 unter schweren Opfern gegründet worden. Der Kaiser von Deutschland hat es in der Thronrede ausgesprochen, daß das deutsche Reich ein Hort des Friedens sein solle, daß das deutsche Reich in Wehr und Waffen zu stellen sei, um dieser seiner Friedensmission einen Nachdruck zu geben gegen alle Friedensstörer. Meine Herren, wir haben geglaubt, und wir sind heute noch des festen Glaubens, daß dieses unter so vielen schweren Opfern aufgerichtete, mit dem Blute unserer Brüder wiedergewonnene deutsche Reich ein Hort sein solle des

Friedens nicht bloß nach außen hin, sondern auch ein Hort des Friedens nach innen,

(Rufe im Centrum: Kulturkampf!)

daß es der Träger jener kulturellen Mission sein würde, die dem deutschen Volke zugeschrieben wird von dem ganzen civilisirten Auslande. Meine Herren, glauben Sie, daß das deutsche Reich seinen Beruf erfüllen wird unter der Firma der Christlich-Sozialen des Herren Stöcker? Ist das der Friede, den Sie hineintragen wollen in die Masse der Bevölkerung?"

(Unterbrechungen aus dem Centrum und Rufe: Kulturkampf!)

Unterbrechen Sie mich doch nicht fortwährend; über den Kulturkampf haben wir oft genug gesprochen. Wenn Sie sich wie unsere jüdischen Mitbürger unter die Autorität, unter die Hoheit unserer Gesetze stellen, dann, meine Herren, wird auch dieser Kampf aufhören. Deshalb kann auch der Herr Minister v. Puttkamer, der Ihnen ja freundlich gesinnt ist, diesen Kampf nicht beendigen, weil Sie die Autorität und Hoheit der Gesetze nicht anerkennen,

(Unruhe im Centrum)

der Gesetze, die auf geordnetem Wege zu Stande gekommen sind. Also sprechen Sie hier nicht fortwährend vom Kulturkampf.

(Rufe im Centrum: Gerade!)

Unsere jüdischen Mitbürger haben sich der Autorität des Gesetzes gefügt, und das ist der Unterschied.

Also, meine Herren, den Satz werden Sie nicht ableugnen können, daß das deutsche Reich auch in der That sein soll ein Träger des Friedens, ein Träger jener großen Ideen, die niedergelegt sind im preußischen Landrecht und in den Sprüchen des großen Königs, die Herr Kollege Seyffarth schon angeführt hat. Ich will Ihnen noch vorlesen, was ein evangelischer Geistlicher, dessen Schrift in diesem Jahte erschienen ist, über die Judenhetze sagt. Es ist die Schrift „Christ und Israelit" von Pastor Gruber in Reichenbach in Schlesien, die auch in unseren höchsten Kreisen Anerkennung gefunden hat, darin heißt es:

> Die Möglichkeit, daß Ideen, welche heute noch in den Köpfen der „oberen Zehntausend" hausen, auch in die niederen Schichten des Volkes hinabsinken und dort, wo die Fäuste schnell das Denken überflüssig machen, in rohe Gewaltthaten umgesetzt werden; die Möglichkeit, daß bei irgend einer Er-

schütterung des Volkskörpers oder irgend einer Erregung der Volksseele Haß und Leidenschaft eine grausige Befriedigung suchen, ist auch in diesem Jahrhundert der Bildung und Aufgeklärtheit keineswegs ausgeschlossen. Noch ist es Zeit, der Erregung Maß zu geben; noch kann der Friede, welcher die stärksten und gefährlichsten Leidenschaften, religiöse und nationale, in Fesseln hält, zum Heil des Ganzen und zur Ehre der Menschheit erhalten werden; noch sind in diesem Streite Hand und Gewissen unbefleckt, und Gott gebe, daß nicht unter dem Vorwand seines heiligen Namens die unheilige Flamme des Hasses die Herzen unseres Volkes verzehre!

Meine Herren, das hat ein Mann geschrieben, der evangelischer Geistlicher ist, ein Träger der christlichen Liebe, Demuth und Duldung, der uns den Rath giebt, von diesem unseligen Kampf abzustehn und die Leidenschafften der Masse nicht aufzuregen. Glauben Sie mir, die Fundamente unseres deutschen Reiches können ins Schwanken gerathen, wenn Sie hier antasten. Friede und Freiheit für die Ueberzeugungen, und das Gewissen des Einzelnen, nicht aber jene ungerechtfertigten Verdächtigungen und Angriffe gegen unsere Mitbürger, die in Ehren mit uns gemeinsam arbeiten für Vaterland und seine Freiheit!

(Bravo! links; Zischen rechts und im Centrum.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Strosser.

Abgeordneter **Strosser:** Es thut mir leid, daß ich bei so vorgerückter Stunde Ihnen leider nicht versprechen kann, kurz zu reden; des Stoffes hat sich so unendlich viel angehäuft und auch des zur Sache gehörigen Stoffes ist noch so viel unerledigt geblieben, daß ich glauben würde, diese hochbedeutsame Frage käme nicht zu ihrem richtigen Abschluß, wenn ich meine Stelle an diesem Platz nicht dazu benutzen wollte, um das, was noch etwa geredet werden muß, meinerseits auszusprechen. Ich werde mich nach Möglichkeit befleißigen, mit der äußersten Ruhe die Dinge zu behandeln, die behandelt werden müssen, selbst wenn sie da und dort unangenehm berühren; ich werde versuchen, ob es mir möglich ist, von der Lebendigkeit und Heftigkeit unseres Kollegen Richter und des Kollegen Loewe, zum Theil auch des Kollegen Rickert mich frei zu halten.

Ehe ich auf diejenigen Punkte, die ich eigentlich in erster *Linie hier besprechen* wollte, eingehe, will ich doch mich mit

einigen Ausführungen derjenigen Redner, die heute gesprochen haben, zunächst auseinander setzen, vielleicht bleibt mir die Zeit, auf einzelne Aeußerungen der Herren, die von der Gegenseite am Sonnabend gesprochen haben, auch noch zurückzukommen.

Der Kollege Rickert hat uns gesagt: freuen Sie sich mit uns über die Einreichung unserer Interpellation. Es ist ihm bereits von der rechten Seite des Hauses geantwortet worden, daß wir uns im vollsten Umfange darüber freuten, und wir wünschen Ihnen von Herzen, daß Sie recht viele so außerordentlich wohl motivirter Interpellationen auch in der Zukunft einbringen möchten. Er hat dann freilich hinzugesetzt, die heutige Debatte und die vom Sonnabend sei ihm peinlich, er habe mit Scham hier gesessen. Der Abgeordnete Rickert hat sich wohl eingebildet, als er die Interpellation mit einbrachte, sie würde hier etwa denselben Effekt machen wie im Berliner Stadtverordnetenkollegium? Er hat sich gründlich geirrt. Wenn er dann hinzusetzt, die deutsche Nation werde nicht mit uns in diesen Kampf hineingehen, dann irrt er sich wahrscheinlich in noch viel großartigerem Maße, als er sich in der Stimmung dieses Hauses geirrt hat. Es ist ja eine Eigenthümlichkeit der Herren von der liberalen Seite, Fortschritt und Sezessionisten, daß sie stets hinter sich die Nation im Ganzen haben.

(Heiterkeit! rechts.)

Es passirt ihnen nur zuweilen, daß die Nation nicht zu ihnen stimmt und sie verläßt, wie bei den Wahlen.

Er hat uns dann gesagt, bei Einbringung der Interpellation habe ihnen namentlich der Gedanke vorgeschwebt, sie wollten es nicht dulden, daß die Leute es *glaubten*, die Staatsregierung werde die Sache mit unterstützen. Das ist der wunderbare Despotismus des Liberalismus, der auch anderen Leuten nicht einmal die Gedanken frei lassen will.

Er hat dann den Herrn Abgeordneten Stöcker wiederholt darauf hingewiesen, daß in dem, was er treibt, *christliche Liebe, Demuth, Toleranz* nicht enthalten sei. Es ist ja ganz vortrefflich, daß er über diese schönen Tugenden eine solche Epistel liest; in dem, was von *jüdischer* Seite bisher hier angeführt worden ist, ist von Demuth, Toleranz und Liebe gar nichts zu erkennen gewesen. Das Werk, was der Herr Abgeordnete Stöcker Tag für Tag bis tief in die Nacht hinein mit unermeßlicher Mühe treibt, mit großer Anstrengung der Kraft des Leibes und der Seele, das Werk der inneren Mission, ist ein Werk so voller Liebe, Demuth und Hingabe für unser Volk, wie es wahrscheinlich der Herr Ab-

geordnete Rickert und die meisten der Juden nicht thun, auch der vielgefeierte Straßmann bei seiner Nationalbank nicht,

(Ruf: Volksbank!)

— Gut, Volksbank, — nicht thut.

Der Herr Abgeordnete Rickert hat es dann für ganz ungeeignet gefunden, daß der Herr Kollege Stöcker den Kampf begonnen und seine Ausführungen vorzugsweise gestützt auf die giftigen Ausfälle der jüdischen Presse; er hat dann seinerseits erklärt, daß er den Börsenkourier, den man ja doch im Ernst oder Scherz den Moniteur der Berliner Judenschaft nennt, seit Jahren gar nicht gelesen hat. Ja, meine Herren, da ist es gar nicht zu verwundern, daß der Herr Abgeordnete Rickert von dem, was uns hier augenblicklich beschäftigt, außerordentlich wenig weiß, weil er es nicht gelesen hat, wo er doch hätte an die Quelle gehen können.

Der Herr Abgeordnete Rickert ist dann auf den Kulturkampf gekommen und hat den Männern des Centrums, die vor mir sitzen, wiederum die bereits zum hundertsten und tausendsten Mal gegebene Lehre entgegengerufen, sie sollten sich erst der Majestät des Gesetzes beugen, eher könne von einem Aufhören des Kulturkampfes gar nicht die Rede sein. Ja, kennt denn der Herr Abgeordnete Rickert die von unseren größten Rechtslehrern eingehend behandelte Frage von der Berechtigung des passiven Widerstandes gar nicht, hat er davon gar keine Idee?

(Sehr gut!)

Kennt er nicht die Bestimmung des preußischen Landrechts, die ausdrücklich den passiven Widerstand auf dem religiösen Gebiete zuläßt und nur ausdrücklich hinzusetzt: derjenige, der sich aber der Gesetzgebung nicht fügen kann und fügen will nach seinem Gewissen, der muß die damit verknüpften Folgen tragen. Das haben — und das wollen wir ihnen Allen zur Ehre anrechnen — unsere Mitchristen katholischer Konfession bisher in aller Treue, mit unendlichen Opfern gethan.

(Bravo!)

Und weiß der Herr Abgeordnete Rickert nicht, daß zwischen Recht und Gesetz doch noch immer ein himmelweiter Unterschied liegt? Sollten die französischen Legitimisten und die französischen Christen aus der Revolutionszeit von 1789 bis 1793 alles das unbedingt befolgen, was dort geschah bis zur Ermordung des Königs, waren sie berechtigt, dagegen Widerstand zu leisten? Gesetz und Recht decken sich nicht immer, Gott gebe, daß es im preußischen Staate stets der Fall sei!

Damit bin ich mit dem Herrn Abgeordneten Rickert fertig. Von dem Herrn Abgeordneten Loewe, von dessen langer Rede ich bei der eminenten Schnelligkeit, womit bei ihm der Strom der Rede dahinfließt, nur sehr wenig verstanden habe.

(Oho! — Zwischenruf.)

Ob ich für den Herrn Abgeordneten Richter interessant oder langweilig bin, ist mir wirklich die gleichgültigste Sache von der Welt, ich brauche es aber nicht hier von ihm zu erfahren.

Präsident: Meine Herren, ich bitte nochmals, die Unterbrechungen, namentlich mit persönlicher Bezeichnung der Redner, zu unterlassen. Sollte diese meine Bitte nicht helfen, so würde ich in der Folge genöthigt sein, diejenigen Herren persönlich zu nennen, die fortwährend unterbrechen.

Abgeordneter **Stroſſer:** Meine Herren, der Herr Abgeordnete Loewe äußerte, der Liberalismus hat die allgemeine Nationalität unseres Volkes vertheidigt. Das sind zwei Zugeständnisse von eminenter Bedeutung, die ich kaum bei ihm erwartet hätte. Ja wohl, darin liegt ein Theil der ganzen Streitfrage, daß die Juden, wie es auch Mommsen ausgeführt hat, nicht eigentlich in die Nationalität hineintreten, innerhalb deren sie wohnen, daß sie Kosmopoliten sind, und wenn er dann in dem Augenblick, wo uns der Herr Abgeordnete Rickert mit so ungeheurer Emphase versichert: Juden sind Deutsche, sie sind Glieder unseres Volkes, dafür haben wir sie zu achten, wenn er dann spricht von unserem Volk, dem jüdischen Volk, — das sind zwei Zugeständnisse, mit denen ich zufrieden bin, da wird sich in Zukunft mancher Streitpunkt lösen lassen.

Dann hat er uns gesagt, jetzt wo die volle Emanzipation eingetreten sei, beginnen die besseren Kräfte der Juden sich geltend zu machen.

Meine Herren, im Gegentheil, jetzt wo die volle Emanzipation eingetreten ist, sehen wir die schlimmen Kräfte des Judenthums in einem Maße auf dem öffentlichen Felde, daß die besseren immer schweigend davor zurücktreten und den schlimmen das Feld lassen; Beweis dafür: diese Brutalität der Presse gegen alles, was den Christen heilig und theuer ist.

Ich komme nun noch mit ein paar Aeußerungen zum Kollegen Richter. Der Herr Kollege Richter sagt uns, das System des Herrn Abgeordneten Stöcker sei antimonarchisch. Ja, es ist ihm vorhin schon gesagt worden, das wunderbarste in diesem Hause, das wir bis jetzt gehört haben, sei, daß er also danach mit seinen Anschauungen eine rechte Säule und Stütze der Monarchie sei. Dann wird wohl die Monarchie

in der Lage sein, das bekannte Wort auszusprechen, Gott schütze uns vor unseren Freunden.

(Heiterkeit.)

Er hat dann gesagt, der Herr Abgeordnete Stöcker stachle in seinen Bestrebungen im christlich-sozialen Verein gegen die Börse auf. Wenn nicht leider $^9/_{10}$ des Börsenverkehrs ein großartiger Scheinverkauf und Schwindelverkehr sei, dann wäre es unrecht, daß Herr Stöcker dagegen agitirte, wenn die Börse aber ist ein Giftbaum im vollsten Sinne des Worts, ein Ort, wo der größte Schwindel getrieben wird in der Welt, dann ist es gut, recht ernst dagegen zu agitiren.

Kollege Richter hat sich dann wiederholentlich in Beziehung auf die Versammlungen der christlich-sozialen Partei darüber moquirt, daß da auch Störungen, wie er sagt, selbst kleine Schlägereien vorgekommen seien. Das kann selbst so vortrefflichen und unschuldigen Leuten passiren, wie die Fortschrittspartei ist, denn als die Sozialdemokraten dort wiederholentlich eindrangen, gab es sehr argen Skandal und er hat selbst angeführt, wie der Minister Graf Eulenburg früher sich darüber ausgedrückt habe. Wenn nun jetzt die Demokraten in die Versammlungen der Christlich-Konservativen kommen und sie da Störungen veranlassen, dann machen sie es, wie der Wolf mit dem Lamm, die Schuld wird auf das Lamm geschoben.

Demnächst hat er auch auf einen Ausspruch von Schulze-Delitzsch verwiesen und hat gesagt: hüten Sie sich, die Bestie im Volke wachzurufen! Hätten Sie sich das, die Fortschrittspartei, im Jahre 1848 sagen lassen, wir hätten —

(Zuruf links: da gab es noch keine!)

— Sie und die Demokraten, die sehen so gleich aus, wie ein Auge dem andern, die Einen waren die Väter und der Andere der Sohn, oder eigentlich ist es nur ein anderer Name für dieselbe Sache.

Damit will ich mich zunächst zu demjenigen Moment wenden, den ich für mich ursprünglich in das Auge gefaßt. Wenn nun die bisherige Debatte sich vorzugsweise um die große Prinzipienfrage gedreht hat, eine Art Generaldebatte gewesen ist — mit Ausnahme etwa dessen, was Kollege Bachem gesagt und eines Theiles von dem, was Kollege Stöcker geäußert, so halte ich es doch für gut, meine Herren, noch ein wenig Spezialdebatte zu treiben und namentlich die Genesis dieser Interpellation, mit dem was daran und darum hängt, ein wenig näher zu beleuchten.

Es ist ein eigenthümliches Geschick, was über dieser Interpellation waltet, daß der Anlaß zu ihrer Einbringung ein

Jude gewesen ist mit etwas sehr zweifelhaft gerichtlichen Atteſten, ein Jude ſchlimmſter Art, wie er ja mehrfach auch von den Rednern auf jener Seite zugeſtanden und anerkannt iſt, der in den Geſchäften betrügeriſche Manipulation gebraucht, 10 Jahre lang eine fremde Etiquette anwendet, um ſein Fabrikat —

(Zuruf! nein 8 Jahre lang!)

— nun in den Zeitungen leſe ich 10 Jahre — alſo eine ganze Reihe falſcher Marken und Etiquetten verwandt, um ſein vielleicht auch etwas zweifelhaftes Fabrikat unter die Leute zu bringen unter dem Renommee eines berühmten Hauſes. Wie hat das gerichtliche Urtheil dieſes Verfahren bezeichnet? Das ſagt: Das Verfahren der Firma iſt unreell, illoyal, eines anſtändigen Kaufmannes unwürdig. Und dieſer im erſten Sturm der Begeiſterung nach der bekannten Eiſenbahnaffaire viel bewunderte, viel bejubelte Mann iſt ein Mann von ſolchem Atteſt, und dieſes Urtheil war bereits ſeit einer langen Zeit in den Berliner Zeitungen zur Genüge bekannt geworden. Trotzdem aber, wie ſtellt ſich von vorn herein die Berliner Stadtverordnetenverſammlung, die ganz unbefugter Weiſe dieſe Sache aufnimmt, in der erſten Hitze und der erſten Aufregung, obgleich ſie hätte ruhig abwarten können, wie der Schiedsrichter, oder der Injurienrichter oder der Disziplinarrichter die Sache ordnungsmäßig erledigt und klar geſtellt hätte? Sehen wir uns da die Reden, die in der Berliner Stadtverordnetenverſammlung nach dem amtlichen Bericht gehalten ſind, ein wenig näher an. Es iſt eine der intereſſanteſten Zeiterſcheinungen, der ich ſeit langer Zeit in dieſer langweiligen Gegenwart begegnete.

Da ſagt der Dr. Hermes: es ſei ein ungewöhnliches Aufſehen in der Bürgerſchaft erregt; dieſe ſkandalöſen Vorgänge zeugten von dem niederen ſittlichen Standpunkt der beiden Lehrer; wie es möglich ſei, daß ſolche Männer an einer höheren Unterrichtsanſtalt lehren könnten; er verachte alle, die ſich an der vom Hofprediger Stöcker in Scene geſetzten Judenhetze betheiligten; das Verhalten der beiden Lehrer ſei unqualifizirbar; Lehrer dieſer Art pflanzten geradezu das Gift in die Seelen der Jugend; die pädagogiſchen Leiſtungen der Lehrer erheben ſich nicht über die Mittelmäßigkeit; für ſolche Leute, welche die gegen die Juden gerichtete Petitionen unterſchrieben, habe die Stadt keine Schulämter.

Der Mann weiß über den ganzen Vorgang noch nichts, als was die Zeitungsberichte gebracht haben, aber ohne Weiteres nimmt er für den Juden Partei, obgleich er ſich doch ſagen

mußte, auch selbst auf die Zeitungsnachrichten hin: der Mann sitzt in einem Eisenbahnwagen, zwei Fremde steigen hinein und unterhalten sich über die Tagesereignisse; er sitzt an dem ganz entgegengesetzten Ende, nun pflanzt er sich aber mit Zudringlichkeit — ich möchte beinahe sagen mit Frechheit — den beiden andern gegenüber, um zuzuhören, was sie sprechen. Das ist ihm nicht bequem, er mischt sich in unangemessener Weise in den Streit, er ist sein Selbstrichter mit einer Ohrfeige. Es hat nun in dem Moment, wo diese Verhandlung stattfand, kein Mensch gewußt, ob diese beiden Lehrer wirklich provozirend, einen andern verletzend, ihre Unterhaltung gepflogen haben und mit Recht sagt ein katholisches westphälisches Blatt, als die Nachricht durch die Zeitungen ging:

„Ja, wenn in den 8 Jahren des Kulturkampfes jeder katholische Geistliche, der auf Eisenbahnfahrten und bei anderen Gelegenheiten öffentlich verhöhnt, beleidigt, in der infamsten Weise gekränkt wurde, namentlich auch von Juden gekränkt, gleich mit Ohrfeigen hätte antworten wollen, dann würden die Backen sehr vieler tausend Juden in Deutschland braun und blau aussehen.

(Sehr gut! im Centrum und rechts; große Heiterkeit.)

Was thut denn nun ein Mann anständiger Art, wenn er irgendwo mit anderen zusammen sitzen muß, die ihm Unangenehmes sagen? er ingnorirt es. Hier aber, der vorlaute Mann mit dem schlechten gerichtlichen Atteſt im Hintergrund

(Heiterkeit)

setzt sich sofort gegenüber und mißhandelt einen ehrenhaften, unbescholtenen Lehrer. Und was ist die Folge? Nun sollte man glauben, Juden und Christen würden, so lange sie nichts genaueres über die Sache wußten, entweder parteilos abwarten, wie der Gang der Untersuchung ist, oder für die in dieser unwürdigen Weise mißhandelten anständigen, ehrenhaften Männer mit unbescholtener Vergangenheit zunächst Partei genommen haben. Wie Sie sehen, Herr Dr. Hermes nicht! Der ist sofort fertig. Er, der sie gar nicht kennt, weiß auch sofort, die Leute haben sich in unangemessener Weise über die Juden ausgesprochen, folglich sind sie auch Leute von mittelmäßigem pädagogischen Talent.

(Heiterkeit.)

Das ist die wunderbare schnelle Art, womit die Herren im Fortschritt stets fertig gewesen sind über die Leute, die ihnen nicht bequem sind; ruhiges Abwägen, Prüfen, Abmessen, *leidenschaftslos, davon* wissen sie nichts. Wenn man diese

exaltirten Ausdrücke in der Rede des Herrn Dr. Hermes liest, dann muß man wirklich in Erstaunen gerathen, daß ein solcher Mann hier in Berlin in die Stadtverordnetenversammlung hereingekommen ist. Wenn die anderen nicht ebenso wären, dann wäre es unerklärlich.

(Stürmische, andauernde Heiterkeit, rechts und im Centrum.)

Setzt Herr Dr. Hermes schon in Erstaunen, dann steigert es sich zum Komparativ bei Herrn Stadtschulrath Cauer. Der tritt nun hinter Herrn Dr. Hermes auf, um die Versammlung mit demjenigen, was ihm bis dahin bekannt geworden ist, näher bekannt zu machen, aber er giebt in gleich exorbitanter, in gleich leidenschaftlicher, in gleich einseitiger Weise sofort sein Urtheil ab über die beiden Männer, die doch eigentlich ihm als seine amtlich Untergebenen zu Schutz befohlen sind, für die er so lange eintreten soll, bis er sich vom Gegentheil überzeugt hat;

(Sehr richtig! rechts und im Centrum.)

nein, einem gerichtlich verurtheiltem Juden gegenüber haben seine beiden Lehrer gleich absolut Unrecht. Der Herr spricht nun so:

> Ich schließe mich, mit Ausnahmen der Aeußerung über die pädagogischen Leistungen der beiden Lehrer allem Uebrigen vollständig an, was Dr. Hermes gesagt hat.

Hoffentlich existirt im preußischen Staat nur ein solcher Stadtschulrath.

(Heiterkeit.)

„Die Sache sei ja im einzelnen" — und nun kommt das wunderbare Bekenntniß, womit er sich selbst ins Gesicht schlägt, noch so wenig aufgeklärt und die Verhandlung noch so in den ersten Stadien, daß dazu der Magistrat als solcher noch gar keine Stellung einzunehmen in der Lage gewesen ist." Meine Herren, also nicht aufgeklärte Sachen — in den ersten Stadien und dann vollständige Zustimmung zu dem grenzenlos verwerfenden Urtheil des Dr. Hermes. Ich hoffe das Provinzialschulkollegium wird auch dem Herrn Dr. Cauer den Standpunkt klar machen.

(Heiterkeit.)

Er fährt dann weiter fort: „Der Magistrat werde beim Provinzialschulkollegium strengste Untersuchung und nach Befund strengste und nachdrücklichste Bestrafung beantragen. Das Verfahren der Lehrer sei ein leidenschaftliches und gehöre zu den verwerflichsten Agitationen."

Er weiß nichts darüber aber — leidenschafttlich — verwerflichste Agitation — sofortige Beantragung strengster

Bestrafung, womöglich müßte es Zuchthaus sein. Das ist die Parteinahme widrigster Art, statt ruhig zu prüfen und den übrigen, dessen Pflicht und Gesetz es war, sie mit Würde und Ruhe zu vertreten, mit gutem Beispiel voranzugehen. Ist man nun über den Dr. Hermes und den Stadtschulrath Cauer noch nicht aus dem Erstaunen herausgekommen, dann setzt sich dieses Gefühl bei dem Herrn Gymnasialdirektor Kempf fort. Das ist der direkte Vorgesetzte beider, oder eines der beiden Lehrer. Bei dem ist nun Stadtschulrath Cauer sofort auch gewesen und nun, nachdem der eben erst die erste Nachricht bekommen hat, wie urtheilt der Gymnasialdirektor Kempf, der doch auch den Beruf hatte, die Männer, die unter ihm arbeiteten, die er als persönliche Ehrenmänner kannte, zunächst erst zu vertreten und wenn ein Fehler vorgekommen war, darauf hinzuweisen, es sind ein paar noch im jugendlchen Alter stehende Männer, denen vielleicht mal unter Umständen das Blut ein wenig zu lebhaft wallen kann? Diesen beiden Leuten gegenüber, selbst wenn sie unangemessene Aeußerungen gethan haben sollten, erscheinen die beiden alten Herren, Cauer und Gymnasialdirektor Kempf, in einer wirklich sehr üblen Situation; sie machen einen viel schlechteren Eindruck, wie die beiden jungen Leute, selbst wenn sie sich vergangen

(sehr gut! rechts)

hätten. Also der Gymnasialdirektor Kempf ist nach Angabe des Schulrath Cauer auch sofort im höchsten Grade aufgeregt.

(Heiterkeit)

Man sollte glauben, es sei eine der gewaltigsten Staatsaktionen im Gange, wenn man die alten Herren mit einmal in diese fanatische Begeisterung hineingerathen sieht.

(Heiterkeit.)

Herr Direkter Kempf ist entrüstet über das, was geschehen ist: nämlich daß ein Jude einem Christen eine Ohrfeige gegeben hat —

(Heiterkeit.)

und bittet den Schulrath ausdrücklich, den Stadtverordneten von seiner Entrüstung den nachdrücklichsten und kräftigsten Ausdruck zu geben. Es könne das gar nicht so stark ausgedrückt werden, wie er es empfindet.

(Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, ich hoffe, er schämt sich heute schon über diese seine Aufregung.

(Hört! hört! links.)

(Sehr richtig rechts.)

Nun, meine Herren, kommen wir in unser eigenes Kollegium. Jetzt kommt der Herr Dr. Langerhans.

(Zuruf links.)

Meine Herren! Wenn man so lange schon im Parlament sitzt und hier eine solche Menge aufregender Dinge hat an sich vorübergehen lassen, dann, sollte man meinen, wird so ein alter Parlamentarier mit einer gewissen eisernen Gemüthsruhe auch diese höchst aufregende Stadtneuigkeit betrachten. — Fehl geschossen!

(Heiterkeit.)

Wie die drei Vordermänner, so der Dr. Langerhans; der sagt nun seinerseits:

> Er wolle durch das Auftreten der Stadtverordneten der weiteren Mit- und Nachwelt beweisen

(Große Heiterkeit rechts.)

Da sehen die Herren, der Dr. Langerhans sorgt bereits für die spätesten Geschlechter,

(Heiterkeit)

und weil ich befürchtet habe, die Stadtverordnetenprotokolle könnten doch mal im Laufe der Jahrhunderte schneller aus dem Gedächtniß der Nachwelt kommen, als unsere parlamentarischen Verhandlungen, darum habe ich dem Dr. Langerhans als getreuer Kollege zu Hülfe kommen wollen und habe diese welthistorische Thatsache auch hier zur Kenntniß gebracht und Sie werden nun durch unsere stenographischen Berichte mit größerer Sicherheit aufbewahrt.

> er wolle durch das Auftreten der Stadtverordneten der weiteren Mit- und Nachwelt beweisen, daß nicht die ganze Bevölkerung Berlins von einem derartigen unfläthigen Treiben erfaßt sei.

(Sehr richtig! links.)

Er will die Gegner der Juden gezwungen wissen, gar nicht mehr zu wagen, mit ihrer Meinung öffentlich hervorzutreten.

(Sehr gut!)

Sie sehen, es ist der reine Despotismus fortschrittlicher Art im besten Sinne des Wortes.

(Sehr gut!)

Aber dabei ist mir doch eins eingefallen. Ich bewundere den Herrn Dr. Langerhans, daß er in demselben Moment so eminent für die körperliche Züchtigung eintritt, wo sein und unser verehrter Kollege Richter eben erst in das Haus hineingerufen hat: Wenn die konservative Partei mit der Einführung und Weiterführung der körperlichen Züchtigung auftritt, dann *ist sie stets* an ihrem Ende. Aber, meine Herren, wofür ist

die konservative Partei eingetreten? Gegen die ruchlosesten Verbrecher nöthigenfalls auch die körperliche Züchtigung nach gerichtlichem Spruch eintreten lassen zu können; oder innerhalb der Strafanstalten, nachdem alle niederen Strafmaße erschöpft sind, gegen solche Leute, die wegen schwerer Verbrechen dort sitzen und sich der Zucht des Hauses nicht unterwerfen wollen, mit milderen Mitteln nicht zu bändigen sind und zwar in streng geordneten Formen, wie sie die Königliche Staatsregierung seit Jahren vorgeschrieben hat, die körperliche Züchtigung auszuführen. Dem gegenüber tritt Herr Dr. Langerhans sowie der Abgeordnete Richter bei Unterschreibung der Interpellation für die körperliche Züchtigung ein und zwar ungesetzlich, in jedem Augenblick, nach der Willkür jedes Einzelnen, und zwar gegen höchst ehrenhafte Männer

(Sehr gut!)

Die naturnothwendige Folge davon, meine Herren, nach dem eigenen straffen Ausspruch des Kollegen Richter ist: die fortschrittliche Partei geht der unheilbaren Schwindsucht entgegen, sie vertheidigt jetzt die körperliche Züchtigung ohne Gesetz, und kommen Sie noch einmal gegen uns ins Feld, wenn es sich mal wieder um gesetzliche körperliche Züchtigung handelt, wir wollen Sie an den heutigen Tag erinnern.

Wie's denn so in aufgeregten Zeiten geht, es ist eine ansteckende Krankheit. Kaum haben die Berliner Stadtverordneten der Welt kund gethan, wie sie die Sache auffassen, da finden sich noch 76 andere Herren, die nun ebenfalls die gesammte Christenheit aller Konfessionen auffordern.

(Ruf links: körperlich zu züchtigen.)

Nun, um die Frage handelt es sich nicht, und wenn Sie mich nicht unterbrechen wollten, so wäre es vielleicht besser. — Also sie entschließen sich, die gesammte Nation aufzufordern, für die gerichtlich verurtheilten, zweifelhaften Juden und gegen zwei ehrenhafte, gemißhandelte Gymnasiallehrer für den Juden in die Schranken zu treten. Da kommen nun die absprechendsten Urtheile von einer Reihe von Männern, von denen man es gar nicht erwarten sollte. Da beruft man sich auf den Krieg von 1870 und 1871, daß der alle alten Glaubensgegensätze in Deutschland verwischt habe. Ob die Herren die acht verflossenen Jahre geschlafen haben?

(Sehr richtig! rechts.)

Wer hat denn gerade nach dem Kriege von 1870/71 den furchtbaren Haß des Kulturkampfs in die Welt hineingesetzt? Vorzugsweise die Herren von der Fortschrittspartei.

(Zuruf: Bismarck!)

Fürst Bismarck? Ja, der hat allerdings auch . . . .

(Heiterkeit links. — Aha!)

Meinen die Herren etwa, ich würde die Mitthätigkeit des Fürsten Bismarck auf diesem Gebiete einen Augenblick ableugnen, ich, der ich 1871, 72, 73 auf diesen Bänken der Königlichen Staatsregierung gegenüber immer lebhaft für Nichteinführung dieser Gesetze eingetreten bin? So furchtsam bin ich nicht! bilden Sie sich das nicht ein.

(Heiterkeit.)

Es wären alle Stämme vereint, heißt es in jenem Schriftstück weiter, statt dessen werde jetzt Racenhaß und Fanatismus des Mittelalters geschürt.

Hätten doch die Herren, als der Kulturkampf entbrannte, sich auch so rasch gemeldet mit ihren Versöhnungsworten! Wo war denn Oberbürgermeister v. Forckenbeck und Professor Mommsen, als draußen in Moabit der Klostersturm stattfand, als ruchlos ein Gebäude zerstört, stille friedliche Leute aus dem Hause gejagt wurden? War es da nicht Zeit, daran zu erinnern, daß soeben erst ein glorreicher Krieg geführt sei, damit Jeder seines Glaubens leben könne? Die Herren waren nicht da, sie schwiegen.

(Zuruf: v. Forckenbeck war ja gar nicht in Berlin!)

Er wohnte doch aber in Deutschland und konnte seine Erklärung auch von Außen her abgeben. Seitdem sind acht Jahre verflossen und ich habe nicht gehört, daß er und Mommsen in der ganzen Zeit einmal zum Frieden gemahnt und sich so energisch an die gesammte Christenheit und Judenschaft gewendet habe, den Kulturkampf zu beenden und ihn nicht zu verschärfen durch das Treiben der Presse und Versammlungen. Mit dem, was die Gesetzgebung auf diesem Felde gewährt hatte, war des Guten genug gethan; das Schlimmste beim Kulturkampf lag leider in der Art seiner praktischen Ausübung! Wo waren denn diese Herren mit ihren Friedensworten, als die Schulschwestern, die sich nach preußischem Gesetz auf ihren Beruf vorbereitet hatten, aus ihrem Gewerbe und Lebensunterhalt hinausgejagt und in die Fremde geschickt wurden? Wo waren die Herren, als die Jesuiten, ganz gegen unsere bisherige Gesetzgebung, aus dem Lande gejagt wurden? Niemals haben sie sich hören lassen, sie waren still und stumm; der große Aufruf an die Nation und an die Wirkungen des Krieges 1870/71 ist damals niemals zur Erscheinung gekommen. Und wenn die Herren so eilig sind, wenn der zweifelhafte Jude Kantorowicz einen andern mißhandelt, warum sind sie nicht ein einziges Mal eingetreten für den Hofprediger Stöcker? Niemals, bei all den

wüsten Anschuldigungen, bei den grenzenlosen Gemeinheiten, die ihm gegenüber durch die Presse und in öffentlichen Versammlungen ausgesprochen sind, — niemals irgend ein Wort der Mißbilligung! An diesen verschiedenen Punkten, meine Herren, da war zuerst die Gelegenheit gegeben, ein Wort des Friedens zu sprechen. Jetzt war es eine etwas unbequeme Gelegenheit, die Sie in der ersten Aufregung erfaßt haben, und es thut Ihnen vielleicht hinterher selbst schon leid, daß Sie an keinen besseren Fall, als an den von Kantorowicz angeknüpft haben.

(Sehr wahr!)

Und nun fordern die Herren uns auf, in wahrer Begeisterung uns für die Juden in die Schanze zu schlagen! Ja, meine Herren, wenn noch so viel Beleidigung und Besudelung von Personen und christlichen Glaubenswahrheiten die Christenheit aller Konfessionen sich jetzt auf den Fall Kantorowicz hin begeistert in die Schanze schlagen sollte, so hieße das — und das wird ja der Geschichtsschreiber des römischen Volkes, Herr Professor Mommsen, am besten wissen, — die Christenheit auffordern, unter dem kaudinischen Joche hindurchzukriechen.

(Sehr richtig!)

Nun kommt auch eine jener großen stereotypen Phrasen, an denen die Fortschrittspartei alle Zeit so reich gewesen ist,

(sehr gut! rechts.)

— hochtönend, geringer Inhalt.

Da heißt es:

> „Unser Ruf ergeht an die Christen aller Parteien, denen die Religion die Botschaft vom Frieden ist; unser Ruf ergeht an alle Deutschen, welchen das ideale Erbe ihrer großen Fürsten, Denker und Dichter am Herzen liegt."

(Heiterkeit. Zuruf: Sehr richtig!)

Es kommt darauf an, wer das „sehr richtig" gesagt hat.

(Ruf des Abgeordneten Rickert: Ich!)

Ah! Herr Rickert. Nun, ich pflege in der Regel das zu beweisen, was ich ausspreche. Ich halte mich genau an das Wort, was der Herr Richter vorhin einem Andern zurief: „Thatsachen"; ich werde sie Ihnen schon vorführen und werde Herrn Rickert wieder fragen, ob das „sehr richtig" am Platze war; ich glaube, er hat einen historischen Schnitzer gemacht.

(Heiterkeit.)

Also wir werden verwiesen auf unsre großen Fürsten. *Nun, wie betrachtete* denn Kaiser Friedrich II. die Sache,

den Sie doch unbedenklich als größten Hohenstaufen unter die großen deutschen Fürsten rechnen — der Mann, der so lange den Kampf gegen das Papstthum geführt hat, er ist doch in Ihren Augen gewiß ein Mann, der zu diesen großen Fürsten, auf die sich die Sechsundsiebenzig berufen, gehört —? Der sagte:

„Man muß die Juden von den öffentlichen Aemtern ausschließen,

(Sehr wahr! rechts.)

damit sie nicht unter dem Deckmantel der Obrigkeit die Christen unterdrücken."

Wie Friedrich der Große über diese Sache dachte, wissen Sie alle — und das war auch einer unserer größten Regenten, also die Heranziehung der großen Regenten stimmt nicht, trotz des Herrn Professor Mommsen, der Historiker ist.

(Heiterkeit.)

Nun will ich gleich hinter die Fürsten die dazu gehörigen Staatsmänner einrangiren. Da ist Stein und Vincke. Das sind ein paar Männer von so anerkannter Autorität, und sie lebten nicht wie Kaiser Friedrich im Mittelalter — darauf könnten Sie sich allenfalls beziehen — ich gebe ja gern alles zu, was ich kann. Das sind die Männer der neuesten Zeit. Meine Herren, es brachte noch vor einigen Tagen eine westphälische Zeitung die Verhandlungen des westphälischen Provinziallandtages vom Jahre 1826, wo fast einstimmig der gesammte Landtag sich sehr energisch gegen die Emanzipation der Juden aussprach. Also die großen Staatsmänner stehen auch nicht alle auf Ihrer Seite trotz der verschiedenen Staatsmänner, die im vereinigten Landtage nach der Aeußerung des einen der Herren Vorredner sich dafür ausgesprochen haben.

Nun aber kommen unsere großen Denker. Ja, ich sollte meinen, Kant und Fichte und Schopenhauer und Luther, die gehören unter unsere großen Denker. Aber Kant und Fichte und die andern sprachen sich alle in einer sehr anderen Weise aus als die 76 Berliner. Da sagt z. B. Kant:

„Die unter uns lebenden Palästiner sind durch ihren Wuchergeist in den nicht ungegründeten Ruf des Betruges gekommen."

Das war ein Ostpreuße vom Anfang des Jahrhunderts; einen Westpreußen dagegen, der vom Wuchergeist der Juden nichts weiß oder wissen will, haben wir eben in Herrn Rickert gehört.

(Heiterkeit.)

Dann berufen sich die Herren auch auf unsere großen Dichter; sie führen aber kluger Weise nur den einen, Lessing, an und

haben dabei natürlich an seinen Nathan gedacht. Na, wie die Personen im Nathan geschildert sind, hat Herr Kollege Stöcker bereits gesagt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hänel: Geschmackssache!)

Mein Geschmack ist ein etwas anderer, als der Ihrige, und in der Regel passen unsere beiden Geschmäcker gar nicht zusammen.

(Heiterkeit.)

Das rechne ich mir für meine Person natürlich zur höchsten Ehre an;

(sehr gut! rechts)

ich würde mich bedauern, wenn wir uns jemals beide auf einem Felde zusammenfinden sollten, ich würde dann an mir selber irre werden. Man mag ja über die Komposition Nathans des Weisen denken, wie man will, man kann trotz aller Verehrung und Hochachtung vor Lessing doch daran zweifeln, ob das sein bestes Werk sei. Ich will nur Eins anführen: wenn alle Juden so sind, wie Lessing Nathan den Weisen schildert, dann ist die Emanzipationsfrage und die Judenfrage sofort aus der Welt geschafft und schließen wir mit ihnen den entschiedensten Bund. Nun giebts aber außer Lessing noch einige andere großen Dichter, und da wird den Herren doch wohl bekannt sein, wie Göthe, Schiller und Herder über die Sache gedacht haben ganz entgegengesetzt von der Auffassung Lessings. Es ist schade, daß die so historisch gewandten Leute unter den 76 so bedeutende Schnitzer in ihren einzelnen Sätzen gemacht haben.

Nun, wie Mommsen, der Historiker, Treitschke, Savigny, und ich habe vorher schon Luther angeführt, über die Dinge denken, das weiß Jeder, und Treitschke, Mommsen, Savigny sind doch auch noch Männer aus neuerer Zeit. Derselbe Mommsen, der wunderbarerweise die Adresse Kantorowicz mit unterschreibt, derselbe Mann sagt, daß die Juden sich eigentlich in keine einzige Nation hineinfügen könnten, daß sie Kosmopoliten im vollsten Sinne des Wortes seien. Er sagt im dritten Bande seiner römischen Geschichte nicht bloß, sie waren im römischen Reich Kosmopoliten, sondern die Juden wie sie waren und jetzt noch sind werden als zersetzend für jede Nation bezeichnet. Nun dann wird man wohl nicht so außerordentlich gefühllos — und wie die Namen der Bezeichnungen alle waren — sein, wenn man in Bezug auf die volle Emanzipation der Juden doch einige Bedenken hat, wenn selbst Mommsen sie als zersetzend für die eigene Nation bezeichnet. Zersetzen wollen wir uns nicht gern lassen, dagegen wehren wir uns. Nun, meine Herren, ist auf die Agitation in

der Interpellation hingewiesen. Dabei ist ja natürlich vorzugsweise an den Kollegen Stöcker gedacht worden. Er hat sich bereits selbst zur Genüge vertheidigt; einige Anführungen, die er selbst aber wohl nicht gut machen konnte, oder die er nicht zur Mittheilung gebracht hat, will ich doch eben auch hier anführen. Was hat er denn in seiner ersten Rede, die ja der Anfangspunkt und der erste Angriffspunkt für die jüdische Presse gegen ihn in besonderem Maße war, gesagt? Die Juden möchten ein wenig bescheidener und toleranter werden. Selbst die Abgeordneten Hänel und Virchow konnten vorgestern nicht umhin zu gestehen, daß es eine Anzahl von Juden gebe, die — wirklich recht unangenehme Charaktereigenschaften hätten, mit denen es sich gerade nicht immer angenehm leben ließe. Daß es daneben ehrenhafte, anständige Juden giebt, das ist dem Kollegen Stöcker auch ebenso gut wie mir bekannt und das Zeugniß werden wir mit aller Entschiedenheit aussprechen: gewiß, es giebt eine ganze Reihe von Juden, ehrenhaft, treu an dem Glauben ihrer Väter haltend, vor denen haben wir allen Respekt, und ich möchte sogar sagen, ich habe vor einem gläubigen Juden, dem das Gesetz seiner Väter heilig gilt, und der für seinen Glauben eintritt, mehr Sympathie, auf religiösem Gebiet genommen, mehr Respekt als vor der ganzen Fortschrittspartei zusammengenommen.

(Große Heiterkeit!)

Ich will dies mit ein paar Worten motiviren.

(Rufe links: wir glaubens ja!)

Die lange Reihe von Jahren, in denen ich die Ehre habe — es sind jetzt 9 Jahre, wo ich im Landtag mitsitze — mit den Mitgliedern der Fortschrittspartei hier in näherer Beziehung zu stehen und ihre Wirksamkeit und Thätigkeit im Lande zu verfolgen — und ich mache es mir stets zum Gesetz, auch ihre Reden mit der größten Ruhe und Aufmerksamkeit anzuhören und will gar nicht leugnen, daß ich Vieles und Manches daraus gelernt habe, aber in allem, was sie bis jetzt gesagt haben, habe ich noch nicht ein einziges Wort gefunden, wo sie für ihre christliche Kirche eingetreten wären.

Ueberall, wo es galt, gegen die Dogmen und die Rechte dieser Kirche aufzutreten, waren Sie mit dabei. Der erste Mensch, den ich aus den Reihen der Fortschrittspartei gehört habe, der von sich selbst das Zeugniß abgab: ich bin ein gläubiger Christ, — das war vorgestern der Kollege Träger. Nun muß ich zwar sagen, ich glaube ihm aufs Wort und bin in meiner Meinung von der Fortschrittspartei ein kleines Bischen irre geworden, aber es giebt auch wunderbare Heilige.

(große Heiterkeit)

denn in seinen weiteren Aeußerungen und in seiner weiteren Haltung dieser Frage gegenüber waren doch einzelne Dinge, die von einem gläubigen Christen schwer glaubbar sind.

Nun, was hat denn der Kollege Stöcker, den der Kollege Loewe trotz seiner ruhigen Ausführungen hinterher dennoch so heftig angriff, gethan? Er ist mitten in eine Zeit hinein, wo diese Stadt Berlin auf das heftigste in allen ihren unteren Bevölkerungsschichten durch die Sozialdemokratie bewegt wurde, mit dem von allen Seiten hier anerkannten Muth hineingestiegen in die Höhlen der Sozialdemokratie, um den positiven Kampf gegen die Sozialdemokratie aufzunehmen.

(Sehr wahr! rechts.)

Die Königliche Staatsregierung ihrerseits, als sie die sehr nothwendigen und gesegneten Gesetze gegen die Sozialdemokraten einbrachte, erkannte zu gleicher Zeit doch klar und vollständig, daß damit die Frage nicht gelöst wäre, daß man äußerlich zwar für eine gewisse Zeit Ruhe und Ordnung schaffen und die aufgewühlten Geister wieder zur Stille bringen könne, daß man dem wie ein Krebs um sich fressenden Feuer der Sozialdemokratie in der Weiterausbreitung wenigstens Thür und Thor abschließen könne, aber bei denen, die bereits mitten in ihr befangen waren, man nur sehr schwer und nur durch positive Mittel herankommen könne. Da ist der Kollege Stöcker hineingegangen und hat das positive Wort gesprochen, was für die Leute nothwendig war; er hat zugegeben, daß ja manches in ihren Forderungen berechtigt, und daß in unserem Gesellschaftsleben manches der Reform bedürftig sei. Wenn man den Sozialdemokraten gegenüber das, was berechtigt und wahr ist, anerkennt, dann kann man um so entschiedener alles das zurückweisen, was unberechtigt, was hassenswerth ist.

Ist das aber die einzige Thätigkeit unseres Herrn Kollegen Stöcker. In der Berliner Stadtmission? Nein, denn wo er rastlos daran arbeitet, um tausenden von Armen leiblich und geistig Brod darzubieten, wo er die Verirrten, sittlich verkommenen Elemente überall wieder herauszureißen sucht aus ihrem sittlichen Elend, — das ist eine Arbeit so schwerer, so saurer Art, wie sie kein Zweiter unter uns getragen hat, und wenn irgend jemand, dann hätte der Berliner Magistrat und die Berliner Stadtverordneten einen Anlaß, ihm dafür tausendwerth Dank zu wissen, ihm den Ehrenbürgerbrief zu geben.

(Sehr wahr! rechts. Heiterkeit links.)

Es hat, wie mir vorgestern ein Kollege hier erzählte, *ein Landrath* der Nachbarschaft gesagt, in seiner Kreisstadt sei

es bisher sehr ruhig gewesen, — da sei der Hofprediger Stöcker hingekommen — und nun sei eine nicht geringe Unruhe in seine Bevölkerung gefahren. Das glaube ich auch und halte es für sehr gut Die Grabesruhe ist nirgends was werth, und das Wort: „Ruhe ist des Bürgers erste Pflicht", haben Sie selbst oft genug perhorreſſirt. Wenn die Geister so von allen Seiten auf dem Plane sind, die Geister der Zerwühlung, der Zerstörung, der inneren Auflösung, dann ist es die Pflicht jedes ehrlichen Mannes, auch an seiner Stelle die ruhenden, die lethargischen, die trägen Elemente zu wecken, damit es uns nicht so geht wie es uns 1848 ging, da kam man auch überall mit der Spritze darüber, wenn energische konservative Männer darauf aufmerksam machten, es sei hohe Zeit, unser Volk gegen diese zerstörenden Elemente anzurufen. Es war nachher zu spät! Mit schlafenden Geistern richtet man dem Aufruhr gegenüber nichts aus, und ich halte es für eine gesegnete Arbeit, daß gerade in unserer Zeit eine große Menge von Männern auf dem Plan sind, um diesen zerstörenden Elementen gegenüberzutreten.

Und nun frage ich Sie, wenn Sie diese Menge beleidigender Ausfälle sich vergegenwärtigen — und einige werde ich nachher noch anführen . . . . .

(Große Unruhe links.)

Ja, meine Herren, (nach links), Sie haben es gewollt und nun sollen Sie es haben. Ich denke nicht eher aufzuhören, als bis ich mit dem letzten Worte fertig bin.

(Sehr gut! Bravo! rechts.)

Also all dieser Menge von Beleidigungen, Verleumdungen ihm gegenüber fordere ich Jeden auf, der ein Wort in dieser beleidigenden Tonart auch nur aus einer seiner Reden anzuführen vermag; er hat sich auch unter den schwierigsten Verhältnissen stets einer würdigen, ruhigen, sachlichen Sprache befleißigt und das sollte ihm auch bei aller prinzipiellen Gegnerschaft Achtung verschaffen. Sie (nach links) nehmen für sich das Recht in Anspruch, ungescheut, frei und offen mit Ihrer Ansicht herauszutreten. Lassen Sie Anderen auch dieses Recht, bekämpfen wir uns in würdiger Weise, lassen wir alle Beleidigungen und Verleumdungen bei Seite, dann wird sich vielleicht sehr viel früher ein Einverständniß ergeben. Von diesem Gesichtspunkte aus begrüße auch ich die heutigen Verhandlungen, sie werden etwas zur Verständigung beitragen; namentlich wünsche ich, daß alle ehrenhaften und in dieses schwierige Treiben nicht hineinverwickelten Juden gegen ihre eigenen Glaubensgenossen fest und entschieden auftreten, auf

unsere Seite treten und zu einer würdigen Kampfesweise auffordern.

Es ist das Wort von unserm Kollegen Straßmann zwar schon angeführt, aber da in der vorgestrigen Debatte der eine der Herren Redner so sehr erregt war, daß man an das Berliner Rathhaus rothe Zettel mit den Worten geschrieben hatte: „Wählt keinen Juden!“ da frage ich: wie oft haben Sie (nach links) in allen möglichen Wahlkämpfen das Volk ernstlich davor gewarnt: „Wählt keinen Konservativen!“, und nun das Berliner Volk sich das herausnimmt, auch einmal zu sagen: „Wählt keinen Juden!“ ist es ein halbes Verbrechen. Warum will das Berliner Volk, wenigstens diejenigen, die diese rothen Zettel angeschrieben haben, einen Juden nicht gewählt haben? Erstens sitzen ihrer schon viel zu viel in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, weit über das Maß ihrer Bevölkerungsziffer hinaus; zweitens aber sagt sich das christliche Volk: wenn ein Mann wie der Berliner Stadtverordnetenvorsteher in einer großen Versammlung den christlichen Geistlichen und auch Laien gegenüber solche aufreizenden Worte zu sprechen wagt, gegen die der Oberbürgermeister v. Forckenbeck, Professor Mommsen und ihre Genossen nicht eingeschritten sind, gegen die sie keine Erklärung abgegeben haben, dann wollen wir solchen Mann wenigstens nicht mehr im Stadtverordnetenkollegium haben. Wenn er von diesen Geistlichen sagt, die, soweit ich mich entsinne, kein verletzendes Wort gegen die Juden geäußert haben: „ihre Zunge ist wie die der giftigen Viper und ihr Athem wie der Hauch des Sumpfes, in dessen Miasmen alles Leben erstickt“, — meinen Sie, meine Herren, die ganze Christenheit soll sich von einem Juden so etwas sagen lassen,

(Sehr gut! rechts)

ohne daß sie mit dem Horn wider den Kopf stößt, ohne daß sie nachher erklärt, den Mann wollen wir nicht mehr in dem Stadtverordnetenkolleg haben, der so von den christlichen Geistlichen spricht? Wollen Sie würdig behandelt sein, dann behandeln Sie erst die große Majorität, $^{85}/_{86}$ unseres Volkes in einer angemessenen und richtigen Weise! Wie nennt der Börsenkourier, den der Kollege Rickert nicht liest, den Abgeordneten Stöcker? Er sagt, er sei der Rhapsode des Bierdunstes. Ist das eine Art, wie man einen Gegner behandelt? Und ist es nicht eine Perfidie ersten Ranges, wenn [illegible]en Hofprediger Seiner Majestät des Kaisers, einen [illegible]nden Geistlichen — ich führe Seine Majestät hier [illegible], um ihn für mich sprechen zu lassen, ich sage blos, [illegible] der Hofprediger des Kaisers ist — wenn man einen

Mann in solcher Lebensstellung verläumdet und der Börsenkourier es durch die ganze Welt bringt, er verletze in schmachvoller Weise seine Pflicht gegen seine alte, betagte und bedürftige Mutter — ist das nicht die größte Infamie gegen einen Geistlichen, daß er seine kindliche Pflicht gegen die Mutter verletzt, daß er das vierte Gebot mit Füßen tritt? Und nun, meine Herren, ist nicht auch durch die Reihen der Juden ein Aufschrei des Zornes hindurchgegangen, als derselbe Börsenkourier vor einigen Tagen von dem Lump Stöcker sprach und dann hinterher recht perfide das Komma korrigirte, damit die Aufmerksamkeit der Leute erst recht darauf gerichtet wurde? Ist das eine ehrenhafte Kampfesart? Ich sollte meinen, Jeder, der nur ein wenig für ehrlichen Kampf, auch der schärfsten gegenüberstehenden Parteien ist, muß so etwas verurtheilen und es wird sicherlich den Juden keinen Vortheil bringen, wenn sie in dieser Weise fortfahren mit hochverdienten Männern unseres Volkes, unserer christlichen Kirche zu verhandeln. Ich will von der anderen Waffe nicht sprechen, daß eine Unmasse anonymer Zusendungen mit den gemeinsten Schmähungen ihm zugegangen sind. Es sind mir ja, als ich das eine einzige Wort des Sprüchworts einmal hier von der Judenschule anführte, ganz discursiv, auch einmal derartige Ergüsse zugegangen. Es scheint unter den Juden eine Manie zu sitzen, solche Postkarten zu versenden; wegen der Postkasse könnte ich mich freuen, sie nimmt wenigstens immer die 5 Pfennige Porto ein.

(Ruf vom Abgeordneten Richter: Auch von den Konservativen bekomme ich solche Karten!)

Das sollte mir sehr lieb sein, wenn wir solche Hallunken herausbrächten.

(Große Heiterkeit.)

Ich gebe dem Kollegen Richter ganz entschieden das Versprechen, jeden, der sich in lumpiger anonymer Weise und in unanständiger Form an ihn wendet, unbarmherzig aus unseren Reihen auszuschließen, mit solchem Gesindel wollen wir nichts zu thun haben.

(Sehr gut! Heiterkeit.)

Meine Herren, es ist vorhin schon darauf hingewiesen worden, da aber die Nutzanwendung davon nicht gemacht ist, muß ich doch noch einmal darauf hinweisen. Ich hoffe, daß auch diejenigen Herren, welche immer sagen, die Erregung gegen die Juden sei eine nicht begründete, vom Neid eingegebene, von falscher Agitation irre geleitet, wenn sie diese Menge von Thatsachen, die im Laufe der zweitägigen Debatte an Ihnen vorübergegangen sind, sich nachher ruhig vergegen-

wärtigen, daß sie dann wenigstens mit aller Entschiedenheit diesem Treiben auch ihrerseits mit Einhalt thun werden und das ist gewiß der Weg zum Frieden.

Hier in Berlin im Herrenhause kommt die höchste Versammlung der preußischen evangelischen Landeskirche, die Synode, zusammen und tagt. Und da scheut sich nachher ein jüdisches Blatt nicht, das infame Wort auszusprechen, daß der Sitzungssaal des Herrenhauses desinfizirt, ausgeräuchert werden müsse.

(Pfui! rechts.)

Ja, meine Herren, wenn nun diese Redensart nicht vorgekommen wäre und es nicht als eine Art Retourkutsche erschiene, und morgen erklärte der Reichsbote oder die Preußische Zeitung, bei der großen Zahl von Juden, die heute die Tribünen unseres Hauses erfüllen, sei es nöthig, unsern Saal auszuräuchern, um ihren Geruch zu vertreiben — würden Sie das nicht, und zwar mit Recht, für eine Infamie sondergleichen erklären? Und wir, meine Herren, würden Ihnen von ganzem Herzen beistimmen.

(Zuruf des Abgeordneten Richter.)

Herr Abgeordneter Richter, Sie haben mich nicht zu korrigiren, das hat Ihnen der Herr Präsident schon ein paar Mal gesagt, Sie haben nur zu schweigen.

(Heiterkeit.)

Präsident: Herr Abgeordneter Strosser, ich bitte Sie, in Ihrer Rede fortzufahren.

Abgeordneter **Strosser:** Daß das kränkend ist, das sehen und fühlen die Juden sofort heraus. Aber meinen Sie nicht, daß die Leute, die auch nicht antworten können, um ihres Amtes Willen, die höchsten Würdenträger der Kirche und mit ihnen die gesammten evangelischen Glaubensgenossen des Landes sich auch tief gekränkt gefühlt haben?

Was du nicht willst, daß man dir thu',
das füg' auch keinem Andern zu.

Und wie hat denn das Mosse'sche Montagsblatt noch in diesen Tagen die Freunde und Gegner des Kulturkampfes gruppirt? Hie Lessing, hie Gesindel! Also Alles, was nicht einstimmt in die angeblich Lessing'schen Anschauungen ist Gesindel! Meine Herren, derartige freche Ueberhebung und Aufreizung sollte man besser unterwegs lassen, es thut nicht gut. Zu allen diesen Dingen, die ich eben angeführt habe, wo man hätte glauben sollen, daß den 76 großen Friedensstiftern

(Heiterkeit.)

den durch die Affaire Kantorowitz so außerordentlich eut-

rüsteten Herren von der Fortschrittspartei und daß allen ehrenhaften Juden auch die Galle überlaufen mußte — kein Wort der Mißbilligung, der Zurückweisung. Erst jetzt kommt zu meiner großen Freude ein Professor jüdischen Glaubens in der Kreuzzeitung mit der Erklärung, die er gegen den Börsenkourier losläßt, ich wünsche, daß so etwas öfter vorkommt.

(Heiterkeit.)

In solchen Dingen nicht auf der einen Seite jede Kleinigkeit, z. B. die einfachen und vielleicht ja auch — ich weiß das noch nicht — verletzenden Worte der Lehrer ungeheuer in den Himmel erheben, und diese groben Mißbräuche der Preß- und Redefreiheit vollständig mit Schweigen behandeln — das heißt Mücken hängen und Kameele verschlucken.

Nun, meine Herren, in ein paar kurz zusammengezogenen Sätzen nur das, was wir an den Juden der Gegenwart bekämpfen. Das ist also, daß diese Menge ungläubiger Juden, die an ihrem eigenen Glauben Schiffbruch gelitten haben, sich selbst rühmen, daß sie bereits zersetzend auf hunderttausend deutscher Christen eingewirkt hätten, daß die in der Presse für alle Zukunft unsere Glaubenssachen ruhig unberührt lassen, oder wenn sie sie ja berühren, dann in anständiger Form. Kommt dann von unserer Seite ein unangemessenes Auftreten gegen das Judenthum vor, das wir sehr hoch stellen, das alte Testament ist für uns auch Gottes Wort vom ersten bis zum letzten Buchstaben, es ist uns als Gottes Wort heilig, und es wird schwerlich von Christen irgendwie angegriffen werden — sollte es doch geschehen, dann dürfen sie fest und entschieden auf uns zählen.

(Zuruf.)

Ja, ich erkläre jeden für einen Hallunken und Lumpen, der anonym gegen den Herrn Abgeordneten Richter vorgeht.

(Heiterkeit)

Wenn der Herr Abgeordnete Rickert von den zahlreichen Wucherern aus den Kreisen der Juden nichts weiß, dann muß ich sagen, geht er mit einer seltenen Unbefangenheit durch die Erscheinungen der Zeit, und ich wundere mich, daß er als Politiker in unserer Mitte sitzt, der sich in der Regel um die Dinge der Gegenwart zu kümmern hat. Es ist keine Frage, es giebt eine Menge christlicher Wucherer, und wir wollen keinen davon irgendwie milder beurtheilen, wie die jüdischen. Aber es ist auch keine Frage, daß das überwiegende Gros der Wucherer vorzugsweise Juden sind. Da sind weiter diese schwindelhaften Börsenoperationen, das ganze schwindelhafte Börsenwesen, von dem

daß schon damals die Juden durch Wucherthum und Heranziehen aller Geldschätze der Nation den Haß der übrigen Bevölkerung auf sich gezogen haben. Selbst Thomas von Aquin — also im höchsten Mittelalter —, wie mild, wie freundlich empfiehlt er den Zeitgenossen, die Juden in allen ihren berechtigten Verhältnissen, in ihrem Glauben, in alledem zu schützen, und nur da gegen sie einzutreten, wo sie in bedenklichster Weise Wucher treiben.

Dann hat uns der Kollege Hänel in Bezug auf die Versammlung des Kollegen Stöcker gesagt, es seien turbulente Volksansammlungen, eine Masse, die nur der nervösen Bewegung, des Skandals bedürfe. Wenn jemand aus den ultrakonservativen Reihen so vom Volke spräche, so wäre das sehr unrecht, aber wenn ein Volksmann der Fortschrittspartei sich so über das Volk äußert, so ist mir das, ganz milde ausgesprochen, höchst unbegreiflich. Ich wünsche, daß das Volk von derartigen liebenswürdigen Redensarten von Herrn Hänel Notiz nimmt. Wir haben heute von Herrn Richter dasselbe Volk als Mob bezeichnen gehört, und das war auch keine freundliche Bezeichnung für Schuhmacher, Schneider und Handschuhmacher.

(Zuruf links.)

Mit einem schlechten Witz kommt man über die Dinge nicht weg,

(Sehr richtig! links)

und der Zuruf gehörte nicht zu den guten Witzen.

Da frage ich die Herren blos: was waren denn das für Leute, die in allen Volksversammlungen seit 1848 um ihre Redner sich versammelten? war das auch Mob? waren es auch turbulente Leute, die einer nervösen Aufregung bedurften. Das Eine wie das Andere müßte es nach ihrem Ausspruch gewesen sein.

Dann hat er uns vorgeführt, es seien Massenschändungen jüdischer Gräber in einem Dorf vorgekommen, und hat dies zu einer Beurtheilung der gesammten Judenfrage in einer Weise verwerthet, die fast unbegreiflich ist. Ich habe von dem Vorfall leider nichts näheres gehört, obgleich ich ein sehr fleißiger und eifriger Zeitungsleser bin. Aber der Abgeordnete Hänel sagt es, und er ist ein ehrenwerther Mann — es muß wahr sein. Nun frage ich ihn aber: Glaubt er denn, daß ein wahrer Christenmensch Judengräber schänden kann? Nun und nimmer mehr. Wenn es geschehen ist, war es ein ruchloser Bube oder mehrere, und die können auch der Fortschrittspartei oder den Juden selbst angehört haben.

(Zurufe.)

Nun höre ich gar, daß der unschuldige Sturm es gethan hat, und das wird als Massenschändung an Gräbern gegen die Christen ausgebeutet.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hänel: Gar nicht wahr! eine vollständige Entstellung des Sinnes.)

Es wird mir sehr lieb sein, wenn der Kollege Hänel mich nachher in den persönlichen Bemerkungen widerlegt,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hänel: Lesen Sie den stenographischen Bericht.)

ich habe mich an das gehalten, was ich gestern notirt habe.

(Erneute Zurufe.)

Präsident: Meine Herren, ich bitte, nicht mehr zu unterbrechen, der Abgeordnete Stroffer hat das Wort.

Abgeordneter **Stroffer:** Der Herr Kollege Virchow hat uns vorgeführt, daß Stahl und Leo auch den Juden angehört hätten. Was den verewigten Stahl anbetrifft — ja der war ein Jude und wurde ein lauterer, voller und ganzer Christ und ein konservativer Mann ersten Ranges, so daß wir heute noch stolz sind auf ihn. Wenn die sämmtlichen 500,000 Juden, die wir im Lande haben, wie Stahl so treue und gläubige Christen werden wollen, so entschiedene Konservative, sollen sie uns höchst willkommen sein.

(Große Heiterkeit.)

Dann sagt der Abgeordnete Virchow mit derselben Sicherheit und Entschiedenheit, auch der verewigte Leo wäre ein Jude gewesen. Da sieht man, wie sich auch ein großer Gelehrter auf dem Gebiete der Geschichte irren kann, und es hätte der Kollege Löwe vorhin nicht so zu lamentiren brauchen, daß auch der Kollege Stöcker sich eines kleinen Irrthums in Bezug auf Schleiden schuldig gemacht hätte. Dem Kollegen Virchow — vielleicht wird er es sonst schon erfahren haben, es ist ihm in der Hitze des Gefechts passirt — will ich in Bezug auf Leo sagen: sein Vater war ein evangelischer Geistlicher in einem Dorfe im Thüringer Walde bei Rudolstadt und soweit er selbst ermittelt hat über seine Vorfahren, — er hat nur bis zur zehnten Generation rückwärts Erkundigungen einziehen können — so waren das alles gute Christen.

In einem der kleinen Zugeständnisse, die uns der Kollege Virchow in Bezug auf die Juden gemacht hat, sagte er, er wünsche, daß sich die Juden etwas praktischer im Kampfe benommen hätten. Praktisch, meine Herren, sind sie immer gewesen, ich wünschte, sie hätten sich etwas bescheidener und anständiger, ehrenhafter benommen. Das war der richtige Ausdruck, das praktische will nicht viel sagen, dabei hätten wir nicht viel gewonnen. Dann hat er selbst gesagt, nichts

sei für die Sache nützlicher, als die öffentliche Diskussion. Ich bescheinige ihm das, die beiden Tage bezeugen es.

Nun kommt der Kollege Träger. Der behauptet, Fürst Bismarck habe erst, seit er Kanzler geworden, andere Ansichten über seine Stellung zu den Juden bekommen, wenn ich den Abgeordneten Träger richtig verstanden habe, — es kann sein, daß ein Irrthum vorgekommen ist. Er behauptet, Fürst Bismarck dürfte früher ähnliche Anschauungen darüber gehabt haben, wie die von ihm angeführten Mitglieder der Herrenkurie vereinigten Landtages.

Da ist er doch auch in einem großen historischen Irrthum. Fürst Bismarck hat in jener Zeit, wo der vereinigte Landtag existirte, in dieser Frage gesagt:

> „wenn ich mir als Repräsentanten der geheiligten Majestät des Königs gegenüber einen Juden denke, (also als Richter, der nomine des Königs seine Urtheile fällt) dem ich gehorchen soll, so muß ich bekennen, daß ich mich tief niedergedrückt und gebeugt fühlen würde, daß mich das freudige und aufrechte Ehrgefühl verlassen würde, mit welchem ich meine Pflichten gegen den Staat zu erfüllen bemüht bin."

Sie sehen also, es war ein kleiner historischer Schnitzer unseres Kollegen Träger. Nun fordert er uns auf, wir sollten nicht eintreten für Ideen, die verdammt und gebrandmarkt seien seit 1847. Ja, meine Herren, selbst die liberalen Adligen, die damals 1847 im vereinigten Landtage sich so aussprachen, wie er uns vorgestern vorgeführt hat, sind doch für uns nicht so große Autoritäten wie die Dichter, Denker, Staatsmänner und Fürsten, die ich Ihnen vorher angegeben habe. Die wiegen für uns noch etwas mehr als jene 3 bis 4 liberalen Adligen des Jahres 1847.

Nun will ich nur noch auf eine seiner Bemerkungen zurückkommen. Er rühmt die Tapferkeit der Juden in den Freiheitskriegen, ihre Lust zu sterben für das Vaterland. Da scheint er noch ein wenig an den älteren Berichten zu kleben und von den neueren Berichtigungen, die später veranlaßt worden sind, keine Kenntniß gehabt zu haben. Als man diese Behauptung zum ersten Mal aufstellte, wurde hinterher amtlich ermittelt, wie viel Juden eigentlich in die Freiheitskriege gegangen seien; ihre Zahl war erstaunlich klein im Verhältniß ihrer Kopfzahl zur Gesammtbevölkerung des Landes. Ich beschäftige mich sehr aufmerksam damit, ich habe eine ganze Reihe von Detailbeschreibungen der Freiheitskriege studirt, habe aber nirgend von diesen großen Heldenthaten der Juden in den Freiheitskriegen gelesen. Wird aber wohl an

mir liegen. Herr Kollege Träger hat sie wahrscheinlich besser gelesen.

(Ruf: Beitzke!)

Ja das ist eine sehr zweifelhafte Sache; ich habe auch den Beitzke gelesen, das ist mir aber nicht in Erinnerung geblieben. Das will ich zugeben in den Kriegen von 1864, 1866, 1870/71 haben sich die Juden in der Zahl, wie sie im Heer standen, ebenso ehrenvoll und brav gehalten, wie ihre christlichen Mitbürger. Aber ich will den Kollegen Träger auf ein Schlachtfeld aufmerksam machen, wo ich sagen muß, da leisten die Juden ganz außerordentlich viel an Tapferkeit, an Hingebung an Niedermetzelung aller ihrer Gegner. Das ist die Börse!

(Heiterkeit.)

Da metzeln sie jeden Tag eine ganze Portion von Leuten hin, und die finanziellen Leichen der Börse, die dort alljährlich sich zusammenfinden, übersteigen alle das Maß der Todten und Verwundeten, die wir in den sämmtlichen Kriegen, seit den Freiheitskriegen gehabt haben.

(Sehr richtig! Heiterkeit.)

Herr Kollege Träger hat uns dann darauf aufmerksam gemacht — da er als gläubiger Christ das wissen muß — es gäbe christliche Preßorgane mit den schimpflichsten Tendenzen. Ich möchte ihn nun bitten, uns dieselben namhaft zu machen, damit wir andre Christenmenschen uns davon lossagen; denn mit Schimpf und Schande wollen wir nichts zuthun haben.

(Ruf links: Deutsche Landeszeitung!)

Ich weiß nicht genau, wie die Tendenz der Deutschen Landeszeitung ist; daß sie wirklich so schimpfliche Tendenzen habe, ist mir zweifelhaft. Was die „Wahrheit" betrifft, so hat der Herr Kollege Stöcker es schon ausgesprochen und ich kann ihm das nachsagen: Mit dem Antisemitenverein habe ich nichts zu thun, habe auch seinen Aufforderungen; mich dort zu betheiligen, entschieden nicht entsprochen, die von ihm herausgegebene „Wahrheit", die mir auch in einzelnen Exemplaren zugeschickt wurde, um darauf zu abonniren, halte ich nicht, denn die Kampfesweise und die Waffen, die dort gebraucht werden, billige ich nicht;

(Hört! links.)

aber ich muß das hinzusetzen, was der Kollege Stöcker bereits gesagt hat: so lange von der anderen Seite in den Witzblättern ein solcher Ton inne gehalten wird, ist es nicht zu rechtfertigen, aber zu erklären, wenn auch von der „Wahrheit" in dieser Weise gehandelt wird — vielleicht nicht immer so

schlimm — gegen den jüdischen Glauben und jüdisches Dogma, wie es von dort aus gegen unseren Glauben und unser Dogma geschieht.

(Sehr richtig! rechts.)

Nun, meine Herren, das letzte Wort.

(Bewegung.)

Thun wir unsrerseits alles mögliche, um die gerügten Uebelstände, die einem großen Theil des jüdischen Volkes ankleben, gemeinsam zu bekämpfen und überall Front zu machen, auch wenn auf christlicher Seite in unwürdiger Art die Juden bekämpft werden. Dann wird der Friede von selber kommen.

(Lebhaftes Bravo.)

Präsident: Es ist der Schluß der Diskussion beantragt von den Abgeordneten Wagener, v. Rauchhaupt und Freiherrn v. Minnigerode. Ich bitte, daß diejenigen, welche den Schlußantrag unterstützen wollen, sich erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus. Auf der Rednerliste stehen noch für: die Abgeordneten Dr. Virchow, v. Ludwig, Richter, Kieschke; gegen: die Abgeordneten Freiherr v. Minnigerode, Schmidt (Sagan), Dr. Franz, Dr. Lieber, Dr. Reichensperger (Köln), Dr. Roeckerath. Ich bitte nunmehr, daß diejenigen Herren, welche den Schluß herbeiführen wollen, sich erheben.

(Geschieht.)

Wir bitten um die Gegenprobe, und daß diejenigen Herren sich erheben, welche gegen den Schluß stimmen.

(Geschieht.)

Die Abstimmung bleibt zweifelhaft. Der Schlußantrag gilt als abgelehnt. Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Richter.

Abgeordneter **Richter:** Herr Präsident, obwohl es für den Augenblick nach dieser Erklärung keine praktische Bedeutung mehr hat, so möchte ich doch bemerken, daß, wenn eine Abstimmung über den Schluß zweifelhaft ist, dann ohne Gegenprobe der Schluß als abgelehnt gilt.

Präsident: Die Schriftführer waren uneinig und wünschten ausdrücklich, um einen Ueberblick zu gewinnen, daß die Gegenprobe gemacht wird.

Es ist die Vertagung beantragt von den Abgeordneten v. Ludwig, Mooren und Dr. Virnich.

(Unruhe und Widerspruch.)

Meine Herren, darüber wird ja die Abstimmung entscheiden. — Ich bitte, daß Diejenigen, welche den Vertagungsantrag *unterstützen* wollen, sich erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus. Ich bitte nunmehr, daß diejenigen Herren sich erheben, welche vertagen wollen.

(Geschieht.)

Das ist die Minorität. Der Vertagungsantrag ist abgelehnt, die Debatte geht fort

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Virchow.

Abgeordneter Dr. **Virchow:** Meine Herren, ich wollte, bevor die Auswanderung begonnen

(Heiterkeit)

erklären, daß ich nicht die Absicht habe, Sie lange zu behelligen. Ich erkenne ja mit Ihnen an, daß die Debatte weit genug gegangen ist. Ich habe nur das Interesse einerseits, gegenüber den ziemlich heftigen Angriffen, welche gerade die letzten Herren Redner gemacht haben, ein Paar abwehrende Bemerkungen zu machen, andrerseits von meinem Standpunkte aus das praktische Resultat der Debatte zu ziehen.

Meine Herren, der Abgeordnete Stroffer hat sich mit einer gewissen Zähigkeit immer wieder von neuem darauf gestützt, als sei das, was von Seiten der liberalen Partei in der letzten Zeit in dieser Sache geschehen ist, durch den Fall Kantorowitz herbeigeführt worden. In dieser Beziehung darf ich wohl annehmen, daß die Erklärung, welche — ich glaube von Herrn Mommsen persönlich — in der Zeitung gestanden hat, daß unsere Erklärung schon vor dem Fall Kantorowitz formulirt ist, endlich einmal anerkannt werden wird.

(Hört! hört!)

Wir haben in der That diesen Fall nicht zum Gegenstand unserer Erklärung gemacht, sondern die schon damals drohende Situation; wir sahen voraus, daß Fälle der Art eintreten könnten.

Auf den Fall Kantorowitz habe ich speziell keine Veranlassung, im Einzelnen hier einzugehen, aber das bin ich doch Herrn Kantorowitz schuldig, gegenüber den wegwerfenden Bemerkungen des Herrn Stroffer hervorzuheben, daß die Gerichtsverhandlung, welche gegen ihn geschwebt hat, den Charakter nicht gehabt hat, den Herr Stroffer ihr beizulegen beliebte. Ich habe eben die Ehre gehabt, ein Mitglied dieses Hauses, Herrn Beisert, der mich autorisirt hat, seine Erklärung zu benutzen, über diesen Fall zu hören und ich möchte darnach hier ausdrücklich konstatiren, was mir auch sonst schon bekannt war — erstens, daß der Fall Kantorowitz so zweifelhaft lag, daß in der ersten Instanz ein freisprechendes Urtheil erfolgt ist und zweitens, daß in der zweiten Instanz nicht etwa ausgesprochen worden ist, daß die Firma dolos gehandelt hat. Es handelt sich auch gar

nicht um einen Strafprozeß, sondern einfach um einen Civilprozeß. Wäre in dem Civilprozeß festgestellt worden, daß eine dolose Handlung stattgefunden hat, so wäre gegen Herrn Kantorowitz in anderer Weise vorgegangen. Endlich habe ich darauf hinzuweisen, daß es sich um eine zweifelhafte Bestimmung des Markenschutzgesetzes handelte, daß nicht nur Herr Kantorowitz, sondern eine ganze Anzahl von Firmen im Spritgeschäft in ganz ähnlicher Lage gewesen sind und zum Theil sich noch gegenwärtig befinden, und daß gegenüber diesen Fabrikanten in keiner Weise der Vorwurf erhoben wird, daß sie verbrecherische Personen seien, die der öffentlichen Verachtung denunzirt werden könnten. Nein, meine Herren, so liegt es in keiner Weise.

Ich will ebensowenig ins Einzelne eingehen in Beziehung auf die meiner Meinung nach durchaus ungeeignete Behandlung, welche Herr Strosser der Erörterung dieser Angelegenheit in der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat angedeihen lassen. Persönlich war ich nicht dabei betheiligt; ich kann also für mich nicht sprechen, — ich war nicht anwesend. Indessen das möchte ich zunächst hervorheben, daß der Stadtschulrath Bauer nicht etwa ein Mitglied der Fortschrittspartei ist, oder ein vorgerückt Liberaler, sondern den Konservativen sehr viel näher steht als uns. Und, meine Herren, wenn ein Mann dieser Art als Vertreter des Magistrats in die Stadtverordnetenversammlung kommt, — ich habe hier den stenographischen Bericht vor mir liegen — und ausdrücklich sagt, er sei vollkommen über die Sache informirt und sei entrüstet über das Verhalten dieser Männer und der Direktor Kempf, der die Schule, an welcher Dr. Förster beschäftigt ist, leitet, sei noch vielmehr entrüstet darüber, ja, dann weiß ich nicht, wie Jemand hier auf die Tribüne gehen und in dem Tone von Wegwerfung von diesen sehr ernsthaften, ehrlichen, für die Stellung ihrer Schulen im höchsten Grade besorgten Männern sagen kann, das sei reines Parteigetriebe. Meine Herren, in dieser Beziehung will ich zur weiteren Aufklärung noch hinzufügen, daß Herr Dr. Kempf allerdings allen Grund hatte, entrüstet zu sein; denn es war schon vorher in Bezug auf den Dr. Förster ein Fall vorgekommen, in dem er sich einem jüdischen Schüler gegenüber in einer solchen Weise benommen hatte, daß Herr Kempf es für nöthig gehalten hatte, ihm darüber eine ernsthafte Vorhaltung zu Theil werden zu lassen, in Folge deren Herr Dr. Förster versprochen hatte, sich für die Zukunft zurückzuhalten. Da konnte doch wohl Herr *Direktor* Kempf entrüstet sein, daß bald nachher Herr Dr. Förster *in der* Weise hervortrat. Ich möchte noch besonders

erwähnen, daß Dr. Förster als Generalagent des Petenten wirkt, derjenige, der für alle Adressen als derjenige angegeben wird, an welchen die Unterschriften eingesandt werden sollen; er ist der eigentliche Zentralagent. Nun, meine Herren, daß ein solcher Mann nicht gerade ein hervorragend geeignetes Element in einer Schule ist, die keinen speziell konfessionellen Charakter trägt, in einer Schule, in der jüdische Schüler in großer Zahl vorhanden sind, in einer Schule, welche dazu bestimmt ist, den öffentlichen Frieden der Stadt nicht bloß gegenwärtig zu wahren, sondern auch für die Zukunft Personen heranzubilden, die geeignet sind, ein Gefühl zu haben für diesen öffentlichen Frieden, — das, denke ich, wird das Haus im Ganzen wohl anerkennen.

Ich will ebensowenig hier das Haus behelligen mit einer eingehenden Erörterung über die sonstigen Berliner Verhältnisse, die hier zur Sprache gebracht sind. Was Herrn Straßmann persönlich anbetrifft, von dem ja alle Welt weiß, welches der Grund ist, daß er heute nicht anwesend sein konnte, so wird er wohl Gelegenheit haben, sich anderweitig Herrn Stroßer gegenüber zu äußern. Ich will nur das hervorheben, daß, wenn die Herren von jener Seite gegenwärtig darin garnichts finden, daß man an die Säulen schreibt: „wählt keinen Juden mehr", während Sie sagen, man habe doch nichts dagegen, daß geschrieben werden könnte: „wählt keinen Konservativen mehr", meine Herren, dann muß ich doch sagen, das ist eine vollkommene Verwirrung zwischen politischen und religiösen Dingen.

(Sehr richtig!)

Wir haben garnichts dagegen, schreiben Sie an alle Säulen: „wählt keine Fortschrittsleute mehr;" kleben Sie das meinetwegen an alle Ecken des Rathhauses an. Im Gegentheil, es würde uns sogar ein besonderes Vergnügen sein, wenn Sie das thun; machen Sie das Experiment, wir wollen einmal sehen, was die nächsten Wahlen dann bringen werden. Aber, daß Sie an dieselben Stellen Plakate anheften: „wählt keinen Juden mehr" — das ist gerade so, wie wenn wir Plakate machen wollten: „wählt keinen Katholiken mehr."

(Zuruf aus dem Centrum: Präsidentenwahl!)

Ja, meine Herren, (zum Centrum gewandt) nehmen Sie mir das nicht übel, mit Ihnen ist im Augenblick gar nicht zu sprechen.

(Heiterkeit.)

Jeder kann ja in seinem Innern, in seinem Gewissen oder Herzen oder Verstande sich berufen fühlen, Jemanden nicht zu wählen, weil er ein Jude ist; daraus werde ich [illegible]

niemals einen Vorwurf machen, so wenig wie ich Jemand einen Vorwurf mache, wenn er jemand nicht wählt, weil er Katholik ist; aber ich verlange, daß er das nicht als einen Gegenstand der Agitation nach außen trägt.

(Ruf im Centrum: Das ist ja hier geschehen!)

Es ist wirklich jetzt darüber nicht zu reden.

(Unruhe im Centrum.)

Ich möchte aber den Herrn Konservativen gegenüber, von denen ich annehmen darf, daß sie sich nicht in einem solchen Zustande der Erregung befinden, daß sie alles persönlich nehmen, noch einmal aussprechen: es ist wirklich nicht einerlei, ob ich in den Wahlkampf die religiöse Frage unmittelbar hineintrage, in der Weise, daß ich sage: die und die Personen, weil sie eine bestimmte Religion haben, will ich nicht gewählt haben, die dürft ihr nicht wählen, und sie sind, weil sie diese Religion haben, von vornherein schlechte Leute.

Auch das, meine Herren, möchte ich noch einmal konstatiren, — vielleicht täuschen sich die Herren darüber selbst, ich will annehmen, daß es nicht böse Absicht ist, — daß die Art von Agitation, die von jener Seite betrieben wird, meiner Meinung nach nicht denjenigen Charakter an sich trägt, den Sie auf der Tribüne schildern. Herr Stöcker hat persönlich darüber gesprochen, Herr Stroffer hat die Sache weiter ausgeführt. Ich habe recht aufmerksam zugehört, auch mir schon früher Mühe gegeben, allerdings nicht durch eigenes Zuhören, aber durch Originalschriften, mich zu vergewissern, was denn eigentlich Herr Stöcker will. Da muß ich nun aussagen, daß er fast in jeder der Reden, die mir authentisch zugegangen sind, am Schluß zu einem ganz schwächlichen Resultat kommt. Es springt immer fast gar nichts heraus; zuletzt riegelt er ab. Da sagt er: O Gott, wir wollen uns mit wenig begnügen, wir wollen das Wenigste nehmen; auch bei Gelegenheit der Petition ist das wieder vorgekommen, daß er gesagt hat, man müsse recht wenig nehmen, man sollte eigentlich nicht so weit gehen in der Petition. Aber, meine Herren, lesen Sie einmal, was Herr Stöcker vor dem Schluß sagt. Da geht die Aufregung immer weiter, so daß man glauben könnte, er werde wirklich zuletzt die Vernichtung der Juden fordern. Man braucht nur eine der Reden zu lesen. Ich habe hier nicht etwa einen Zeitungsabdruck, sondern die mit dem Namen des Herrn Adolf Stöcker, Hof- und Domprediger, [illegible]erte 5. Auflage seines Buches „Das moderne Judenthum [illegible] Deutschland, besonders in Berlin; zwei Reden in der [illegible]lich-sozialen [illegible]eiterpartei gehalten." Aus diesem Buche [illegible]e ich in meiner ersten Rede, ohne den Herrn Stöcker zu

nennen, einen Passus verlesen. Es scheint selbst von der Judenpresse nicht verstanden zu sein, daß es Herr Stöcker war, aus dem ich las. Das war die Stelle, wo Herr Stöcker Klage führt, daß die Juden in großer Zahl ihre Kinder in die höheren Lehranstalten schicken, und wo er zu der rein darwinistischen Doktrin kommt, daß es nun zum Kampfe ums Dasein gehen müsse, und daß man sich nicht darüber täuschen solle, daß auf diesem Boden Race gegen Race stehe, nicht im Sinne des Hasses, sondern des Wettbewerbes, ein Racenstreit. Er führt in derselben Rede weiter aus, daß die Israeliten ein fremdes Volk seien und nicht mit uns vereinigt werden könnten, außer wenn sie sich zum Christenthum bekehrten. So geht es weiter, so daß man glauben könnte, wenn die Juden nicht alle Christen würden, müßten sie entweder aus dem Lande geworfen oder getödtet werden. Aber am Schluß heißt es: was soll man machen? Die Gesetzgebung kann einiges thun in Beziehung auf das Kapital, aber das Beste muß aus dem Wiedererwachen des lebendigen Christenthums kommen. Das ist ja sehr schön, aber Herr Stöcker mag sich nicht darüber täuschen, daß andere Leute aus seinen Vordersätzen kräftigere Schlüsse ziehen als er selber. Selbst wenn man noch mit Herrn Stöcker, um seine Höflichkeit zu erwidern, annimmt, daß er redlich sei, so können doch andere Leute glauben, es wäre eine bloße Verstellung, daß jemand, der vorher so weit gegangen ist in seinen Anschuldigungen, zuletzt sagt, das Christenthum muß helfen. Warum hat er denn eine so kräftige Rede gegen die Juden gehalten? Jene Schlußermahnung ist doch weiter nichts als ein Impuls an gewisse Personen, daß sie in ihrem Christenthum energischer werden sollen, aber sie zieht keineswegs die praktische Folgerung aus der voraufgehenden Rede. Nein, meine Herren, Sie werfen zunächst die Brandfackel hinaus, und nachdem dies geschehen ist, ziehen Sie rasch daran, um sie wieder zurückzunehmen, ohne danach zu sehen, ob nicht inzwischen wer weiß wie viele Funken ausgestreut sind, welche an anderer Stelle wieder den Brand anfachen werden. Meine Herren, ich wünschte wohl, daß wir wenigstens dahin gekommen wären, daß Jeder in den verschiedenen Parteien dieses Landes sich ohne solche Vorurtheile, wie sie augenblicklich im Centrum aus ihrer eigenen Bewegung heraus an die Sache herangetragen werden, sich einmal klar mache: wollen wir fortfahren, die religiösen Fragen im Sinne der politischen Agitation zu behandeln? und [illegible] wir die in der That erst nach sehr schweren Kämpfen gewonnene Rechts-

stellung, welche die verschiedenen Konfessionen und Religionsgesellschaften in unserem Staate nebeneinander einnehmen, von neuem alteriren? Meine Herren, das ist die praktische Frage.

Wenn ich nun meinerseits das Ergebniß ziehe, welches in diesen Verhandlungen zu Tage getreten ist, so glaube ich, konstatiren zu können, was ich schon vorgestern voraus sagte, daß Niemand hier im Hause es gewagt hat, die praktischen Konsequenzen in vollem Maße zu vertheidigen, welche in der Petition niedergelegt sind, daß also im Voraus die Bestrebungen von allen Seiten verlassen worden sind, welche in der Petition ihren Ausdruck suchten. Wenn wir nun zugleich konstatiren, daß an sich viel höhere Forderungen erhoben worden sind in den antisemitischen Kreisen und daß die Petition ein schon sehr abgeschwächter Ausdruck dessen war, was in diesen Kreisen eigentlich gefordert wurde, so denke ich, können wir befriedigt sein mit diesem Gesammtergebniß.

Ich schließe, meine Herren, mit einer kleinen persönlichen Bemerkung. Der Herr Abgeordnete Stöcker hat heute auf der Tribüne, als ich zu wiederholten Malen ihn bei solchen Punkten, wo er meiner Meinung nach nicht ganz korrekt war, Einwendungen zurief, nie gethan, als ob er sie hörte; mit der größten Kaltblütigkeit hat er fortgefahren, seine Ausführungen zu machen. Ein einziges Mal hat er seine Augen auf mich gewendet und bemerkt, daß ich lachte. Er hat das dann dem Hohen Hause angezeigt, und das hat auf jener Seite eine, wie es schien, große Aufregung erzeugt. Meine Herren, es war an einer Stelle, die nachher von Herrn Strosser noch einmal vorgebracht ist, wo von der Desinfektion des Herrenhauses nach dem Schluß der Generalsynode die Rede war. Wenn diese Bemerkung des Herrn Stöcker, der gerade sie so stark betonte, nach außen kommt, so könnte es leicht den Eindruck machen, als hätte ich wer weiß wie laut gelacht. Meine Herren, ich saß ganz ruhig da, ich erinnere mich noch sehr lebhaft daran, den Kopf in die Hand gestützt; als der Satz von der Desinfektion herauskam, so lächelte ich still. Ja, meine Herren, ich würde wahrscheinlich, wenn ich noch einmal in dieser Weise überrascht würde, auch wieder lächeln. Ich finde darin wirklich gar nichts besonderes. Ich kann wohl sagen, daß jeder Versuch einer Desinfektion bei mir immer schon eine gewisse freudige Stimmung erzielt, und daß der Gedanke an sich mir in der That gar nicht herabwürdigend erschien. Die Generalsynode ist doch nicht etwa eine göttliche Institution, —

(Zuruf: Anständige Leute!)

anständige Leute sind es ja, indessen das Desinfiziren war doch nur figürlich gemeint. Wenn man z. B. von einer Pest der Bigotterie oder von einer Pest der Frömmelei spricht, so kann man auch von einer Desinfektion eines Ortes reden, wo diese Pest zur Erscheinung gekommen ist. Aber, meine Herren, ich lächelte eigentlich über etwas ganz anderes; es fiel mir nämlich ein, daß, wenn die Desinfektion geschehen sei, sofort die Unterzeichner der Petition, die Herren von der Schulenburg (Beutzendorf) und Herr Senft (Sander) mit demselben Geist dort einziehen würden, der in der Generalsynode die Herrschaft hatte. Ich bitte also, daß Sie mir das nicht zu hart auslegen. Ich will übrigens versprechen, künftig mehr über meine Mienen zu wachen, damit es mir nicht wieder so ergeht.

Präsident: Es ist wiederum der Schluß der Diskussion beantragt von den Abgeordneten Kalle, v. Liebermann und Freiherrn v. Zedlitz. Ich bitte, daß diejenigen, die den Schlußantrag unterstützen, sich erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus. Die Rednerliste hat sich nicht verändert, außer daß der Abgeordnete Dr. Virchow gesprochen hat. Wenn es nicht ausdrücklich verlangt wird, werde ich annehmen, daß die Rednerliste bekannt ist und gleich über den Schluß abstimmen lassen. —

Ich bitte also, daß diejenigen Herren, welche den Schlußantrag jetzt annehmen wollen, sich erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Minderheit, der Schluß ist abgelehnt.

Das Wort hat der Abgeordnete Freiherr v. Minnigerode.

Abgeordneter Freiherr **v. Minnigerode:** Meine Herren! Ich werde überhaupt sehr kurz sein und stelle einige Personalien voran.

Ich bin, nachdem über die Person des Herrn Kantorowicz so verschiedenes durch den Saal getragen ist, in der Lage, Ihnen Einzelheiten aus dem bezüglichen Erkenntniß selbst zu geben; danach schrumpft die Person des genannten Herrn nicht unwesentlich zusammen. Es heißt in dem gerichtlichen Erkenntniß:

> Dieses unreelle Verfahren, welches lediglich zu dem Zwecke erfolgte, dem eigenen Produkt unter fremder Marke die Verkehrsgebiete zu erschließen, welche im Weltverkehr das französische Fabrikat bereits sich erschlossen hatte, konnte auch durch mehrjährige Ausübung nicht zu dem faktischen Zustande führen u. s. w.

Dann lautet es weiter im Erkenntniß:

daß Verklagter seit Jahren sich der klägerischen Zeichen in illoyaler Weise auch für ihre Marken bedient hat.

Weiter:

Zur besonderen Kennzeichnung des bereits oben als eines soliden Geschäftsmannes nicht würdigen bezeichneten Verhaltens u. s. w.

Dann:

Das geht über den auch in der Konkurrenz zu wahrenden Anstand hinaus, —

und endlich ist nicht von einem, sondern von acht verschiedenen Waarenzeichen die Rede, die in dieser Beziehung von dem Verurtheilten gebraucht worden sind.

Ich komme nun zu einer Bemerkung, die gewissermaßen auch persönlich ist.

Es ist hier vorgestern von der Schlesischen Zeitung gehandelt worden und man ist nicht davor zurückgeschreckt, die Schlesische Zeitung auch mit der Bezeichnung „Reptilienblatt" zu belegen. Es mag ja sehr bequem sein, in diesem Raum eine solche Anschuldigung auszusprechen und ebenso billig, weil kein Wort der Entgegnung Seitens der draußen Stehenden, also der Vertreter dieser Zeitung hier erfolgen kann; wer aber die schlesischen Verhältnisse, die Schlesische Zeitung und die betreffenden Personen kennt, der findet die Andeutung eines solchen Verhältnisses höchstens lächerlich.

(Sehr wahr! rechts.)

Weshalb ich, um es offen zu sagen, gebeten habe, mich an dieser Stelle noch zu hören, das liegt in der Art und Weise, wie der Abgeordnete Virchow den ganzen Lauf der Sache hier zum Schluß zu drehen versucht hat. Es war an sich schon der kühne Versuch einer ausgesprochenen Minderheit, es so darzustellen, als ob sie in der Lage sei, das Schlußresumé der gesammten Debatte zu geben, aber wenn der Herr Abgeordnete Virchow so weit gegangen ist, daß er in diesen Debatten gewissermaßen ein Verdikt gegenüber den allgemeinen Auffassungen gesehen hat, die sich in der bekannten Petition aussprechen, so möchte ich doch demgegenüber an das Haus appelliren, und ich glaube, ich begegne keinem Widerspruch, wenn ich sage, daß der Verlauf der ganzen Debatte den Redner in keiner Weise zu diesem Schluß berechtigt hat.

(Sehr wahr! rechts.)

Meine Anempfindungen über die ganze Debatte sind *folgende:* unsern jüdischen Mitbürgern gegenüber haben wir *es einmal* ausgesprochen: keine übertriebene Besorgniß! Aber

andererseits auch, daß nicht normale Verhältnisse vorliegen, besonders mit Rücksicht auf das moderne Judenthum und gegenüber der Bewegung haben wir gesagt: es sind in der That nicht vollständig normale Verhältnisse vorhanden — aber auch eurerseits keine Uebertreibungen, keine Einseitigkeiten! Das ist meiner Auffassung und meinem Gefühl nach das, was im großen und ganzen im Laufe dieser zwei Tage zur Erscheinung gekommen ist.

Im übrigen, so sehr die Herren von links es versucht haben, uns gewissermaßen in Verlegenheit bei diesem Gegenstande erscheinen zu lassen, kann ich nur wiederholt auch meinerseits hervorheben, daß die konservative Partei nur dankbar sein kann, daß es ihr durch die Interpellation ermöglicht gewesen ist, dem gewichtigen Gegenstand näher zu treten und daß man so auch im Lande die Gelegenheit haben wird, nach allen Seiten die verschiedenen Gründe zu hören und zu wägen. Eine Aeußerung muß ich aber noch zitiren, die bei Gelegenheit der Berathung des emanzipirenden Reichsgesetzes von 1869, gefallen ist. Damals sagte ein Mitglied von der Rechten: in einem jüdischen Staate würden nur die Juden regieren. Meine Herren, ich überlasse Ihnen die Anwendung dieser Worte.

Präsident: Abermals ist der Schluß der Diskussion beantragt von den Abgeordneten v. Rauchhaupt, v. Meyer und v. Colmar. Ich bitte, daß diejenigen, die den Schlußantrag unterstützen wollen, sich erheben.

(Geschieht.)

Die Unterstützung reicht aus.

Die Rednerliste hat sich nicht verändert, nur daß noch der Abgeordnete Freiherr v. Minnigerode gesprochen hat.

Ich bitte, daß diejenigen, welche den Schluß jetzt annehmen wollen, sich erheben.

(Geschieht.)

Das ist die Majorität, die Diskussion ist geschlossen.

Es sind verschiedene persönliche Bemerkungen angemeldet. Zunächst hat der Abgeordnete Dr. Virchow das Wort.

Abgeordneter Dr. **Virchow:** Ich muß annehmen, daß die Bemerkung des Abgeordneten v. Minnigerode, welche sich auf die Reptilienstellung der Schlesischen Zeitung bezog, auf mich Anwendung finden sollte.

(Ruf rechts: Nein!)

Wenn das nicht der Fall ist, habe ich nichts zu sagen.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Dr. Franz.

Abgeordneter Dr. **Franz:** Der Herr Kollege Richter ist auf eine Aeußerung zurückgekommen, welche ich in der Breslauer Versammlung der schlesischen Katholiken am 12. Oktober gethan haben soll. Ich habe hier den offiziellen Bericht über diese Reden vor mir. Nachdem ich von den Pflichten gegenüber dem Handwerk gesprochen, habe ich gesagt:

> Ein zweiter Grundsatz sei: lassen Sie, wenn immer möglich, selbst unter Hinnahme aller höheren Preise, bei selbstständigen Handwerkern arbeiten; gehen Sie nicht in den Laden, um Arbeit zu kaufen, an welcher der schlecht bezahlte Schweiß und oft genug die Thränen des braven Handwerkers haften.

Wie Herr Richter sagt, soll ich dabei die Bemerkung gemacht haben: Sie wissen, was ich meine, und eine Stimme aus dem Publikum soll gerufen haben: „nicht beim Juden." Ich kann mich nur an den offiziellen Bericht halten, ich weiß nicht, ob ich jene Worte gesagt habe, und ob der Zwischenruf gefallen ist, jedenfalls würde ich mich freuen, wenn in Folge meiner Aeußerung meine damaligen Zuhörer zu dem selbstständigen Handwerker, zum selbstständigen Schneidermeister und Schuhmachermeister gehen und nicht zum großen jüdischen Konfektionär.

(Sehr gut!)

Herr Richter und die Herren Liberalen sollten nicht so empfindlich sein in solchen Dingen; es sind von Seiten der liberalen Partei in den heißen Kämpfen am Rhein in der Presse Warnungen ergangen, bei Katholiken zu kaufen.

(Sehr wahr! im Centrum.)

Herr Richter hat weiter von der Versammlung, an der ich Theil genommen, berichtet, sie hätte einen Beschluß, betreffend die Mischehe, gefaßt. In dem Verzeichniß der der General-Versammlung zur Beschlußfassung vorgelegten Sätze findet sich dieser Beschluß nicht.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Bachem.

Abgeordneter **Bachem:** Meine Herren, zunächst möchte ich ein mögliches Mißverständniß ausschließen. Ich habe gesagt, daß die Interpellation Hänel aus der Berliner Atmosphäre hervorgegangen sei. Ich möchte ausdrücklich konstatiren, daß ich dabei nicht an die Atmosphäre gedacht habe, aus welcher die von mir charakterisirten Witzblätter und die übrige schlechte Literatur entsprossen ist.

Dann, meine Herren, habe ich die überaus freche Aeußerung eines hiesigen Blattes über ein Mitglied dieses Hohen

Hauses irrthümlicher Weise dem Börsenkourier zugeschrieben; dieselbe findet sich in der sonst nobleren Börsenzeitung.

Der Herr Abgeordnete Rickert bemerkte, ich habe mich mit der christlich-sozialen Bewegung identifizirt. Er hat da meine Ausführungen nicht ganz richtig wiedergegeben. Ich habe gesagt, daß der Grundgedanke und Kern der christlich-sozialen Bewegung in Berlin nach meiner Auffassung ein durchaus berechtigter sei, ich habe aber gleichzeitig den Wunsch ausgesprochen, daß es dem Herrn Abgeordneten Stöcker gelingen möge, alles bedenkliche Beiwerk, alle Auswüchse von dieser Bewegung fern zu halten, damit man daraus nicht Waffen gegen die an sich durchaus berechtigte Bewegung hernehmen könne.

(Bravo! im Centrum.)

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Dr. Langerhans.

Abgeordneter Dr. **Langerhans:** Meine Herren, die unrichtigen Aeußerungen, die über mein Verhalten in einer hiesigen Stadtverordnetenversammlung vom Herrn Abgeordneten Stroffer vorgebracht sind, können nur darauf beruhen, daß er wahrscheinlich einen schlechten Bericht gelesen hat. Hätte er, ehe er mich angriff, den stenographischen Bericht gelesen, so würde er wahrscheinlich nicht zu den Aeußerungen gekommen sein. Namentlich war es sehr billig, das Lachen von Ihrer Seite in Bezug auf den Fall Kantorowicz hervorzurufen, als hätte ich überhaupt darüber gesprochen, also für die Ohrfeige. Als ich anfing zu sprechen, sagte ich, daß ich über die beiden Lehrer überhaupt kein Wort verlieren wolle und daß ich nur einen Protest einlege gegen das Verhalten einer großen Reihe von Leuten gegen unsere jüdischen Mitbürger. Ich würde mich freuen, wenn Herr Stroffer meine Worte wiedergegeben hätte, denn ich nehme kein Wort zurück und freue mich, daß ich gerade das gesagt habe.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Stroffer.

Abgeordneter **Stroffer:** In Bezug auf Herrn Virchow und seine Beleuchtung des Falles Kantorowicz hat bereits mein Kollege v. Minnigerode das Nöthige geäußert.

Was Herrn Dr. Langerhans betrifft, so habe ich wörtlich zitirt, was ich in einer Zeitung

(Zuruf links: Welcher?)

gefunden habe mit der Bezeichnung, daß es eine wörtliche Wiedergabe aus dem offiziellen stenographischen Bericht sei. War ich im Irrthum, so werde ich mich freuen, von Herrn Dr. Langerhans den Wortlaut zu hören, und dann Alles zu-

rücknehmen, was ich im übrigen gesagt habe; ich mußte aber annehmen, daß es wörtlich sei, da ausdrücklich auf den stenographischen Bericht Bezug genommen war.

(Zuruf: Welche Zeitung?)

Das werde ich Herrn Dr. Langerhans sagen, habe ich Ihnen gegenüber Verpflichtungen?

(Heiterkeit.)

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Stöcker.

Abgeordneter **Stöcker:** Meine Herren, ich muß dieses „nein", was mir von der andern Seite entgegengehalten worden ist, auf seinen wirklichen Werth bringen. Ich habe — ich weiß nicht, sind es 20 oder 30.000 — die ersten Exemplare des Anschreibens wirklich nicht unterschrieben, und das wollte ich sagen, indem ich sagte „nein". Darauf rief man mir entgegen „das Blatt", und ich konnte nicht gleich die Sache weiter führen, sonst würde ich gesagt haben, die folgenden, zumal die an Geistliche gerichteten, habe ich auf erneutes Bitten unterschrieben. Ich muß doch daran erinnern, daß, wenn man eine Unterschrift unter eine Petition setzt, die in 50.000 oder 60.000 Exemplaren durch das Land geht, es eine Thorheit sein würde, die man keinem Menschen zutrauen könnte, wenn er das ableugnen wollte.

Ich bemerke, da mir die Konfession des Herrn Dr. Horwitz entgegengehalten ist, daß ich durchaus bona fide gehandelt habe. Ich habe in Zeitungen unwidersprochen gelesen, daß er Jude ist und höre nun, daß er getaufter Jude ist. Ich bin darauf angesprochen, daß Schleiden nicht Jude sei. Ich möchte nun erwidern, daß ein Mann, der im Auftrage eines jüdischen Gemeindebundes seine Schrift herausgiebt und nachher in einem andern Schreiben sich so ausspricht, wie ich verlesen habe, von mir so lange nicht für einen Christen angesehen werden kann, als bis der Nachweis geliefert wird, daß er wirklich dem Christenthum angehört. Ueber seinen sonstigen Standpunkt in religiösen Dingen werde ich mich genau informiren; ich kann nur sagen, daß ich in wissenschaftlichen Schriften ihn als reformjüdischen Mann habe bezeichnet gefunden.

Ich behaupte ferner, daß der Däne Brandes ein Reformjude ist, nicht blos Atheist, bringen Sie den Gegenbeweis, dann ist es gut.

(Widerspruch links.)

Gewiß, meine Herren, so billig, wie Sie denken, kommen Sie nicht weg.

Herr Max Hirsch gehörte zu dem Vorstand des Vereins

„Concordia", der die Zeitschrift „Concordia", auf welche ich mich berufen habe, herausgiebt. Das Wort „meist jüdischer Art" steht in der That in einem Regierungsbericht. Ich habe nicht gesagt, daß der Finanzminister das geäußert hat, aber in einem Anschreiben, welches in Oberschlesien an die Landrathsämter und auch an andere Personen gegangen ist, findet sich dieser amtliche Ausdruck.

Ich bin von den Herren Abgeordneten Rickert und Richter aufgefordert, die Namen zu nennen, an welche ich bei der Bezeichnung „kein Viertel" gedacht habe. Meine Herren, ich bin bereit, sofort hier im Hause jedem einzelnen Herrn, der zu mir kommt, auch mehreren, vollkommen Auskunft zu geben,

(Unruhe links)

ich erwarte dann die Widerlegung. Ich werde unter keiner Bedingung, um nicht öffentlichen Skandal zu geben, und um nicht diese Personen zu kompromittiren, hier öffentlich im Hause die Namen nennen. Ich bitte, daß die Herren zu mir kommen, um das Verzeichniß von mir in Empfang zu nehmen.

(Bravo! rechts.)

Zwei von den Herren von drüben haben mir einen Widerspruch vorhalten wollen, daß ich in einer Rede gesagt hätte, dann steht „Race gegen Race". Meine Herren, es ist mir unbegreiflich, wie man diesen Fehler hat machen können. Ich habe gesagt, „Race steht gegen Race" unter einer Bedingung die vorangeht, „wenn diese Minderheit einer fremden Race nach der maßgebenden Macht strebt." Fünf Zeilen dahinter sage ich ausdrücklich „ich bekämpfe nicht die semitische Race, sondern ihren Frevel am deutschen Leben". Meine Herren, warum haben Sie nicht fünf Zeilen weitergelesen? Sie würden meinen Standpunkt gefunden haben.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Dirichlet.

Abgeordneter **Dirichlet:** Meine Herren, das Gelächter hat ja in den persönlichen Bemerkungen heute schon eine größere Rolle gespielt; ich muß lediglich auch noch auf ein Gelächter zurückkommen.

Der Herr Abgeordnete Bachem hat mich persönlich unter Nennung meines Namens zur Rede gestellt, daß ich gelacht habe bei einem Gedicht, das er aus dem Kladderadatsch verlesen hat. Das ist an sich wohl nichts verwerfliches, ich kann aber die Versicherung geben, daß ich über das Gedicht nicht gelacht habe, ich habe es sehr mäßig gefunden, sondern für mich war der große Aufwand von sittlichem Pathos, den Herr Bachem bei der Verlesung des Gedichtes des Kladdera-

drolligs entwickelte, von so unwiderstehlicher Komik, daß ich mich des Lachens nicht enthalten konnte.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Hobrecht.

Abgeordneter **Hobrecht:** Meine Herren, der Herr Abgeordnete Stöcker hat mich heute persönlich genannt mit der Anführung, ich hätte am Sonnabend mich gegen die öffentliche Behandlung der Judenfrage in Volksversammlungen erklärt; warum er dabei auch auf den früheren Minister gekommen ist, verstehe ich nicht. Die Anführung war mindestens nicht genau. Ich habe in keiner Weise mich gegen die öffentliche Behandlung irgend einer sozialen Frage erklärt, nur in Beziehung auf die Art und Weise, wie dies oft geschieht, habe ich meine Besorgniß ausgesprochen. Nachdem ich heute die Methode hier habe kennen gelernt, wie Herr Abgeordneter Stöcker über die Judenfrage spricht, so bekenne ich, daß meine Besorgnisse gestiegen sind.

(Sehr gut! links.)

Ich fürchte, die große Masse wird seine Absicht, sie von wilden und rohen Leidenschaften zu befreien, nicht verstehen.

(Unruhe rechts.)

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter, das letzte war keine persönliche Bemerkung.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Richter.

Abgeordneter **Richter**: Als ich jene Bemerkung über den Katholikenkongreß in Breslau machte, folgte ich sämmtlichen Zeitungsberichten in Breslau, und es wird mir auch gesagt, daß der Bericht ebenso in der „Schlesischen Volkszeitung" steht. Ich wollte dem Herrn Dr. Franz Gelegenheit geben, und bemerkte das auch ausdrücklich, seinerseits mich zu rektifiziren, wenn ich etwas Unrichtiges berichtet habe.

Ich bedaure nur meinerseits, daß, indem er nicht bloß den Konfektionär als solchen dem Handwerksmeister gegenüberstellt, sondern den jüdischen Konfektionär, er das im wesentlichen bestätigt hat, was ich verurtheilend über die Haltung des Centrums geäußert habe.

(Zuruf aus dem Centrum: Der Konfektionär ist Hauptsache!)

Bei anderen ist nicht der Konfektionär, sondern der Jude die Hauptsache, Herr Kollege!

Dann hat Herr Stöcker es so dargestellt, als ob ich seine Aeußerungen nach beliebigen Zeitungsberichten liberaler Art der jüdischen Presse wiedergegeben hätte. Ich will hiermit konstatiren, daß alles, was ich über Programm und Reden

der Christlich-Sozialen und seiner selbst in den einzelnen Wendungen entnommen habe, ich entnommen habe aus offiziellen Flugblättern der Partei, aus Wahlaufrufen und aus der „Post" mit einer einzigen Ausnahme. Jene Rede des Herrn Stöcker, die ich zitirte, worin er den Sozialdemokraten vorhielt, daß sie nicht genug gegen die Börse sich gewendet haben, und jene Rede, die mit der Pointe schloß: „Herr Bleichröder hat mehr Geld, als alle evangelischen Prediger zusammengenommen", — die habe ich nicht aus solchem Organ zitirt. Ich habe aber allerdings bei der Gelegenheit Herrn Stöcker aufgefordert, wenn er nicht so gesprochen hätte, mich zu rektifiziren. Das hat er nicht gethan.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Dr. Virchow.

Abgeordnete Dr. **Virchow:** Meine Herren, Herr Abgeordneter Stöcker hat es abgelehnt, die Anschuldigungen, welche er gegen die Unterzeichner der Erklärung gerichtet hat, zu spezifiziren. Ich als einer dieser Unterzeichner mache Herrn Stöcker darauf aufmerksam, daß durch dieses Verhalten der Vorwurf, den er erhebt, sich auf die Gesammtheit der Unterzeichner vertheilt.

(Sehr richtig! links.)

Wenn er daher nicht eine solche allgemeine Verleumdung erheben will — —

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Virchow, das Wort „Verleumdung", angewendet auf einen Abgeordneten, ist unparlamentarisch; ich rufe Sie zur Ordnung.

(Bravo! rechts.)

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Rickert.

Abgeordneter **Rickert**: Meine Herren! Ich will auch nur hier konstatiren, daß der Herr Abgeordnete Stöcker sich trotz meiner Aufforderung ausdrücklich jetzt weigert — —

(Rufe rechts: Nein!)

Meine Herren! Verlangen Sie von uns, daß wir Herrn Stöcker deswegen einen Besuch privatim machen sollen, wenn er uns derartige Anklagen in das Gesicht schleudert, die er hier nicht beweisen kann? Ich konstatire ausdrücklich, daß Herr Kollege Stöcker das, was er hier öffentlich ausgesprochen hat — weil er fürchtet, einen Skandal zu erregen, wie er sagt — nicht erweisen will. Ich lehne es ab, von Herrn Stöcker privatim darüber eine Auskunft zu erfordern. Meine

Herren! Ich konstatire nochmals, daß er erklärt hat, der vierte Theil der Unterzeichner gehöre den — —

(Rufe rechts: Persönlich!)

Meine Herren! Das ist persönlich.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Rickert, das ist keine persönliche Bemerkung mehr.

Abgeordneter **Rickert:** Nun gut, Herr Präsident, ich werde dann schweigen und werde mir das weitere vorbehalten.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Stöcker.

Abgeordneter **Stöcker:** Meine Herren, über Taktgefühl läßt sich nicht streiten. Was ich unterlasse, unterlasse ich aus Schonung für Andere.

(Oho! links.)

Ich bin bereit, in diesem Moment Rechenschaft zu geben jedem, der es von mir fordert, aber ich werde diese Erklärung öffentlich nun und nimmer geben.

(Bravo! rechts, Lachen links.)

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Loewe (Berlin).

Abgeordneter **Loewe** (Berlin): Der Herr Abgeordnete Stöcker hat in Abrede gestellt, daß das, was ich vorgetragen habe über die Doppelzüngigkeit seiner Behauptungen, die in seiner Stellung — —

Präsident: Herr Abgeordneter Loewe, wenn Sie den Ausdruck „Doppelzüngigkeit" gebrauchen mit der Intention, daß eine zwiefache Ausdrucksweise beabsichtigt sei, so ist das unparlamentarisch.

Abgeordneter **Loewe** (Berlin): Ich antworte darauf, daß der Ausdruck etwas zu scharf gewesen sein mag, daß aber das, was ich damit ausdrücken wollte, daß zweierlei Sinn in diesen Worten liegt, richtig ist. Widerholt behaupte ich, dies aus Seite 38 der Broschüre des Herrn Stöcker nachgewiesen zu haben; ich empfehle ihm und seinen Freunden, die betreffende Stelle mit den fünf Zeilen vor- und nachher nachzulesen, dann werden Sie mir zugestehen müssen, daß ich ohne irgend etwas daraus zu suchen, richtig gelesen habe mit gesundem Menschenverstand.

Dann habe ich Herrn Stöcker auf eine zweite Bemerkung persönlich zu antworten. Er ist auch heute wieder zurückgekommen, allerdings, wenn ich seine Aeußerungen über Herrn Straßmann damit vergleiche, in etwas höflicherer und reserv*irterer Weise auf* das, was ich seiner Zeit zu den Eingriffen *der Pastorenkonferenz* in das Berliner Gemeindeschulwesen

gesagt habe. Ich habe schon bei der Verhandlung dieser Angelegenheit die Sache richtig gestellt, und mußte erwarten, daß auch Herr Stöcker von dieser Richtigstellung Notiz genommen hätte. Inzwischen aber hat Herr Abgeordneter Stöcker in einer Broschüre eine Behauptung ausgesprochen, die ich persönlich zurückweisen muß. Er hat nämlich gesagt, daß der Redakteur Dietz meine Mittheilung als eine grobe Unwahrheit nachgewiesen habe. Ich konstatire demgegenüber — —

(Rufe: persönlich!)

Präsident: Meine Herren! Ich bin nicht mehr im Stande, den Abgeordneten Loewe zu verstehen. Ich bitte um so viel Ruhe, daß ich hören kann, was er sagt.

Abgeordneter **Loewe** (Berlin): Ich konstatire dem gegenüber, daß zwar von dem Redakteur Dietz behauptet worden ist, daß seine korrigirte Rede die richtige sei, daß ich aber thatsächlich nach der „Germania" und der „Post" den wirklich richtigen Wortlaut gebracht habe.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Dr. Virchow.

Abgeordneter Dr. **Virchow:** Meine Herren, ich hoffe, Sie werden mir verzeihen, auch der Herr Präsident, wenn ich noch einmal dem Abgeordneten Stöcker gegenüber hervorhebe, daß das Verfahren, daß er gegenwärtig einschlägt, mehr und mehr einen persönlich beleidigenden Charakter annimmt. Er sagt, daß er aus Schonung hier nicht Namen nennen wolle.

(Rufe: persönlich.)

Meine Herren, ich bin einer von den Unterzeichneten und ich kann doch wohl verlangen, wenn in dem Hause die Anklage erhoben wird, daß unter den Unterzeichner eine größere Zahl, ja sogar ein Viertel sich befindet, welche zu den Gründern gehörte, daß man dann wenigstens mittheile, aus welchen Personen dieser vierte Theil besteht.

(Zwischenrufe.)

Präsident: Herr Dr. Virchow! Ich bitte, daß Sie Ihre persönliche Bemerkung machen und sich nicht mit den Herren unterhalten. Ich werde bestimmen, ob Ihre Bemerkung eine persönliche ist.

Abgeordneter Dr. **Virchow:** Ich wollte nur konstatiren, daß der Abgeordnete Stöcker sich nicht scheut, zur offenen Beleidigung überzugehen, daß er es aber verweigert, die geforderte Aufklärung zu geben.

Präsident: Das ist keine persönliche Bemerkung.

W. Moeser Hofbuchdruckerei in Berlin.
Stallschreiberstraße 34–35.

DS 135 .G34 P7
Die Judenfrage
Stanford University Libraries
3 6105 041 482 287

DS
135
G34P7

STANFORD UNIVERSITY LIBRARIES
CECIL H. GREEN LIBRARY
STANFORD, CALIFORNIA 94305-6004
(415) 723-1493

All books may be recalled after 7 days

DATE DUE

F/S JUN 3 0 1997

JUL 0 8 1996